REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 314 · 8.1.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 54 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. 250.000 Menschen demonstrieren gegen Neofaschismus
2. Partisanen in der BRD?
3. Alle reden vom Frieden - US-Militärinvasion in Panama
4. DDR-Wirtschaft: Eine Krise ist noch kein Bankrott - Ist die DDR noch zu retten?
5. Chile nach den Wahlen: Diktatur abgewählt?
6. Dokumentation eines Textes des DDR-Innenmin.: Neofaschisten und Rechtsradikale in der DDR
7. "Mahnläuten" gegen Frauen
8. Krankheitsgeschichte einer Kampagne
9. SED/PDS: Abschied vom Stalinismus
10. Doku: "Kommunistische Partei in der DDR" (KP-DDR)
11. Dokumentation: Die Nelken - Gründungsgruppe für eine marxistische Partei
12. Dokumentation: Kommunistische Plattform in der SED-PDS gegründet
13. BGS in (ehemals) Deutsch-Südwest - Nur ein Vortrupp für die Bundeswehr
14. Interview mit Szusza Ferge, Professorin an der Budapester Elte-Universität für Sozialpolitik
15. Dokumentation: Vereinigte Linke warnt vor vor übereilten Veränderungen im Wirtschaftsund Sozialbereich
16. Ereignisreiche Tage in Prag
17. Wer ist wer in der CSSR-Opposition?
18. Spiel mit dem Feuer - Perestroika und Nationalitätenfrage
19. Löst sich die UdSSR auf?
20. Avantgarde der Perestroika: Mehr Freiheit für den Kapitalismus - Interview mit Sulev Mälteseemes, Tallin
21. Die Verleugnung der Revolution ist kein Weg, die Fehler der Revolution zu überwinden
22. FAZ und SPIEGEL: Mit Schönhuber gegen die Alliierten
23. betr. LG-Erklärung zur "Deutschen Frage"
24. Querelen um die "Deutsche Frage"
25. Betrifft: LG-Erklärung (AK 313) Warum ich die Erklärung nicht mittrage
26. Für ein entmilitarisiertes Großdeutschland?
27. Statt gesamtdeutscher Entmilitarisierungskampagne: BRD ohne Armee
28. Die DDR und der AK zum Dritten - oder: Wider den linken Demokratismus
29. Grundgesetzinitiative gegen Wiedervereinigung
30. Nach dem Tod einer Antifaschistin: Gegenwartsbewältigung
31. Die faschistische Terrorwelle hält an
32. PKK-Prozeß: Verbleib und Name des Erschossenen nicht bekannt
33. Der Staat nimmt Rache an RAF-Gefangenen für Herrhausenanschlag - Erklärung der Angehörigen
34. Großwetterlage verschwindet im Ozonloch - Anmerkungen zur nicht real existierenden Antirepressionskampagne
35. Repression ist kein Unwetter, sondern Großwetterlage - Dokumentation eines Textes der LUPUS-Gruppe
36. Der neonazistische Einzeltäter von Maria Hempel und Andres Garcia
37. Aus den Fängen der Bestie - Dokumentation eines Textes der Jura-Gruppe, Uni Hamburg
38. "Sie haben alles versucht, um uns zu vernichten, aber wir sind immer noch hier"
39. Panamá - US-Vasallenstaat auf ewig?
40. Die Dialogpolitik der FMLN - Hintergründe, Geschichte und aktuelle Positionen - Teil 2 - Die Verhandlungen mit der ARENA-Regierung
41. Farbe bekennen! Den Wahlkampf der Sandinisten unterstützen
42. Fusion BWK-VSP überraschend geplatzt
43. VVN: Krisengeschüttelt - aber am Leben! von Volkmar Wilk

44. Versuch, ein Standbein zu finden - In Distanz zu den Grünen - AK Ökosozialismus Tübingen
45. Radikale Linke zum Dritten: Kongreßvorbereitung in Köln
46. Themen für die radikale Linke, von Georg Fülbert
47. Radikal oder marginal? - Linke Entkleidungen des Etatismus, von Rainer Werning
48. Das Parteiarchiv einen Spalt breit geöffnet - Anmerkungen zu "KPD 1945 - 68 Dokumente"
49. Gedanken, was im AK fehlt
50. Wege aus der Unterentwicklung? - Buchbesprechung
51. Der Imperialismus und Osteuropa
52. KALENDER
53. SPENDEN-ERGEBNIS
54. Das "US-Südkommando" in der Kanalzone

1. 250.000 Menschen demonstrieren gegen Neofaschismus

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; PDS; Neues Forum / Bündnis 90; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:46

In beeindruckender Weise unterstrichen am 3. Januar 250.000 Menschen auf einer Großkundgebung in Ostberlin, daß sie nicht gewillt sind, die wachsende Zahl rassistischer und nazistischer Aktivitäten in der DDR tatenlos hinzunehmen. Diese Umtriebe, zuletzt die Schändung des Ehrenmals für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Sowjetsoldaten in Berlin-Treptow, die Beschädigung weiterer Gedenkstätten für Opfer der Faschisten und die tätlichen Angriffe auf DDR-Bürgerinnen und -Bürger, finden, anders als in der Vergangenheit, in der DDR-Presse ein breites Echo. Nicht allein die SED-PDS, sondern auch weitere ehemalige Blockparteien (LDPD und NDPD) und einige oppositionelle Gruppen, so die "Vereinigte Linke" und die "Nelken", riefen zur Kundgebung auf. Daneben waren westdeutsche Gruppen wie die "Trotzkistische Liga Deutschlands" und die SDAJ unter den Aufrufern.

Bei aller Abgegriffenheit des Bildes: Diese Kundgebung setzte mit ihren kämpferischen Reden und dem wütend-entschlossenen Klima unter den Teilnehmenden ein Zeichen. Ein Zeichen des "antiquierten Antifaschismus", wie die TAZ vom selben Tag höhnte, war es auch, aber nicht nur. Dazu waren die Reden selbst viel zu unterschiedlich und glichen eher politischen Diskussionsbeiträgen als den gestelzten Proklamationen bei westdeutschen Veranstaltungen gleicher Art. Gemäßigt die Stellungnahme der LDPD, kämpferisch die der NDPD, peinlich-schulmeisterlich Henning Zieroch vom Westberliner Theodorakis-Chor. Herausragend die Rede vom Vorsitzenden der SED-PDS, Gregor Gysi. Gysi betonte den ungebrochenen Willen der SED- PDS, überall in der DDR den Nazis entgegenzutreten und zu diesem Zweck eine breite Einheitsfront zu schließen. Zugleich verleugnete er nicht, daß die Erstarrung des politischen Klimas das Erlernen demokratischer Kultur erheblich behinderte. Die Leugnung entsprechender Tendenzen in der DDR und die Verfolgung von Menschen, die davor warnten, seien Teil der von der SED-PDS abzutragenden Schuld. Gysi wurde immer wieder von Beifallsstürmen und Rufen nach "Einheitsfront" unterbrochen.

Anders als zu Zeiten des seligen Ernst Thälmann scheint die SED-PDS die Einheitsfront-Politik sehr ernst zu nehmen. So hatte die "kommunistische Plattform" in der SED-PDS einen eigenen Redebeitrag. Die neue Offenheit hatte auch den skurrilen Höhepunkt zur Folge, daß auch die Rednerin der TLD die einmalige Chance nutzte, trotz tausendfacher "Aufhören"-Rufe nicht nur kurz zum Problem des Faschismus, sondern ebenfalls über ihre spezifische Weltsicht und länger als alle anderen zu reden. Im "Neuen Deutschland" wird die TLD für ihre Unverschämtheit erstaunlich milde behandelt.

Es ist auffällig, daß die meisten Oppositionsgruppen sich nicht an dieser Kundgebung beteiligten. Vom "Neuen Forum" war nichts zu hören, und der DDR-Sozialdemokrat Reiche hatte sich im DDR-Fernsehen gar zu der Behauptung verstiegen, das Fortbestehen der SED- PDS fördere die Nazis.

Für die geistige Verfassung in der BRD ist bezeichnend, daß diese Kundgebung allein unter der Sparte "Wahlpropaganda der SED-PDS" verbucht und kritisiert wurde. Wir bedauern, daß solche "Wahlpropaganda" in der BRD keine Partei macht.

fo.

2. Partisanen in der BRD?

Rubrik: Geheimdienste; DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:55

Zwischen Weihnachten und Neujahr wartete der "Spiegel" mit einer sensationellen Meldung auf: Die SED unterhalte mit Hilfe der DKP in der BRD eine illegale Partisanenarmee. So jedenfalls lauteten dann auch die einhelligen Argenturmeldungen zum Jahresausklang.

Im ersten "Spiegel" des neuen Jahres (Nr.1, 1.1.1990, S. 65 f.) war dann zu lesen, daß es in der BRD seit ca. zwanzig Jahren eine geheime Untergrundarmee geben soll, die sich aus dem Umfeld der DKP rekrutiere. Ausbildung und Training dieser Leute soll in der DDR am Scharmützelsee unter der Leitung der SED erfolgt sein. Militärische Kenntnisse seien von Mitgliedern der NVA vermittelt und in der Praxis angeleitet worden. Diese habe sich aus Schieß-, Gelände- und Taktikübungen zusammengesetzt. Ziele stellten meistens zivile Versorgungseinrichtungen innerhalb der BRD dar, wie etwa Eisenbahnstrecken, Strommasten oder Posteinrichtungen. Es sei den zukünftigen militärischen Kadern beigebracht worden, diese oder vergleichbare Ziele im innenpolitischen Krisenfalle, bei der Zuspitzung des Klassenkampfes, zu zerstören.

Um diese Behauptungen zu untermauern präsentiert der "Spiegel" einen Informanten, der Mitglied dieser Truppe gewesen sein soll. Er nennt sich Lothar Oertel und will seit Mitte der siebziger Jahre dabei gewesen sein. Vorher sei er einfaches Mitglied der DKP gewesen, das aber schon recht bald nach seinem Eintritt in die Partei Aufmerksamkeit erregte. "Schon ein Jahr nach seinem Eintritt in die DKP pries das Parteiorgan Unsere Zeit (UZ) den damals 20 Jahre alten Wehrdienstleistenden Oertel auf einer Sonderseite als Vorbild für jeden jungen Kommunisten." ("Spiegel", Nr.1/90, S. 66) Anschließend sei alles relativ rasch gegangen. Bereits vier Jahre nach dieser Sache sei Oertel in die Hauptstadt der DDR eingeladen worden und zwar über den damaligen SDAJ-Vorsitzenden in Hessen. Was der "Spiegel" dann präsentiert liest sich eher wie das, was mensch seit geraumer Zeit auf den Kanälen des Privatfernsehens als Agenten- und Kriminalfilme geboten bekommt: schlechte B-Produktion. Da werden Tarnnamen von Kontaktpersonen aufgeführt, längst bekannte Adressen in Berlin/DDR aufgelistet und die Fahrt in ein militärisches Sperrgebiet geschildert. Dieses liegt am Scharmützelsee - als wenn's sprachlich nicht besser passen könnte - und beheimatete die militärische Ausbildungsstätte der kommenden Kombattanten.

Ziel dieser Truppe sei neben den erwähnten zivilen Zielen, der Schutz von Massenaktionen, von Parteiveranstaltungen gegen Neonazis und andere Provokationen, von Parteieinrichtungen und ähnlichem gewesen. Allerdings weiß der "Spiegel" süffisant darüber zu berichten, daß nicht nur hierfür exerziert wurde, sondern auch die Attentate der RAF und anderer seien diskutiert und ausgewertet worden. Zu welchem Zweck bleibt offen, vielleicht soll die geneigte Leserschaft denken, DKP-nahe Kräfte könnten etwa hinter dem Herrhausen-Attentat stehen. Darüberhinaus wird suggeriert, daß auch der Ordnerdienst der DKP mit dieser paramilitärischen Untergrundgruppe in Verbindung stehen könnte. "Militärisch gedrillte Untergrundkämpfer sollten, im Ordnerdienst, auch Aufmärschen der DKP unter dem Zeichen der weißen Taube sichern helfen - in der Friedensbewegung." Neben dieser Vermutung des "Spiegel" wird behauptet, daß diese geheime militärische Organisation eine Stärke von rund 300 Menschen gehabt haben soll. Ein Bataillion militärisch ausgebildeter, geschulter KommunistInnen soll demnach DKP und SED in der BRD zur Verfügung gestanden haben.

Vom Frieden reden und den Krieg vorbereiten

Dieser Eindruck wird u.a. in dem Artikel nahegelegt. Da werden Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand beschuldigt, Anleiter oder Verbindungspersonen gewesen zu sein. Der prominenteste dürfte wohl Rudolf Fey sein. Er war einer der Mitbegründer des "Nationalkomitees Freies Deutschland". Dieses war von Angehörigen der Wehrmacht nach dem Sieg der Roten Armee vor Stalingrad gegründet worden. Ziel war, den deutschen Faschismus in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu schlagen. Das hat ihren Mitglieder immer den Vorwurf des Landesverrats eingebracht, derweil sich die politischen Gegner Strauß und Augstein über ihre Schlachtenerinnerungen von Stalingrad austauschen.

Dieses Mal müssen die literarischen Lebenserinnerungen von Fey und deren Bewertung durch die DKP herhalten, um der Geschichte der Geheimarmee Zündstoff zu geben. "Seine Lebenserinnerungen (‚Ein Totgesagter kehrt zurück`) seien ein Beitrag dazu, ‚daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht`. Der

wurde am Scharmützel- und Springsee, inmitten eines Truppenübungsplatzes, fleißig geübt." ("Spiegel" Nr. 1/90, S. 68) Hat die SED und mit ihr die DKP in der BRD einen Krieg vorgehabt? Oder was sollen einem solche Sätze nahelegen?

Alles Lüge?

Beim ersten Durchlesen des Artikels konnte mensch als Linker das Gelesene so recht nicht glauben. Ausgerechnet die DKP, die bei jeder Art politischer Aktivitäten immer darauf bedacht war in keiner Weise mit der Polizei oder anderen Ordnungskräften aneinanderzugeraten, soll solch eine Organisation mit unterhalten haben. Eine Partei, die selbst nach dem Bekunden ihrer Mitglieder nicht einmal dazu in der Lage wäre, eine Würstchenbude zu stürmen, soll derartiges gemacht haben? Der DKP hat das kaum jemand zugetraut. Es hat sicherlich hier und da Aufschneider gegeben, die mit ihrer Ausbildung, Schulung oder sonstigen Aktivitäten in der DDR im Kreise der DKP geprahlt haben; da mag auch in dem einen oder anderen Falle etwas wahres dran gewesen sein, aber ernst genommen hat dies niemand - und jeder, der sich etwas mit der DKP auskennt, hält diese Geschichte für wenig plausibel.

So waren denn auch die Reaktionen aus der DKP zu diesem Bericht entsprechend. Der DKP-Vorsitzende Herbert Mies wies bereits am 22.12.89 in einem Brief an den "Spiegel" alle Vorwürfe, daß die DKP in irgendeiner Form mit einer derartigen Organisation in Verbindung stünde, zurück. "Eine geheime Gruppierung in der DKP, die als ‚Militärorganisation` firmiert sei, gab und gibt es ebensowenig wie einen angeblichen ‚Militärrat`." (uz, 29.12.89) In der "uz" vom 5.1.1990 kommt dann der von Oertel im "Spiegel" als Instrukteur der geheimen Truppe vorgestellte Uwe Eichholz zu Wort. Auch er distanziert sich aufs schärfste von den Unterstellungen.

Mit diesen Dementis, die in der "Spiegel"story schon als logisch und zur Geschichte dazugehörig angelegt waren, steht die DKP aber nicht alleine da. So verweist die FR v. 4.1.1990 die Story ebenfalls ins Reich der Legende. So wird dort zwar bestätigt, daß sich der Informant des "Spiegel" bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft gemeldet habe, daß aber dort ebenso wie bei der Bundesanwaltschaft Zweifel an dieser Geschichte vorgebracht würden. "Die Enthüllungen eines DDR-Übersiedlers über die angebliche Existenz einer illegalen Partisanenarmee der SED in der Bundesrepublik haben für den Generalbundesanwalt in Karlsruhe gegenwärtig keine besondere Bedeutung, die eine Übernahme des Strafverfahrens rechtfertigen würde. Das bestätigte auf Anfrage ein Sprecher der Frankfurter Staatsanwaltschaft, die aufgrund der Angaben des Übersiedlers wegen Verdachts der Agententätigkeit zur Vorbereitung von Sabotage-Akten ermittelt." In ähnlicher Richtung hat sich bisher auch die FAZ geäußert, sie hält dies alles für blanken Unsinn. Wie dem auch sei: der Vorwurf gegen die DKP und gegen die SED, sie würden eine solche Truppe unterhalten ist - egal was die einzelnen aus der DKP dazu sagen - auf dem Tisch. Und mit ihm wird gleich ein politischer Zweck mitgeliefert: Da wird im Anfang des "Spiegel"artikels die Behauptung aufgestellt, daß die DKP einen militärischen Arm der SED unterhalten habe und der Zweck der Behauptung gleich mitgeliefert: "Das ist, wenn die Angaben zutreffen, nicht nur ein Fall für westliche Geheimdienste und Staatsanwälte. Politiker, die der Partei endgültig den Garaus machen wollen, könnten darin eine Handhabe sehen, wie 1951 gegen die alte KPD beim Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag zu stellen - wegen Aktivitäten, die sich gegen die verfassungsgemäße Ordnung der Bundesrepublik richten." ("Spiegel", Nr.1/90, S. 65/66)

Das Damoklesschwert ist in Position gebracht, ob die Story des "Spiegel" stimmt oder nicht. Die Verbotsdrohung gegen die DKP ist da und es wird genügend Kräfte in diesem Land geben, die diese auch nutzen werden. Frei nach dem Motto: der Kommunismus ist eh am Abwirtschaften, was soll da noch eine kommunistische Partei in einem kapitalistischen Land?

Der Wolf im Schafspelz

Doch nicht nur die DKP als Partei ist von diesem Vorwurf betroffen. Alle Hauptamtlichen der Partei stehen seit diesem "Spiegel" in Verdacht, Mitglied dieser Partisanentruppe zu sein. Angesichts der Tatsache, daß die DKP fast alle ihre Funktionäre entlassen mußte - wegen der fehlenden Gelder der SED - und die sich jetzt einen neuen Job suchen müssen, kommen diese Behauptungen einem kalten Berufsverbot gleich. Ähnliche Schwierigkeiten haben diejenigen zu erwarten, die in den Gewerkschaften und Betrieben als DKPler arbeiten. Auch aus diesem Kreis seien Mitglieder der geheimen Armee rekrutiert worden. Folglich werden es sich manche Betriebsräte und GewerkschafterInnen aus der SPD etwa überlegen, ob sie noch zusammen mit

DKPler oder DKP nahestehenden KollegInnen gemeinsam kandidieren werden. Schon war in der bereits erwähnten FR zu lesen, daß CDU-Kreisverbände in Hessen fordern, daß die Sozialdemokraten überall dort, wo sie mit der DKP zusammenarbeitet, diese aufkündigt und öffentlich Rechenschaft abzulegen habe. Darüberhinaus wird die gesamte Arbeit der DKP in der Friedensbewegung diskreditiert.

Aber auch die SED wird weiter ins moralische Abseits geschoben. Nicht nur, daß ihr ehemaliger Staatssekretär Schalk- Golodkowski Waffen nach Nicaragua, El Salvador oder Mosambik verschoben hat, nein sie haben auch noch eine Untergrundarmee in der BRD unterhalten. Und diese Partei soll mensch am 6. Mai in der DDR wählen? Anscheinend wird der Wahlkampf für diese Wahl hauptsächlich über die Medien der BRD ausgetragen. Doch auch der reformwillige Teil der SED hinter Gysi und Modrow soll madig gemacht werden. Wer war denn bitteschön in den siebziger Jahren für Agenteneinsätze im Ausland bei der Staatssicherheit verantwortlich? War es nicht der Freund und Berater dieser beiden SED- Politiker? War es nicht Markus Wolf, der für diesen Bereich der Stasitätigkeiten zuständig war?

Der "Spiegel": vorbildlicher Journalismus?

Bei der gesamten "Spiegel"geschichte bleibt ein übler Nachgeschmack. Nicht deswegen weil von der Geschichte die DKP und darüberhinaus weite Teile der Linken betroffen sind. Nein, hier wurden Informationen zu einer Story aufgeblasen, um damit Politik machen zu können. Eine Politik, die sich gegen alles richtet, was kommunistisch ist, sich so nennt oder dafür gehalten wird. Nichts ist da von dem Anspruch an vorbildlichen Journalismus übriggeblieben. Ein bißchen recherchieren, ein kleines Informantengespräch und schon steht die Story. Da der Gegner klar ist und schon am Boden zu liegen scheint, wird die Stimmung noch einmal richtig angeheizt, damit er sich auch ja nicht wieder erhebt.

Deutlich wird dies, liest mensch am 6.1.1990 in der "taz" ein Interview mit dem Informanten des "Spiegel". Da zeigt es sich, daß der "Spiegel" die Sache ziemlich hochgekocht hat. Zum einen äußert sich Oertel selbst verwundert darüber, daß in den ganzen Jahren (inmmerhin rund 20!) nur knapp 300 Kader ausgebildet worden seien. Die seien dann auch seit Ende der siebziger Jahre zunehmend in den Ordnerdienst der DKP gesteckt worden. Ganz eingestellt worden sei es, als die SED-Oberen die parteiinternen Auseinandersetzungen zwischen Erneuerern und Bewahrern mitbekommen haben. "Es war schon spürbar, daß das alles so nicht geht. Das ist schließlich auch deswegen eingeschlafen, weil Leute aus der Partei ausgetreten sind. Da wurden dann auch Lehrgänge abgesagt. Schon ausgebildete Leute, zum Beispiel aus Bremen, haben sich vor einer Weiterbildung als Erneuerer erwiesen. Und damit war es dann auch zu Ende mit den Lehrgängen." (taz, 6.1.90) Ganz abgesehen davon, daß es sich bei einer derartigen Beschreibung auch um einen Lehrgang in Parteifragen handeln könnte, riecht das Ganze doch sehr nach einem Pappkameraden, der vom "Spiegel" aufgebaut worden ist. Zumindest liest es sich in dem "taz"-Interview längst nicht so martialisch und es kommt an keiner Stelle der Eindruck von lauter Mini-James Bonds auf. Vielmehr der, daß es sich bei diesen Leute, wenn sie denn tatsächlich militärisch ausgebildet wurden, um Reservekader der DDR-Agentenriege handeln könnte. Aber dies ist eine Frage, die zur Zeit nicht beantwortet werden kann.

Was aber gesagt werden kann, ist daß der "Spiegel" mit dieser Story statt soliden Journalismus zu betreiben, antikommunistische Hetze und Intoleranz geschürt hat. Obendrein wird einem der Zugang zur Überprüfung der Story verbaut. Bei unseren Versuchen, der Sache nachzugehen, gelang es uns auch, mit dem Informanten des "Spiegel", der mittlerweile neben der "taz" auch im dritten Fernsehprogramm der Nordkette Auskunft gab, Kontakt aufzunehmen. Doch stellte sich bald heraus, daß der gute Mensch nur noch bereit ist, gegen entsprechende Bezahlung Auskunft zu geben. Da wir diese Form des Scheckbuchjournalismus ablehnen, bleibt uns dieser Weg zur Verifizierung der Story verbaut.

Davon einmal abgesehen wird es Zeit, daß sich der "Spiegel" bei allen entschuldigt, die er in diesem Artikel beschuldigt: bei den Mitglieder des Rotfrontkämpfer- Bundes, den internationalen Brigaden des spanischen Bürgerkrieges, allen Menschen, die im antifaschistischen Kampf gegen die Faschisten gestanden haben ebenso wie allen Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands. Aber genauso bei allen Mitgliedern der DKP, der SED und Markus Wolf. Es wird Zeit, den "Spiegel" nicht nur wegen seiner zunehmenden deutschnationalen Tendenzen zu kritisieren, sondern gegen ihn eine Kampagne wegen Antikommunismus, Intoleranz und Schmierenjournalismus zu führen.

as

3. Alle reden vom Frieden - US-Militärinvasion in Panama

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Panama · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:38

Panama ist nicht unerwartet Ziel einer US-Aggression geworden. Seit zwei Jahren ist das Land und sein Diktator, Noriega, zur erklärten Zielscheibe der USA geworden. Seit ein paar Monaten hat Noriega sogar Oberst Ghaddafi vom Platz 1 der us-amerikanischen Haßliste verdrängt. Schon seit Wochen wurde die Invasion publizistisch angekündigt, eine wirkliche Überraschung konnte sie so kaum noch sein. Der Zeitpunkt war äußerst günstig gewählt, denn die Aufmerksamkeit der Ersten Welt richtete sich ausnahmslos auf die Veränderungen in Osteuropa. Proteste waren denn auch vornehmlich aus der Dritten Welt zu hören, also von denjenigen, die diese Invasion als Signal gehört und wahrgenommen haben.

General Noriega ließ sich am 15.12.89 trotz gegenteiliger Wahlergebnisse zum Regierungschef ernennen und erklärte angesichts fortwährender US-Provokationen, daß sich Panama im Kriegszustand mit den USA befände. So unklug diese Feststellung auch war, so hat er den USA doch nicht den Krieg erklärt, sondern nur den schon bestehenden Zustand beschrieben. Darin liegt ein gewaltiger Unterschied! Die Provokationen wurden in der Nacht des 16.12., an dem es zu einem Zusammenstoß zwischen vier US-Offizieren und Wachposten der panamaischen Steitkräfte vor der Zentralkaserne in Panama Stadt kam, fortgesetzt. Ergebnis: Ein panamaischer Soldat, ein Kleinkind und ein Zivilist wurden verletzt; ein US-Offizier starb. Der Tod des Offiziers war der Anlaß für den US-Imperialismus, die Militärinvasion durchzuführen.

Mit 24 000 Soldaten begann am 20.12 um 1 Uhr Ortszeit die Operation "Gerechte Sache" - Zynismus ist immer die Sache der Stärkeren - sprich der US-Einmarsch in dem kleinen mittelamerikanischen Land, das größte militärische Unternehmen der Vereinigten Staaten im Ausland seit dem Vietnamkrieg. Es war die 43. US-Intervention seit der Gründung des panamaischen Staates 1903.

Etwa gegen Mitternacht - vor dem Einmarsch(!) - wurden die Oppositionskandidaten und Sieger der vergangenen Wahlen vom April, Endara zum Präsidenten, Calderon und Ford zu Vizepräsidenten in einer US-Basis in der Kanalzone vereidigt. US-Pressesprecher Marlin Fitzwater gab bekannt, Bush habe die US-Streitkräfte angewiesen, die Aktion auszuführen, "um das Leben von Amerikanern zu schützen, den demokratischen Prozeß wiederherzustellen, die Unverletzlichkeit der Kanalverträge zu sichern und Manuel Noriega festzunehmen".

Die Festnahme Noriegas hätte einen propagandistischen Höhepunkt ihrer sogenannten Anti-Drogen-Kampagne gebildet, deren Hauptzweck jedoch die Rückgewinnung der politischen Hegemonie in Lateinamerika, ein verschärftes Aufstandsbekämpfungsprogramm gegen die linke Opposition auf dem gesamten Kontinent und die verstärkte Einbindung der europäischen Verbündeten unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung ist. Die Schaffung eines nationalen Konsenses gegen den "Hauptfeind" Drogen soll die gesamte Nation hinter ihrem Präsidenten vereinen.

Die Menschenverachtung der US-Regierung kennt anscheinend keine Grenzen. Das US-Südkommando bezifferte am 27.12. die Zahl der umgekommenen Zivilbevölkerung auf "mindestens 230", nannte am 1. Januar 314 tote panamaische und 23 tote nordamerikanische Soldaten. Das Pentagon sprach am 26.12. außerdem von 129 verwundeten panamaischen Soldaten und Anfang Januar von 5300 Gefangenen. Unabhängige Kreise sprechen von ca. 2000 getöteten Panamaer - Zivilisten und Militärs. Die meisten Opfer gab es bei der Bombardierung des dichtbesiedelten Armenviertels. Nach Schätzung der panamaischen Handelskammer beläuft sich der wirtschaftliche Schaden auf ca. eine Milliarde Dollar. Washington hat die Wirtschaftsblockade gegen das Land für beendet erklärt, die eingefrorenen 400 Mio. US-Dollar freigegeben und die nordamerikanischen Firmen in Panama aufgefordert, die Steuerzahlungen wieder aufzunehmen.

Dies alles, um einen Mann festzunehmen und vor ein us-amerikanisches Gericht zu stellen. (Man hätte sich gewünscht, daß nur ein Minimum dieses Aufwandes zur Festsetzung der Naziverbrecher betrieben worden wäre.)

Gerangel um Noriega

Unterdessen setzten die USA ein Kopfgeld von einer Million Dollar auf Noriega aus und umstellten die Botschaften Nicaraguas, Kubas und Libyens, mit der Begründung, Noriega könnte sich dort versteckt halten oder verstecken wollen.

Diese Belagerung wurde auch dann nicht aufgelöst, als sich Noriega am 24.12. um 14.00 Uhr in die vatikanische Nuntiatur flüchtete, vielmehr wurde auch diese von 200 Soldaten und drei Panzern umstellt. Außer vereinzelten Kampfhandlungen war das Land "befriedet", die Geschäfte, die Banken und der Kanal wurden langsam wieder geöffnet.

Am 27.12. verschärfte sich die Tonart der Auseinandersetzung. Außenminister Baker argumentierte, Noriega sei ein "gesuchter Verbrecher" und nicht etwa ein "politischer Flüchtling". Der Vatikan neigte dazu, ihn entweder den Behörden Panamas zu übergeben oder ihm freies Geleit für die Ausreise ins Exil zu verschaffen. Für den Vatikan sei nicht die Frage von entscheidender Bedeutung, ob Noriega als Verbrecher eingestuft werden müsse. Er sei als ehemaliger Staatschef international, auch von Washington, anerkannt worden. Der neue Präsident Endara, dem das Stigma anhaftet, seine Macht den verhaßten Gringos zu verdanken, versucht sein Image zu polieren: Es gebe kein Auslieferungsabkommen mit den USA, und der Bürger Noriega habe Anspruch darauf, von einem panamaischen Gericht verurteilt zu werden.

Als sich Noriega schließlich den us-amerikanischen Truppen ergab, wurde zwar nicht erklärt, wie dies zustandegekommen war, aber die Tatsache allein machte schon deutlich, wer sich heute nicht nur als Herr der Welt aufspielen kann, sondern wer es tatsächlich uneingeschränkt ist.

Internationale Reaktionen

Kuba sprach von einer "bestialischen Aggression" der USA, auch Nicaragua verurteilte die Aggression als eine "Verletzung der UN-Charta und des internationalen Rechts". El Salvador unterstützte den Angriff ohne jeden Vorbehalt. Der honduranische Präsident sagte, es sei "schwierig" die Regierung Endara anzuerkennen, bezeichnete die US-Armee in Panama als "Besatzungsarmee" und forderte den sofortigen Rückzug der Invasoren. Die Regierung Costa Ricas bedauerte "die Anwendung von Gewalt zur Lösung der Krise in Panama". Diese Krise sei allerdings "vom despotischen Regime des Generals Noriega" und dessen "permanenter Verletzung der Menschenrechte" verschuldet worden. Die mexikanische Regierung sprach eine "scharfe Verurteilung" der Anwendung von Waffengewalt zur Lösung internationaler Konflikte aus und ließ durchblicken, daß mit einer Anerkennung der Regierung Endara "unter gar keinen Umständen" zu rechnen sei. Endara selbst will die diplomatischen Beziehungen zu Kuba, Libyen und Nicaragua "überprüfen".

Der brasilianische Staatspräsident Sarney sagte, die nordamerikanische Entscheidung sei ein "Rückschritt in den interamerikanischen Beziehungen" und trat für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Der venezolanische Staatspräsident Perez verurteilte die Intervention, kritisierte aber "die fehlende Bereitschaft und den schwachen Willen" der Lateinamerikaner zu "harten Maßnahmen gegen das Noriega-Regime". Argentiniens Außenminister Cavallo war über die "schwerwiegenden Ereignisse in Panama" bestürzt, bezeichnete sie als "klare Verletzungen des international anerkannten Rechtsprinzips der Nichteinmischung" und forderte den sofortigen Abzug der ausländischen Truppen. Der peruanische Präsident Garcia hat vor dem Kabinett seine "energische Verurteilung" der nordamerikanischen Intervention verlesen, die eine "Beleidigung ganz Lateinamerikas" darstelle und verweigerte seine Teilnahme am geplanten Drogengipfel und die Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung, welche er eine Woche später wieder aufnahm.

In Lateinamerika äußerte sich Protest, jedoch kaum in energischer Form, eher als Erfüllung einer Pflicht, bei einem in der Bevölkerung stark verwurzelten Haß gegen den Yankee-Imperialismus. Die OAS bedauerte die US-Invasion, zu einer Verurteilung konnten sich die lateinamerikanischen Regierungen nicht durchringen. Im Unterschied zur Invasion in der Dominikanischen Republik, welche die USA mit lateinamerikanischer Unterstützung durchführen konnte, und zur in Lateinamerika kaum auf Kritik gestoßenen US-Militärinvasion in Grenada 1983, besitzen die USA heute kaum mehr Verbündete in Lateinamerika.

Japan will Endaras Regierung zunächst nicht anerkennen, dies gelte zumindest solange, bis die nordamerikanischen Truppen abgezogen würden. Ministerpräsident Toshiki Kaifu wiederholte unterdessen, er "bedauere" die Intervention, könne sie aber "verstehen". Die französische Regierung hat die Anwendung von Gewalt als "bedauerlich" bezeichnet. Sie könne "als solche" nicht gutgeheißen werden. Frankreich unterstütze jedoch "voll und ganz den Anti-Drogen-Kampf". Margret Thatcher bekundete ihre volle Unterstützung, ebenso

Kanada. Die Bundesregierung äußerte Verständnis für den Militäreinsatz, hofft hingegen, daß Menschenleben verschont bleiben! Die spanische Regierung verurteilte dagegen die Intervention und erklärte, sie sei "immer gegen eine ausländische militärische Intervention gewesen". Die USA, Großbritanien und Frankreich legten am 23.12. ihr Veto gegen eine Bedauerung der US-Invasion und der Forderung nach einem sofortigen Truppenabzug beim Weltsicherheitsrat ein.

Die Sowjetunion und China verurteilten die US-Invasion und forderten fortwährend den Truppenabzug. Die UNO- Vollversammlung hat die US-Invasion am 29.12. mit 75 zu 20 Stimmen bei 39 Enthaltungen verurteilt und forderte den Abzug der US-Truppen. Als einziges Land der EG stimmte Spanien für die Resolution, Griechenland enthielt sich, die übrigen 10 stimmten dagegen. In den USA wurde das "Abenteuer" ohne große Besorgnis konsumiert; größtenteils war Zustimmung zu der "Attacke" zu hören.

Die Grünen verurteilten die Invasion nachdrücklich und forderten den sofortigen Abzug der Truppen. Der Mittelamerika-Experte der SPD, H. J. Wischnewski, äußerte sich ähnlich wie Spaniens Sozialdemokraten: die Sozialdemokraten müßten "jede militärische Intervention gegen ein souveränes Land energisch zurückweisen, unabhängig davon, wo und durch wen sie erfolgt." Aber in diesem Fall seien mildernde Umstände geltend zu machen, weil es sich um einen Diktator handele, der nie freie Wahlen wollte. Das Verhalten der SPD und der internationalen Sozialdemokratie gegenüber der US-Invasion ist um so bedeutsamer, als es sich bei der in Panama regierenden Partei Noriegas immerhin um ihre dortige Bruder- und Schwesterpartei handelte, die Mitglied der Sozialistischen Internationale (SI) ist. Heiner Geißler hatte kaum mehr zu bieten: Das Vorgehen der USA gegen "eine der letzten Militärdiktaturen in Lateinamerika" sei rechtlich und moralisch gerechtfertigt.

Bush and "big stick"

Bush knüpft mit der Invasion an die "big stick"-Methoden von Th. Roosevelt an, um so die bedingungslose Vorherrschaft in Lateinamerika wiederherzustellen. Er kündigte z.B. eine militärische Luft- und Seeblockade Kolumbiens an - angeblich zur Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels. Marlin Fitzwater bestätigte, daß an den "endgültigen Plänen" gearbeitet werde, um "die Versorgungswege in Südamerika und Teilen von Mittelamerika" zu unterbrechen.

Anzeichen für einen harten Konfrontationskurs lassen sich an den derzeit in Panama zugespitzen Auseinandersetzungen zwischen den USA und Kuba bzw. Nicaragua verfolgen. US-Truppen haben den Botschafter Kubas und den Botschaftssekretär 1 1/2 Stunden unter Waffengewalt festgehalten, außerdem werden Diplomaten am Verlassen oder Betreten der Botschaft von US-Soldaten gehindert. In der Nacht vom 29. auf den 30.12. wurde die unter diplomatischer Immunität stehende Residenz des nicaraguanischen Botschafters in Panama von 80 US-Soldaten unter Waffeneinsatz durchsucht. Waffen sollte er versteckt haben, war die fadenscheinige Begründung - als wenn dies die USA etwas anginge.

"Diese Aktion der Vereinigten Staaten wird schwere internationale Folgen haben", kündigte der nicaraguanische Botschafter in Panama an. Die "nicht zu rechtfertigende und illegale" Aktion der USA stelle "einen Verstoß gegen die diplomatischen Gepflogenheiten" dar, verkündete das nicaraguanische Außenministerium. Daniel Ortega gab die Ausweisung von 20 der 39 in Managua ansässigen US-Diplomaten bekannt, die das Land schon verlassen haben. Außerdem hat er das nicaraguanische Personal an der US-Botschaft von 320 um 220 auf 100 gekürzt. Präsident Bush erklärte die Durchsuchung im Nachhinein für unrechtmäßig, behauptete aber stur, ohne jegliche Beweise, sie hätten ein großes Waffenarsenal entdeckt - ein alter Propagandatrick. Die Ausweisung der US-Diplomaten dient, nach Meinung des nordamerikanischen Außenministeriums, nur dazu, vor den Wahlen im Februar das Diplomatencorps der USA in Managua zu verringern, um so die Kontrolle des Urnenganges durch US-Botschafter zu erschweren. Das ist zum wiederholten Male die Beschuldigung gegenüber der nicaraguanischen Regierung, daß sie die im Februar 1990 stattfindenden Wahlen fälschen wollen, und die US-Legitimierung für weitere Morde und Terror an der nicaraguanischen Bevölkerung, z.B. durch die Aufrechterhaltung der Contras.

In einer Zeit, in welcher der Weltfriede in aller Munde ist, in der Gorbatschow die friedliche Koexistenz zur ultimo ratio erhebt, wendet US-Präsident Bush die Kanonenbootpolitik vergangener Jahrzehnte in Lateinamerika an, wendet Bush das Recht des Stärkeren nach Wildwestmethoden vergangener Jahrhunderte in Lateinamerika an.

Und die Welt schaut zu!

St., KB-Nürnberg

Quellen:

Diverse Ausgaben der Frankfurter Rundschau, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Süddeutschen Zeitung, der tageszeitung und der Nürnberger Nachrichten vom 21.12.89 bis zum 2.1.90; Spiegel Nr. 21/1988, 52/1989, 1/1990;

4. DDR-Wirtschaft: Eine Krise ist noch kein Bankrott - Ist die DDR noch zu retten?

Rubrik: DKP - SEW; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:22

Nach dem Besuch von Kohl in der DDR ist die "Vertragsgemeinschaft" auf den Weg gebracht. Die Grenzen sind offen, und ein auf zwei Jahre begrenzter gemeinsamer Devisenfonds stellt bescheidene DM für die reise- und konsumfreudigen DDR-Bürger zur Verfügung. Beide Regierungen vereinbarten darüber hinaus die Modernisierung der Bahnstrecke Berlin-Hannover, wobei erstmals westdeutsche baufirmen den Auftrag erhielten. 11 konkrete Umweltschutzprojekte, von der Elbe-Sanierung bis hin zu Entschwefelungsanlagen, werden begonnen; der Bau von vier Atomkraftwerken soll geplant sein. Im Kommunikationsbereich - vom Telefonnetz bis zu Telefax-Verbindungen - ist eine Runderneuerung vorgesehen. Mit der Einrichtung einer gemeinsamen Wirtschaftskommission soll die Sanierung der DDR-Wirtschaft flankiert werden. Ein gemeinsamer Energieverbund ist ebenso im Gespräch wie die Zusammenarbeit in den Bereichen Medizin- und Steuerungstechniken.

So weit die offizielle Ebene, begleitet von mäßigenden Vokabeln des Interesses an "Stabilität" der DDR und dem bekannten "Augenmaß" (Kohl). Tatsächlich rollt aber bereits das De-Stabilisierungsprogramm voll an. Die sich in der DDR formierenden Parteien werden Abziehbildern der hiesigen Landschaft gleichen; während die sozialdemokratische Ausgabe in der DDR bereits präsent ist und massiv politisch wie materiell gesponsert wird, befindet sich die Ausgabe einer christdemokratischen Kopie noch in den Kinderschuhen. Die SED hingegen hat durch die Devisenschiebereien und Korruptionsaffären den letzten noch vorhandenen Kredit weitgehend verspielt, eine programmatische Erneuerung ist nicht in Sicht und ihre politische Legitimation speist sich hauptsächlich aus der Ablehnung des "Ausverkaufs" und ihrer Rolle als Garant der "europäischen Stabilität".

Der entscheidende Übernahmeprozeß jedoch findet in der Sphäre der Ökonomie statt. Der berühmte "stumme Zwang" der Gesetze des Kapitalismus ist es, der die DDR entsprechend zurichten soll.

Herrliche Wachstumsaussichten

Vor der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) verkündete deren Präsident Klaus Murmann stolz, daß "der Geist der Freiheit Europa durchströmt" und "Deutschland zu einem Kristallisationspunkt für Europa werden" könne. Kohls Zehn-Punkte-Programm war für uns alle von staatspolitischer Bedeutung. Sehr befriedigt zeigte sich Murmann auch über "ein spürbares, hohes Ausmaß an Konsens über die Grundfragen der Nation".

Auch DIHT-Präsident Stihl sieht die BRD als den "geborenen Partner" für die Umgestaltung der DDR an, mahnt aber zugleich die "Politik" vor einer unnötigen Überfrachtung der praktischen Politik mit dem Thema Wiedervereinigung.

BDI-Chef Tyll Necker malt sich die DDR bereits als "Hongkong" Europas aus, als Tor für die Märkte vornehmlich in der Sowjetunion.

Nach einer Umfrage des Ifo-Instituts München und der "Wirtschaftswoche" planen 42 % der konsultierten Kapitalisten Joint ventures mit DDR -Betrieben; 29 % erstreben eigene Niederlassungen, davon die Hälfte in Form von eigenen Produktionsstätten. Besonders die Nahrungs- und Genußmittelbranche, Handelsunternehmen und die Bauindustrie brennen darauf, den DDR-Markt zu überschwemmen. ("Wirtschaftswoche" 49- 1989).

Auch ohne daß die DDR bisher die "sachlichen Voraussetzungen" gegenüber den westdeutschen Investoren erfüllt hat, wird an der DDR- Regierung und dem - auf dem Papier von vorhandenen - staatlichen Außenhandelsmonopol vorbei eine enorme Geschäftigkeit an den Tag gelegt. Nicht nur den einzelnen westdeutschen Unternehmen erschließen sich neue Wachstumsmärkte, sondern dem BRD-Imperialismus insgesamt winkt ein "zweites Wirtschaftswunder" mit der Vergrößerung des eigenen Binnenmarktes und der kapitalistischen Durchdringung der übrigen Märkte des RgW.

Im Einzelnen wurde u.a. bekannt, daß westdeutsche Baufirmen mit 20 DDR- Baukombinaten Gemeinschaftsunternehmen (Joint ventures) bilden wollen; die Ruhrgas-AG schließt ihr Gasnetz mit dem VEB "Schwarze Pumpe" kurz; VW und Trabi-Hersteller Ifa planen den Bau eines gemeinsamen PKW in Karl-Marx-Stadt, die Flughäfen Schönefeld und Tegel planen den gemeinsamen Ausbau des DDR-Flughafens mit einer Steigerung der Passagierzahlen von derzeit 2,4 auf rund 11 Millionen pro Jahr; VEB-Robotron und die bayerische Firma Pilz vereinbarten den Bau einer gemeinsamen Fabrik in der DDR zur Produktion von Compact Discs (CD's); die Dresdner Bank, führend im Ostgeschäft, plazierte ihr erstes Büro in - na wo wohl - Dresden, die Deutsche Bank will in Berlin folgen.

Hier setzt sich also bereits die Dampfwalze in Bewegung, die gesamte "notleidende Region" DDR (Herrhausen) mit der Gewalt des Wertgesetzes zu durchdringen.

Der Drei-Stufen-Plan

Als "Hilfe zur Selbsthilfe", über die Hebel privater Direktinvestitionen und diversen Formen von Firmenkooperationen - ausdrücklich an den staatlichen Kontrollinstanzen der DDR vorbei -, soll die Durchsanierung der DDR-Ökonomie vollzogen werden. Man habe keinerlei Interesse daran, so Kohl, das derzeitige SED-Regime unter Modrow zu "stabilisieren", sondern möchte dessen rasche Ablösung am 6. Mai.

Nichtsdestotrotz erwartet die Bundesregierung von der DDR-Regierung die Schaffung von "sachlichen Voraussetzungen" in Form politischer und ökonomischer Umwälzungen, die den Weg zur "Hilfe in neuen Dimensionen" eröffnen könnten. Parteienpluralismus, freie Wahlen, Verfassung gehören ebenso dazu wie ein Investitionsschutzabkommen, freier Profittransfer, freie Preisbildungen am Markt, die Zulassung von Privatunternehmen usw. Die Frage der Konvertibilität der DDR-Währung ließe sich nach manchen Vorstellungen am besten dadurch lösen, daß die Bundesbank-Zentrale in Frankfurt (Main) auch die Geldpolitik der DDR übernimmt, was den "wirtschaftlichen Anschluß" (Karl-Otto Pöhl) bedeuten würde.

Doch so weit ist es - noch - nicht. Für den ökonomischen "Anschluß" soll die DDR nach verschiedenen Schätzungen einen Investitionsbedarf von mindestens 270 Mrd. bis 400 Mrd. DM haben. Die Nachrüstungskosten für die DDR sind ein gigantisches Zukunftsinvestitionsprogramm, weil die politische Alternative "Billiglohnland" vor der Haustür der BRD ausscheidet. Es widerspräche nicht nur den politischen Vereinnahmungsabsichten, die eine Annäherung der DDR-Verhältnisse an die der BRD notwendig machen, sondern große Teile der DDR-Bevölkerung würden eine solche Zuweisung nicht hinnehmen.

Für die wirtschaftlichen "Anschluß"-Absichten legte Bundeswirtschaftsminister Haussmann einen Drei-Stufen-Plan vor. Er bietet der DDR zunächst das "Experimentierfeld Grenzgebiet" an, also den erweiterten kleinen Grenzverkehr nicht nur von Menschen, sondern von Waren und Kapital. Im Prinzip würde in dieser ersten Stufe das bestehende BRD-Programm zur Regionalförderung auf die Grenzgebiete der DDR ausgedehnt. Nach den ersten positiven Erfahrungen würde die gesamte DDR mit einem flächendeckenden Strukturförderungsprogramm übersät. Dabei könnten westdeutsche Unternehmen alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen: Verlustabschreibungen nach § 2a Einkommenssteuergesetz, die Bildung einer Sanierungsrücklage nach § 6d des gleichen Gesetzes, die Inanspruchnahme von zinsgünstigen Existenzgründungsdarlehen und der für die BRD üblichen Förderprogramme aus Mitteln der ERP, der KfW u.a.m.

Die DDR soll außerdem auch am westdeutschen Exportboom teilhaben. DDR-Zulieferungen für bundesdeutsche Exportaufträge könnten durch Hermes-Bürgschaften abgesichert werden. Über diese Einbeziehung könnte die DDR auch einen Teil ihres Devisenbedarfs decken. Um einen ersten Investitionsschub zu gewährleisten, wurde das Sondervermögen für zinsgünstige Kredite zur Existenzförderung (ERP) von 2 auf 6 Mrd. DM erhöht. Außerdem steigen die Bürgschaften für BRD-Warenlieferungen in die DDR von 4,5 auf 6 Mrd. DM, die von der DDR bislang nur in einer Größenordnung von rund 3 Mrd. DM in Anspruch genommen wurden.

Die dritte Stufe des Haussmann-Plans ist noch unklar und hängt von den Ergebnissen der ersten beiden Stufen ab. Geplant sind jedoch gezielte Infrastrukturhilfen, etwa Materialfonds aus harten DM, aus denen die DDR-Industrien Zuliefer-und Ersatzteile beziehen können. Nachdem bereits ein breiter Teppich von privaten Unternehmen, Joint ventures und Firmenkooperationen über die DDR ausgebreitet ist, geht es an die Feinarbeit und an die letztlich unumgängliche Frage der konvertierbaren Währung. Die Gutachter des

Bundeswirtschaftsministeriums empfahlen der DDR einen sofortigen "Qualitätssprung" und die Einführung der DM; erst dann setze ein massiver Kapitaltransfer von West nach Ost ein. Die SPD plädiert zunächst für einen von der Bundesbank zu stützenden Kurs von 1:5. Davon will Pähl aber nichts wissen, weil er befürchtet, die DDR könnte dann einfach ihre Notenpressen anwerfen.

Bei Lichte betrachtet, beschränkt sich die "ökonomische Zusammenarbeit von unten nach oben" (Haussmann) auf die Förderung von Klein- und Mittelbtrieben. Dort wird sich der Kapitalismus und der mit ihm verbundene Markt auch am schnellsten und effektivsten durchsetzen. Außerdem entspricht es der Linie der Bundesregierung, nicht ein abgewirtschaftetes System zu stabilisieren (Kohl).

Mit diesen Maßnahmen allein kann und soll die wirtschaftliche Krisensituation natürlich nicht entschärft werden - trotz aller gegenteiligen Beteuerungen in der Öffentlichkeit. Ausdrücklich warnte Alfred Herrhausen davor, zu früh zu großzügig unser Geld nach drüben zu tragen; nötig seien nach wie vor die Daumenschrauben gegenüber der DDR, um sie unter permanentem Reformdruck zu halten. ("Der Spiegel" 47-1989)

Die Krise der DDR ...

Ministerpräsident Modrow brachte das grundsätzliche Dilemma der DDR auf den Punkt: Einerseits erschwert die äußerst angespannte Situation die schnelle Veränderung des Wirtschaftsmechanismus, andererseits ist eine grundlegende Umgestaltung unerläßlich, um eben aus dieser Lage herauszukommen" ("Wirtschaftswoche") 51-1989).

Die Krise der DDR-Ökonomie hat sich zweifellos durch die Abwanderung von 330.000 Menschen allein im letzten Jahr verschärft. Es fehlen 55.000 qualifizierte Facharbeiter, die Industrieproduktion ging bereits leicht zurück, knapp 8000 Wohnungen konnten nicht fertiggestellt werden. Doch das sind nur die jüngsten Symptome.

Grundlegend ist das gesamte realsozialistische System in die Krise geraten: die DDR-Ökonomie ist extrem exportorientiert, weit über 50 % ihres Sozialprodukts werden vornehmlich in RgW-Länder ausgeführt. Die terms of trade haben sich in den achtziger Jahren drastisch verschlechtert; rund die Hälfte der 130 Mrd. DDR-Mark angehäuften Staatsschulden gehen auf das Konto der Warenexport-Subventionierung. Mit anderen Worten: die DDR-Ökonomie ist in vielen Sektoren ihrer Industrie nicht mehr konkurrenzfähig. In der inneren Entwicklung haben sich die Widersprüche zwischen Akkumulation, Produktion und Konsumption zugespitzt. Um die Honeckersche "Einheit" von Wirtschafts- und Sozialpolitik" aufrechtzuerhalten, wurden die staatlichen Subventionen für Waren des täglichen Grundbedarfs und das Wohnungsbauprogramm in den achtziger Jahren verdrei- bis vervierfacht, während das Nationaleinkommen sich nur verdoppelte. Die Subventionen konnten letztlich nicht aus den staatlichen Akkumulationsfonds gedeckt werden, so daß nicht nur die Staatsverschuldung anstieg, sondern die Investitionsmittel der Betriebe sanken. Der Teufelskreis besteht nun u.a. darin, daß zur Sicherung der Exportfähigkeit immer mehr interne Ressourcen aufgebracht werden mußten, was sich im mangelnden Konsumgüterangebot ausdrückte.

Die hohen internen Subventionen konnten - u.a. wegen eines Zurückbleibens der Produktivitätsrate - nicht mehr aus dem Akkumulationstopf finanziert werden, die DDR-Wirtschaft ist damit schlichtweg überfordert.

... und die ersten Lösungsansätze

Zur vorrangigen Aufgabe der "Stabilisierung" setzte die Modrow-Regierung einige kurzfristige Maßnahmen in Kraft, darunter

- die Sicherstellung der Materialversorgung der Industrie, u.a. durch den Stopp der Exporte von Zulieferteilen;

- die Verringerung der PKW-Produktion, da sehr materialintensiv;

- den vorübergehenden erhöhten Import von technischen Konsumgütern aus dem Westen, um mehr einfache Konsumgüter im Land produzieren zu können;

- und die Lockrung des Kündigungsschutzes noch vor der Verabschiedung eines neuen Arbeitsgesetzes auf Druck der Generaldirektoren. Grund: Wir werden sonst unsere Faulpelz nicht los. Die Entlassenen sollen ein "Überbrückungsgeld" von 1100M erhalten.

Darüber hinaus erläuterte Ministerpräsident Modrow vor 290 Generaldirektoren der Kombinate und Außenhandelsbetriebe eine mittelfristige Konzeption. Er stellt eine dringliche "Stabilisierungsphase" bis etwa 1992 voran. Mit administrativen Maßnahmen soll die Versorgung der Bevölkerung, die Stabilität der Währung, die Zahlungsfähigkeit gegenüber dem westlichen Ausland gesichert und die materielle Produktion "in hoher Eigenverantwortung" der Betriebe mit "hoher Improvisationskunst" der Direktoren umgestellt werden.

Ab 1993 ist geplant, daß die Betriebe als eigenverantwortliche Warenproduzenten mit voller wirtschaftlicher Rechnungsführung für den inneren und äußeren Markt produzieren. Darunter wird u.a. die volle Durchsetzung des Leistungsprinzips, die schrittweise Währungskonvertibilität und die rückhaltlose Öffnung zum Weltmarkt und seinen Konkurrenzbedingungen verstanden.

Wirtschaftsministerin Christa Luft stellte die Wirtschaftsreformen auf dem außerordentlichen Parteitag der SED wie folgt dar: Erstens müsse es bei der Dominanz gesellschaftlichen Eigentums bleiben; daneben solle es aber auch eine Vielfalt privater und ausländisch-privater Besitzverhältnisse geben. Zweitens stünden die leistungsfähigen Kombinate weiterhin im Zentrum, müßten aber durch eine Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben unterschiedlicher Eigentumsformen zur Erhöhung der Flexibilität ergänzt werden. Drittens sei die Herstellung eines freien Binnenmarktes für Konsumtions- und Produktionsmittel auf der Basis selbständiger Rechnungsführung und freier Vertragsbeziehungen vonnöten. Die zentrale Planung sollte sich - viertens - auf Strategien, Prognosen und übergeordnete Fragen (Energie- und Umweltkonzeptionen) beschränken. Fünftens sei die "außenwirtschaftliche Öffnung" der DDR-Ökonomie unerläßlich. Luft wies Kritiken des "Ausverkaufs" zurück mit dem Hinweis, daß dieser nicht durch die internationalen Kooperationen, sondern vielmehr durch die Zahlungsunfähigkeit drohe; erst dann befände sich die DDR im "totalen Würgegriff" des westlichen Auslands. Außerdem wolle die DDR dem "Ausverkauf" dadurch vorbeugen, daß sie sich nicht einseitig an ein Land (gemeint ist natürlich die BRD) bindet, sondern mit möglichst vielen Ländern ins Geschäft kommen will. Daß damit vor allem die übrigen EG-Länder gemeint sind, hat die DDR-Regierung mit ihrem Memorandum an den Sondergipfel der EG klar zum Ausdruck gebracht. Außerdem sei die Sowjetunion Garant gegen einen "Ausverkauf", denn sie sei und bleibe der nach wie vor wichtigste Handelspartner der DDR.

Sechstens gehe es um eine Reformierung der Preis- und Subventionspolitik, verbunden mit einer Lohn-, Renten- und Tarifreform. Beim Subventionsabbau im Produktionsgüterbereich gehe es um Kostensenkungen, im Bereich der Konsumgüter um die Sicherung der "sozialen Errungenschaften". Und siebtens schließlich müßten entsprechende Gesetze erlassen werden. Die Reform sei überdies nur zu bewerstelligen, wenn "Disziplin" und "Ordnung" herrschen. "Dazu müssen wir gemeinsam die Autorität der Generaldirektoren der Kombinate, der Betriebsdirektoren in den vielen Tausenden von Betrieben stärken. Sie sind es, die gegenwärtig doch so viel auf dem Buckel haben." ("Neues Deutschland", 19.12.1989)

Im übrigen argumentiert die Reformergruppe um André und Michael Brie, Prof. Segert, Rainer Land u.a., die in ihren Sozialismuskonzeption und "neuem Denken" viele Parallelen zu den sowjetischen Perestroikern um Aganbegjan oder Saslavskaja aufweisen, sehr ähnlich. Die DDR sei infolge ihrer Krise gar nicht mehr in der Lage, dem Westen irgendwelche Konditionen stellen zu können. Wesentlich sei, von der Fixierung auf die BRD wegzukommen, dann lieber schon die EG als Ganzes. Kritik an der jetzigen Regierungspolitik der DDR üben sie nur an dem Punkt, "daß die Kombinatsdirektoren, örtlichen Organe und Regierungsmitglieder Kooperationsvorschläge der BRD unterschreiben und das Volk über kurz oder lang in die strategischen Strukturen der Konföderationsfalle des BRD-Kapitals treiben".

Die SED-Reformer werden nicht müde, drei Grundzüge besonders zu betonen; die "rückhaltlose" Aussetzung der DDR-Ökonomie gegenüber dem kapitalistischen Weltmarkt, die unbedingte Durchsetzung des Leistungsprinzips und die Förderung des "Eigentümerbewußtseins" der Arbeiter gegenüber "ihren" Betrieben.

Widersprüche

Die bisherigen konzeptionellen Vorstellungen der Regierung Modrow drücken zum einen das oben beschriebene Dilemma aus, unter enormem Zeitdruck handeln zu müssen, ohne in der kurzen Zeit seit dem Zerfall des alten Regimes bereits über in sich geschlossene und perspektivische Alternativen zu verfügen.

So bewegen sich die Konzeptionen im Widerspruch zwischen einer nur dünn kaschierten Austerity-Politik (Christa Luft) und einer Beibehaltung der sozialen "Errungenschaften" des real existierenden Sozialismus.

Wer "den Weltmarkt stärker auf unsere Wirtschaft wirken lassen" will, an deren "Ende eine konvertible Währung steht" (Luft in der "Wirtschaftswoche" 50- 1989), müßte die internen Konsequenzen absehen können. Im Zentrum steht dabei eine grundlegende Reform des Preis-, Subventions- und Lohnsystems, bei der es zwei Möglichkeiten gibt. Erstens eine brutale Anpassung des Preissystems an den Weltmarkt mit der Folge einer Abwertung der DDR- Währung nach außen, einer Inflationierung nach innen und der realen, schon heute sichtbaren Gefahr einer de-facto-Leitwährung DM-West. Um die Inflation einzudämmen, müßten die Löhne sinken und die Staatsausgaben gedrosselt werden - mit prekären Folgen für die materielle Lage der Bevölkerung und einer dann unausweichlichen Reduzierung der Sozialetats.

Zweitens wäre ein gespaltenes Preissystem denkbar. Die exportorientierten Sektoren der Industrie rechnen in Weltmarktpreisen ab, während die interne Preisbildung staatlich beeinflußt bleibt. Ein so gespaltenes Preissystem würde schließlich zu erheblichen ökonomischen Disproportionen führen, eine Produktivitätsschere zwischen den binnenmarktorientierten Sektoren und den exportierenden Betrieben entsteht usw., an deren Ende sich die "Sachzwänge des Weltmarktes" durchsetzen würden. Was die Subventionen anbelangt, wäre deren Abbau bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne eine Option, die gleichfalls neue Probleme erzeugt. Die zentrale Frage ist nämlich nicht die in der DDR am intensivsten diskutierte Umverteilung der Subventionen und Löhne, das heißt die Wiederanbindung der Einkommen an die Höhe der sozialstaatlichen Ausgaben. Sondern im Mittelpunkt steht, daß Sozialleistungen, in welcher Ausgabeform auch immer, vom akkumulierten Mehrprodukt abhängen. Ohne eine erhebliche Steigerung der Produktivität und demgegenüber "maßvollere" Löhne ist die soziale Besitzstandwahrung nicht zu bekommen, nachdem sich herausgestellt hat, daß die DDR-Ökonomie nicht in der Lage war, die Subventionen aus dem Akkumulationsfonds zu finanzieren.

Widersprüchlich auch, wenn die Überlegungen zur Stärkung des "Eigentümerbewußtseins" in die Richtung der Ausgabe von Belegschaftsaktien - hier heißt das "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" - abzielen, ohne gleichzeitig dann auch "B" zu sagen: die Zirkulation von Aktien bedingt einen dazugehörigen Markt, eine Wertpapierbörse.

Als weiteres zentrales Problem stellt sich in diesen Zusammenhängen die angestrebte freie Konvertibilität der DDR-Währung. Wer sich dem Weltmarkt aussetzen möchte und einen erhöhten Bedarf an Devisen hat (allein schon zwecks Finanzierung der Westreisen), kommt um die Konvertibilität nicht herum. Nun wäre die DDR-Mark derzeit eine schwache Währung und geriete angesichts der geringeren Produktivität der DDR-Ökonomie, ihrer mangelnden Konkurrenzfähigkeit usw. unter weitern Abwertungsdruck. Der DDR würde als Schwachwährungsland dann genau das drohen, was in den Ländern der Dritten Welt sowie in Polen und Ungarn bereits eingetreten ist.

Eine Konvertibilität käme also nur dann in Frage, wenn die DDR-Ökonomie hinsichtlich der Produktivität zumindest das durchschnittliche EG-Niveau erreichen würde. So lange dem nicht so ist, nutzt das anlagesuchende Kapital aus dem Westen, vor allem aus der BRD, die Möglichkeiten, die DDR billig aufzukaufen. Das ist auch der Grund dafür, daß die BRD kein sonderliches Interesse daran zeigt, die DDR-Währung zu stabilisieren und deren Kurs zu stützen.

Eine Steigerung der Produktivität wiederum, die die Arbeiter in der DDR zu erbringen hätten, müßte durch eine anti-inflatorische Austerity-Politik flankiert werden, die den Arbeitern zusätzliche Lasten aufbürdet. Denn nur durch ein Bündel dieser Maßnahmen könnte die DDR bei freier Konvertibilität dem Schicksal anderer Schwachwährungsländer entgehen.

Es gibt kein Entrinnen!

Man kann es drehen und wenden, wie man will: die DDR ist allein nicht in der Lage, die oben angesprochenen Probleme zu lösen und sich selbst aus dem Sumpf ihrer Krise zu ziehen. Sie hat inzwischen auch keine andere Wahl mehr, nachdem der RgW als Alternative nicht einmal theoretisch mehr zur Verfügung steht.

Zum einen ist die DDR-Regierung mit innenpolitischen Problemen konfrontiert: die Gefahren einer neuen Abwanderungswelle, die jede Reform unterminieren würde, und die Gefahr, daß die DDR-Bevölkerung einen Ausweg nur noch in einem schnellen "Anschluß" an die BRD sieht. Schnelle wirtschaftliche Verbesserungen, angefangen bei der Ausstattung mit Westdevisen bis hin zum breiteren Warenangebot, werden erwartet, die ohne massive Unterstützung seitens der BRD nicht zu haben sind.

Die "von unten" (Haussmann) anlaufenden direkten Investitionen stellen nicht nur neue Marktbeziehungen her und dienen der Modernisierung der DDR-Ökonomie, sie erzwingen ein neues Preissystem, das sich am Weltmarkt orientiert.

Die harte D-Mark ist nicht nur als Touristendevise heiß begehrt, sondern auf ihrer Basis werden die exportorientierten Betriebe "rechnen". Letztendlich bleibt nur die Alternative eines an der DM orientierten Fixkurssystems. Dies könnte auch in Form einer Anbindung an das "Europäische Währungssystem" (EWS) der EG erfolgen, läuft aber auf dasselbe hinaus, da es sich beim EWS faktisch um einen DM-Block handelt. Die disziplinierenden Wirkungen einer solchen Fixierung sind bekannt.

Oder aber die DDR-Regierung spart sich diese Komplikationen und übernimmt gleich die DM als ihre Währung, wie es der Deutschen Bundesbank vorschwebt, dann wäre der wirtschaftliche "Anschluß" vollzogen.

Elmar Altvater hat recht: "... ohne doppelte Konditionalität (Bedingung) ist der Übergang zur Konvertibilität angesichts der Überlegenheit der BRD-Ökonomie auf dem Weltmarkt für die DDR der Gang in die ökonomische und daher auch politische Abhängigkeit" (FR, 28.12.89).

Er unterliegt nur insofern einer Illusion, daß die BRD bezüglich der Stützung der DDR-Währung eben keine Anpassungsleistungen erbringen wird. Wozu auch?

Der einzige Rettungsanker, der von den Reformern der SED an der Humboldt-Universität und der DDR-Wirtschaftsministerin ausgeworfen wird, ist der angestrebte Ausbau der Beziehungen zur EG, um der Umklammerung durch die BRD zu entgehen.

Dies ist auch nicht mehr als ein hilfloses Unterfangen. Nicht nur die direkte Nachbarschaft, gemeinsame Sprache usw. verschafft der BRD einen respektablen Vorteil gegenüber den Konkurrenten aus Frankreich, Italien, Japan usw., sondern auch die Produktionsstruktur der DDR-Ökonomie mit den dominanten Sektoren der Chemie, des Maschinen- und Werkzeugmaschinenbaus ist der BRD geradezu auf den Leib geschrieben.

In den sich transformierenden RgW-Staaten (plus Jugoslawien) hat längst ein Wettlauf um einen möglichst günstigen Platz an der Seite der EG-Länder eingesetzt. Dabei befindet sich die DDR in der komfortablen Position, mit massiver Hilfe der BRD und einem großangelegten Modernisierungsschub um den Preis der raschen Verabschiedung des realsozialistischen Systems dem Schicksal eines Schwellenlandes zu entgehen. Diese Alternative wird offenbar auch von der derzeitigen Modrow-Regierung favorisiert und genießt auch breite Zustimmung in der Bevölkerung. Der rasche Abbau des Wohlstandsgefälles gegenüber der BRD mit massiver Hilfe derselben dürfte auch die letztlich einzige Alternative gegen den Abwanderungsdruck und - weitaus gefährlicher - eine sich ausbreitende nationalistische "Anschluß"-Bewegung sein.

Nur auf dieser Basis läßt sich auch die gesellschaftliche Akzeptanz für eine Zweistaatlichkeit à la USA/Kanada herstellen.

D./Westberlin

5. Chile nach den Wahlen: Diktatur abgewählt?

Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:35

Aylwin, Christdemokrat und gemeinsamer Kandidat der Opposition, ist der neue, gewählte Präsident Chiles. Im März wird Aylwin das Präsidentenamt aus den Händen Pinochets übernehmen, der alte Diktator wird bis 1997 Oberbefehlshaber der Armee und Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates bleiben. Der Sieg über Pinochet ist schal, die Machtverhältnisse bleiben nahezu unangetastet, das Ende der Diktatur hatten sich viele Menschen anders vorgestellt.

53,9% der abgegebenen Voten stimmten für Aylwin als Präsidenten, 43,6% stimmten für die beiden regimenahen Alternativen; Büchi erhielt 28,6% und F. Errazuriz 15%. Die ist nahezu die gleiche Stimmverteilung wie anläßlich des Plebiszites im Oktober 1988, als Pinochet mit 43 zu 54 Prozent unterlag. Das damalige Plebiszit war der Auftakt zu einem 14monatigen Wahlkampf, an dessen Ende Zustimmung oder Ablehnung einer zivilisierten Pinochet-Regierung scheinbar gleich geblieben waren.

Am Tage des Wahlsieges zählte zunächst einmal die Tatsache, daß Pinochets Amtszeit als chilenischer Präsident im März sein Ende finden wird. Am Tag darauf wurde für die Linke das Ausmaß ihrer Niederlage deutlich. Das linke Koalitionsbündnis PAIS, das zur Wahl Aylwins mit aufgerufen hatte, errang lediglich zwei Abgeordnetensitze, die KP ging gänzlich leer aus. "Insgesamt gewann die (gemäßigte) Linke nach einer Zählung ... nur sechs Senatoren- und 26 Abgeordnetensitze. Schlimmer noch ist für den PAIS- Chef, daß mit dem Wahlergebnis - die bisherige Opposition stellt 71 von 120 Abgeordneten und 22 von 38 gewählten Senatoren - künftige Verfassungsreformen kaum durchzusetzen sind. Da die Pinochet-Regierung sich das Recht vorbehalten hat, ihrerseits noch neun Senatoren zu ernennen, wird Aylwin sogar gegen einen von Pinochet-Anhängern dominierten Senat regieren müssen." (WoZ, 22.12.89)

Übergang oder Fortsetzung?

Nach der Wahl ist zu fragen, ob Chile sich im Übergang zu einer liberalen bürgerlichen Demokratie befindet, oder ob es sich hier um die Fortsetzung der Diktatur handelt, nur mit einem leicht demokratischen Anstrich versehen. Zur Zeit handelt es sich um die Fortsetzung der Diktatur, und ob es jemals einen Übergang zu einer liberalen bürgerlichen Demokratie geben wird, scheint zweifelhaft, denn immerhin haben sich mehr als 40% der Bevölkerung für eine pinochet-freundliche Variante als Präsident ausgesprochen. Aylwin steht selbst als Kandidat der Opposition der Diktatur noch sehr nahe.

Aylwin verhandelte mit Allende in dessen letzten Tagen, denn Aylwin war damals Führer der christdemokratischen Partei im Parlament. Als dort, im August 1973, keine politische Lösung gefunden wurde, schloß Aylwin das Treffen mit der Bemerkung an Allende: "Präsident, Sie können nicht gleichzeitig mit dem lieben Gott und dem Teufel im Bunde sein." Keine vier Wochen später starb Allende im brennenden Regierungspalast, und Aylwin forderte als Chef der Christdemokraten die Parteimitglieder auf, mit dem neuen Regime zusammenzuarbeiten.

Aylwin verteidigt noch heute den Putsch Pinochets als richtigen Kampf gegen den Kommunismus, er hat die Aufnahme der KP in das Oppositionsbündnis verhindert, von den politischen Gefangenen will er nur die gewaltlosen freilassen, und er läßt keinen Zweifel daran, daß er das neoliberale Wirtschaftsmodell fortsetzen wird.

Änderungen der Verfassung sind heute gegen die Stimmen der dem alten Regime nahestehenden Senatoren nicht durchzuführen. 48 Senatorensitze gibt es; über die Besetzung von zehn Sitzen wird die jetzige Pinochet-Regierung entscheiden; von den 38 nach einer Wahl freibesetzbaren Sitzen erhielt die Opposition 22, 16 fielen an pinochet-freundliche Kandidaten. Pinochet nahestehende oder ihm ergebene Kreise halten also 26 Senatssitze, die Aylwin-Kandidaten 22. Das reicht nicht für Zweidrittel-Mehrheiten bei Verfassungsänderungen, das reicht noch nicht einmal für einfache Mehrheiten für die jetzigen Wahlsieger. Im bürgerlich legalen Rahmen sind die verfassungsmäßigen Vorgaben des alten Pinochet-Regimes nicht zu verändern.

Ähnlich wie im Senat wird jeder Veränderungswille im Parlament oder im öffentlichen Leben durch unzählige Bestimmungen aus der Pinochet-Zeit eingeengt, geradezu erstickt. Die umfangreichen Privatisierungen von

staatlichen Gesellschaften, öffentlichen Einrichtungen oder Kommunenbesitz werden schwerlich rückgängig zu machen sein, da der gegenwärtige Staat weder die finanziellen Mittel besitzt, einen Rückkauf zu tätigen, noch sich formaljuristisch wehren kann, falls vor Gericht gegen Umwandlungen von Privatbesitz vorgegangen wird. Unter Pinochet wurden die Gesetze entsprechend zurechtgestrickt, und heute bedürfte es einer grundlegenden Veränderung, um das Dickicht der Gesetze und Bestimmungen aufzuheben.

Spezielle Regelungen mit dem IWF und privaten Banken überlassen Chile unter der Präsidentschaft Aylwins eine besondere Hypothek an aufgelaufenen Schulden und Finanzierungs- und Transferverpflichtungen. 1990 werden 12 Mrd. US-Dollar an Schulden fällig, ein Teil hätte schon unter der Regierung Pinochet gezahlt werden müssen. Die Regierung Pinochet schloß mit internationalen Konzernen Geschäfte in Chile ab, deren Gewinne erst nach einigen Jahren ausgeführt werden dürfen. Der Start der Regierung Aylwin fällt mit dem Exportstart vieler dieser Gewinne zusammen, unklar ist, wie und wovon diese Zahlungsverpflichtungen finanziert werden können.

Die Situation heute in Chile ist nicht vergleichbar mit der in Argentinien, als die Diktatur gestützt wurde. Der Zuspruch in Chile für die alte Diktatur ist lesbar größer, ein großer Teil der bürgerlichen Schichten hat vom Regime profitiert. Deshalb ist auch weder eine Veränderung des neoliberalen Wirtschaftsmodells zu erwarten, noch eine Veränderung der Beziehung zwischen Regierung und Militär/Polizei. An eine Aufarbeitung der Verbrechen der Diktatur ist zur Zeit nicht zu denken, da Präsident Aylwin sich mangels Macht und mangels eigener Überzeugung in einen solchen Konflikt mit dem Militär und der Polizei nicht begeben wird.

wo./Hamburg

Material: WoZ, 8.12.89; 22.12.89; Lateinamerikanachrichten 186; Tagespresse

6. Dokumentation eines Textes des DDR-Innenmin.: Neofaschisten und Rechtsradikale in der DDR

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:39

Dokumentation eines Textes des DDR-Innenministeriums

Neofaschisten und Rechtsradikale in der DDR

Viele Bürger unseres Landes sind empört, besorgt, teilweise auch völlig überrascht über die in jüngster Zeit in Anzahl und Schärfe zunehmenden neofaschistischen Aktionen. Jahrelang waren Rechtsextremismus und Neofaschismus bei uns Tabu-Themen. Daraus resultiert auch Unkenntnis über Auftretens- und Erscheinungsweise von Neofaschisten und anderen rechtsradikalen Gruppierungen.

ND veröffentlicht deshalb ungekürzt eine Dokumentation zu diesem Thema, die auf einer Pressekonferenz des Ministeriums für Innere Angelegenheiten (siehe ND vom 29. Dez. 1989) übergeben worden war:

1) Aktuelle Erscheinungen neonazistischer Aktivitäten sind zu unterscheiden nach

a) Handlungen, die von neonazistisch orientierten Personen ausgehen, die sich bereits vor Oktober 1989 zu Gruppierungen zusammengeschlossen hatten,

b) spontanen Handlungen nationalistisch orientierter Personen, die im Sog von Pogromstimmungen und aufgeputschen größeren Gruppen mitwirken, ohne sich der neonazistischen Richtung der Handlungen bewußt zu sein,

c) Handlungen krimineller Cliquen, die auf der nationalistischen und neofaschistischen Welle mitschwimmen, um Gewaltakte und massive Bedrohungen von Bürgern zu verüben.

Die Ausstrahlung der Handlung dieser drei Schichten auf die Öffentlichkeit ist identisch. Es werden Ängste unter der Bevölkerung erzeugt, das Vertrauen in die Fähigkeit der Staatsorgane, Ordnung und Sicherheit sowie Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, sukzessiv weiter demontiert und Verunsicherung verbreitet. Daraus kann sich die Überzeugung entwickeln, daß nur "ein starker Mann" fähig sei, Recht, Ordnung und Bürgerruhe wiederherzustellen. In der öffentlichen Meinung ist die Ansicht verbreitet, die gegenwärtigen Protagonisten des organisierten politischen Willens seien mehr mit ihrer Abgrenzung untereinander beschäftigt als mit der Wahrung von Sicherheit und Ordnung.

Erste Gruppierungen bereits seit 1980/81

2. Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistisch orientierten Personengruppierungen erstrecken sich auf Straftäter, die nach den Paragraphen 215/216 in Tateinheit mit Paragraph 220 (3) verurteilt wurden und ihr Kontaktfeld. Damit ist nicht die Gesamtheit neofaschistischer Aktivisten erfaßt, die zur Zeit in unserem Land wirksam sind.

Straftäter und ihr Kontaktkreis umfassen im wesentlichen Personen von 17 bis 35 Jahre. Die Hälfte dieser Personen sind Facharbeiter in Industrie und Bauwesen. Die zweite Hälfte besteht aus Beschäftigten des Dienstleistungsbereiches, Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen sowie aus Lehrlingen und Schülern.

Anfänge neonazistisch orientierter Gruppierungen wurden seit 1980/81 festgestellt. Es gab keinen Direktbezug zu Kriegsverbrechern und Altnazis. Diese Anfänge verbinden sich mit Skinhead-Gruppierungen und sogenannten "Nazi- Punks" in der DDR. Hauptaktivitätsphase der Skinhead-Gruppierungen in der DDR waren die Jahre 1984 bis 1987. Während dieser Zeit lösten sich die "Nazi-Punks" aus der Punkbewegung und wechselten in Skinhead-Gruppen über.

Der relativ gut entwickelten gruppeninternen Organisation der Skinheads wurden neofaschistische Orientierungen eingepflanzt, die von einem Großteil der Gruppen im Gesamtgebiet der DDR mit teils mehr und teils geringerem Widerstand verarbeitet wurden. Die Implantation vollzog sich über Verbindungsaufnahme rechtsradikaler Organisationen aus der BRD und Berlin-West zu Skinhead-Gruppierungen sowie durch überregionale Kontakte der DDR-Gruppen untereinander. In die BRD und nach Berlin-West übergesiedelte

Skinhead-Anhänger leisteten bei solchen Kontaktaufnahmen Unterstützung. In Erscheinung traten: FAP, NPD, Wehrsportgruppe Hoffmann, NSDAP (AO) - und wahrscheinlich weitere.

Gewaltanwendung als Teil der Konzeption

3. Wichtige Ursachen für Aufnahmebereitschaft neofaschistischer Ideologieangebote bei jungen Bürgern der DDR sind in gesellschaftlichen Problemen unseres Landes zu finden, die sich seit Beginn der 80er Jahre zuspitzten. Sie betreffen die Komplexe:

- Arbeitsverhalten,

- nationale Identität,

- schwindendes Ansehen des DDR-Bürgers im Ausland, da er kaum Devisen besaß,

- Ausgrenzung vom Zugang zu hochwertigen Konsumgütern bei Nichtbesitz von Forumschecks, Reisebeschränkungen,

- vergebliches Suchen nach Betätigungs- und Bestätigungsfeldern in der Gesellschaft.

Den genannten Defiziten wurden "entgegengesetzt":

- Traditionen "deutscher" Arbeitsdisziplin, Fleiß, handwerkliches Geschick mit Weltgeltung,

- "deutsches Ansehen" in der Welt während der nationalsozialistischen Herrschaft,

- Ehre, Treue, Kameradschaft, Waffen als ethische Werte - nach faschistischem Vorbild,

- "Rassen-Bewußtsein" und Ausländerfeindlichkeit,

- Eroberung der Welt auf den Spuren der faschistischen deutschen Armee,

- aggressiver Antikommunismus.

4. Ansätze für politische und ideologische Konzeptionen sind seit 1988 vorhanden. Kern dieser Ansätze: Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1939, raus aus NATO und Warschauer Pakt bei Sicherung voller Bewaffnung, Beseitigung der Herrschaftsverhältnisse in beiden deutschen Staaten. Der Identifikationsgrad mit diesen konzeptionellen Ansätzen in den existenten Gruppierungen ist unterschiedlich ausgeprägt. Bei Vorherrschen allgemeiner Gewaltbereitschaft unterscheiden sich die verschiedenen Gruppen durch die Akzeptanz konkreter Formen der Gewaltausübung. Beispiel: Antisemitismus ja - aber nicht unbedingt Wiederholung der Massenvernichtung in Gaskammern von Konzentrationslagern. Einige meinen, Arbeitslager würden bereits genügen.

Ihre Parole lautet: "Ausländer raus und Kommunisten an die Wand!"

5. Die Grundzüge der ideologischen Orientierung bewirken durch ihre Ausrichtung auf militärische Elemente kausal das Praktizieren einer straffen Organisation innerhalb der Gruppen. Das organisierte Aktivitätsprogramm der Gruppen wiederum ist auf die Ziele "Lernen", "Trainieren", "Erobern" ausgerichtet. Ideologie und Organisation bedingen und fördern einander, reproduzieren sich gegenseitig.

Bis September 1989 wurden bevorzugt angegriffen:

- Anhänger der Punkbewegung wegen ihrer "undeutschen" Lebensweise,

- Gruftis (Mode- und Musikstilrichtung, die sich mit Totenkulthandlungen verbindet),

- homosexuelle Bürger,

- Ausländer mit dunkler Hautfarbe, Vietnamesen,

- Angehörige bewaffneter Organe und Bürger mit dem Abzeichen der SED.

Die Motivation für Körperverletzungen der genannten Personengruppen drückt sich in der gruppierungseigenen Parole aus: "Ausländer raus und Kommunisten an die Wand".

6. Erkennbare Ansätze von Strategie und Taktik in den Handlungen der Gruppen geben folgende Merkmale an:

- Konspirative Kommunikation innerhalb und zwischen den Gruppen,

- Präsentation von Anspruch und Zielen in der Öffentlichkeit,

- keine zentralistische Organisation, relative Autonomie der einzelnen Gruppen,

- Orientierung auf "sozialen Aufstieg" von Gruppenmitgliedern in ihrem beruflichen Tätigkeitsbereich,

- Hinwendung zu legalen politischen Organisationen unter Beibehalten der konspirativen Verbindungen zur Gruppe,

- Nichtbeteiligung arrivierter Anhänger an Straftaten auf der Straße,

- Orientierung von Gruppierungsanhängern auf Arbeitsrechtsverhältnisse in Polizei und Armee.

Insgesamt weisen diese Orientierungen auf Langfristigkeit strategischer Ansätze hin.

Offene Sympathie für Schönhuber und Co.

7. Strafvollzugseinrichtungen, Jugendwerkhöfe, Jugendhäuser und einige der Jugendheime erwiesen sich bisher als wenig wirksam bei der erzieherischen Beeinflussung von Ideologie und Verhaltensdisposition von Straftätern und kriminell gefährdeten Jugendlichen, die Anhänger solcher Gruppierungen sind. Die Bindungen an ihre Gruppen wurden beibehalten. Die Anerkennung des kriminellen Charakters der Handlungen wird zurückgewiesen.

8. Sympathieerklärungen für die "Republikaner" werden seit 1988 offen propagiert. Infolge der vielgestaltigen kommunikativen Bindungen an diverse rechtsextreme Gruppierungen des Auslandes kann zur Zeit nicht davon ausgegangen werden, daß sich alle existenten Gruppen als potentielle "Zellen" der künftigen "DDR-Republikaner" verstehen könnten. Mit aktionsbezogenen Solidarisierungen quer durch die differenzierte Gesamtszene ist jedoch zu rechnen.

9. Die gegenwärtige Lage in der Gesellschaft bietet günstige Bedingungen für die Bemühungen neonazistisch ausgerichteter Gruppen, ihre personelle Stärke zu vergrößern, da sie ein griffiges, leicht faßbares Orientierungsprogramm anbieten mit dem Hinweis darauf, daß ihnen die Zukunft gehören würde und nur auf ihrer Seite die Chance zu finden wäre, zu den Siegern zu gehören.

7. "Mahnläuten" gegen Frauen

Rubrik: Kirche und Religionen; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:56

Da können wir nachschieben, sagten sich die Moralisten der Nation.

Nachdem im Mai letzten Jahres die "Hexenprozesse" in Memmingen mit dem Urteil gegen den Frauenarzt Dr. Theissen vorläufig beendet waren, beschloß der ständige Rat der katholischen Bischofskonferenz, mit dumpfen Tönen des Mittelalters die Zeit der "Hexenverfolgung" fortzusetzen. Für das Ende des Jahres sollte ein viertelstündiges bundesdeutsches Glockenläuten für die "Abtreibungsopfer" veranstaltet werden. Und während die Nation auf der bröckelnden Mauer tanzte, war es den Kirchenfürsten ein Bedürfnis zu mauern; damit nicht im Zuge der Wiedervereinigung die Abtreibungsfreiheit womöglich von der DDR in die BRD hinübergeholt wird und das westdeutsche Patriarchat in seinen individuellen Freiheitsrechten eingeschränkt würde.

Zum geschlossenen bundesweiten Gebimmel am "Tag der unschuldigen Kinder" kam es jedoch erfreulicherweise nicht. Viele katholische Oberhirten versagten ihre volle Unterstützung. Und vor allem bei den Schäflein stieß der Beschluß der Bischofskonferenz auf scharfe Kritik, z.B. bei der "Kirche von unten" und bei der "Katholischen Frauengemeinschaft Deutschland". Die Frauen fühlten sich "verletzt". Die von ihrer Kirche gemaßregelte Theologin Uta Ranke-Heinemann erklärte im Kölner "Express", es sei beleidigend, abtreibende Frauen praktisch als Mörderinnen abzustempeln. Frauen in Not brauchten kein Geläut, sondern konkrete Hilfe. Der "Bensberger Kreis", ein Zusammenschluß kritischer Katholiken, reif alle Kirchengemeinden auf, sich nicht an dieser "makabren Aktion zu beteiligen". (FR, 28.12.89)

Die Bischöfe selbst hatten in ihren Diözesen den Beschluß der Konferenz auf unterschiedliche Weise an die Gemeinden weitergeleitet. So blieben am 28. Dezember tatsächlich einige Kirchenglocken stumm oder läuteten nur wie gewöhnlich. Vor allem in Schleswig-Holstein, in Baden-Württemberg und im Ruhrgebiet, wo Kardinal Hengsbach den Gemeinden eine Beteiligung am Mahnläuten freigestellt hatte, "erklangen bei weitem nicht alle Glocken", klagte die "Welt". In der Erzdiözese Köln sollen sich mehr als 100 Pfarreien geweigert haben, die Glocken zu läuten. In Münster, Essen und Paderborn verstummten die Glocken nach dem Mittagsgeläut. In Trier, Rottenburg, Stuttgart und Freiburg läuteten die Glocken nur die üblichen fünf Minuten, und in München soll es nur eine Aufforderung zum Gebet gegeben haben. In Berlin und Hamburg wurde in den meisten Kirchen nicht geläutet und auch in Frankfurt fand der Aufruf der Bischöfe keine Resonanz.

Unter dem Druck der Kritik und der Verweigerungen waren die Kirchenoberen nun gezwungen, die Fronten zwischen den BefürworterInnen und GegnerInnen nicht so groß werden zu lassen. So verlautete aus einigen Diözesen, daß die Bischöfe keine Sanktionen gegen Priester einleiten würden, die das Geläute nicht mit angestimmt hatten. (FR, 29.12.89)

Mit viel Krach und mit einer "Menschenkette" demonstrierten mehrere hundert Frauen und Männer rund um den Kölner Dom gegen das "Mahnläuten". Zu dieser Aktion hatten die Frauenpolitische Sprecherin der Grünen NRW sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen der Grünen aufgerufen. Wie auf den Transparenten zu lesen war, richteten sich die meisten Parolen an die Frauen in der Kirche, "Gott schuf die Frau selbstbestimmt - Gott gab den Frauen Eigenverantwortung", während andere zum "Austritt aus der Kirche" aufriefen.

Eine Protestaktion mit rund 300 Menschen fand im hessischen Fulda statt, wo Erzbischof Dyba schon im vergangenen Jahr seine Kirchenglocken gegen Abtreibung einsetzte und auf dessen Initiative diese Aktion bundesweit umgesetzt wurde.

Daß diese Aktion kein durch"schlagender" Erfolg für die Abtreibungsgegner wurde, darüber darf mensch sich freuen.

Sy.

8. Krankheitsgeschichte einer Kampagne

"BILD" im Rausch der Wiedervereinigung

Rubrik: Deutsche Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:52

Weder originell noch ästhetisch ist die letzte Erfindung des Axel-Springer Verlags: Überschriften in schwarz-rot-goldenen Buchstaben. "Bild" - und nicht jenes Organ des Dr. Frey, das diesen Namen trägt - ist die Nationalzeitung der BRD. Sie sendet auf der Wellenlänge des Bundeskanzlers.

Die folgende Dokumentation vom November/Dezember 89 gibt "Bild"-Überschriften wieder, außer bei ausdrücklichen Hinweisen, daß Auszüge aus Artikeltexten zitiert werden. Für jede Ausgabe wird mit den Schlagzeilen auf der Titelseite begonnen. Die Wiedergabe ist bei weitem nicht vollständig, aber, weiß der Teufel, repräsentativ.

"500.000 Hand in Hand zum Brandenburger Tor? Krenz feuert ‚halbes` Politbüro." (4.11.89) Seite 6: "Mitterrand: Wiedervereinigung wird schnell gehen."

"Die Diktatur bricht zusammen. Sie lachen Krenz aus." (6.11.89) "Trabi an Trabi."

"Wann ist die DDR leer?" (7.11.89)

"Krenz am Ende. Gewaltige Flüchtlingsflut." (8.11.89) Seite 9: "Der ‚Spiegel` und die Wiedervereinigung: Patriot Augstein dafür - sein Böhme dagegen."

"Wende für Deutschland? Freie Wahlen. Das Volk hat gesiegt." (9.11.89) Aus dem Text: "Öffnen wir unsere Türen. Zu Fuß. Im Zug. In Bussen. In Trabis. Die DDR kommt zu uns. Die Wiedervereinigung findet längst statt. Jede Minute. Jede Stunde."

"Geschafft! Die Mauer ist offen." (10.11.89) "Bundestag sang Deutschlandlied." - "Wenn das Axel Springer noch erlebt hätte!"

Am 11.11.89 ist die ganze Titelseite schwarz-rot-gold gerahmt. "Einigkeit und Recht und Freiheit." - "Deutschland umarmt sich. Jetzt reißen sie die Mauer ab." Herbert Kremp auf Seite 5: " ‚Wir sind das Volk`, rufen sie heute. ‚Wir sind ein Volk`, rufen sie morgen." Aus dem Text: "Wir sind herausgefordert. Und wenn wir die große Herausforderung annehmen, dann ist sie auf einmal weg - die ‚german Angst`. Jeder Pfennig, der in eine wirklich freie DDR investiert wird, verzinst sich tausendfach."

Aus einem Bericht über Kohl in Polen: "Nur schwer zügelt Kohl ein Triumphgefühl: ‚Das Ziel der Einheit wird von uns erreicht!` Helmut Kohl demnächst Kanzler aller Deutschen?"

"Guten Morgen, Deutschland." (13.11.89) "Es war ein schönes Wochenende." Seite 2: "Hau ruck! Bald frühstücken wir am Alexanderplatz." Kommentar: "Kohl braucht Brandt."

"Mann, wird das ein Weihnachtsfest." (14.11.89) Schwarz-rot-goldene Tannenbaum-Zeichnung. Kommentar auf S. 2, Auszug: "Zwei souveräne Staaten. Mag sein. Aber EIN souveränes Volk." Aus einem Polenbericht auf S. 5: "In Polen wird der Kanzler in eine Reihe mit Bush, Gorbatschow und Mitterrand gestellt. Vielleicht nicht zu unrecht ... Kohl (reist) wie der Chef einer Supermacht."

"Deutsche Weihnacht: Wir feiern gemeinsam." (15.11.89) Text: "Vereint unterm Tannenbaum - eine wunderbare Woge der Bereitschaft geht durch Deutschland ..."

"Das Tor geht auf. So wird es wieder sein." (16.11.89) "Willy Brandt: Das Recht der Deutschen." Auszug: "Niemand ‚darf, bitte, so tun, als könne er anstelle der Deutschen über deren Recht auf Selbstbestimmung verfügen`, schreibt Brandt." Seite 2: "Wiedervereinigung: Ein Wort bewegt die Welt * Der Russe Jakowlew: Allein Sache der Deutschen * Der Amerikaner Kissinger: In 3 bis 4 Jahren * Der Franzose Dumas: Frei entscheiden * Die Engländerin Thatcher: Es geht zu schnell."

Kommentarauszug: "Laßt sie doch entscheiden! Die neue deutsche Lage wirft die alte deutsche Frage wieder auf: Wiedervereinigung ... Ich persönlich bin sicher: Die Mehrheit - eine gewaltige Mehrheit - wird sich für die Wiedervereinigung entscheiden."

"Was für ein Wochenende! Trabis, Trabis, Trabis. 3 Millionen bei uns ‚Größter Besucherstrom aller Zeiten`. 1.000 Kilometer Stau. Innenstädte bersten. Schokolade statt Strafzettel. Seid nett zu ihnen." (18.11.89) Kommentar des Bürgermeisters von Jerusalem, Teddy Kollek, auf Seite 2: "Keine Angst vor Wiedervereinigung." Seite 4: "CSU-Stoiber: Asyl für Jugos und Polen einschränken."

"3 Millionen kamen rüber. Danke, ihr wart wunderbar!" (20.11.89) Seite 2: "Nach 37 Jahren: Deutsche Dörfer proben die Wiedervereinigung." Kommentar über EG-Treffen: "Und sagten kein Wort über Deutschland." Auszug: "Der Kanzler durfte sagen, wie treu wir zur EG stehen. Kein Wort zur deutschen Einheit. Warum nicht?"

Seite 2 am 23.11.89: "Wiedervereinigung. Autos * Getreide * Stahl *

Chemie * Sport * Computer. Wie stark wäre Deutschland?

Kommentar: "Wer ja zur Einheit sagt, gewinnt." Auszug: "Die Deutschen (Ost) und die Deutschen (West) wollen die Wiedervereinigung. Willy Brandt weiß das, Rudolf Augstein weiß das, die Meinungsforschung beweist das ... Die Frage der deutschen Einheit - ausschließlich sie! - wird das beherrschende Thema des Bundestagswahlkampfs 1990 sein ... nur wer laut und deutlich ja sagt, wird diese Wahl gewinnen."

"Bush: Wiedervereinigung Sache der Deutschen." (24.11.89) Kommentar S. 2: "Der Schlüssel zu Deutschland." Auszug: "Ob aus DDR und Bundesrepublik Deutschland wieder Deutschland wird - darüber entscheiden wirklich zuallererst nur die Deutschen."

"Noch diese Woche: Zwangsumtausch weg. Wir können ohne Visum rüber." (27.11.89) Seite 3: "Bahn frei für Deutschland. Wie wackere Bundesbahner die Strecken Walkenried-Ellrich auf eigene Faust wiedereröffneten."

"Wiedervereinigung. Der Anfang ist gemacht." (29.11.89) "Kohl: Die Einheit wird kommen, wenn die Menschen sie wollen * Vogel: Jetzt muß zusammenwachsen, was zusammengehört * Leipzig: Mit Herz und Verstand, Deutschland einig Vaterland." Farbbild mit schwarz-rot-goldenem Transparent vor braunem Hintergrund: "... DASS DIE SONNE SCHÖN WIE NIE ÜBER DEUTSCHLAND SCHEINT!"

"Morgen exklusiv in BILD: Warum Vogel am Übergang fast geheult hätte." Fotos aus Leipzig mit nationalen Parolen. Text: "Leipzig: Die Rufe werden immer lauter. Sie gehen weiter auf die Straße in der DDR, rufen nach Freiheit, Demokratie und immer lauter nach Wiedervereinigung."

"Konföderation oder Wiedervereinigung: Wer hat Angst vor Deutschland?" (30.11.89) Kommentar auf S. 2: "Demokraten und Patrioten. Kohl, Vogel, Modrow - die Deutschen reden wieder von Deutschland." Seite 6: "Brücken, Straßen, Eisenbahn: Deutschland wächst wieder zusammen."

"Das Volk befreit sich." (4.12.89) "

Gestürzt: Krenz: Verhaftet: Mittag, Tisch. Verstoßen: Honecker, Mielke, Stoph, Sindermann. Gejagt: Schalck." Kommentar-Auszug von S. 2: "40 Jahre hat diese SED den schamlosesten Klassenstaat, den es je auf deutschem Boden gab, zelebriert."

"DDR-Parteichef (NDPD): Rote Armee bald weg?" - "Falin: ‚Entwicklung läuft normal`." Seite 4: "Lafontaine: ‚Kohls Politik läuft gegen die Wiedervereinigung`." - "Bush und Gorbatschow: ‚Jedes Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung`."

"Einheit. Wunderbare Wende in Moskau." (5.12.89) "UdSSR: Zur Erörterung der Wiedervereinigung bereit. DDR-Opposition: Auf Kohl-Plan eingehen, rascher Volksentscheid." Kommentar S. 2: "Die Einheit ist nah." Seite 7: "Mauerhunde: Nur die lieben dürfen in den Westen."

"Oberst ausgelacht, zum Psychiater. (Text:) Als eine Gewerkschaftssekretärin (54) von der Korruption erfuhr, mußte sie zum Psychiater. Ebenso ein Oberst, der von SED-Genossen ausgelacht wurde, weil er für den Fall der Wiedervereinigung Krieg voraussagte."

"Einheit: ‚Nicht länger eine Utopie`." Auszug: "In einer Erklärung der SPD der DDR, der SDP, hieß es: ‚Die Sozialdemokraten in der DDR bekennen sich zur Einheit der deutschen Nation`."

"Die Honecker-Bande handelte mit Kokain." (6.12.89) Auf S. 2 - "So sterben Diktaturen" - fordert Herbert Kremp Maßnahmen gegen die alte (?) SED-Führung: "Jetzt kommt die Stunde der Abrechnung. Die Szene in

der DDR erinnert an das Ende der braunen Herrschaft. Auf einmal brannten die Kamine, obwohl es nichts zu heizen gab."

"Genscher im Kreml: ‚Kein Thema ist tabu für uns`." Seite 6: "Brandt für Deutschen Bund." - " ‚Deutschlands Einheit - unser Ziel!`" Bericht und Bilder von der Leipziger Montagsdemo. Transparente: "Wiedervereinigung nach der Wende, SED-Pest ist am Ende. Das Maß ist voll! Wir fordern die deutsche Einheit. Schluß mit diesem bösen Spiel - Deutschlands Einheit - unser Ziel. Marxismus-Leninismus + SED/40 Jahre Volksbetrug/darum lieber: Deutschland einig Vaterland. Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern. Im vereinten Deutschland leben wir so wie einst das Politbüro. Bundessubvention zum Sozialismus = Nein/Bundeshilfe zur Wiedervereinigung = Ja. BRDDR."

"Krenz gestürzt. Ab ins Zuchthaus?" (7.12.89) Textanfang: "Der Nikolaustag gestern war wieder ein Schicksalsschlag für Deutschland." - " ‚Für gemeinsamen deutschen Staat`, BILD-Interview mit Pfarrer Edelbert Richter, Sprecher des Demokratischen Aufbruchs in der DDR. BILD: Der Ruf nach Wiedervereinigung wird in der DDR immer lauter. Richter: Wir selbst haben diesen Ruf aufgenommen ... Wir sind für eine deutsche Identität." Seite 2 und 3: "Komm, Schatz, wir fahren in die schöne DDR."

"Viele Politiker drängen. EILT! Heute Vier-Mächte-Konferenz über Berlin. Berlin wieder Hauptstadt!" (11.12.89) "Vergeßt das Bauen in Bonn." Kommentar S. 2: "EG: Kohl hat sich durchgesetzt. (...) Die Europäische Gemeinschaft hat sich zum ersten Mal ausdrücklich zur Einheit Deutschlands bekannt." Seite 3: "Bei Tante Lene im ‚Weißen Ross` von Vienenburg. Bericht aus dem Gasthaus der Wiedervereinigung."

"DDR: Der erste Wachturm fällt." (12.12.89) "Bericht aus Leipzig gestern abend. Tagesschau-Skandal. Hunderttausende demonstrierten für die Einheit - und was die ARD daraus machte." - "Vier-Mächte-Konferenz: Der Russe sprach ein Machtwort." Seite 2: "Berlin, 44 Jahre nach dem Krieg: Wieviel Macht haben die vier Mächte?"

"Wiedervereinigung! Jetzt wissen wir, wer unsere Freunde sind." (13.12.89) Auszug: "Ist Deutschland eine Bananenrepublik? Oder etwa gar noch weniger-die Bananenrepubliken haben inzwischen alle das Selbstbestimmungsrecht. Waren wir nur solange gut, wie wir zahlten und schwiegen? In Namibia wurde vor 14 Tagen gewählt, in Chile in einer Woche ...-sollen wir schlechter behandelt werden als jedes andere Volk? (...) Eine Frechheit (wenn nicht mehr!) ist, was aus Italien zu Deutschland zu hören ist ... Also: Stehen wir Deutschen unter Strafbewährung? Fehlt nur noch der Hinweis auf Hitlers Nazi-Verbrecherregime. Und die Antwort: Italien ist ja auch nicht ein Land wie jedes andere-dort wurde der Faschismus schließlich erfunden."

"Krach beim ‚Spiegel`: Augstein kämpft für Wiedervereinigung." Seite 2: "Alle wollen Frieden - fast alle wollen Einheit, aber ... Stefan Heym spricht von Blutbad." Fotos von Leipziger Transparenten: "Wir wollen 1 neues Deutschland. - Wer gegen Einheit ist, hat Angst vor der Arbeit. - Das Land ist bald leer! Es muß deutsche Einheit her!"

"Fünfmal Deutschland." (14.12.89) "Boris nennt Einheit Palaver." - "Die Leipziger haben den Friedensnobelpreis verdient." Sportteil: "Boris Becker: Nicht stolz, Deutscher zu sein! (...) Hoffentlich spielt er morgen besser, als er redet."

"STASI: Spitzel, Terror, Abhören, Sex, Intrigen: So funktionierte die rote Gestapo." Interview mit CSU-Generalsekretär Huber: "Der Wille zur Einheit ist stark. (...) Ich glaube auch, daß die Linken unter einem Trauma stehen, etwa so: Deutschland hat den Krieg verloren. Er ist von Rechtsradikalen, vom Hitler-Regime angezettelt worden. Deshalb ist es nur gerecht, wenn Deutschland dafür irgendeine Strafe bezahlt im Sinne der Teilung. So etwas können wir natürlich nicht akzeptieren."

"Ach Boris, warum lügst du?" (15.12.89) "Deutsch-deutsche Weihnacht - haben Sie schon eingeladen? (...) Unter dieser Telefonnummer können Sie Ihre Einladung aussprechen ... 12 Helfer der CDU-Sozialausschüsse organisieren alles mit Engelsgeduld." Seite 3: "Jeder zweite grüne Wähler will die Einheit."

"Leipzig-Demo: Frankfurter Allgemeine entlarvt die Tagesschau." Aus dem "FAZ"-Nachdruck: "Die Leipziger wollen nicht dauernd behelligt werden mit Horrorvisionen, die links- alternative Intellektuelle beim Gedanken an die Nation befallen ... Ihnen schlägt Haß entgegen."

"DDR-Opposition für ‚Bund deutscher Länder`." - "Heiko & Andrea: Heirat im Westen, Feier im Osten. * Karen & Daniel: Sie dürfen sich lieben."

"Deutschland, Moskau zieht alle Truppen ab." (16.12.89) Textanfang: "Moskau - Das ist wahrscheinlich die größte Sensation der Nachkriegsgeschichte - sie könnte den Beginn des Friedens einläuten."

Seite 2: "Das Interview: SED-Chef läßt Maske fallen. SED-Chef Gysi (41) kämpft mit allen Mitteln gegen die deutsche Einheit. Er bat sogar die Amerikaner um Hilfe." Kommentar: "Die zwei Zungen des Gregor Gysi. Mein Gott, Gregor ... Jetzt aber zieht der in Winkelzügen geübte Advokat Gysi in der ‚New York Times` alle großdeutschen Heim-ins-Reich-Gespenster aus der Gruselkiste ... Zu deutsch: Uncle Sam soll die SED vor dem Volk retten."

"6:2, 6:0, 6:2. Boris, du bist der Größte. Ehrlich!" (18.12.89) "Wiedervereinigung: Fällt Mitterrand Kohl in den Rücken?" - "Nachrichten: Einheit der größte Wunsch."

"Heute Kohl in Dresden. Alle Deutschen drücken die Daumen." (19.12.89) "Politische Beobachter in Ost und West sind sich einig: Heute ist der Tag Helmut Kohls, der Tag aller Deutschen!" Seite 2: "SPD-Parteitag: Widersprüche und ein großes Wort von Vogel: Das Volk wird jeden hinwegfegen." Kommentar: "SPD für Deutschland".

20.12.89: Die gesamte Titelseite ist schwarz-rot-gold gerahmt. "Jubelstürme um Kohl in Dresden. Gott segne unser deutsches Vaterland." Immer noch in Überschriftenlettern: "Kohl: Wir grüßen euch. Wir lassen euch nicht im Stich. Die Massen riefen immer wieder: Deutschland einig Vaterland! Einheit! Einheit! Helmut, Helmut! Kohl: Gemeinsam werden wir es schaffen. Sie werden freie Wahlen haben. Wir sind eine deutsche Familie." Aus dem Titelseiten-Bericht von Dresden: "Diesen Tag wird Deutschland nicht mehr vergessen ... Bundeskanzler Helmut Kohl, von zehntausenden begeisterten Menschen umjubelt. Es war ... eine tief bewegende Demonstration der Deutschen Einheit, ein Meer von Gefühlen, Tränen und Hoffnung - und die ganze Welt hat es gesehen. Die Menschenmassen feierten den Kanzler ... Jubelsturm der Menschen für Helmut Kohl. Vor einem schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer hielt der Kanzler eine große Rede ... Als der Kanzler schloß: ‚Gott segne unser deutsches Vaterland`, versagte ihm die Stimme - so bewegt war er. Die Minister Blüm und Seiters ... weinten. Millionen Fernsehzuschauer in Ost- und Westdeutschland waren ergriffen."

Seite 3: "Dresden, herrliches Dresden." - "Ich sehe Tränen in den Augen des Kanzlers." Seite 4: "Magdeburg: 65.000 jubelten Willy Brandt zu."

"Es ist soweit. "Morgen geht das Tor auf." (21.12.89) Seite 3: "Was die Menschen drüben hoffen und denken: Wir sind für die Wiedervereinigung - nicht erst im Jahr 2000." - "Helmut Kohl schrieb ins Gästebuch: ‚Auf bald`."

"Bitte, laßt die Glocken läuten. Heute 15 Uhr: Das Tor geht auf." (22.12.89) Textanfang: "Berlin - Heute ist der schönste Tag für Millionen Menschen in Ost und West." Letzte Seite: " ‚Guten Morgen, Deutschland`. Die Platte von BILD." Udo Lindenberg, Karat, Puhdys, Peter Maffay, Rio Reiser ...

"Freudentränen am Brandenburger Tor: Es ist offen. Frohe Weihnachten, Deutschland." (23.12.89) "Momper: Berlin, nun freu dich!" - "Kein Fest wird mit diesem je vergleichbar sein." Aus dem Text: "Ja, es ist, als habe der liebe Gott seine Engelsboten durchs Land geschickt, um ein hoffnungsvolles Zeichen zu setzen, hier bei uns - mitten in Europa." Seite 2: "Eine neue Wirklichkeit hat begonnen." - " ‚Ein unglaubliches Gefühl! Wunderbar!`" Kommentar: "Welch ein Tag!" - "Kohl: Wie oft stand ich im Reichstag am Fenster ..." - "Das Tor der Deutschen: Napoleon beklaute - Adolf Hitler schändete es."

"BILD-Exklusiv-Umfrage * Der Beweis: DDR-Mehrheit will die Einheit." (27.12.89) "Grenzenlos schön, diese Weihnacht." Seite 3: "Wunderbare deutsch-deutsche Weihnacht. Ohne Umtausch, ohne Visa, von Bremen nach Riesa."

Am 30.12.89 schwarz-rot-gold gerahmt: "Prosit Neujahr, Deutschland, es wird ein wunderbares 1990." Aus dem Text: "Wir werden das größte Silvester-Fest seit dem Krieg feiern, und wir haben allen Grund dazu. Aber das nächste Jahr verspricht, noch besser zu werden ... Unser Leben wird leichter und fröhlicher." In einem Foto-Rückblick: "Berlin, November 1989 ... Deutschland weint vor Freude." Kommentar auf Seite 2: "Frieden

auf Erden, die Einheit kommt." Schluß: "Es wird wahr werden, was der große Deutsche Willy Brandt auf einen Satz - den wichtigsten des Jahres - brachte: ‚Es wird zusammenwachsen, was zusammengehört.`"

"Wahnsinn." (2.1.90) "Riesige Video-Wand kippte um ... Überall Blut. Schmerzensschreie gingen im Trubel unter."

* * *

In der Silvesternacht am Brandenburger Tor wollten zuviele zu hoch hinauf. Wie ein Wort seine Bedeutung ändern kann: "Wahnsinn" war der am meisten gehörte Kommentar der Anfang November durch die offene Mauer strömenden Menschen. Weder dem einen noch dem anderen Ereignis wird das Wort gerecht. Vielleicht deutet es aber schon ganz richtig an, was noch kommt. Denn der "Trubel" geht weiter.

de.

9. SED/PDS: Abschied vom Stalinismus

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:04

Nachdem sie lange genug das Tempo der Entwicklung in der DDR verschlafen hat, versucht die SED nun mit hoher Geschwindigkeit wieder eine politische Führungsrolle zu erlangen. Stalin und die ausgetrampelten Pfade des Marxismus-Leninismus will sie verlassen, die ein- getretenen Wege des Kapitalis- mus nicht beschreiten. Ob der "3. Weg", den die SED/PdS jetzt eingeschlagen hat, zum demokratischen Sozialismus führt, bleibt abzuwarten.

Zwischen Honecker und Gysi war das noch ein SED-Generalsekretär: Egon Krenz. Der hatte Honecker erst Mitte Oktober abgelöst. Eine glaubwürdige Wende spiegelte das personell nicht wider, denn Krenz gehörte bereits seit vielen Jahren dem Politbüro an und galt lange Zeit als designierter Nachfolger Honeckers. Unstrittig waren seine Beteiligung am Auszählungsbetrug nach den Kommunalwahlen im Mai und seine Rechtfertigungsversuche des von der chinesischen Führung angerichteten Massakers im Juni. Eine Selbstkritik hat Krenz bis heute nicht über die Lippen bekommen.

Aber nicht persönliche Mängel, sondern die Unfähigkeit des Politbüros, die Dynamik des politischen Prozesses und die Bedürfnisse der Parteibasis richtig einzuschätzen, führten zum erzwungenen Rücktritt des Politbüros und des Zentralkomitees am 3. Dezember. Ein Beispiel bildet die Einberufung des außerordentlichen Parteitages, der vom Krenz-Politbüro erst vorgezogen wurde, als die Parteibasis massiv gegen Pläne protestiert hatte, lediglich eine wenig entscheidungsbefugte Parteikonferenz durchzuführen.

Schwankend in ihrer Politik der Suche nach einzelnen Sündenböcken und der Vertuschung des ganzen Ausmaßes der Korruption war die Krenz-Gruppe unfähig, sich an die Spitze des Veränderungsprozesses zu stellen. Es waren Bürgerkomitees, die geheime Waffenlager aufdeckten und die Aktenvernichtung durch Beamte der "Staatssicherheit" verhinderten. Während aller dieser Tage traten Tausende von Genossinnen und Genossen aus der Partei aus. Der Hohn und der Haß, der SED-Mitgliedern überall entgegenschlug, wuchs ständig und steigerte sich mit der bedächtigen Aufdeckung von Fällen persönlicher Bereicherung der alten SED-Führungsgruppe. Es war ein Akt der Selbstverteidigung der demoralisierten und in die Ecke gedrängten Parteibasis, der die Krenz-Führung zum Rücktritt zwang und zur Einsetzung eines Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Parteitages führte.

Das Ausmaß der individuellen Aneignung von Staatseigentum ist im Vergleich zur Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Konsumgüter, die Privatbesitzer im Kapitalismus innehaben, gering. Aber jeder gelangweilte Vergleich mit Lambsdorff oder Flick oder Herrhausen verkennt die Bedeutung, die es hat, wenn sich die Führer einer "sozialistischen" Partei als halbfeudale Prasser entlarven. Solche Vorgänge untergraben die Moral von SED-Mitgliedern in der DDR und die Glaubwürdigkeit aller SozialistInnen auf der Welt.

Nach dem Rücktritt von Politbüro und ZK wurde ein Arbeitsausschuss gebildet, der die bedrohliche Zersetzung der SED durch das erneute Vorziehen des Parteitages aufzuhalten suchte. Diese erste Hälfte des Parteitages am 8. Dezember brachte eine deutliche Mehrheit gegen die Bestrebungen nach Auflösung der SED. Ministerpräsident Modrow hatte in geschlossener Sitzung den Delegierten die welthistorische Bedeutung einer Auflösung der SED und eines dann möglichen Falls der DDR deutlich gemacht, der das Ende der Perestroika mit allen Konsequenzen der Destabilisierung hätte nach sich ziehen können. Noch in derselben Nacht beschlossen die Delegierten auch die Suche nach einem neuen Namen, der die Wandlung der Auffassungen der SED widerspiegeln sollte. Außerdem wählten sie, erstmalig in der Geschichte der SED, einen Vorsitzenden, den Berliner Rechtsanwalt Gregor Gysi, der sich in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten einen Namen als Verteidiger von Oppositionellen und als Streiter für mehr Rechtssicherheit gemacht hatte. Dem ebenfalls erstmals gewählten Parteivorstand gehören nur noch zwei Mitglieder des alten ZK an.

Kritik des Stalinismus

Eine Woche später wurden mit der Verabschiedung des vorläufigen Statuts, der Entgegennahme und Debatte der Berichte über die "Krise in der Gesellschaft" und "die Neuformierung einer modernen sozialistischen Partei" sowie mit der Namensgebung erste inhaltliche Orientierungsmarken gesetzt. Alleine die Veränderung des Namens enthielt viel Sprengstoff: "Dieser Parteitag ist nicht bereit, sich wegen des Namens zu spalten", sagte Gysi und begründete den neuen Doppelnamen Sozialistische Einheitspartei Deutschlands/Partei des

Demokratischen Sozialismus damit, daß die Mitglieder sich aus ihrer Verantwortlichkeit für vergangene Fehler nicht stehlen und zugleich ihre Bereitschaft zum Neuanfang erklären wollten. Sich vom Stallgeruch einer stalinistischen Organisation zu befreien und Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf zu schaffen, stand im Mittelpunkt der Parteitagsdebatte. Dem erstgenannten Zweck diente die von Michael Schumann vorgetragene Kollektivarbeit "Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED". Nachdem Schumann die "Symptome des Machtmißbrauchs" und die Unfähigkeit der Krenz-Führung, einen Umgestaltungsprozeß einzuleiten, kritisiert hatte, kam Schumann auf die "Ursachen" zu sprechen, die noch "in jüngster Zeit (...) zu besonders abstoßenden Auswüchsen stalinistischer Herrschaft geführt haben. (...) Da gibt es die spezifischen Strukturen, Methoden und Allüren der Honecker-Ära. Da gibt es die mit unserer sozialistischen Entwicklung insgesamt verbundenen stalinistischen Deformationen und die Ausprägung eines entsprechenden Herrschaftssystems. Da gibt es den Mißbrauch der kommunistischen Bewegung durch Stalin nach Lenins Tod und eine bis in die 20er Jahre zurückreichende stalinistische Linie. Und manches geht wohl auch zurück auf preußisch-deutsches obrig-staatliches Denken und Handeln."

Bezüglich der sowjetischen Entwicklung vermag Schumann einige materielle Grundlagen des Bürokratisierungs-Prozesses auszumachen, so "die Zwänge des Kriegskommunismus, die Rückständigkeit Rußlands, das Fehlen parlamentarisch-demokratischer Traditionen". Eine "als ‚marxistisch-leninistisch` verbreitete Ideologie" bekam die "Hauptfunktion" zugewiesen, "den Widerspruch zwischen den wahren Werten des Sozialismus und der stalinistischen Wirklichkeit zu verschleiern. Dabei wurden oft Zitate der Klassiker mißbraucht, um die gerade gängige Politik der Führung zu rechtfertigen. Einschätzungen und Äußerungen Lenins zu bestimmten konkret-historischen Situationen wurden aus dem Zusammenhang gerissen und dogmatisch auf andere Situationen übertragen." Schade, daß die LeserInnen nicht erfahren, an welche herausragenden Beispiele Schumann dabei denkt. An die Konzeption vom "Sozialismus in einem Land"? An das Fraktionsverbot? Oder vielleicht auch an die gegenwärtige Lesart von Lenins späten Schriften über das Genossenschaftswesen und ihre "Anwendung" in der Sowjetunion?

In der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg wurde das "in der UdSSR existierende, durch Stalin geprägte gesellschaftliche Gesamtsystem" nicht umstandslos eingeführt. In den Jahren zwischen 1945 und 1948 habe es begründete Hoffnungen auf einen "eigenen Weg zum Sozialismus, wie er in den 1946 beschlossenen Grundsätzen und Zielen der SED vorgesehen war", gegeben. Die auf ein neutrales Gesamtdeutschland gerichtete sowjetische Politik, die korrigierende Wirkung der Einflüsse aus den drei Westzonen und die "lange sozialistische und demokratische Tradition" der deutschen Arbeiterbewegung und deren "parlamentarische und außerparlamentarische Erfahrungen, die nicht ohne weiteres auszuschalten waren", hätten günstige Ausgangsbedingungen geschaffen.

1948, nach dem sowjetisch-jugoslawischen Konflikt, sei ein "Bruch" in dieser Entwicklung aufgetreten. Wenn auch Schauprozesse wie in anderen osteuropäischen Staaten nicht durchgeführt wurden, gab es dennoch umfangreiche "Maßnahmen der politischen Strafjustiz", die nach dem 20. Parteitag der KPdSU teilweise revidiert wurden. Nach dem Aufstand in Ungarn 1956 und dessen Niederschlagung setzte jedoch eine neue Verfolgungswelle gegen "Abweichler" ein. Die Arbeitsgruppe forderte daher die Überprüfung aller dieser Verfahren und auch der Geschehnisse um den 17. Juni 1953.

Die 60er Jahre seien davon gekennzeichnet gewesen, daß die SED sich mehr und mehr über die staatlichen Organe erhob und die Möglichkeiten, den "Sozialismus in gesicherten Grenzen" aufzubauen, nicht nutzte. Insbesondere der "produktive Ansatz für ein Neues Ökonomisches System, das von der Kommandowirt schaft wegführen und zu einem vor allem mit ökonomischen Instrumentarien regulierten effektiven Wirtschaften hinführen sollte", sei nicht genutzt worden, weil die zusätzlich notwendige "Öffnung im politischen und geistig-kulturellen Leben der Gesellschaft" gemäß dem "in stalinistischer Tradition verharrenden Selbstverständnis der Partei" nicht vollzogen wurde.

Während der Ära Honecker habe die Führung nicht verstanden, "worauf sich nun die DDR in Fragen der Menschenrechte, der Reisemöglichkeiten, der Veränderung des Grenzregimes einzustellen hatte", so daß sinnvolle außenpolitische Schritte, nicht zuletzt der KSZE-Prozess, mit der immer tieferen Kluft zwischen "Partei und Volk" kontrastierten. Dennoch "hätte sich wohl noch ein Ausweg eröffnet, wenn unser Land (nach Gorbatschows Machtantritt) kühn und besonnen auf den Weg der Entstalinisierung geführt worden wäre. Bei der Überschaubarkeit unseres Landes, seiner ökonomischen Situation, der noch bemerkenswerten politischen Stabilität, bestanden für einen klugen Reformkurs bessere Voraus- setzungen als in der UdSSR."

Gerade diese letzte Periode, für die "massenhafte" Parteiausschlüsse, "Hofberichterstattung" und gefälschte Erfolgsmeldungen charakteristisch gewesen seien, bezeichnet der Ausschuß als "Stalinismus in den Farben der DDR". Als Konsequenz wurden dem Parteitag die Rehabilitierung aller Opfer stalinistischer Verfolgungen, die Bildung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses und neben der Errichtung einer Gedenkstätte die weitere "schöngeistige und wissenschaftliche" Behandlung des Themas empfohlen.

Das Etikett "stalinistisch" vergibt die Arbeitsgruppe recht wahllos. Massenhinrichtungen, Arbeitslager, Folter und die willkürliche Repression gegen Millionen hat es in der DDR nicht gegeben; das vergangene Jahrzehnt ist auch von der Herausbildung einer öko-pazifistischen Bewegung, kritischen Kulturschaffenden und von Debatten unter Gesellschaftswissenschaftlern, die ihre Stichworte aus der UdSSR empfingen, geprägt worden. Es mag in der gegenwärtigen Situation der SED/PdS opportun erscheinen, jenseits der analytischen Kleinarbeit das große Aufräumen vorzuführen, doch ist zweifelhaft, ob auf diese Weise das Vordringen zu moderneren kommunistischen Konzeptionen gelingen wird. Der Arbeitsgruppen-Bericht beantwortet die Frage nach den DDR-spezifischen sozialen Grundlagen der autoritär-bürokratischen Herrschaft vorerst nicht. Probleme, ob denn eine Wirtschaft, in der einzelne wenige Führungspersonen beliebig Planvorgaben außer Kraft setzen und Investitionen umleiten konnten, neben dem Namen Kommandowirtschaft die Bezeichnung Planwirtschaft überhaupt verdient und ob, wenn das nicht der Fall ist, ungenutzte Reserven einer Planwirtschaft noch erschlossen werden müßten, werden gar nicht formuliert.

Wahlkampfpartei

Ganz auf einen Erfolg bei den Wahlen im Mai 1990 scheint die Politik der SED/PdS ausgerichtet. In seinem Hauptreferat forderte der Parteivorsitzende Gysi mehrfach die Einstellung der Organisation auf die Erfordernisse des Wahlkampfes. Angesichts einer Lage, in der die SED/PdS die Macht großen Teils an den "Runden Tisch" verloren hat, der in seiner Zusammensetzung für die Auflösung der Planwirtschaft und eine enge Anbindung an die BRD steht, rangiert die Anpassung an Stimmungen vor deren Beeinflussung. In keinem Beitrag leistete die neue Parteiführung eine schonungslose Untersuchung und Darstellung der Kräfte und Strömungen, die sich in der DDR-Gesellschaft herausbilden. Fast schon außerhalb jeder Diskussionswürdigkeit standen Beiträge, die sich kritisch zur verstärkten Einbindung in die kapitalistischen Weltmarktmechanismen und das Anhängen an die westdeutsche Wirtschaft äußerten (so Rudolf Bahro oder Norbert Nowakowski).

Während mensch andere Diskussionsbeiträge als Einzelmeinungen abtun könnte, spiegelt das verabschiedete vorläufige Statut die Meinung der großen Mehrheit der Delegierten wider. Nicht nur die kommunistische, sondern zugleich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und die "sozialistischen, antifaschistischen, pazifistischen und internationalen linken Traditionen, besonders (die) Lenins" werden darin als die "Hauptwurzeln" der Partei bezeichnet. Die "theoretische Grundlage" bilde weiterhin der "Marxismus", doch verarbeite die Partei "schöpferisch alle theoretischen und konzeptionellen Impulse anderer geistiger und politischer Strömungen, die der Entfaltung der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft und der Sicherung des Überlebens der Menschheit dienen".

Kaum anders als das Programm der SPD klingt es, wenn die Ziele aus den "Grundwerten" der SED abgeleitet werden, als da sind: "Frieden, Solidarität, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und sozialistischer Pluralismus". Aus diesen Grundwerten ergibt sich als das wesentliche Ziel "ein neuer menschlicher, demokratischer Sozialismus in der DDR, jenseits von Profitwirtschaft, Ausbeutung und administrativ-bürokratischem Sozialismus" in einem "sozialistischem Rechtsstaat". Es handelt sich hier um eine Handreichung an alle, die diese Grundwerte teilen, sich der SED/PdS anzuschließen oder sie wenigstens zu wählen.

Ein fortschrittliches Element liegt sicher in dem zugestandenen Recht auf Tendenz- und Fraktionsbildung. Darum kam die SED/PdS jedoch auch kaum herum, wenn sie tatsächlich das Anliegen einer "sozialistischen Volkspartei" verwirklichen und die Pflege der unterschiedlichen Traditionen und Ansätze gestatten will. Gleichwohl böte es Anlaß zu Gedanken darüber, ob eine nach innen demokratisch funktionierende SED/PdS mit den in ihr versammelten kompetenten Persönlichkeiten in der aktuellen historischen Situation ein brauchbares Sprungbrett für die Formierung einer linkssozialistischen Strömung darstellen könnte.

Ein Hinweis auf eine wissenschaftlich begründete, radikale Kritik von Imperialismus und Kapitalismus und die Notwendigkeit revolutionärer Umwälzungen oder den Klassenkampf findet sich im Statut nicht. Es bleibt verschwommen, ob das Bekenntnis zu Grundwerten oder die Anwendung der dialektisch-materialistischen Methode und die Resultate einer historisch-materialistischen Wissenschaft die Grundlage der Organisierung in der SED/PdS bilden sollen. Sicher, "jede Form von Nationalismus, Faschismus, Rassismus und Chauvinismus" soll bekämpft werden, aber im Ringen "um demokratische Mehrheiten" und auf der Grundlage "der Verfassung der DDR". Nach den jahrzehntelangen Erfahrungen mit einer Herrschaft, die sich nicht einmal dem Schein nach an Gesetze hielt, sind das verständliche Festlegungen. Ob es richtig ist, scheint mir allerdings strittig, denn bereits 1990 könnte die Verfassung der DDR einschneidend zugunsten einer bürgerlich-demokratischen Struktur verändert werden, die politische und sozioökonomische Entscheidungen nicht vergesellschaften würde, sondern eine neue Form politischer Enteignung nach sich ziehen könnte.

Davon, die Entfremdung der wirklichen Produzenten von den Produktionsmitteln und ihren Produkten aufzuheben, geht trotz anderslautender Bekenntnisse niemand mehr aus. Warum sonst forderten alle maßgeblichen SED/PdS-Politiker die Einführung von (bundesdeutschen) Mitbestimmungsformen und eines erheblichen Ausbaus der Sozialpolitik und ihrer Anpassung an die Folgen des neuen wirtschaftspolitischen Kurses.

Gegen maximalistische Forderungen, im Sinne einer kulturrevolutionären Umwälzung die verfestigte bürgerliche Sozialstruktur mit ihrer Trennung der Kopf- und HandarbeiterInnen aufzulösen und neue Arbeitsbeziehungen zu entwickeln - ein Weg, den Bahro bereits 1977 vorgeschlagen hatte und mit DDR-Knast zahlte -, ließe sich mit Recht einwenden, daß die gegenwärtige politische Lage eine Taktik der Defensive und des Blockierens ungehinderter "Anschluß"-Politik erfordere. Das sagt nur niemand. Vielmehr wird die Übernahme bürgerlich-demokratischer Strukturen in Politik und bald wohl auch Wirtschaft nunmehr offensiv als richtiger Weg deklariert. Dem falschen Bewußtsein namens "Marxismus-Leninismus" ist die notwendige fundierte Absage noch gar nicht erteilt worden, da droht die SED/PdS bereits erneut zum Sprachrohr einer Ideologie zu werden: der Demokratie von Panama bis Rumänien.

fo.

Quellen: Neues Deutschland, Ausgaben Dezember 1989.

10. Doku: "Kommunistische Partei in der DDR" (KP-DDR)

Rubrik: DDR-Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:49

Dokumentation:

"Kommunistische Partei der DDR" (KP-DDR)

Die Lage innerhalb der SED, die für die tiefe Krise der DDR-Gesellschaft die volle Verantwortung trägt, spitzt sich weiter zu. Die Versuche der stalinistischen Parteibürokratie, mit halbherzigen Maßnahmen ihre Macht zu erhalten, demoralisieren die SED-Mitglieder an der Basis zunehmend. Von der Basis ausgehende Reformbestrebungen wie "Neugründung", "Erneuerung", die einer Neugründung gleichkommt", "konstruktive Parteispaltung" und ähnliche Konzeptionen zeigen, daß die SED in ihrer bisherigen Form nicht überleben kann.

Mit Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, daß sich nicht nur die stalinistischen Apparate heimlich zum Gegenangriff sammeln, sondern auch andere Kräfte zunehmend an Einfluß innerhalb der SED gewinnen. Dies zeigt sich an Forderungen nach einer "sozialistischen Volkspartei", in der Formulierung, "den Charakter der SED als Einheitspartei stärker zu berücksichtigen" und ähnlichen Formulierungen. Diese Entwicklung paart sich mit Gesellschaftsmodellen und Aktionsprogrammen, die den Parlamentarismus als Form der Machtausübung bevorzugen.

Dem stellen wir entgegen:

- in ihrem Selbstverständnis ist die überwiegende Mehrheit der jungen Parteimitglieder als Kommunisten in die SED eingetreten, sie wollen in einer erneuerten SED ihre kommunistische Identität nicht verlieren;

- die Arbeiterklasse in der DDR braucht auch in Zukunft eine Partei, die sich als ihre revolutionäre Avantgarde versteht, diese Aufgabe kann eine "Volkspartei" nicht leisten;

- die konsequente Verteidigung der sozialistischen Elemente in der DDR-Gesellschaft ist in dem sich entwickelnden parlamentarischen System nicht ausreichend gewährleistet, daher brauchen wir sofort eine Doppelherrschaft von Parlament und Räten. Nur Arbeiter-, Produzenten-, Konsumenten-, Umwelträte und Bürgerkomitees können verhindern, daß die Werktätigen wieder um die Früchte ihrer eigenen Revolution durch die Apparate betrogen werden.

Diese Forderungen können nur von einer konsequent linken, in der Tradition von MARX, ENGELS und LENIN wirkenden Partei verwirklicht werden. Die SED gibt dafür keine Garantie mehr.

Daher bereiten wir die Gründung der "KP-DDR" vor:

1.) Um handlungsfähig zu sein, wenn der Parteitag der SED scheitert und sich der Auflösungsprozeß der SED fortsetzt, bzw. wenn er keine konsequente Linksorientierung im o.g. Sinn bringt;

2.) Minderheitsstandpunkt; auch wenn die Erneuerung gelingt als ständiges Regulativ zur SED, das durch ständige linke Kritik eine erneute Erstarrung verhindert.

Wer diese politischen und organisatorischen Positionen unterstützt, sollte mit uns in Kontakt treten!!!

Adresse: Initiativgruppe "KP-DDR", Magnushaus, PF 69, Berlin, 1080

Offene Beratung der Initiativgruppe: 14.12.1989, 20.00 Uhr, Klub Wissenschaft im Magnushaus, Kupfergraben 7 / Ecke Bauhofstraße.

1. Dezember 1989

11. Dokumentation: Die Nelken - Gründungsgruppe für eine marxistische Partei

Rubrik: DDR-Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:42

In einer Zeit, da unser Land in der Zerreißprobe steht, wenden wir uns an alle, die eine gerechte und menschenwürdige Gesellschaft noch für möglich halten. Wir wenden uns an alle, die mit uns zusammenarbeiten wollen:

DIE NELKEN gehen von einer veränderten historischen Situation aus. Die Produktivkraftentwicklung der letzten Jahrzehnte hat den Imperialismus nicht in seinen Grundfesten erschüttert, in den bisher sich sozialistisch nennenden Ländern jedoch den Nachweis der Unfähigkeit einer historisch noch nicht einzuordnenden Gesellschaftsformation erbracht.

Die entstandene historische Situation läßt unserem Land zwei Entwicklungsmöglichkeiten: Hinwendung zum Kapitalismus oder Schritte zur Herstellung demokratischer, sozialistischer Verhältnisse.

Ausgehend von der Tatsache, daß gerade die neuen Produktivkräfte Sozialismus ermöglichen, kämpfen DIE NELKEN um einen sozialistischen Entwicklungsweg der DDR. DIE NELKEN wollen die Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse verhindern. Das wird ohne gemeinsames Handeln der marxistischen Kräfte nicht möglich sein.

Eine Entwicklung zu sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen erfordert wissenschaftliche Politik auf der Grundlage des Marxismus. Wissenschaftlichkeit der Politik mißt sich für uns an ihrem Beitrag zur Sicherung und Entwicklung der Lebensqualität der Werktätigen und an Schritten zur gesellschaftlichen Höherentwicklung insgesamt.

Als notwendig erachten wir daher eine umfassende Wirtschaftsreform, das heißt:

1) Herstellung und Sicherung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln der Groß- und Grundmittelindustrie bei gewinnorientierter Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe.

2) Erneuerung der materiell-technischen Basis durch moderne Technologien bei schrittweiser Verbesserung der ökologischen Gesamtsituation.

3) Gleichberechtigte internationale Wirtschaftskooperation bei Herausbildung einer effektiven Wirtschaftsstruktur im Inland.

4) Marktwirtschaft bei gesellschaftlicher Rahmenplanung zur Sicherung der Bedürfnisse der Menschen.

5) Materielle Sicherung des gesellschaftlichen Lebens durch Besteuerung.

Ohne Gesellschaftsreform keine Wirtschaftsreform. Deshalb wollen wir:

- eine marxistische Partei, deren Mitglieder bereit sind, aktiv die Ziele dieser Partei zu vertreten und die Interessen der Werktätigen mitzutragen;

- einen Staat schaffen, der schrittweise die Verwaltung von Menschen durch eine Verwaltung von Sachen ersetzt;

- eine Gesellschaft anstreben, die die freie Entwicklung aller garantiert, indem sie die Freiheit jedes einzelnen Menschen verwirklicht;

- Vorschläge einbringen, um zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung eines tragfähigen Sozialismusmodells beizutragen;

- alle Strukturen beseitigen, die zu den von der Führung der SED zu verantwortenden Verbrechen am Volk geführt haben;

- zeigen, daß die gegenwärtige Krise durch die nichtvorhandene Machtausübung der Werktätigen herbeigeführt wurde;

- verhindern, daß Privilegierte sich den Lasten der Krise entziehen und sie auf die Bevölkerungsmehrheit abwälzen;

- die direkte Einflußnahme der Werktätigen auf Politik und Wirtschaft durchsetzen;

- an einer gemeinsamen Plattform aller demokratischen linken Kräfte mitwirken und auf der Basis gemeinsamer Interessen mit allen demokratischen Organisationen und Parteien zusammenarbeiten;

- gegen jede Form von Nationalismus und faschistischer Ideologie auftreten - für eine Entmilitarisierung des gesellschaftlichen Lebens;

- die Gleichberechtigung und Integration aller an den Rand gedrängten Gruppen (z. B. körperlich und geistig Geschädigter, Rentner);

- die altersgemäße Einbeziehung aller Jugendlichen in staatliche und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse sowie Befähigung zur sachkundigen Mitwirkung;

- eine Interessenvertretung Jugendlicher in den Volksvertretungen;

- ein lebens- und berufsorientiertes Bildungswesen sowohl auf humanistischem als auch auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet bei Entwicklung spezieller und individueller Fähigkeiten und Fertigkeiten;

- Konzepte entwickeln, die eine soziale Isolierung für Frau oder Mann verhindern, wenn sie sich ganz den Kindern zuwenden oder aus anderen Gründen ihre wesentliche Arbeit im Haushalt verrichten;

- den Verständigungsprozeß und die Zusammenarbeit zwischen Ost und West unterstützen sowie ein umfassendes Vertragswerk mit der Bundesrepublik Deutschland auf politischem, ökonomischem, ökologischem, juristischem, kulturellem und sozialem Gebiet;

- alle Völker unterstützen, die um Souveränität und Demokratie kämpfen und diese Errungenschaften schützen;

- eine umfassende Abrüstung auf das geringstmögliche Niveau sowie militärische Strukturen der Nichtangriffsfähigkeit im internationalen Maßstab;

- unsere Ansichten und Absichten nicht verheimlichen: Die Wahrheit kann nicht davon abhängen, wem sie dienen soll.

Wir fordern:

- Aufarbeitung der Geschichte, Öffnung der Archive;

- umfassende Kontrolle des Staates durch die Bürger und Möglichkeiten für sie, zweckentsprechende Maßnahmen einzuleiten;

- Bildung von kompetenten Betriebsräten der Werktätigen und Erlaß eines Betriebsverfassungsgesetzes, in dem Rechte und Pflichten von Betriebsräten und Betriebsleitungen festgelegt sind;

- Schüler-, Lehrlings-, Studentenkomitees an den Bildungseinrichtungen, die mit Rechten und Pflichten ausgestattet sind;

- Aufnahme der Institution des Volksbegehrens in die Verfassung der DDR;

- Herstellung eines Rechtssystems der Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung, Ausführung (Regierung) und Rechtsprechung unter folgenden Voraussetzungen:

a) direkte Unterstellung der exekutiven Organe (Regierung, Polizei) unter die Volksvertretungen, das heißt

I.) Befugnis der Volksvertretungen, Entscheidungen der Exekutive aufzuheben, abzuändern oder zu ersetzen;

II.) umfassende Kontrolle der Exekutivorgane durch die Volksvertretungen und rechtliche Sanktionen bei Anmeldung solcher Kontrollen;

b) jederzeitige Rechenschaftsforderung und Abwahl von Volksvertretern durch die Wahlversammlung des Wahlkreises;

c) generelle Freistellung der Volksvertreter von der Arbeit zur Wahrnahme ihrer Aufgaben, verbunden mit einer Tätigkeitsbeschränkung auf maximal zwei Wahlperioden, Absicherung der beruflichen Weiterentwicklung von Volksvertretern.

- das Recht eines jeden Bürgers, bei Gericht gegen jegliche Verwaltungsentscheidung zu klagen;

- Einführung des Datenschutzes für jede Person und als erste konkrete Maßnahme die Abschaffung der Personenkennzahl;

- konsequente Bestrafung aller, die Gesetze verletzt, Verbrechen am Volk begangen, die gegenwärtige Krise herbeigeführt haben, Ausschluß der Amnestiemöglichkeiten für diese Fälle;

- Unterbindung aller illegalen Waffenlieferungen;

- den Widerstand aller demokratischen Kräfte gegen jeden Versuch, eine Pogromstimmung zu erzeugen;

- das Bekenntnis zu dem rechtsstaatlichen Grundsatz, daß jeder solange als unschuldig zu gelten hat, bis seine Schuld nachgewiesen und gerichtlich festgestellt ist;

- einen menschenwürdigen Strafvollzug, in dessen Verlauf bereits Wiedereingliederungsmaßnahmen stattfinden.

DIE NELKEN, Gründungsgruppe für eine marxistische Partei

Berlin, 10. Dezember 1989

12. Dokumentation: Kommunistische Plattform in der SED-PDS gegründet

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:41

Die Kommunistische Plattform, die sich am 30.12.89 konstituierte, vereint auf der Grundlage des Status der SED-PDS deren Mitglieder, die kommunistisches Gedankengut in die Programmatik und praktische Politik der SED-PDS einbringen wollen.

Wenn die SED-PDS für einen demokratischen Sozialismus in der DDR wirken will, muß sie eine breite linke Partei sein, die allen Platz gibt, die für dieses Ziel eintreten. Eine solche Partei kann auf Kommunisten, ihre Ideen und ihr Handeln nicht verzichten.

"Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung." (Marx/Engels: Die deutsche Ideologie) Ausgehend von diesem authentisch marxistischen Kommunismusverständnis wollen wir für einen starken, an Lenin und dem Bucharinschen Versuch, Leninsche Ideen weiterzuführen, orientierten kommunistischen Flügel in der SED-PDS wirken, der zugleich eine Brücke zu anderen politischen Kräften bilden kann, die sich links von der SED-PDS sehen. Die Kommunistische Plattform will damit einen spezifischen Beitrag zur praktisch-politischen Einheit der Linkskräfte unseres Landes bei Erhalt ihrer konzeptionellen Vielfalt leisten.

Es ist für uns selbstverständlich, daß wir als Kommunisten, die in der SED-PDS wirken wollen, das nur auf der Grundlage des jeweils geltenden Statuts und in seinem Rahmen tun werden. Ebenso selbstverständlich ist es für uns, daß wir uns an demokratisch gefaßte Beschlüsse halten und zugleich, wo es uns nötig erscheint, an ihnen konstruktive Kritik üben werden.

Wir wollen alle, die mit uns gemeinsam kommunistisches Gedankengut in der SED-PDS erhalten und in ihre Politik einbringen wollen, in der Kommunistischen Plattform der SED-PDS zusammenfassen. In den Grundorganisationen der SED- PDS wirken wir aktiv als Parteimitglieder mit kommunistischer Überzeugung.

In unsere Arbeit wollen wir auch Sympathisanten einbeziehen, die aus Enttäuschung nicht mehr oder wegen unterschiedlichster Zweifel und Vorbehalte noch nicht Mitglieder unserer Partei sind. Natürlich sind wir immer offen für Mitglieder der SED-PDS, die sich uns nicht unmittelbar anschließen wollen, aber Interesse an unserer Arbeit zeigen.

Wir schlagen euch vor:

- Organisiert euch in Basisgruppen;

- bildet Koordinierungsgruppen auf Kreisebene;

- nehmt Kontakt mit der zentralen Koordinierungsgruppe auf!

Den Mitgliedern der Kommunistischen Plattform im Alter bis zu 25 Jahren schlagen wir vor, sich zur Arbeitsgemeinschaft Junger Kommunisten zusammenzuschließen, in deren Arbeit auch interessierte Jugendliche ab vollendetem 14. Lebensjahr einbezogen werden können.

Wir gehen davon aus, daß wir als Plattform auf der Grundlage des Statuts die finanziellen und materiell-technischen Mittel der Partei sowie ihre Presse auf allen Ebenen in angemessener Weise nutzen können.

Die konstituierende Versammlung hat eine vorläufige zentrale Koordinierungsgruppe gebildet. Ihr gehören an: Werner Andree, Fred Beuchel, Marian Krüger, Annelie Schnakenburg, Karsten Wildanger. Sie wird eine Versammlung von Vertretern der Kommunistischen Plattform aus den Kreisorganisationen vorbereiten.

Telefonische Anfragen sind täglich ab 18.00 Uhr unter der Rufnummer Berlin 2 75 19 88 möglich.

13. BGS in (ehemals) Deutsch-Südwest - Nur ein Vortrupp für die Bundeswehr

DIE REICHEN UND DIE ARMEN

Rubrik: Ungarn · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:02

Von Hannes Hofbauer und Susan Zimmermann

Von Gleichmacherei keine Spur mehr. Auf Schritt und Tritt lacht und weint einem Glück und Elend einer Gesellschaft entgegen, die sich im Umbruch befindet. Ungarn hat innerhalb von zwei Jahren sein Gesicht total verändert. Eine Sozialreportage.

Auf der Überholspur des Autobahnteilstückes Györ-Tatabanya brausen von Woche zu Woche mehr BMWs und Audi 80 mit ungarischen Kennzeichen an den Trabants und Wartburgs ihrer Landsleute vorüber. Und in der Budapester U-Bahn-Station "Blaha Lujza Ter" hausen Tag und Nacht mehr jugendliche Obdachlose, deren Auftreten an die Westberliner Kids aus Kreuzberg erinnert - bestaunt und begafft von einer vielköpfigen Menge, die derlei "Exotisches" bisher nur aus westlichen Illustrierten kannte. Frappierend für jeden Besucher, wie rasant die Lebensläufe in unserem östlichen Nachbarland sozial auseinanderdriften. Viel bunter ist das Leben in den Straßen geworden und gleichzeitig viel, viel grauer. Bunter für die Gewinner der ungarischen Perestroika und grauer für die Opfer.

"Von der Arbeit kann man heute nicht reich werden", stellt Jozsef Matlak, sozialpolitischer Referent des einst mächtigen Staatsgewerkschaftsrates SZOT, nüchtern fest. Die Neureichen kaufen Eigentumswohnungen am Budaer Stadtrand mit den Gewinnen aus Schmuggel und Schieberei, manche legal und manche illegal.

Oder wir erzählen die Geschichte jenes Videoverkäufers, der in einem Pester Souterrainlokal westliche Pornos - ungarisch untertitelt - von einer blonden, aufreizend gekleideten Landsmännin verkaufen läßt. Das Stück um 1.000 Forint, einem Viertel des staatlich festgelegten Mindestlohnes. Mit dem Ersparten ist schon nach einem Monat ein besseres Mittelklasseauto aus Stuttgart oder Wolfsburg drinnen. Seine Kinder schickt besagter Videohändler auf die katholische Privatschule, an der das Schulgeld für normalsterbliche Ungarn unerschwinglich ist, doch die Ausbildung besser als in den unterfinanzierten staatlichen Bildungsstätten.

Ganz anders stellt sich die Zukunftsaussicht für Istvan K. Er ist seit mehr als zehn Jahren Schlosser in der staatlichen Großdruckerei Sikra. Sein Gehalt: 18.000 Forint zu jedem Monatsersten, Überstunden und Nachtarbeit inklusive. Istvan K. gehört zur oberen Einkommensschicht der alten Arbeiterklasse. Zwar ist seine Firma nicht vom Zusperren bedroht - "Wir bekommen jetzt immer mehr Aufträge von der Opposition, ihre Zeitungen zu drucken" - dennoch denkt er an einen Jobwechsel. Als privater Taxifahrer z.B. würde er mit ein bißchen Geschick das Doppelte verdienen. Vor allem die Strekke Flughafen-Innenstadt ist unter den Taxlern beliebt, da bekommt man seine Fahrt in DM, Schilling oder Dollar bezahlt, schwarz gewechselt bringt das nochmals einen Zuschlag von 50%. So mancher Werkmeister der großen Sikra-Druckerei hat seinen Lada oder VW-Passat gekauft, mit dem er jetzt auf Dollarjagd geht. "Es ist verrückt", meint der stellvertretende Direktor des Werkes, "die lassen ihre ganze Ausbildung brach liegen und werden als Taxifahrer oder Kleinhändler reiche Leute."

Im Budapester Arbeiterbezirk Ujpest gehen die Uhren anders. Die 11.000 Einwohner/innen gehören zu den Verlierern der ökonomischen Wende. Laut offizieller Statistik der Elektrizitäts-Werke können hier sechs Prozent der ansässigen Familien ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Der soziale Strudel, in den die Unterprivilegierten geraten sind, ist teuflisch und tief. Viele haben schon vor Jahren Kredite aufgenommen, in der Hoffnung, ihr Leben ähnlich gestalten zu können, wie es die Budapester Geschäftsstraßen vorgegaukelt haben. Mit der steigenden Inflation haben ihre Löhne an Kaufkraft verloren, die Rückzahlung der Kredite geriet mehr und mehr in Verzug. "60% der Ujpester Familien sind absolut verschuldet", zeichnen die nackten Zahlen aus der soziologischen Studie von Gabor Havas ein brutales Bild der UjpesterInnen ohne Früchte und Gemüse. Ihr Speisezettel besteht aus Brot, Kartoffel und fetter Wurst.

Im Unterschied der innerstädtischen Einkaufstraße Vaci utca und dem Stadtrand-Supermarkt liegt die ganze Erklärung für die Probleme der neuen ungarischen Gesellschaft. Wer beides gesehen hat, dem müssen Zweifel an der friedlichen Zukunft des Landes kommen.

Tausend Dörfer voller Elend

Die ungarische Armut trifft man nicht nur in den Vorstädten. Auch und besonders auf dem Land herrschen teilweise menschenunwürdige soziale Zustände. Betroffen sind vor allem die Komitate Borsod, Nograd, Szabolcs-Zsatmar, Baranya und Zala, die sich wie ein Elendsgürtel von Nordosten nach Südwesten ziehen. Die ungarischen Soziologen sprechen von den "1.000 armen Dörfern", in denen - nicht zuletzt aufgrund jahrzehntelanger staatlicher Fehlplanungen - heute ausschließlich alte Menschen und Zigeunerfamilien, ohne Chance auf Arbeit, leben. "Die Schäden in diesen 1.000 Dörfern sind irreparabel. Die dort Lebenden sind alt oder ohne jegliche berufliche Qualifikation. Es gibt so gut wie keine Arbeit. Das einzige, was fallweise Geld bringt, sind Ernteeinsätze auf den großen Kooperativen." Der Soziologe Gabor Havas äußert sich mehr als pessimistisch über die Zukunft der 500.000 Betroffenen.

Inflation + Subventionsstreichung = 0

"Ungarns Schuldendienst ist zu einer beträchtlichen Belastung der Wirtschaft geworden ... Einen Teil der Lasten mußten wir der ungarischen Bevölkerung aufbürden ... Der Lebensstandard hat große Einbußen erlitten." So äußerte sich der Vorsitzende der reformierten USP (sozialistische, ehemals kommunistische Partei) Reszö Nyers gegenüber einer bundesdeutschen Zeitschrift. Es ist nicht zu übersehen. Die Reform hat ihren Preis. Und dieser Preis wird vor allem von der immer größer werdenden Schar der Armen bezahlt werden müssen. Laut offizieller Statistik sind es immerhin 30%, die an bzw. unter der absoluten Armutsgrenze leben. RentnerInnen, kinderreiche Familien, Arbeiter/innen in Staatsbetrieben, die keiner sogenannten "2. Arbeit" im Privatsektor nachgehen, und die fünf Prozent Zigeuner ... "Die Armut wächst rasant", stellt auch Szusza Ferge, Professorin für Sozialpolitik an der Budapester ELTE-Universität ohne Umschweife fest. Manchen ist ob der sozialen Entwicklung unwohl, Jozsef Sandor, stellvertretender Direktor und Personalchef der größten ungarischen Druckerei Sikra: "Ich habe Angst. Wenn in Ungarn der Kapitalismus eingeführt wird, dann leben oben ca. 30.000 Superreiche in Saus und Braus, der Hälfte der Bevölkerung wird es besser gehen als heute, aber - was machen wir mit dem Rest von 4,5 Millionen Menschen? Für die wird nichts übrig bleiben." Die Angst vor großen sozialen Unterschieden und möglichen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen nimmt zu. Die Streichung von staatlichen Subventionen für lebenswichtige Güter hat schon heute zu einem Überlebenskampf der Armen geführt; die fortschreitende Inflation könnte Millionen von UngarInnen in Hunger und Elend stürzen.

Preisstützungen werden gestrichen

Ein Sammelsurium von Preisstützungen und betrieblichen Sozialleistungen machte es bis dato möglich, die Löhne künstlich niedrigzuhalten. "Seit 1987/88 wird dieses Subventionssystem wegen der Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds bezüglich neuer Kredite rasant abgebaut." Der Wirtschaftsreferent des Gewerkschaftsbundes, Jozsef Rehak, ist kein Freund der Subventionsstreichungen: "Die Lebensmittelpreise sind bis auf Milch und Kornbrot schon heute völlig freigegeben." Anfang 1990 werden die Mieten um voraussichtlich 150% angehoben, die Preisstützungen für Energie und öffentlichen Transport fallen. Voraussichtliche Preissteigerungen: 50% laut Regierungserklärung, 80% laut inoffiziellen Berechnungen der SZOT.

Gleichzeitig steht die schrittweise Einstellung der betrieblichen Sozialleistungen, wie sie bisher in jedem staatlichen Unternehmen existierten, vor der Tür. In der Sikra-Druckerei wehrt man sich noch dagegen: "Unsere betriebsinternen Sozialleistungen", meint Direktor Jozsef Sandor stolz, "sind vielfältig". Kantinenessen um 25 Forint (ca. 70 Pf.), ein Erholungsheim am Balaton mit 30 Zimmern, Schulbuchzuschüsse für Kinder von Betriebsangehörigen, eigene Pensionen, zinsenfrei Wohnungskredite für junge Arbeiter.

Die aus dem Westen einbrechende Verwertungslogik orientiert sich an wirtschaftlicher Effizienz und fragt nicht nach den Urlauberheimen und Schulbuchaktionen. Ihr Credo: Konkurrenzfähige Produkte. Diese wiederum können nur mit billiger Arbeitskraft und ohne den sozialen Schnickschnack aus der realsozialistischen Ära erzielt werden. "Wir werden unser Sozialnetz aufschneiden müssen", gibt sich Sikra-Direktor Sandor resigniert.

"Aber ein Stück von einem sozialen Netz kann niemand mehr halten, daran kann man sich bestenfalls aufhängen."

Wenn auch vom Aufhängen bei den Sikra-Arbeitern noch nicht die Rede ist, so werden sie künftig doch mit weniger auskommen müssen als bisher. Die Lohnerhöhungen halten mit der Inflationsrate nicht Schritt. "Die Reallöhne gehen von Jahr zu Jahr zurück. Für 1990 erwarten wir einen Rückgang um vier bis fünf Prozent", macht sich der Sozialreferent der SZOT keine Illusionen. Obwohl offiziell noch keine gänzliche Liberalisierung der Löhne existiert, zeigen die entsprechenden Eckdaten, wie schwach der ArbeiterInnen-Schutz im ehemaligen Arbeiterstaat geworden ist: 3.700 Forint im Monat (ca. 130 DM) beträgt der staatlich festgesetzte Mindestlohn; nach oben gibt es keine Begrenzung. Eine Indexierung der Löhne gibt es nicht, höchstens festgeschriebene Sätze, die sich an einem fiktiven Warenkorb orientieren, der von niemandem als realistisch betrachtet wird. Und weil die Inflation mit derzeit ca. 30% - offiziell werden 18% eingestanden - immer schneller ist als die politisch ausgehandelten Lohnerhöhungen, gleicht die 18%ige Lohnerhöhung den realen Inflationsverlust nicht aus. "Wir fürchten uns vor einer zukünftigen Einkommensverteilung, die von unten nach oben geht und mittels unindexierter Löhne den ärmeren Teil der Gesellschaft marginalisiert und zu reinen Almosenempfängern macht", meint Szusza Ferge und kommt damit zur selben Gesellschaftsdiagnose wie die neoliberalen Reformökonomen. Diese allerdings sind von einer stark segmentierten ungarischen Gesellschaft nicht irritiert.

Gesucht: Sozialstaat

Lohnverfall, Lohndifferenzierung, Subventionsabbau, Preissteigerung - ein dichtgewebtes, ordentliches, sozialstaatliches Netz, denkt sich der westliche Beobachter, wird doch in einem auch nur halbwegs sozialistisch-sozialem Lande die drohenden Folgen mildern, wird trotz dieser Umstrukturierungen in Richtung Markt wenigstens soziale Sicherheit garantieren. Oder? Wird etwa der Sozialstaat, fragt der kritische Westler, auch gleich mit abgebaut, ganz wie man es hierzulande zu Genüge kennt?

Verwirrend sind zunächst die Erscheinungen: So berichten ungarische Quellen einerseits vom Aufbau und Ausbau wichtiger sozialpolitischer Einrichtungen, daß bei der neuen Arbeitslosenunterstützung ab Januar 1990 sogar ein Mindestsatz eingeführt werden soll - zwar mit 80% des offiziellen Mindestlohnes von 3.800 Forint nichts besonderes, aber immerhin; außerdem ist die Einführung einer generellen Familienunterstützung beschlossene Sache, und auch der Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt ist im Steigen begriffen. Andererseits aber wächst in Ungarn das Gefühl existenzieller Verunsicherung immer stärker an.

Sozialpolitik ohne Sozialpolitik

Ein Blick hinter die Kulissen der alten "sozialistischen" sozialen Sicherung und des marktkonformen westlichen Sozialstaats hilft die Hintergründe dieser widersprüchlichen Erscheinungen in Ungarn aufzuhellen. Trotz aller Reformen und aller Abkehr vom Stalinismus nach 1956 hatten Staat und Partei in Ungarn die Fäden in der Hand. Nicht der Markt, oder, unfein gesagt, das Kapital bestimmte die Zahl der Arbeitsplätze, die Löhne und die Preise, sondern die Volksrepublik entschied sich für Vollbeschäftigung, subventionierte die wichtigsten Verbraucherpreise und sorgte für eine relativ egalitäre Einkommensverteilung.

Eine eigenständige Sozialpolitik wie im Westen, die sich je nach weltwirtschaftlicher, konjunktureller und nationaler Schön- oder Schlechtwetterlage sorgsam oder weniger sorgsam um einen vom Staat nicht berührbaren Kern der ökonomischen Aktivitäten herumgruppiert, war unter solchen Bedingungen nicht notwendig. So konnte die Partei, nachdem das Volk sich mit seinen Bedürfnissen unüberhörbar zu Wort gemeldet hatte, noch Ende 1956 ganz einfach beschließen, daß von nun an "die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeitenden" primärer Gesichtspunkt in der Wirtschaftspolitik sein solle. Und dem folgten, durch weltwirtschaftliche Entwicklungen gewiß begünstigt, in den 60er Jahren und in den "goldenen 70ern" tatsächlich zentral gesetzte Entscheidungen auf dem Fuße, die zumindest den jungen und den im arbeitsfähigen Alter stehenden Menschen soziale Sicherheit vor allem durch Interventionen im wirtschaftlichen Bereich garantierten: Im Interesse der politisch erwünschten und durch politische Kontrolle der Einzelnen erzwungenen Vollbeschäftigung wurden Gesamtlohnsummen und durchschnittliche Lohnhöhen festgesetzt.

Selbst Wirtschaftsreformen, die marktnahe Bereiche bevorzugten, wurden durch Lohnpräferenzen oder außerordentliche Lohnerhöhungen in "marktfernen" Bereichen wie der Schwerindustrie, dem Gesundheits- und Bildungsbereich ergänzt; Preiserhöhungen wurden durch anderweitige Kompensationen neutralisiert; dem

insgesamt niedrigen Lohnniveau stand außer subventionierten Preisen und niedrigen Mieten der kostenlose Zugang zu sozialen Dienstleistungen gegenüber. Hinzu kamen weitreichende (groß)betriebliche Sozialleistungen. Arm blieben, trotz gewisser Verbesserungen gegenüber der Stalin-Ära, insbesondere RentnerInnen und nicht erwerbsfähige Erwachsene.

Kapitalismus ohne Sozialstaat

Maßnahmen wie die Neueinführung einer Arbeitslosenunterstützung im Zuge der heutigen marktwirtschaftlichen Umgestaltung sind die Kehrseite und Folge des sich beschleunigenden Rückzugs des ungarischen Staates aus der unabhängigen Gestaltung der Produktion und der ersten Runde der Einkommensverteilung. Denn wo der Markt die Arbeitskraft bewegt, bleibt dem Staat im besten Falle eine gewisse Sorge um die Kraftlosen.

Dennoch: "Wo Kapitalismus, da Entstehung des Sozialstaates" - dieser Umkehrschluß aus den zerfallenen sozialistischen Zusammenhängen gilt in Ungarn nicht. Vielmehr wird einstweilen bloß hektisch reagiert auf die augenscheinlichsten Formen der Durchlöcherung der alten materiellen Sicherheit der Bevölkerung, und dies auf Minimalniveau. Werden Mietsubventionen gestrichen, so wird ein Teil der Mehreinnahmen für die Schwächsten unter den Betroffenen verwendet, der Rest kommt der Budgetsanierung zugute. Die kärglichen Mittel werden auf jene Gruppen konzentriert, die bei der ungarischen Variante der Durchsetzung von Marktprinzipien in einer ehemals bedürfnisorientierten Ökonomie besonders hart betroffen sind.

Jozsef Matlak vom gewerkschaftlichen Zentralrat SZOT bringt es auf den Punkt: "Die Gewerkschaften befürchten, daß angesichts von zunehmender Armut die neue Sozialpolitik immer mehr zur Armenpolitik im traditionellsten Sinne verkümmert."

Die Entwicklung eines neuen "zweiten Netzes" existenzieller Grundsicherung als sozialem Pfeiler in der Marktwirtschaft zeichnet sich einstweilen nicht ab. Zwar wird die neue Familienhilfe ab 1. Januar 1990 erstmals unabhängig vom Arbeitsverhältnis bezahlt, aber selbst die neue Mindest-Arbeitslosenunterstützung wird nur bekommen, wer innerhalb der vergangenen drei Jahre mindestens 1 1/2 Jahre gearbeitet hat. Noch wird damit - angesichts der bisherigen Vollbeschäftigung - der völlige materielle Absturz der größer werdenden Schar der "Freigesetzten" im großen und ganzen abgefangen, aber die Ausgrenzung von Menschen bei gleichzeitiger Begrenzung des Sozialetats ist vorprogrammiert.

Hinzu kommt, daß mit fortschreitender Privatisierung der Beschäftigung (bereits heute machen die Arbeitsplätze im Privatsektor etwa zehn Prozent der Gesamtzahl aus) die in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende betriebliche soziale Für-, Vor- und Nachsorge für die Beschäftigten sang- und klanglos unter den Tisch fällt. "Reparaturen in der Kantine machen wir mit den Kollegen heute alle selbst, schwarz, um die Rechnung der Kantinenbetriebsgesellschaft niedrig zu halten und weitere Preissteigerungen zu vermeiden", meint der stellvertretende Leiter eines großen Staatsbetriebes.

Selbst im Anstieg der Sozialausgaben im ungarischen Staatshaushalt offenbaren oder vielmehr verstecken sich noch die Konsequenzen des Übergangs zu marktförmiger Einbindung der Bevölkerung: Während die direkten ökonomischen Aufwendungen - z.B. für Löhne und die Investitionen etwa in die soziale Infrastruktur zurückgehen, spiegelt sich die staatliche Reaktion auf die materiellen Folgen im relativen Anstieg marktkonform ausgegrenzter unproduktiver Aufwendungen für das Tragen der neuen "Soziallast" wider.

Das Wachstum des Bruttonationalproduktes in Ungarn wird derzeit für die Leistung des horrenden Schuldendienstes aufgebraucht; der innere Konsum ist in jüngster Zeit sogar zurückgegangen. Die Gewerkschaften stehen derweil vor verschlossenen Türen, hinter denen Regierung und internationale Finanzinstitutionen Vereinbarungen über Budgetkürzungen und sozialpolitische relevante Umstrukturierungen aushandeln. "Aussuchen" können sie sich gerade noch, ob ihnen zwölf Prozent Reallohnverlust und gleichbleibende Mieten oder vier Prozent Reallohnverlust und verdoppelte Mieten lieber sind.

Streß, Angst, Frost

Die Masse der Bevölkerung steht all diesen sozial-ökonomischen Veränderungen bislang mit einer Mischung aus Verständnislosigkeit und aufkeimender Unsicherheit gegenüber. Wer kann, versucht angepaßt an die neuen Gegebenheiten sein individuelles Schäfchen ins Trockene zu bringen, streßt sich durch die Kombination verschiedenster Verdienstaktivitäten oder durch den gänzlichen Absprung in den Privatsektor, wo es sich

heute in kleineren und inländisch geführten Betrieben noch mit am besten leben läßt. Gleichzeitig mehrt sich sichtlich die Zahl jener, die den Zug heute schon verpaßt haben. Sinkende Reallöhne (seit 1978), Preissteigerungen und Subventionsabbau und damit die Preisgabe der traditionellen "Sicherung gegen den Hunger" (Szuzsa Ferge) treiben ein Fünftel aller Haushalte von Miskolc - zweitgrößte Stadt und industrielles Zentrum von Ungarn - dazu, ihre Stromrechnungen unbezahlt zu lassen, lassen Fehlernährung immer mehr um sich greifen, haben seit Anfang der 80er Jahre und beschleunigt in den beiden letzten Jahren zu einer allgemeinen Verschlechterung des Lebensniveaus der Bevölkerung geführt.

"Fallschirmspringen" und "Hochzeiten"

Was dem hiesigen geübten Kapitalismus-Teilnehmer nur allzu bekannt sein dürfte: Die glitzernde Scheinwelt des Marktes verdeckt diese Verarmungstendenzen wunderbar. Denn mit der - durch Tourismus und ungarische Schwarzarbeit noch gebremsten - Verarmung einher gehen auch Spaltung, Umschichtung und Differenzierung, wachsende Forintgewinne aus legalen und illegalen Devisengeschäften - und die Konsumkraft der Devisen-Gewinner bringt Waren, Wohlstand, dicke ungarische Westautos, kurz: kapitalistische Lebens-Abart in die Straßen Budapests.

Hatte die Selbstauflösung der Partei und die Ebnung des Weges zur Neubesetzung der bürokratischen Pfründe im Westfernsehen noch als eine Art feiger Selbstmord erscheinen können, so findet der einheimische Beobachter viele der Ratten, die ihn früher politisch dauernd so gegängelt und nun das sinkende Schiff so rührselig verlassen haben, in gerade diesen glitzernden Kanälen wieder: Gut ausgerüstet landen Funktionäre alter Parteischulungs-Institutionen sanft in neuen Forschungsinstituten, und jene Manager, die ihren alten Staatsbetrieb besonders billig verhökern ließen, nun privat auf ihren alten Chefsesseln.

Widerstand? Gibt's den?

Ökonomischer Liberalismus und soziales Netz, das wollen heute alle größeren politischen Parteien in Ungarn. Und nur in der Wissenschaft finden sich Leute, die darauf aufmerksam machen, daß man sich wohl entscheiden wird müssen. "Das ganze Desaster besteht darin, daß sich liberale Rhetorik mit voluntaristischer Praxis verbindet", ortet Szuzsa Ferge von der Budapester ELTE-Universität. Hilflosigkeit nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei den diversen Oppositionsgruppen. Tatsächlich überwiegen Lippenbekenntnisse, wenn es um die soziale Frage geht. Die Regierung laviert zwischen Budgetsanierung und löchrigen sozialen Sofortmaßnahmen. Aktuell steht gerade die Erhöhung der Familienbeihilfe auf dem Programm. Stringenz ist nicht die Stärke der Sozialdemokraten in der Regierung. Ihr Slogan auf den neuesten Wahlplakaten: "Friedlicher Übergang, funktionierende Wirtschaft, soziale Sicherheit".

Die größte Oppositionspartei wiederum, das Ungarische Demokratische Forum (UDF), kämpft mit aller Kraft gegen die Einführung von Unternehmer- und Einkommenssteuern. "Das UDF repräsentiert die Mittelklasse" - so der Soziologe Havas - "sein Hauptziel ist, den gesellschaftlichen Abstieg dieser Klasse zu verhindern. Um die wirklichen Unterprivilegierten kümmert sich keiner." Auch nicht die Freien Demokraten. Auf deren Fahne steht: "Selbsthilfe statt Staatshilfe". Einen Wohlfahrtsstaat mittels privater Initiative zu errichten, stoßt allerdings im heutigen Ungarn auf strukturelle Probleme. Denn kaum jemand - außer einer Handvoll Intellektueller - will etwas von sozialem Engagement wissen. Dafür sind die meisten viel zu sehr mit dem Erlernen der Ellbogentaktik beschäftigt, die mehr gefragt ist als je zuvor.

Bleiben die Intellektuellen -, die sich - auch das nach westlichem Vorbild - in Nachbarschafts- und Familienhilfsgruppen engagieren. Das "Komitee für Wohnungslose" z.B. hat Ende November 1989 erwirkt, daß die geplante Schließung der Budapester Bahnhöfe während der Nachtstunden nicht in Kraft gesetzt wurde. Als Soforthilfe für die anwachsende Schar von Obdachlosen mag dies ausreichen, Perspektive bietet ihnen eine solche "Sozialpolitik" allerdings keine. Und Widerstand von unten? Ist vorläufig kaum sichtbar. Zwar gibt es lokale Streiks gegen Reallohnkürzungen in strukturschwachen alten Industriegebieten wie in den Kohlebergwerken von Tatabanya oder im Uranbergbau nahe Pecs, aber zu einer gesellschaftlichen Macht sind solche Unmutsäußerungen noch nicht geworden. Zu diskreditiert ist der staatliche Gewerkschaftsrat SZOT, als daß die Arbeiter/innen unter seiner Führung um ihre Rechte kämpfen wollten. Und neu gebildete unabhängige Gewerkschaften existieren bis dato höchstens auf Fabrikebene, wie z.B. in jener P'eter Chemiefabrik, in der die Belegschaft die Forderung nach einer kollektiven Übernahme des Unternehmens stellt. Die ArbeiterInnen hoffen, dadurch den drohenden Konkurs abwehren zu können.

Bleibt für all jene, die unter die Räder des neoliberalen Aufbruchs zu kommen drohen, nicht viel mehr als die vage Hoffnung, daß sich die wenigen, regional verstreuten sozialen Auseinandersetzungen in einer Bewegung formieren, die jenseits der parlamentarischen Bühne den Begriff "Sozialismus" mit neuem, emanzipatorischem Inhalt füllt.

Susan Zimmermann ist Historikerin, Hannes Hofbauer ist Redakteur der Wiener MONATSZEITUNG

14. Interview mit Szusza Ferge, Professorin an der Budapester Elte-Universität für Sozialpolitik

Rubrik: Ungarn · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:03

Das Interview führte Hannes Hofbauer von der Wiener "Alternativen Monatszeitung" (MOZ) anläßlich eines Vortrages von Frau Prof. Ferge Ende November in Wien.

Das Zauberwort im Osten heißt Öffnung. Politische Öffnung, wirtschaftliche Öffnung. Nun birgt aber wirtschaftliche Öffnung immer auch die Gefahr einer wirtschaftlichen Penetration in sich. Auf dem Niveau der Weltwirtschaft genauso wie im nationalen Rahmen bedienen sich die Starken der Schwachen. Wer sind die Schwachen in Ungarn, wer die möglichen Opfer?

Die Opfer sind in Ungarn keine anderen als überall sonst: die schlecht Ausgebildeten, die Alten, die kinderreichen Familien, jene, die an der Peripherie wohnen, und vor allem die Zigeuner.

Laut offiziellen ungarischen Statistiken lebt zur Zeit ein Viertel der Bevölkerung unter bzw. an der Armutsgrenze. In manchen Zeitschriften ist sogar von einem Drittel absolut Armer die Rede.

Die Sache ist etwas komplizierter. Unterhalb der absoluten Armutsgrenze, das heißt jenem Minimum, das erforderlich ist, um sich überhaupt am Leben zu erhalten, befinden sich derzeit etwa 10% der UngarInnen. Weitere 20% leben in Armut, unterhalb jener Grenze, die wir als "gesellschaftlich akzeptierte Armut" bezeichnen. Die leben immer noch am Rande der Gesellschaft, aber sind gerade noch überlebensfähig. In den letzten wenigen Jahren geändert hat sich der Anteil derer, die in absoluter, existenzgefährdender Armut dahinsiechen. Ihre Zahl hat sich verdoppelt. Und noch etwas ist neu: Ein großer Teil der Bevölkerung hat an sozialer Sicherheit eingebüßt, ihr Arbeitsplatz ist gefährdet, ihre Wohnverhältnisse sind prekär, die Inflation bedroht ihren Lebensstandard. Nicht zu vergessen die politische Unsicherheit, die sich daraus ergibt, daß täglich neue, unerwartete Gesetze oder Verordnungen erlassen werden. Besonders betroffen sind die RentnerInnen, schon allein deshalb, weil deren Pensionen nicht indexiert sind, das heißt, die Inflation kürzt ihnen Monat für Monat ihre Pensionen. Die RentnerInnen sind so zu den ständigen VerliererInnen geworden.

Ein Drittel der ungarischen Bevölkerung lebt also unter oder am Existenzminimum.

Wenn Sie so zählen, dann müssen sie aber auch dazu sagen, daß das z.B. in England oder Belgien nicht anders ist.

In Ungarn scheint aber diese Entwicklung neueren Datums zu sein.

Das ist das eigentliche Problem.

Wie wirkt sich die neue Armut im täglichen Leben aus? Sieht man sie in den Straßen von Budapest oder in den Dörfern an der Peripherie?

Armut ist sichtbarer geworden, wenn man das Straßenbild der Hauptstadt mit dem vor fünf Jahren vergleicht. Aber sie fällt viel weniger auf als z.B. in den großen britischen Städten. Vor allem deshalb, weil gerade alte Leute ihren Stolz und ihre Würde haben. Sie verstecken die Armut, so gut es geht. Das geht so weit, daß viele von ihnen soziale Hilfeleistungen nicht in Anspruch nehmen, nur damit niemand in der Nachbarschaft von ihrer tatsächlichen Armut erfährt.

Und wie ist es um die Arbeitslosigkeit bestellt?

Offiziell haben wir derzeit eine Arbeitslosenrate von einem halben Prozent, meiner Schätzung nach liegt sie bei ca. 2%. Das ist immer noch nicht besonders hoch. Dazu muß man sagen, daß es im Großraum Budapest nach wie vor Arbeitskräftebedarf gibt. Allerdings sind die Löhne insbesondere für unqualifizierte Hilfsarbeiten sehr sehr niedrig.

Soziale Probleme zeigen sich ja nicht nur in Form niedriger Löhne und unzureichender Pensionen. Auch Erziehungs- und Gesundheitswesen leiden in Zeiten der wirtschaftlichen Krise.

Alles, was bei uns in Ungarn unter dem Stichwort "unproduktiv" läuft, ist hoffnungslos unterfinanziert. Das war aber schon in den 40 Jahren Bolschewismus so, die hinter uns liegen. Geld floß vornehmlich in sogenannte produktive, industrielle Bereiche und in die Armee. Heute können wir eine Phase erleben, in der Spitäler und Schulen regelrecht auseinanderfallen. Die LehrerInnen, die Krankenschwestern, die Ärzte ... sind alle unterbezahlt. Erst vor wenigen Wochen demonstrierten die Arbeiter und Angestellten des Gesundheitswesens und forderten höhere Löhne. Die Bedingungen, unter denen derzeit in den Schulen gelehrt und in den Spitälern geheilt wird, sind mehr als bedenklich. Wenn überhaupt etwas Positives passiert, dann beruht das in aller Regel auf dem Engagement Einzelner, die sich nicht entmutigen lassen. Aber man kann ein Erziehungs- oder Gesundheitswesen nicht ausschließlich auf persönlichem Engagement aufbauen.

Inwiefern sind diese sozialen Probleme, denen sich heute die ungarische Gesellschaft gegenübersieht, ein neues Phänomen? Was an dieser sozialen Misere ist dem alten stalinistischen System geschuldet und was der aktuellen Reformpolitik?

Wir hatten zu Beginn der 50er Jahre enorme soziale Probleme. Damals kämpften zwei Drittel der Bevölkerung um das Lebensnotwendige. Obwohl ich kein Freund der Kadar-Ära bin, muß ich heute sagen, daß es eine Ära des relativen Wohlstandes war. Zwischen 1965 und 1980 gab es sowohl für die Arbeiter als auch für die Rentner spürbare Verbesserungen, der Lebensstandard stieg allgemein.

Man spricht ja auch von den 70er Jahren als dem "goldenen Jahrzehnt".

Ja. Noch heute erinnern sich die Ungarn mit einer gewissen Wehmut an diese Zeit. "Niemals haben wir es so gut gehabt", ist der allgemeine Tenor. Niemand konnte seinen Job verlieren, und es gab genug Arbeit. Die Mieten waren niedrig, und die Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen und Elektrizität funktionierte klaglos. Viele Arbeiterfamilien begannen damals, ihr Eigenheim zu bauen.

Ist der Kadarismus mit unserer Sozialpartnerschaft vergleichbar, eine Art gesellschaftlicher Kompromiß zwischen Parteiführung und Volk?

Natürlich mußte für den Kadarismus ein hoher Preis bezahlt werden. Es war niemandem außerhalb der Partei erlaubt, sich politisch zu betätigen. Politisch gesehen war es ein totes Jahrzehnt. "Wenn Ihr arbeitet, erledige ich schon den Rest", war eine der beliebten Redewendungen Janos Kadars. Das heißt, daß parallel zum sozialen Fortschritt ein regelrechter Paternalismus in der Politik Einzug gehalten hat, dessen Nachwirkungen wir noch heute spüren. Die Ungarn wurden nicht zu Bürgern, sondern zu Untertanen erzogen, die dem Staat für Lohnerhöhungen und für ein paar Sozialleistungen dankten.

Was hat sich seit Beginn des Reformkurses im Sozialbereich geändert?

Zum Beispiel sind die Preise für Mieten, Strom und Brennstoffe in den letzten 1 1/2 Jahren drastisch gestiegen. Eine Familie zahlt heute für eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit Nebenräumen sicher dreimal soviel wie noch vor ein paar Jahren. Gleichzeitig ist ein Ansteigen der Löhne nur in der Privatwirtschaft zu verzeichnen, viele Familien können sich ihre Wohnung schon kaum mehr leisten, und die Zahl derer, denen z.B. der Strom abgedreht wird, ist enorm im Ansteigen begriffen.

Wenn der Preis des Kadarismus politische Entmündigung war, dann ist der Preis, der heute für die Reformpolitik bezahlt werden muß, die Massenarmut.

Das ist eine sehr pessimistische Sicht der Dinge, aber sie könnte eintreten.

Die nächste ungarische Regierung - wer immer das sein wird - wird mit den noch bestehenden sozialen Subventionen aufräumen. Preisstützungen für Grundnahrungsmittel, Heizung, öffentlichen Verkehr und Mieten werden fallen. Werden dann nur mehr die Starken überleben?

Darauf gibt es im Moment keine gültige Antwort. Sicher ist, daß wir in Ungarn nicht vor einer Hungerkatastrophe stehen, allein schon deshalb, weil drei Viertel der Bevölkerung einen kleinen Garten ihr eigen nennen, wo sie Gemüse anpflanzen und Kleintiere halten können. Auch gibt es eine unübersehbare sogenannte zweite Ökonomie. In dieser unkontrollierten Privatwirtschaft kann man es sich soweit richten, daß man nicht Hunger leiden muß. Wenn die Regierung sämtliche Subventionen einstellt, ohne bei den Löhnen und Renten zu kompensieren, wird es zwar nicht zu massenhaftem Hunger kommen, aber vielleicht trotzdem zu Revolten von unten. Das wären Revolten gegen die Reformpolitik, und das ist mehr als gefährlich. Die

Gefahr ist, daß solche Proteste von alten Stalinisten instrumentalisiert werden könnten, die den Leuten die "goldenen 70er Jahre" versprechen, ohne sie freilich wiedereinführen zu können.

Das hauptsächliche Mißverständnis in der Debatte um Demokratisierung und Reform ist die grundsätzliche Verwechslung der Begriffe Freiheit und freier Markt. Sie haben davor in ihrem letzten Buch gewarnt.

Die ganze Reformdiskussion in Ungarn ist von neoliberalen Ökonomen begonnen worden, da liegt schon der Hase im Pfeffer. Die wirtschaftliche Reform wurde schon vor vier Jahren vorbereitet, zu einer Zeit, als von politischer Öffnung und Pluralismus noch nicht die Rede war. Die Öffnung der Grenzen hat dann zu einem wahren Konsumboom geführt, und für die Leute stellt sich die Frage nicht, ob das die Freiheit oder der freie Markt ist. Die wollen jetzt Bananen, Videos usw. Schauen Sie, in Ihrem Land gibt es täglich 20.000 neue kleine Unnötigkeiten, und der Kauf dieser Dinger wird jetzt auch von den Ungarn und Ungarinnen mit Freiheit verwechselt. Die Leute glauben, daß Konsum Freiheit bedeutet und gesellschaftliche Probleme lösen kann.

Während Sie z.B. befürchten, daß ungehemmte freie Marktwirtschaft Ungarn in ökonomische Probleme stürzen wird, daß Ungarn zu einer Peripherie am Rande des Europäischen Marktes wird?

Ungarn ist bereits europäische Peripherie. Die Distanz zum westeuropäischen Wirtschaftsraum hat sich in den letzten 20 Jahren ungeheuer vergrößert. Aber ohne verstärkte Hinwendung zur Marktwirtschaft wird diese Peripherisierung fortgesetzt.

Und wenn es zur Dominanz vom Markt über den Plan kommt? Auch dann ist doch damit zu rechnen, daß Ungarn an den Rand gedrängt wird?

Wir haben nur eine Chance, wenn es zu einer neuen marktwirtschaftlichen Strategie kommt, in der soziale Komponenten nicht vernachlässigt werden.

Eine neoliberale Konzeption des Marktes schließt aber soziale Fragen niemals mit ein ...

Diese Angst ist teilweise begründet. Aber wir haben keinen anderen Ausweg, als uns auf das Wagnis einzulassen.

Warum gibt es keinen anderen Ausweg?

Alleine schon deshalb, weil Ungarn heute den Preis für die Periode des relativen Wohlstandes unter Kadar bezahlen muß. Damals kam ausländisches Geld über Kredite ins Land, die dann in der Folge Ungarn zur höchsten Pro-Kopf-Verschuldung Europas verdammt haben. Wenn wir in dieser Situation unsere Ökonomie nicht erneuern - auch mit dem Risiko der Einführung weiterer marktwirtschaftlicher Elemente - dann bleibt uns nichts als der Staatsbankrott.

Die Programme der politischen Parteien laufen alle darauf hinaus, mehr Markt und gleichzeitig soziale Sicherheit zu propagieren. Das ist doch illusionär. Auf eine Kurzformel gebracht hieße das: Mieten wie in Budapest und Löhne wie in Wien. Ein Ding der Unmöglichkeit.

Fangen wir bei der aktuellen Regierung an. Die spricht immer vom sozialen Netz, aber in Wahrheit ist dieses soziale Netz inexistent. Auch wenn jetzt Arbeitslosengeld und niedrige Renten unter dem Druck der Bevölkerung erhöht werden, kann man von einer Sozialpolitik nicht wirklich sprechen.

Das Problem ist doch auch ein ideologisches. Die Herrschaft des Realsozialismus oder Stalinismus, wie immer Sie es nennen mögen, hat doch nicht nur die Vision des Sozialismus diskreditiert, sondern die ganze soziale Frage.

Ja. Und das stimmt nicht nur für die Länder im Osten. Außer in den skandinavischen Staaten wird eigentlich nirgends mehr Sozialstaatspolitik gemacht. Sehen Sie sich z.B. England an oder die BRD, Österreich. Da wird doch Sozialabbau betrieben, und keine gesellschaftlich relevante Kraft stellt sich dagegen. Das heißt, daß die soziale Frage fast in ganz Europa diskreditiert ist.

Das ist richtig. Aber im Westen kann das Fehlen von Sozialpolitik durch verstärkten Konsumismus übertüncht werden. Den Leuten wird statt sozialer Sicherheit eine Glitzerwelt geboten. Im Osten ist das nicht so leicht möglich, dort droht eine Verarmung weiter Teile der Bevölkerung. Und wie sich Unzufriedenheit Luft macht,

wenn gleichzeitig soziales Engagement verpönt ist, dafür gibt es in der Vergangenheit Beispiele genug. Der vermeintliche Ausweg aus der Krise heißt dann Nationalismus. Ist das in Ungarn eine akute Gefahr?

Nationalismus ist immer eine Gefahr. Wachsende Armut kombiniert mit Nationalismus kann sich natürlich verheerend auswirken. In Ungarn gibt es einen spezifischen Rassismus gegen Zigeuner und Juden, das macht die ganze Sache äußerst brisant.

Im Programm der Freien Demokraten liest man vom sogenannten asiatischen Menschenschlag, von dem sich ein europäisch denkender Ungar abgrenzen muß. Da steckt doch auch ein Rassismus drinnen, und das sogar bei einer Partei, die als die liberalste und am wenigsten ungartümelnde gilt.

Diese Passage aus dem Programm ist bekannt, ich würde ihr allerdings nicht allzu viel Gewicht beimessen. Natürlich ist das Gerede vom Asiatischen, das dem europäischen Denken weichen muß, dumm. Und ich glaube auch, daß die Programmschreiber selbst mittlerweile diesen Teil als Fehler einschätzen.

Ist Nationalismus und Rassismus heute in Ungarn spürbarer als noch vor zehn Jahren?

Rassismus gegen Juden und Zigeuner hat es immer gegeben, allerdings hat er in den letzten Jahren zugenommen. Heute versuchen viele Gemeinden, Zigeuner aus ihrem Gebiet hinauszuwerfen, und das gelingt auch. "Zigeunerfreie Zone" ist leider ein Slogan geworden, der immer mehr Anhänger findet.

Gibt es Parteien, die auf solch rassistischen Gefühlen mitschwimmen, z.B. das Ungarische Demokratische Forum?

Offen hört man keine rassistischen Äußerungen. Noch ist das unmöglich, daß Rassismus programmatisch festgeschrieben wird.

Wie soll das in Ungarn weitergehen? Nationalismus und Rassismus nehmen zu, wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen fallen dem Rechenstift zum Opfer ...

Ich würde das nicht so extrem sagen. Wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen sind bedroht, das ist richtig; aber noch sind sie nicht alle verschwunden. Ich meine auch, daß die Menschen, die vom Abbau sozialer Sicherung betroffen sind, kämpfen werden. Es wird zu sozialen Kämpfen kommen. Da bin ich sicher.

Gibt es dafür heute schon Anzeichen?

Ja, die ersten Demonstrationen für Sozialleistungen finden schon statt.

Und für welche Errungenschaften des "alten Systems" gehen die Leute auf die Straße?

Die Leute wollen nicht das Alte in der deformierten Form bewahren, wie sie es seit 40 Jahren kennen, aber sie wollen auch nicht auf die soziale Sicherheit verzichten.

Was heißt das für Sie?

Nehmen wir z.B. die Vollbeschäftigung. Dafür würde ich kämpfen. Aber die Vollbeschäftigung, wie wir sie gehabt haben, war sowohl für die Wirtschaft als auch für die Arbeiter schlecht. Und zwar deshalb, weil sie defizitäre und ökologisch bedenkliche Produktionen ebenso schützte wie schlecht bezahlte und menschenunwürdige Arbeit. Wir brauchen Vollbeschäftigung, aber nicht auf Kosten der Umwelt und der Würde des Menschen.

Den allermeisten politischen Kräften in Ungarn ist Vollbeschäftigung kein Anliegen. Sie betrachten es als Phänomen der "alten Zeit". Werden Sie, Frau Prof. Ferge, nicht öfter als konservativ oder neostalinistisch beschimpft?

Dem Stalinismusvorwurf war ich immer wieder ausgesetzt; in jüngster Zeit allerdings hat das etwas nachgelassen. Vielleicht auch deshalb, weil so mancher eine Entwicklung auf unser Land zukommen sieht, die tatsächlich große soziale Probleme aufwerfen könnte. Zwischen den Reform-Ökonomen und mir gibt es allerdings kaum eine gemeinsame Sprache. Ich will einen Markt, weil ich nicht sehe, wie es anders funktionieren sollte. Aber ich will auch starke soziale Bewegungen, die für ihre Rechte kämpfen. Diese sozialen Bewegungen müssen gegen die Beschränkungen und Bedrohungen des freien Marktes ein Gegengewicht bilden. Dieser meiner Vision einer dreiteiligen Gesellschaft aus Staat, Bewegung und Markt steht natürlich ein

neoliberales Wirtschaftskonzept entgegen. Aber ich bin nicht allein, und einige Elemente meiner sozialen Utopie sind gesellschaftlich schon in naher Zukunft mehrheitsfähig.

Danke für das Gespräch

15. Dokumentation: Vereinigte Linke warnt vor vor übereilten Veränderungen im Wirtschaftsund Sozialbereich

Rubrik: Vereinigte Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:40

Berlin (ND). Ihre Unzufriedenheit über den Verlauf der bisherigen Beratungen am Runden Tisch bringt die "Vereinigte Linke" (VL) in einer Presseerklärung zum Ausdruck. Bereits Anfang Dezember habe die VL öffentlich darauf hingewiesen, daß vielerorts "die von SED-Richtlinien befreiten Betriebs- und Kombinatsleitungen beginnen, in Ausnutzung der Agonie der Gewerkschaften selbstherrlich Entscheidungen zu treffen, kommerzielle Kontakte mit potentiellen ausländischen Kapitalgebern aufzunehmen und unkontrolliert Vertragsabschlüsse in Erwartung signalisierter gesetzgeberischer Schritte der Modrow-Regierung vorzubereiten".

Daran anknüpfend heißt es in der jetzt der Presse übergebenen Erklärung: "Die Wirtschaftsministerin Frau Luft erklärte am 22. Dezember am Runden Tisch, die Regierung stehe angesichts zunehmender Forderungen nach Ablösung von Betriebsdirektoren fest hinter diesen Direktoren. Inzwischen haben die Regierungsparteien CDU und LPDP die Perspektive des Sozialismus aus ihrer politischen Programmatik verabschiedet. Die Unsicherheit in der Bevölkerung wächst, ob und wie mit der Modrow-Regierung noch an dieser Perspektive festgehalten werden soll. Auch deshalb werden die Stimmen nach einer Wiedervereinigung mit der kapitalistischen BRD lauter."

Die am 22. Dezember von Christa Luft vor dem Runden Tisch gegebenen Informationen waren, so wird in der Presseerklärung betont, weder hinreichend noch konkret genug. "Die Ministerin versicherte, DDR-Unternehmen würden weder auf die Anteilsmajorität bei Joint ventures (welche die Gültigkeit des Arbeitsrechts der DDR garantiere) verzichten, noch seien laufende Kontakte bereits zu Verträgen gediehen, da die gesetzlichen Grundlagen fehlten. Am gleichen Tag wurde bekannt, daß der DDR-Automobilbau mit dem VW-Konzern Wolfsburg auf der Grundlage 50 - 50 bereits einig sei.*)

Die von den Vertretern der Vereinigten Linken gestellten Fragen nach dem Konzept der Regierung sind unbeantwortet geblieben. Wenn am 3.1. am ‚Runden Tisch` erneut in Anwesenheit von Regierungsbeauftragten über Wirtschaftsfragen gesprochen wird, haben die Ressortminister schon über ein Stabilisierungsprogramm für die Produktion, den Binnenmarkt, die Staatsfinanzen und die Außenwirtschaft für 1990 beraten. Wie das Staatseigentum durch Demokratisierung in Volkseigentum verwandelt werden kann, scheint die Regierung kaum zu beschäftigen", heißt es in der VL-Erklärung weiter. "Richtungweisende Gesetze zur Kapitalkooperation sind aber angesichts startbereiter westlicher Unternehmen schon für die nächste Zeit angekündigt worden. In der Staatlichen Plankommission denkt man sogar schon über inländisches Kapital nach, und die Regierung hat durch Suspendierung von Beschränkungen für private Wirtschaftsunternehmen unter Hinweis auf ins Haus stehende Verfassungsänderungen bereits den Weg gewiesen. Fragen nach offenbar laufenden Verhandlungen über die Errichtung von Kernkraftwerken durch BRD-Firmen blieben unbeantwortet. Ein neues Energiekonzept für die DDR ist jedoch frühestens im April 1990 angekündigt - ebenso ein volkswirtschaftliches Strukturkonzept und Programme für eine neue Umweltpolitik."

In der Erklärung wird die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß noch vor den Wahlen am 6. Mai auf gesetzgeberischem Wege Veränderungen im Wirtschafts- und Sozialgefüge der DDR geschaffen werden, die Entwicklungen etwa in der Energiepolitik auf Jahrzehnte festlegen. Was anfangs noch wie ein Notprogramm zur Sanierung der Wirtschaft auch mit Hilfe ausländischen Kapitals aussah, nehme nun Formen an, "die solche Kapitalkooperation zu den Bedingungen des Westens als tragende Säule einer `Wirtschaftsreform` erscheinen lassen".

"Immer mehr auch neue politische Kräfte des Landes", wird in der Presserklärung weiter festgestellt, "verwässern die Perspektive eines sich auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Hauptproduktionsmitteln entwickelnden sozialistischen Gemeinwesens und geben Ängsten vor Arbeitslosigkeit und dem Abbau sozialer Sicherheit Nahrung. Freie Wahlen erscheinen als das politische Allheilmittel der Demokratisierung. Doch am 6. Mai könnten die Entscheidungen bereits gefallen sein - trotz freier Wahlen.

Angesichts dieser Situation erneuern und bekräftigen wir unsere Bereitschaft, mit allen an der Perspektive eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus festhaltenden Kräften unseres Landes zusammenzuarbeiten. Wir bekräftigen unsere Überzeugung, daß noch vor den Wahlen ein Volkskongreß aus Delegierten der Bürgerkomitees, Volkskontrollausschüsse und Betriebsräteinitiativen zusammentreten sollte. Wir begrüßen es, daß nun auch der Vorsitzende des Parteivorstands der SED-PDS, Dr. Gregor Gysl, unsere Forderung nach sofortiger Bildung von Betriebsräten teilt."

Aus dieser Sicht heraus appelliere die "Vereinigte Linke" an die Vertreter der Regierungsparteien, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. "Ein `Runder Tisch`, degradiert zum Debattierklub, verkommt sonst zum scheindemokratischen Ablenkungsmanöver. Die Bevölkerung hat nicht nur ein Recht darauf, zu wissen, was die Regierung will, sondern auch darauf, wo die politischen Kräfte dieses Landes stehen", wird abschließend festgestellt.

*) Dabei ging es nicht um "den DDR-Automobilbau", sondern um ein Einzelprojekt des IFA-Kombinates, nämlich die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft, die zunächst aus 80 Mitarbeitern besteht.

d. Red.

16. Ereignisreiche Tage in Prag

Rubrik: Tschechoslowakei · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:53

Die neue Regierung der CSSR ist entschlossen, bereits in der Januarsitzung des RGW die Auflösung dieser Organisation zu beantragen. Der Unterstützung Polens hat man sich dafür bereits versichert. Sollte der Forderung nicht stattgegeben werden, beabsichtigt die CSSR, sich einseitig zurückzuziehen. Dies ist die durchaus logische Konsequenz des Programms der "Regierung der nationalen Verständigung", das konsequent die Einführung der Marktwirtschaft und die Wiedereingliederung in den Weltmarkt ankündigt. Vergegenwärtigt mensch sich allerdings, daß die CSSR vor nicht einmal zwei Monaten noch als "letzter Hort des Breschnewismus" ("taz")in Europa gegeißelt worden ist, kann einem das Tempo der Veränderung schon den Atem verschlagen. Zur Hilfe bei der Rekonstruktion des Umwälzungsprozesses soll die folgende kleine Chronologie dienen.

17. November: Eine offiziell angemeldete Studentendemonstration wird von der Polizei brutal zusammengeknüppelt. Die Empörung über diesen Vorgang schlägt sich auch in der Presse nieder, die zum ersten Mal seit vielen Jahren unzensiert über die Repression berichtet. Die Studenten organisieren die Besetzung der Hochschulen, Theater setzen ihre Aufführungen aus.

19. November: Das Bürgerforum wird gegründet und entwickelt sich schnell zum politischen Zentrum der Protestbewegung.

20. November: An der bis dahin größten Demonstration auf dem Wenzelsplatz nehmen 150.000 Menschen teil, Vaclav Havel trägt die Forderungen des Bürgerforums vor. In den Tagen darauf finden täglich Demonstrationen zehntausender, vornehmlich junger Menschen statt. Parallel weiten sich die Studentenstreiks auf mehrere Städte aus. Auch in der Hauptstadt der Slowakei findet eine große Protestdemonstration statt.

24. November: Das ZK der KPTsch tagt. Statt einer Entscheidung für eine "chinesische Lösung" tritt die gesamte Parteiführung zurück. Urbanek löst Jakes als Parteivorsitzender ab, dem die Hauptverantwortung für die Polizeiaktion vom 17.11. zugewiesen wird.

25./26. November: Demonstrationen von rund einer Million Menschen in Prag verleihen den Demokratisierungsforderungen Nachdruck.

27. November: An dem landesweiten Generalstreik zur Unterstützung der Forderungen des Bürgerforums beteiligt sich die große Mehrheit der werktätigen Bevölkerung.

3. Dezember: Ministerpräsident Adamec stellt seine neue Regierung vor, deren Zusammensetzung aber gegenüber der vorherigen kaum Veränderungen aufweist. Das Bürgerforum protestiert gegen die fortdauernde Dominanz der KP in der Regierung und kündigt für den 11.12. einen erneuten Generalstreik an.

10. Dezember: Unter Führung des KP-Mitgliedes Calfa wird eine neue Übergangsregierung gebildet, bei der die KP-Mitglieder in der Minderheit sind und prominente Bürgerforums-Mitglieder in entscheidenden Positionen sitzen. Das Bürgerforum erklärt angesichts der Zusammensetzung und der Inhalte des Regierungsprogramms (Marktwirtschaft, Vorbereitung freier Wahlen) Durchsetzbaren sei erreicht. Der bisherige Staatspräsident Husak tritt zurück.

11. Dezember: Der angekündigte Generalstreik wird aufgrund des Rückzuges der KP in eine Jubelfeier mit Umzügen und Glockengeläut umgewandelt.

17. Dezember: Die Bestimmung über die führende Rolle der KPTsch wird aus der Verfassung gestrichen, die Parteiorganisationen in den staatlichen Organen beginnen sich aufzulösen.

20./21. Dezember: Auf dem außerordentlichen Parteitag der KPTsch wird Adamec zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die Delegierten verabschieden eine Erklärung, in der sie sich für begangenes Unrecht entschuldigen. Das verabschiedete Aktionsprogramm enthält ein Bekenntnis zu freien Wahlen, politischem Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit. Wirtschaftspolitisch werden alle Eigentumsformen als gleichberechtigt anerkannt. Innerparteilich wird das Statut abgeschafft und der Demokratische Zentralismus für überholt erklärt.

28./29. Dezember: Dubcek wird aufgrund der Absprachen am "Runden Tisch" Parlamentspräsident, Havel neuer Staatspräsident der CSSR. Gegenstimmen gibt es im Parlament in beiden Fällen keine.

wg

17. Wer ist wer in der CSSR-Opposition?

Rubrik: Tschechoslowakei · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:50

Die Auflösung der überkommenen politischen Strukturen im Realsozialismus vollziehen sich in einem derartigen Tempo, daß es für eine monatlich erscheinende Zeitschrift unmöglich ist, ihre Berichterstattung und Kommentierung auf der Höhe der Entwicklung zu halten. Dies gilt inzwischen auch und gerade für die CSSR. Hier hat es nicht einmal einen Monat gedauert, bis die Alleinherrschaft der KP unter dem "Druck der Straße" zerbröckelt war und diese sich als Minderheit in einer Übergangsregierung wiederfand. Unter diesen Bedingungen ist es zur Einschätzung der künftigen Entwicklung hilfreich, die auf Seiten der Opposition am Umgestaltungsprozeß beteiligten politischen Gruppierungen vorzustellen und - soweit aufgrund der vorhandenen Informationen möglich - ihre gegenwärtige Rolle und Zukunftsperspektiven zu skizzieren.

Beteiligt an den Gesprächen am "Runden Tisch", die die völlige Umgestaltung der politischen Landschaft der CSSR begleiteten, waren die KP, ihre bisherigen Bündnispartner Sozialistische Partei und Volkspartei sowie das Bürgerforum, ein Zusammenschluß der wesentlichen oppositionellen Bürgerinitiativen. Damit ist aber weder der Kreis der an der Umwälzung der politischen Verhältnisse beteiligten Gruppen abschließend beschrieben noch ihre Zuordnung zu oppositionellen oder etablierten Kräften, zu "Reformern" oder "Konservativen" endgültig erklärt. Ähnlich wie in der DDR oder zuvor in Ungarn sind insbesondere bei den Parteien, die mit der KPTsch den Block der Nationalen Front bilden, aber auch innerhalb der KP und ihres engeren Umfeldes die Dinge derart in Bewegung geraten, daß eine aktuelle Zustandsbeschreibung keinerlei Anspruch auf dauerhafte Gültigkeit beanspruchen kann. Soweit hier zur Kennzeichnung der Begriff der Opposition gebraucht wird, sollen im folgenden damit alle Gruppen einbezogen werden, die ihre Politik in Abgrenzung zum System des "Realen Sozialismus" in definieren.

Wenden wir uns zunächst den eindeutig der demokratischen Opposition zuzuordnenden Gruppen des Bürgerforums zu. Dieses Aktionsbündnis wurde am 19.11. gegründet. Vertreten sind unter anderem die Charta 77, die Demokratische Initiative, die Bewegung für Bürgerfreiheit, die Unabhängigen Studenten, das Komitee zu Unrecht Verfolgter, Künstlervereinigungen, Gruppen der unabhängigen Friedensbewegung sowie Vertreter aus verschiedenen Betrieben. Die vom Bürgerforum erhobenen Sofortforderungen sind inzwischen vollständig realisiert worden: die Ablösung aller Politiker, die in die Intervention von 1968 verwickelt waren, der Rücktritt der für den Polizeieinsatz gegen die Studentendemonstration vom 17.11.89 Verantwortlichen, die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Klärung aller offenen Frage bezüglich dieses Einsatzes, und die Freilassung der politischen Gefangenen.

Grundlage für die Verhandlungen am "Runden Tisch" war ein Sieben-Punkte- Papier, das die programmatischen Ziele des Bürgerforums formuliert. Darin wird die Umwandlung der CSSR in einen demokratischen Rechtsstaat gefordert, eine entsprechende neue Verfassung soll von einer frei zu wählenden Verfassunggebenden Versammlung verabschiedet werden. Außenpolitisch beherrscht die Orientierung auf die europäische Integration die Argumentation. Im Bereich der Wirtschaftspolitik gehen die Forderungen in Richtung Marktwirtschaft mit gemischten Eigentumsformen, wobei dem Staat die Aufgabe zugewiesen wird, die Rahmenbedingungen zu garantieren und soziale Härten abzufedern. Weitere Programmpunkte befassen sich in allgemeiner Form mit dem Schutz der Umwelt und mit der Kultur.

Mehr als durch programmatische Grundsätze wird das politische Profil des Bürgerforums durch das Auftreten einiger exponierter Persönlichkeiten geprägt. Hier sind neben dem moralischen Aushängeschild, dem Schriftsteller Vaclav Havel vor allem die Wirtschaftswissenschaftler Komarek, der trotz KP-Mitgliedschaft für das Bürgerforum verhandelte, und Klaus zu nennen, die sich mit flammenden Plädoyers für die Marktwirtschaft hervortun. Zu nennen sind auch der Vorsitzende des Streikkomitees der Maschinenfabrik CKD Miller oder der katholische Bürgerrechtler Canogursky.

Alle hier genannten Exponenten des Bürgerforums sind inzwischen in politische Führungspositionen aufgestiegen. Havel wurde Staatspräsident, Komarek und Canogursky wurden stellvertretene Ministerpräsidenten der neuen Übergangsregierung, Klaus darf sich als neuer Finanzminister an die Umsetzung seiner monetaristischen Konzepte machen, und Petr Miller als Mininister für Arbeit und Soziales sich um die "Abfederung" der sozialen Kosten der Marktwirtschaft und die Ruhigstellung der Werktätigen kümmern.

Auch inhaltlich trägt das Programm der neuen Regierung, in der die KP-Mitglieder eindeutig in der Minderheit sind, die Handschrift des Bürgerforums. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird die Einführung der Marktwirtschaft und der Anschluß an das Weltniveau angestrebt, Experimente mit Mischformen wie noch 1968 werden abgelehnt. Die Mitgliedschaft im RGW soll durch eine in der EG ersetzt werden.

Gegenwärtig konzentrieren sich die Bemühungen des Bürgerforums auf den Aufbau einer eigenen Organisationsstruktur und die Verankerung der örtlichen Gruppen, um bei einem Abflauen der spontanen Bewegung weiterhin politikfähig zu bleiben.

Das Rückgrat des Bürgerforums bilden die traditionellen Bürgerrechtsgruppen. Die bekannteste unter diesen ist sicherlich die Anfang 1977 gegründete Charta 77. Bisher wurden von dieser Gruppe fast 400 Publikationen veröffentlicht, die sich mit Menschenrechtsfragen im weitesten Sinne befassen. Die Gruppe versteht sich nicht als politische Opposition und bewegt sich nach eigenem Verständnis im Rahmen der Rechtsordnung der CSSR, was ihre Mitglieder aber nicht vor Verfolgung durch die Sicherheitsorgane bewahrte. Von den etwa 1400 Unterzeichnern der Charta wurden mehr als 300 zum Verlassen des Landes gezwungen.

Im April 1977 wurde von einigen Charta-Mitgliedern das Komitee zur Verteidigung zu Unrecht Verfolgter (VONS) gebildet, das sich die Aufdeckung und Abwehr von Repressionsmaßnahmen im Einzelfall zur Aufgabe gemacht hat. Auch die Mitglieder dieses Komitees waren staatlicher Verfolgung ausgesetzt; so wurden etwa die jetzt im Bürgerforum aktiven Mitglieder Havel, Dienstbier und Uhl zusammen mit anderen zu Haftstrafen zwischen drei und fünf Jahren verurteilt.

Ebenfalls zur Gruppe der Bürgerrechtsinitiativen ist das Tschechoslowakische Helsinki-Komitee zu rechnen, daß sich im November des vorigen Jahres unter dem Vorsitz des Bürgerrechtlers Jiri Hajek mit dem Ziel konstituierte, mit Bezug auf die KSZE-Schlußakte von Helsinki in Menschenrechtsfragen aktiv zu werden.

Als Vorläufer des Bürgerforums kann in gewissem Sinn die im Oktober 1988 gegründete Bewegung für die Bürgerfreiheit gelten, da diese eine lose Assoziation verschiedener Gruppierungen darstellt, sich als politische Opposition versteht und mit dem Manifest "Demokratie für alle" ein erstes oppositionelles Programm vorgelegt hat, das in vielem dem Sieben-Punkte-Papier des Bürgerforums entspricht. Vor einem Jahr galten entsprechende Programme allerdings im Gegensatz zur jetzigen Situation als "konterrevolutionärer Aufruf zu Terror und Gewalt"; ihre Unterzeichner mußten mit staatlicher Verfolgung rechnen.

Die Demokratische Initiative, die sich inzwischen als Partei der Demokratischen Initiative neu konstituiert hat, entstand im September 1987. Auch diese Gruppe trug von Beginn an ihre Einzelforderungen im Rahmen einer politischen Gesamtperspektive der Demokratisierung vor, wie sie sich im Programm des Bürgerforums wiederfindet.

Eine ähnlich Aufgabenstellung wie das Komitee zur Verteidigung zu Unrecht Verfolgter hat die Initiative für soziale Verteidigung, die sich ebenfalls im Herbst 1988 konstituierte. Sie ist vor allem in der Abwehr von Repression und Diskriminierung im sozialen Bereich engagiert, etwa im Kampf gegen die Berufsverbote.

Die Unabhängige Friedensgemeinschaft entstand im April 1988. Sie versteht sich als Initiative für die Entmilitarisierung der Gesellschaft und setzt sich u.a. für die Verkürzung des Wehrdienstes und die Einführung eines Ersatzdienstes ein.

Recht große Bedeutung für die oppositionelle Bewegung hatten wegen der Unterdrückung offen politischer Protestformen die auf kulturellem Gebiet aktiven Gruppen. Die Jazz-Sektion - entstanden 1971 als Abteilung des offiziellen Musikerverbandes - gewann große Popularität durch die Förderung "verpönter" Musikstile und die Herausgabe sonst nicht veröffentlichter Literatur. Sie war zeitweise verboten, führende Mitglieder wurden inhaftiert. Zu nennen ist hier auch der Friedensclub John Lennon, der mit Konzerten und Untergrundpublikationen für "Love and Peace" warb.

Ebenfalls aus dem künstlerischen Untergrund stammt die kleine, aber agile Gruppe der Böhmischen Kinder, die vorzugsweise in der Form von Happenings ihre Positionen auf die Straße trägt, die in skurriler Weise demokratische Forderungen mit der Forderung nach Wiedereinführung der Monarchie verbindet.

Eher auf dem rechten Flügel des oppositionellen Spektrums angesiedelt sind zwei Vereinigungen, bei denen schon die Namensgebung Schlüsse auf die politische Zielsetzung zuläßt. Die Masaryk-Gesellschaft bezieht

sich auf die Politik des tschechischen Staatsgründers T.G. Masaryk. Die Gemeinschaft der USA-Freunde sieht ihre Aufgabe in der Propagierung des politischen Systems der USA, da dieses "beste Voraussetzungen für die Entfaltung des Einzelnen" und vor allem die "Eindämmung der sowjetischen Hegemonieansprüche" biete.

Als Parteien zugelassen waren außer der KP bisher die (katholische) Volkspartei und die Sozialistische Partei, im slowakischen Landesteil zusätzlich die Partei der Slowakischen Erneuerung und die Slowakische Freiheitspartei. Alle beteiligten sich im Rahmen der Nationalen Front an den Wahlen; ihre Rolle war der der Blockparteien in der DDR vergleichbar: sie dienten vor allem der Legitimation scheindemokratischer Verfahren und Institutionen, was sie für eine Rolle in der Oppositionsbewegung nicht gerade prädestinierte. Ähnlich wie in der DDR hat aber inzwischen die Absetzbewegung von der KP voll eingesetzt.

Insbesondere die Sozialistische Partei versucht inzwischen, sich als oppositionelle Kraft zu profilieren und sich der Bewegung als Sprachrohr anzudienen. Vertreter der SP wurden vom Bürgerforum als Partner für die Verhandlungen am "Runden Tisch" akzeptiert. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen will sich die SP als "gleichberechtigte und unabhängige politische Kraft" profilieren. Programmatisch bezieht sich die SP trotz ihres Namens nicht auf sozialistische oder sozialdemokratische Positionen. In den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Abgrenzung zum Austromarxismus gegründet, war die SP in der 1. Republik und auch in der Phase 1945 bis 1948 Sammelbecken für alle möglichen bürgerlichen Strömungen. Ob sie an ihrem Wahlerfolg von 20% bei der Wahl 1946 anknüpfen kann, ist angesichts ihrer Rolle als folgsamer Bündnispartner der KP fraglich.

In einer Umbruchsituation wie gegenwärtig in der CSSR haben Parteineugründungen Konjunktur. So gibt es Bestrebungen zur Wiederbelebung der Sozialdemokratischen Partei, die 1948 der KP eingegliedert worden war. Peter Glotz hat für dieses Unternehmen bereits die Unterstützung der SPD zugesichert. Der neue stellvertretende Ministerpräsident, der prominente katholische Bürgerrechtler Canogursky, hat sich für die Gründung einer Christlich-demokratischen Partei eingesetzt, deren Gründung mittlerweile erfolgt ist. Zentraler programmatischer Punkt ist auch hier das Bekenntnis zur Marktwirtschaft.

Auch eine Grüne Partei gibt es inzwischen in der CSSR. Die FAZ kolportiert diesbezüglich den in Kreisen der Oppositionsbewegung gehegten Verdacht, daß diese Neugründung Teil einer Zersplitterungsstrategie der KP sei.

Eine Abspaltung von sozialdemokratisch orientierten Reformkräften von der KP hat es bislang nicht gegeben. Dazu hat sicher beigetragen, daß personell und programmatisch der Sonderparteitag der KP Ende Dezember der innerparteilichen Opposition weitgehend entgegengekommen ist. So stieg der Wortführer der Reformströmung, Mohorita, vom Vorsitzenden des Jugendverbandes zum stellvertretenen Parteivorsitzenden auf. Organisiert ist diese Strömung im Demokratischen Forum der Kommunisten (DFK), einem fraktionsähnlichen Zusammenschluß innerhalb der KP, der nach eigenen Angaben rund 60.000 Mitglieder angehören sollen.

Eng mit der DFK arbeitet der Club für sozialistische Umgestaltung Obroda (Wiedergeburt) zusammen, dem zahlreiche nach 1968 aus der KP ausgeschlossene Funktionäre angehören, unter anderem Alexander Dubcek und andere Mitglieder der Regierungsmannschaft des "Prager Frühlings". Organisiert haben sich in dieser Gruppe, deren vorrangiges Ziel die Befreiung des Sozialismus von seiner bürokratisch-sozialistischen Verformung sein soll, auch einige ehemalige Sozialdemokraten.

Über den Bereich weiter links im politischen Spektrum gibt es kaum Informationen. Petr Uhl, bekanntester Linksoppositioneller, berichtet von der Gründung einer Initiative namens Linke Alternative, die sich als Bewegung für einen demokratischen und selbstverwalteten Sozialismus versteht. Die Frage ihrer Beteiligung an den Wahlen ist aber noch nicht entschieden.

wg

18. Spiel mit dem Feuer - Perestroika und Nationalitätenfrage

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:28

Während Gorbatschow in den imperialistischen Ländern als der "Mann des Jahrzehnts" gefeiert wird, schwindet seine Popularität im eigenen Land von Tag zu Tag, und es scheint immer fraglicher, ob der Erfinder von Glasnost und Perestroika die 90er Jahre politisch überleben wird. Jedenfalls hat die von ihm eingeleitete Umgestaltung eine Eigendynamik entwickelt, die immer mehr der Kontrolle der Partei- und Staatsführung entgleitet. Die konservativen Kräfte wollen von Demokratisierung sowieso nichts wissen und sabotieren mit allen Mitteln die Umgestaltung, andere hingegen verlangen ihre Beschleunigung.

Nach fünf Jahren Umgestaltung haben sich die materiellen Lebensbedingungen der sowjetischen Bevölkerung eher verschlechtert als verbessert. Die Katastrophe von Tschernobyl, das große Erdbeben in Sowjetarmenien, die Streiks der Bergleute in den Kohlerevieren Sibiriens und der Ukraine, die Streiks in den Unionsrepubliken haben den Niedergang der ohnehin in einer Talfahrt befindlichen Sowjetwirtschaft beschleunigt. Vor dem Hintergrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage treten in fast allen Teilen des multinationalen Sowjetstaates nationalistische Bewegungen auf, deren Forderungen und Parolen unter der Bevölkerung auf immer größere Resonanz stoßen. Die zentrale Partei- und Staatsführung in Moskau verliert immer mehr die Kontrolle über die Entwicklung in den Unionsrepubliken.

Karabach-Konflikt

Deutlichstes Beispiel für die Machtlosigkeit Moskaus sind die seit inzwischen zwei Jahren andauernden Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Aserbaidschanern im Transkaukasus. Der Karabach-Konflikt war 1988 monatelang Hauptthema der Sowjetunion-Berichterstattung in der westlichen Presse. Inzwischen ist er aber längst in Vergessenheit geraten, obwohl die Lage dort weiterhin äußerst angespannt und eine Lösung des Problems nicht in Sicht ist. Im Dezember 1989 berichtete die Moskau News, daß in Berg-Karabach, wo seit Januar 1989 eine von Moskau eingesetzte und mit umfangreichen Machtbefugnissen ausgestattete Sonderkommission unter Leitung von Arkadi Wolski regiert, Krieg herrsche und daß nur die Anwesenheit von Truppen des Innenministeriums eine Eskalation verhinderten. Im September 1988 hatte dieselbe Zeitung noch voreilig eine Normalisierung der Lage in der umstrittenen Region gemeldet.

Die nationalistischen Kräfte in einigen Unionsrepubliken sind bereits so stark, daß sie die regionale KP unter Druck setzen. Volksfronten, die sich, wie z.B. in den baltischen Sowjetrepubliken, anfangs als treibende Kraft der Umgestaltungspolitik erwiesen, geraten immer mehr in den Sog des Nationalismus. In Aserbaidschan organisierte die erst im Sommer 1989 gegründete "Volksfront", die eher Nationale Front heißen müßte, im August 1989 eine über zwei Monate andauernde Blockade der Eisenbahn- und Straßenverbindungen in die umkämpfte Autonome Region Berg-Karabach und in die durch ein Erdbeben verwüstete Nachbarrepublik Armenien. Da 85% des Güterverkehrs nach Armenien über die durch Aserbaidschan führende Eisenbahnstrecke abgewickelt wird, hatte die Blockade verheerende Folgen für Armenien. Dort herrscht eine kaum vorstellbare Not: Durch das Erdbeben wurde fast ein Drittel des Landes zerstört, u.a. die zweitgrößte Stadt des Landes, Leninakan. Offiziellen Zahlen zufolge starben dabei rund 25.000 Menschen, doch Armenier sprechen von mindestens 60.000 Opfern. Hunderttausende wurden obdachlos. Hinzu kommt, daß die lediglich 3,5 Millionen Einwohner zählende Republik über 200.000 Flüchtlinge aus Aserbaidschan aufnehmen mußte.

Mit ihrer in der Geschichte der UdSSR beispiellosen Aktion erzwang die aserbaidschanische Volksfront nicht nur ihre offizielle Anerkennung, sondern auch einen Beschluß des Obersten Sowjets Aserbaidschans, in dem der unumschränkte Anspruch dieser Sowjetrepublik auf die mehrheitlich von Armeniern bewohnte Autonome Region bekräftigt wurde.

In den baltischen Unionsrepubliken wird der Ruf nach Austritt aus der Union immer lauter. Bis jetzt ist es dort nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen, wie im Transkaukasus oder in den zentralasiatischen Sowjetrepubliken. Jetzt stellen die baltischen Kommunisten Einheit und das Machtmonopol der KPdSU offen in Frage. Die KP Litauens hat sich in zwei Teile gespalten: eine Mehrheitsfraktion will eine nationale, von Moskau unabhängige litauische KP, die andere Fraktion lehnt diese Forderung strikt ab und wird von der zentralen Parteiführung unterstützt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann diese brisante

Forderung auch zu einer Spaltung der estnischen und lettischen KP führt, in denen ähnliche Tendenzen sichtbar sind. Wenn die baltischen Kommunisten sich von der KPdSU trennen sollten, um einen "nationalen Weg zum Sozialismus" zu beschreiten, wird ihr Beispiel wahrscheinlich auch in anderen Unionsrepubliken Nachahmer finden und dann ...

"Unverbrüchliche Völkerfreundschaft"

Gorbatschow hat die Bedeutung der nationalen Frage für den multinationalen Sowjetstaat zu spät erkannt. Auf dem 27. Parteitag der KPdSU im März 1986 verkündete er noch, daß die nationale Frage in der UdSSR dank der Lehre Lenins gelöst sei: "Ein für allemal sind die nationale Unterdrückung und die nationale Ungleichheit in all ihren Formen und Erscheinungen abgeschafft worden. Die unverbrüchliche Völkerfreundschaft, die Achtung der nationalen Kulturen und der nationalen Würde aller Völker haben sich durchgesetzt, sich fest im Bewußtsein Dutzender Millionen Menschen verankert. Das Sowjetvolk erscheint als eine qualitativ neue soziale und internationale Gemeinschaft, vereint durch die Gemeinsamkeit der ökonomischen Interessen, der Ideologie und politischen Ziele". (1) Diese Einschätzung der sowjetischen Nationalitätenpolitik war eigentlich nur eine Wiederholung der auch in der "Stagnationszeit" gültigen Formulierung. Entweder war Gorbatschow tatsächlich der Auffassung, daß die Nationalitätenfrage gelöst sei oder es keiner Erneuerung bedurfte oder das äußerst heikle Thema wurde von ihm bzw. der Partei- und Staatsführung bewußt ausgeklammert.

Es dauerte aber nicht lange, bis Moskau einen ersten Vorgeschmack auf die Brisanz der Nationalitätenfrage bekam: Als der Parteichef der Sowjetrepublik Kasachstan, der Kasache Kunajew auf Betreiben der Moskauer Parteiführung durch den Russen Kolbin abgelöst wurde, kam es am 17. und 18. Dezember 1986 in der Hauptstadt Alma-Ata zu gewalttätigen Demonstrationen. Die Absetzung des "konservativen" Kunajew mag zwar durch die Politik der Umgestaltung gerechtfertigt erscheinen. Doch die Proteste machten deutlich, daß die Ernennung eines Russen zum Parteichef von vielen Kasachen als eine Provokation betrachtet wurde. Gab es in der KP Kasachstans keinen einzigen fähigen Kasachen, der Anhänger der Perestroika war und die Führung der Partei übernehmen konnte? Die Ereignisse von Alma-Ata hatten gezeigt, daß die Unzufriedenheit über die herrschenden ökonomischen und sozialen Verhältnisse sehr leicht in nationalistische Unruhen umschlagen können. In den zentralasiatischen Sowjetrepubliken und in Aserbaidschan kommt noch hinzu, daß dort deutlich islamische Tendenzen sichtbar werden.

Kurz nach den Ereignissen von Alma-Ata kritisierte Olshas Suleimenow, der Vorsitzende des kasachischen Schriftstellerverbandes in ungewöhnlich scharfer Form die Nationalitätenpolitik: "Wie dramatisch läßt er uns manchmal im Stich - dieser Hang zu stereotypen Phrasen, abgedroschenen Methoden und eingefahrenen Wegen bei der Einschätzung von Phänomenen. Jahrelang wurden Phrasen über Kasachstan als "Laboratorium der Völkerfreundschaft" und "Vorposten des Internationalismus", als "Planet der hundert Sprachen" unermüdlich von einer Rede in die andere übernommen. Wir haben uns in ein falsches Sicherheitsgefühl eingelullt, im Glauben, daß eine Aussage aus eigener Kraft Realität schafft, wenn man sie nur lautstark proklamiert..." (2)

Und auf der Tagung des ZK der KPdSU im Januar 1987 kritisierte Gorbatschow die Geisteswissenschaftler, weil sie unfähig gewesen seien, die Leninsche Nationalitätentheorie schöpferisch weiterzuentwickeln: "Es ist schließlich eine Tatsache, Genossen, daß anstelle der objektiven Erforschung der realen Erscheinungen in der Sphäre der nationalen Beziehungen und der Analyse der wirklichen sozial-ökonomischen und geistigen Prozesse, die von der Sache her kompliziert und widersprüchlich sind, einige unserer Gesellschaftswissenschaftler lange Zeit lieber Traktate von der Art von Trinksprüchen verfaßten, die manchmal mehr an schöngeistige Toaste erinnern als an ernsthafte wissenschaftliche Forschung." (3)

Sicher gab es in der "Stagnationsperiode" einige Wissenschaftler, die "Traktate von der Art von Trinksprüchen verfaßten". Doch damals war eben eine schöpferische Weiterentwicklung der Leninschen Nationalitätentheorie nicht gefragt. Verantwortlich für die Verletzung der Leninschen Prinzipien der Nationalitätenpolitik waren schließlich nicht die Geisteswissenschaftler, sondern die politische Führung der KPdSU. Sie war es, die in ihren Rechenschaftsberichten auf den Parteitagen und ähnlichen Jubelveranstaltungen ständig mit stereotypen Phrasen von der "einträchtigen Familie der Völker der UdSSR" den Rahmen vorgaben, in dem sich dann die WissenschaftlerInnen "schöpferisch" betätigen sollten.

Armenier-Pogrom

Die Unruhen von Alma-Ata hätten eigentlich eine Lehre für die Führung in Moskau sein müssen. Verglichen mit den noch folgenden zwischennationalen Auseinandersetzungen waren sie eher harmlos gewesen. Bereits im Herbst 1987 zeichnete sich in der zur Sowjetaserbaidschan gehörenden Autonomen Region Berg-Karabach ein Wiederaufleben eines alten Konflikts ab, der weitaus folgenschwerer und blutiger sein sollte, als die Unruhen in Kasachstan. Ermutigt durch die neue Politik der Demokratisierung und Umgestaltung richteten die Armenier von Karabach im August 1987 eine mit 75.000 Unterschriften versehene Petition an Gorbatschow, worin sie sich in scharfer Form über die Diskriminierung durch die aserbaidschanische Regierung beklagten und einen Anschluß ihres Autonomen Gebietes an die nahegelegene Sowjetrepublik Armenien verlangten. Der Generalsekretär war aber viel zu sehr mit der "Weltpolitik" beschäftigt, als daß er sich mit den Problemen von einigen unzufriedenen Armeniern in einem entlegenen Teil des Transkaukasus befassen konnte. Die Hoffnungen der Armenier, daß jetzt, in Zeiten von Perestroika und Glasnost, ihre seit Jahrzehnten andauernde Unterdrückung ein Ende finden würde, erwiesen sich als Illusion. Vielleicht ohne sich des Ernstes seiner Worte bewußt zu sein, sagte Gorbatschow auf dem ZK-Plenum am 18. Februar 1988, daß die Nationalitätenfrage die "grundsätzlichste und vitalste Frage" der Sowjetunion sei. Er kündigte eine Plenarsitzung des ZK zur Nationalitätenpolitik an. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Lage in Berg-Karabach bereits dramatisch zugespitzt und zehn Tage später kam es in der aserbaidschanischen Industriestadt Sumgait zu einem Pogrom, bei dem ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht Dutzende von Armeniern bestialisch niedergemetzelt wurden.

Spätestens mit dem Armenier-Pogrom von Sumgait hatte die "unverbrüchliche Völkerfreundschaft" einen deutlichen Riß bekommen - und es sollte nicht der einzige sein: Im Juni 1989 kam es in der Sowjetrepublik Usbekistan zu Pogromen gegen die kleine Minderheit der Mescheten, die "wie Tiere gejagt" wurden (4). In der Stadt Fergana wurde das Wohnviertel der Mescheten völlig verwüstet. Allein dort soll es 74 Tote gegeben haben. Das Moskauer Innenministerium entsandte 12.000 Mann nach Fergana, um dem blutigen Treiben ein Ende zu bereiten. Die Mescheten, die im November 1944 aus ihrer Heimat in Südgeorgien nach Kasachstan und Usbekistan deportiert worden waren, mußten nach Mittelrußland evakuiert werden. Ein Ende ihres Exodus ist nicht abzusehen, denn in Georgien scheinen sie auch nicht willkommen zu sein.

Die zu Georgien gehörende Autonome Sowjetrepublik Abchasien war 1989 Schauplatz von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Abchasen und Georgiern. Und am 9. April wurde in der georgischen Hauptstadt Tbilissi eine nationalistische Kundgebung vor dem Regierungsgebäude von Soldaten zusammengeschossen. Nach offiziellen Angaben wurden dabei 16 Menschen getötet und über 200 verletzt. Das Blutbad von Tbilissi hat zu einem weiteren Anwachsen des traditionell sehr ausgeprägten Nationalbewußtseins der Georgier beigetragen. Moskau und auch die georgische Parteiführung werden sich vor einer erneuten gewalttätigen Konfrontation hüten, denn der Schock vom 9. April ist überwunden und die georgische Volksfront und nationalistische Strömungen sind heute weitaus besser organisiert.

Erneuerung ...

In einer Fernsehansprache am 1. Juli 1989 ging Gorbatschow auf die Nationalitätenunruhen ein. Von der richtigen Lösung der Nationalitätenfrage hänge "in beträchtlichem Maße die Ruhe und das Wohlergehen der Menschen, das Schicksal der Umgestaltung und - wenn Sie wollen - das Schicksal und die Ganzheit unseres Staates ab." Das Schüren von Nationalitätenkonflikten sei "ein Spiel mit dem Feuer" (5). Wenn mensch bedenkt, daß nur einen Tag nachdem Gorbatschow in einem Appell die Armenier und Aserbaidschaner zur Ruhe gemahnt hatte, in Sumgait das Armenier-Pogrom stattfand, dann ist es äußerst fraglich, ob diese neuerliche Ansprache etwas bewirkt hat. Zu groß ist inzwischen das Mißtrauen zwischen bestimmten Nationalitäten und zu gering das Vertrauen der Völker in die Nationalitätenpolitik der Partei, zumal deren Einfluß von Tag zu Tag schwindet.

Das im Februar 1988 angekündigte Plenum des ZK der KPdSU fand, nachdem es mehrmals verschoben wurde, erst im September 1989 statt. Vor dem ZK-Plenum gestand Gorbatschow ein, daß die zwischennationalen Beziehungen höchst kompliziert seien: "Nacheinander drangen die ungelösten Probleme an die Oberfläche, es wirkten sich die Fehler und Deformationen von vielen Jahrzehnten aus, und nationale Konflikte, die jahrelang geschwelt hatten, kamen zum Ausbruch." (6)Die Notwendigkeit einer Erneuerung der Nationalitätenpolitik sei nicht rechtzeitig erkannt worden, das "lag offensichtlich an der verbreiteten Überzeugung, daß bei uns in dieser Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung alles mehr oder weniger gut

läuft." Es war klar, daß Gorbatschow einige kritische Bemerkungen zur Nationalitätenpolitik machen würde. Entscheidend war aber vielmehr die Frage, wie es in der Nationalitätenpolitik weitergehen sollte.

Die vom ZK eingeleitete "Erneuerung" der Nationalitätenpolitik besteht im wesentlichen darin, daß die "Festigung der politischen Selbständigkeit der Unionsrepubliken und die Ausfüllung ihrer Souveränität mit realen Inhalten" gefordert wird. Jedes Volk soll über die "Fragen seiner ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklung selbständig entscheiden". Ferner wird eine "klare Abgrenzung der Vollmachten der Machtorgane von Union und Republiken" verlangt. Eine Änderung der national-territorialen Struktur der UdSSR wird abgelehnt: "Wir gehen davon aus, daß die jetzige nationale und territoriale Gliederung kein Hindernis darstellt, daß Menschen aller Nationalität in jedem beliebigen Gebiet des Landes normal leben können." (7) Angesichts des Karabach-Konflikts klingt diese Begründung ziemlich zynisch.

... oder Nationalitätenpolitik?

Ob die "neue" Nationalitätenpolitik tatsächlich zu einer Lösung der zahlreichen Nationalitätenkonflikte beitragen wird, ist äußerst zweifelhaft. Nicht nur weil die "Erneuerung" viel zu spät kommt, sondern weil die Zugeständnisse, die Moskau den einzelnen Unionsrepubliken macht, den allgemeinen nationalistischen Trend nicht mehr aufhalten können. Die Volksfronten bzw. Nationalbewegungen werden, je mehr sie sich politische und organisatorische Strukturen schaffen, zu einer ernsthaften Konkurrenz zur KPdSU. Es ist auch offensichtlich, daß viele Parteimitglieder mehr oder weniger mit den Nationalbewegungen sympathisieren. Dabei muß man sich das nicht so vorstellen, als ob der Nationalismus von außen in die Partei hineingetragen wird. In der Partei selbst waren nationalistische Tendenzen existent. Am Beispiel der Parteiorganisation Aserbaidschans ist sogar deutlich geworden, daß z.T. führende Parteifunktionäre an nationalistisch-chauvinistischen Hetzkampagnen beteiligt waren. Sicher gibt es zahlreiche internationalistisch gesinnte Kommunisten in der Partei. Doch allzu groß scheint ihr Einfluß nicht zu sein.

Die neue Nationalitätenpolitik wird, wenn sie konsequent umgesetzt werden sollte, unvermeidlich einige Probleme aufwerfen. Wenn z.B. die Souveränität der Unionsrepubliken tatsächlich mit "realem Inhalt" gefüllt werden sollte, besteht die Gefahr, daß die jeweilige Titularnation der Unionsrepublik unter Hinweis auf "ihre" souveränen Rechte die Rechte der auf "ihrem" Territorium lebenden nationalen Minderheiten beschneidet. Bereits heute verlangt der Oberste Sowjet Aserbaidschans die Verwaltungshoheit über Berg-Karabach zurück. Es bedarf keiner großen Phantasie, was den Armeniern in Berg-Karabach droht, wenn die Sonderverwaltung aufgehoben und die Truppen des Innenministeriums abgezogen werden: "60.000 junge Leute lauern nur auf das Signal", um die Region zu stürmen. (8) Das behaupten jedenfalls die Aserbaidschaner und es ist zu befürchten, daß dies keine leere Drohung ist.

Als Folge der neuen Nationalitätenpolitik kann die bereits jetzt deutlich erkennbare sozialökonomische Ungleichheit zwischen den verschiedenen Unionsrepubliken noch größer werden. Die kleinen baltischen Republiken sind z.B. den zentralasiatischen Republiken ökonomisch weit voraus. Sie orientieren sich - nicht nur ökonomisch - mehr an Westeuropa als nach Osten. Diese Tendenz entspricht auch durchaus Gorbatschows Vision vom "gesamteuropäischen Haus". Natürlich stellt sich die Frage, welchen Platz darin die rückständigen zentralasiatischen oder transkaukasischen Unionsrepubliken haben sollen. Sie sind nicht nur ökonomisch unterentwickelt, sondern haben auch eine Bevölkerung, die sich sozial und kulturell eher zu den anderen Völkern des Ostens zugehörig fühlt, als zu den Europäern. Gorbatschow wird wohl einige Schwierigkeiten haben, den multinationalen Sowjetstaat im "gesamteuropäischen Haus" unterzubringen.

Gorbatschow hatte auf dem ZK-Plenum im Februar eine Rückbesinnung auf die Leninsche Nationalitätentheorie gefordert. Die Parole "zurück zu Lenin" ist nicht neu, aber die Zahl derjenigen, die heute in der UdSSR lieber einen anderen Weg gehen wollen als den zurück zu Lenin, ist groß. Über siebzig Jahre lang wurde ihnen erzählt, die nationale Frage sei dank der leninschen Nationalitätenpolitik der Partei gelöst. Jetzt behauptet nun der Generalsekretär, daß es trotz der vielen Errungenschaften der Nationalitätenpolitik einige "Deformationen" gegeben habe. Deshalb sei eine Rückbesinnung auf Lenin erforderlich. Es sieht aber ganz danach aus, als ob die Völker der UdSSR sich nur auf ein Prinzip der leninschen Nationalitätentheorie rückbesinnen wollen: Das Recht auf Selbstbestimmung. Die Frage, was denn darunter zu verstehen ist, dürfte der entscheidende Streitpunkt sein - nicht nur zwischen den Nationen.

T.

Anmerkungen

(1) Ditte Gerns, Nationalitätenpolitik der Bolschewiki, S. 11, Düsseldorf 1988

(2) Trud, 14.1.1987, zitiert in: Osteuropa, 38. Jahrgang, Heft 4, 1988

(3) Gerns, S. 17

(4) Moskau News, Nr. 7/Juli 1989

(5) Sowjetunion heute, Nr. 6, August 1989

(6) SU heute, Nr. 10, Oktober 1989

(7) SU heute, Nr. 10, Oktober 1989

(8) MN, Nr. 12/Dezember 1989

19. Löst sich die UdSSR auf?

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:57

Der Beschluß des Parteitags der KP Litauens im Dezember, sich für völlig autonom gegenüber der KPdSU zu erklären, hat die Widersprüche, in denen sich die KPdSU-Führung und ihre Reformpolitik befinden, spektakulär verschärft. Eine Minderheit der KP Litauens - repräsentiert durch etwa 15% der Delegierten des Parteitags -, die den Autonomiebeschluß ablehnt, hat sich daraufhin ihrerseits als separate Organisation mit eigener Leitung konstituiert. Sie vertritt im wesentlichen den russisch- und den polnischsprachigen Teil der litauischen Kommunisten. Die Bevölkerung Litauens gilt laut Volkszählung zu ungefähr 80% als litauisch; 9% sind Russen, 7% Polen. Damit ist in Litauen im Gegensatz zu den beiden anderen baltischen Sowjetrepubliken Lettland und Estland die "einheimische" Bevölkerung deutlich in der Mehrheit. In Estland, wo die "einheimische" Bevölkerung nur etwas über 60% ausmacht, ist sogar die Mehrheit der KP-Mitglieder russisch. Insofern unterscheidet sich die Situation in Litauen von der in den beiden anderen Ostseerepubliken, auch wenn es ansonsten viele Ähnlichkeiten und Entwicklungsparallelen gibt.

Die KPdSU-Führung hatte im Vorfeld des litauischen Parteitags große Anstrengungen unternommen, um den Autonomiebeschluß zu verhindern. Zu diesem Zweck war Mitte November die Parteiführung der Republik nach Moskau zur "Aussprache" mit dem Politbüro bestellt worden. Dort wurde den litauischen Genossen dann in anscheinend ziemlich rüdem Ton vorgeworfen, sie würden in Litauen ihre Führungsaufgaben nicht mehr wahrnehmen und "antisozialistischen Kräften" keinen Widerstand entgegensetzen. Da dies offenbar nicht die gewünschten Ergebnisse brachte, wandte sich Anfang Dezember Parteichef Gorbatschow mit einer sehr scharf formulierten Botschaft an die gesamte litauische KP. Flankiert wurde diese massive Intervention durch eine Reise des ZK-Sekretärs für ideologische Fragen, Medwedjew, nach Litauen.

Alles Intervenieren und Drohen blieb vergeblich. Die große Mehrheit der KP Litauens scheint gesonnen, den Konflikt mit der sowjetischen Partei- und Staatsmacht einzugehen und durchzustehen. Es bleibt ihr vermutlich auch gar nichts anderes übrig, wenn sie in der litauischen Bevölkerung nicht den relativ großen Rückhalt verlieren will, den sie zur Zeit noch hat. Und da im März in der ganzen UdSSR die Neuwahl der Republikparlamente stattfinden soll, steht für die KP Litauens viel auf dem Spiel.

Der Autonomiebeschluß der litauischen Genossen veranlaßte die KPdSU- Führung, das ZK Ende Dezember zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen. Während in der litauischen Hauptstadt Wilna Zehntausende ihre Solidarität mit der Republik-KP demonstrierten, erklärte in Moskau die Parteispitze den Autonomiebeschluß für ungültig, da angeblich nicht in der Kompetenz des dortigen Parteitags liegend. Gorbatschow erhielt das Mandat, in der ersten Januarhälfte zu einem (letzten?) Vermittlungsversuch nach Litauen zu reisen; anschließend soll das ZK erneut zusammenkommen.

Gorbatschows Rede auf der ZK-Sitzung Ende Dezember war in Nuancen noch etwas schärfer als alles bisher Gesagte und Geschriebene, obwohl hier eine Steigerung kaum noch möglich ist. Die litauische KP-Führung habe seit dem großen Erfolg der nationalistischen "Volksfront"-Opposition Sajudis bei den Wahlen zum sowjetischen Parlament (Frühjahr 1989) den "separatistischen Kräften" immer mehr Zugeständnisse gemacht und als Republikregierung Maßnahmen veranlaßt, "die auf einen Bruch der föderativen Bindungen zur UdSSR gerichtet sind". Die litauische KP sei "von der Parteilinie abgewichen", sei zu "Kompromißlertum" und sogar zu einem "direkten Flirt mit nationalistischen und separatistischen Kräften übergegangen". Das Verbot der "separatistischen" Organisationen müsse jetzt ernsthaft erwogen werden.

Die sowjetische Partei- und Staatsführung werde, so Gorbatschow, einen Zerfall der UdSSR nicht zulassen. In diesem Punkt dürfe es "keinerlei Illusionen bezüglich der Absichten und Möglichkeiten" der Zentralmacht geben. Ein Zerfall der UdSSR würde "eine Destabilisierung der politischen Lage in Europa und in der Welt mit sich bringen", und daran sei niemand interessiert. Auch die Staatsmänner des Westens, "einschließlich jener, auf deren Unterstützung die Separatisten wohl bauen", hätten ihr Interesse an der Aufrechterhaltung der staatlichen Integrität der UdSSR immer wieder zum Ausdruck gebracht.

Ob Gorbatschow das selbst glaubt oder ob er mit dieser Behauptung lediglich demoralisierend auf die Nationalbewegungen einwirken will, sei dahingestellt. Jedenfalls ist die These, die imperialistischen Hauptmächte seien an der Destabilisierung und Auflösung der UdSSR gar nicht interessiert, zumindest

fragwürdig. Viele Indizien deuten auf das Gegenteil hin, auch wenn der Widerspruch zwischen westlichem Interesse an einer Abstützung Gorbatschows einerseits und "kontrollierbarem" Fortgang des Zerfalls der UdSSR andererseits keine einfachen Antworten zuläßt.

Gorbatschow befindet sich in einem offensichtlichen Dilemma: Auf der einen Seite sind sämtliche Versuche, die autonomen Bewegungen und Bestrebungen in vielen Teilen der UdSSR mit einer Mischung aus Zugeständnissen und recht brutalen Drohungen politisch "zur Räson zu bringen" oder wenigstens einzudämmen, total erfolglos geblieben. Es ist nicht zu übersehen, daß die Zeit für die Autonomietendenzen arbeitet. Die Zahl der Konfliktherde nimmt zu statt ab. Ausmaß und Schärfe der Probleme wachsen. Eine Tendenzwende ist nicht in Sicht.

Auf der anderen Seite hat die KPdSU-Führung wiederholt und sehr bestimmt erklärt, daß es eine andere als eine politische Lösung dieser Widersprüche nicht geben solle, nicht geben dürfe und auch gar nicht geben könne. Das ist insofern logisch, da eine militärische oder polizeiartige Intervention gegen eine Republikregierung sehr schwer mit einer Fortführung der Reformpolitik und dem "neuen Denken" in der Außenpolitik zu vereinbaren wäre.

Da dieses Dilemma allen Beteiligten offensichtlich ist, können die Drohungen der Zentrale mit dem großen Knüppel zwar Verstimmung bei den Betroffenen hervorrufen, aber niemanden mehr ernstlich und nachhaltig einschüchtern. Sie wirken also ausschließlich kontraproduktiv, indem sie die Stimmung noch mehr aufheizen und am meisten den "separatistischen Kräften" zugute kommen. Diese Lage schleppt sich nun schon seit vielen Monaten stagnierend dahin, und das Arsenal des auf der verbalen Ebene Möglichen ist längst ausgeschöpft.

Eben deshalb bleibt aber die Frage aktuell, die wir schon im September vergangenen Jahres stellten: "Könnte nicht gerade dieses ‚Defizit` entscheidende Kräfte der Partei- und Armeeführung veranlassen, auf dem Schauplatz Baltikum ein Exempel zu statuieren, das allen, die es angeht, demonstriert, daß der Hund nicht nur knurren und bellen, sondern auch noch mal kräftig zuschnappen kann?..." (AK 310) - Ausgeschlossen ist das wohl nicht, aber es wäre, siehe oben, vermutlich mit einem Personalaustausch in der zentralen Führung sowie mit einer innen- und außenpolitischen Wende verbunden. Hier ist an den "General" zu erinnern, den Gorbatschow angeblich gegenüber Mitterand als seinen "Nachfolger" ankündigte für den Fall, daß es zum Zusammenschluß von BRD und DDR käme.

Die Perestroika hat innerhalb weniger Jahre und letztlich innerhalb weniger Monate zum Zerfall der Nachkriegsordnung und damit des traditionellen sowjetischen "Sicherheitssystems" und des "Gleichgewichts in Europa" geführt. Nachdem Gorbatschow erst einmal das Prinzip der "freien Wahl" für jedes Land an die Stelle der Breschnew-Doktrin ("beschränkte Souveränität") gesetzt hatte, war das Ausscheren der betroffenen Länder aus dem Gesellschaftssystem und Machtblock des "Realsozialismus" absehbar. RgW und Warschauer Pakt sind bereits nicht viel mehr als leere Hüllen.

Nun geht es nur noch um die Frage, ob der Zerfall der Nachkriegsordnung und damit das Vordringen des imperialistischen Machtblocks wenigstens an den Grenzen der UdSSR aufgehalten werden kann. Insofern schränkt Gorbatschow das Prinzip der "freien Wahl" für alle Nationen wieder ein und konstituiert eine Art innersowjetische Breschnew-Doktrin. Die Chancen, diese Doktrin mit politischen Mitteln zu realisieren, sind indessen sehr gering bzw. nicht mehr vorhanden.

In den letzten anderthalb Jahren haben die Sowjetrepubliken Estland, Lettland, Litauen, Aserbeidschan, Georgien und Moldawien Gesetze und Erklärungen über ihre "Unabhängigkeit" beschlossen. Das bedeutet u.a., daß sie sowjetische Gesetze nur insoweit anerkennen und übernehmen wollen, wie sie selbst ihnen zustimmen. Außerdem beanspruchen sie - dies scheint für Moldawien (noch?) nicht zu gelten - das Eigentum an Boden, Ressourcen und Produktionsanlagen ihrer Republiken. Die sowjetische Zentralregierung hat Mitte November alle diese Souveränitätserklärungen ebenso wie eine Reihe von Republik-Gesetzen für verfassungswidrig und ungültig erklärt; so das Staatsbürgerschaftsgesetz Litauens und die neuen Wahlgesetze Estlands und Lettlands. In der Praxis jedoch verfahren die betroffenen Republiken unbeeindruckt nach den "ungültigen" Gesetzen, haben sie sogar formal noch einmal bekräftigt und beschließen weitere Extragesetze. So wurden im Dezember in Litauen und Lettland die Verfassungsartikel gestrichen, die den Führungsanspruch der KP festschreiben. Das war ein zusätzlicher Schlag gegen Gorbatschow, der es gerade

eben vehement abgelehnt hatte, über Preisgabe des verbrieften Führungsanspruchs und Anerkennung konkurrierender Parteien zu diskutieren. In der Realität freilich existieren in der Mehrzahl der Sowjetrepubliken schon längst tolerierte und inzwischen auch legalisierte Oppositionsparteien, über deren Stärke die Wahl der Republikparlamente im Frühjahr wohl spektakuläre Auskunft geben wird. Es könnte sein oder ist sogar wahrscheinlich, daß der Moskauer Zentrale danach in einigen Republiken Regierungen gegenüberstehen werden, die von Oppositionskräften dominiert sind.

Die manifesten Autonomiebestrebungen einzelner Sowjetrepubliken sind aber nur die Spitze des Eisbergs "Nationalprobleme" in der UdSSR. In vielen Teilen des Landes sind scharfe Konflikte zwischen Nationalitäten im Gange, die u.a. Hunderttausende zu Flüchtlingen gemacht und weit über 1.000 Menschen das Leben gekostet haben. Nach offiziellen Angaben waren 1987 sowjetische Streitkräfte in 51 Orten der UdSSR zur "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" im Einsatz; im Herbst 1989 waren es schon 71 Orte, und demnächst sollen es 121 sein. Neben den Sondereinheiten des Innenministeriums sind - Stand Oktober 1989 - 16.700 dem Innenministerium unterstellte Soldaten zur Kontrolle von Nationalkonflikten im Einsatz. An der Spitze liegt Nagorny Karabach mit 5.500, gefolgt von Georgien (4.600), Aserbeidschan (3.600), Usbekistan (2.300) und Armenien (1.800). Die Situationen, unter denen diese Truppen Dienst tun, soll nach Angaben sowjetischer Militärs mitunter an Afghanistan erinnern. Dabei sind diese Truppen, ebenso wie die Sondereinheiten, bisher nur eingesetzt, um verfeindete Bevölkerungsgruppen auseinander zu halten und ein Eskalieren bürgerkriegsartiger Zusammenstöße zu verhindern. Eine undankbare Rolle also, die zwar vorläufig "das Schlimmste" verhindert, aber keine Entspannung der Verhältnisse verheißt. Selbst ohne die katastrophale, sich immer weiter verschlechternde wirtschaftliche Gesamtlage wäre die Position Gorbatschows höchst prekär.

Kt.

20. Avantgarde der Perestroika: Mehr Freiheit für den Kapitalismus - Interview mit Sulev Mälteseemes, Tallin

Interview mit Sulev Maälteseemes, Tallin.

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:34

Ende November: der Oberste Sowjet der UdSSR beschließt mit 296 gegen 67 Stimmen: Ab 1. Januar wird den drei baltischen Staaten die wirtschaftliche Selbstverwaltung zugestanden.

Ende Dezember: eine Sondersitzung des Politbüro der KPdSU unter Leitung Gorbatschows kanzelt den nur wenige Tage alten Beschluß der KP Litauens, sie sei eine eigene von der KPdSU unabhängige Organisation, barsch als gesetzwidriges und unbefugtes Versöhnlertum gegenüber separatistischen Strömungen ab.

Ein Schritt links, zwei Schritte rechts, im Kreis herum und vorwärts, rückwärts, Hoppsassa! Es kann einem schwindelig werden bei diesem Kurs.

Sulev Maälteseemes, stellvertretender Direktor des Instituts für Wirtschaft der Akademie der Wissenschaften Estlands gibt im Folgenden einige Orientierungspunkte, die exemplarisch dafür stehen können, worum es der Systemopposition im Baltikum geht und was sie erwartet. Das Gespräch führten wir in Tallin kurz vor dem Beschluß über die Selbstverwaltung.

Ich danke Sulev Maälteseemes für seine Auskunftsbereitschaft.

Kai Ehlers

"Wir müssen sogar sagen, daß man diesen Staat nicht die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, sondern die Union der sowjetischen sozialistischen Ministerien nennen muß!"

Sulev Maälteseemes empfängt meine Begleiterin und mich in den Räumen der Akademie. Die Zauberformel "Journalist aus Hamburg, auf der Suche nach Perestroika von unten" hat mir auch hier die Türen geöffnet. Wo fände mensch im Westen eine vergleichbare Gesprächsbereitschaft und Offenheit, zumal wenn sich "unten" im Verlauf des Gespräches sehr schnell als relative Größe erweist! Was gegenüber Moskau "unten" ist, ist vor Ort "oben". Was in Tallin "oben" ist, ist in Leningrad "unten". Ich habe den weiten Weg von Leningrad gemacht, weil mir meine Gesprächspartner und -partnerinnen in Leningrad, wie vorher bereits in Moskau, den Eindruck vermittelten: In Tallin machen sie, wovon wir nur träumen. Die Opposition dort ist die Avantgarde der Perestroika.

Sulev Maälteesemes: Unsere Situation ist deswegen interessant, weil hier die Idee der sog. Selbstbewirtschaftung entstand. Vor zwei Jahren wurde in einer estnischen Zeitung ein erster Entwurf veröffentlicht. Ein Jahr später hatten wir eine Konzeption für die Selbstbewirtschaftung Estlands. Am 18. Mai dieses Jahres wurde ein Gesetz im obersten Sowjet Estlands über die "Grundlagen der Selbstbewirtschaftung Estlands" beschlossen. Im Oktober '88 hatten wir eine gemeinsame Konferenz mit Kieler Wissenschaftlern, ebenso in diesem Jahr, wo diese Dinge gemeinsam durchgearbeitet wurden. Dazu gibt es auch Veröffentlichungen.

Kai Ehlers: Welches sind die Hauptgedanken des Selbstbewirtschaftungskonzepts?

Sulev Maälteesemes: Zur Zeit beschäftigen wir uns mit der Ausarbeitung verschiedener Gesetze. Noch in diesem Jahr sind an die 100 Gesetze vorgesehen. Das ist vielleicht ein bißchen unrealistisch. Wir haben bisher nur ein Gesetz geschafft. Das war in der vorigen Woche das Gesetz über die örtliche Selbstverwaltung. Ich war selbst einer der Autoren. Mein Problem ist direkt diese örtliche Selbstverwaltung in der Republik auf verschiedenen Ebenen. Andere Gesetze sind jetzt in verschiedenen Stadien und deswegen ist die Situation kompliziert. Wir spüren sehr stark, daß die Moskauer Ministerien und Zentralbehörden dagegen sind. Wir konnten auch nicht hoffen, daß die Moskauer Ministerien nicht dagegen sind, denn das bedeutet, daß sie ihre Macht verlieren. Aber daß es so kompliziert wird, das wußten wir auch nicht. Ende Juli dieses Jahres haben wir in Moskau eine Verordnung vorgelegt. Unter Punkt Drei heißt es da, daß die Unionsgesetze, die unsere Selbstbewirtschaftung einschränken, bei uns keine Gültigkeit haben. Deswegen arbeiten wir sehr viele solche Gesetze aus, um die allunionischen Gesetze hier einzuschränken. Aber tatsächlich sehen wir, daß unsere

Gesetze keine Kraft haben. Nehmen wir das Beispiel der Verkehrssteuern: Die Transportsteuer ist früher in das Budget des örtlichen Sowjets gegangen. Seit letztem Jahr soll dieses Geld ins allunionische Budget gehen. Es ist dort für die Reparaturen der Straßen in Rußland vorgesehen. Wir haben hier in Estland in diesem Sommer ein Gesetz im obersten Sowjet beschlossen, daß dieses Geld nicht dorthin gehen darf, sondern wie vor anderthalb Jahren in das Budget unseres obersten Sowjets gehen muß. Zwei Monate später kam aus Moskau ein Brief, in dem es hieß: Wir werden Ihrem Budget 20 Millionen Rubel entnehmen, weil Sie dies spezielle Geld nicht zahlen wollen. Das heißt, wir haben einen moralischen Sieg errungen, aber keinen materiellen. Zwar gehen die Verkehrssteuern jetzt tatsächlich ins Budget des estländischen Sowjets, aber für ganz Estland hat das keine Bedeutung, weil diese 20 Millionen weggenommen werden.

Budgetsystem von unten nach oben

Weil wir gerade von diesem Budgetsystem sprechen: das ist solch ein gemeinsames Budgetsystem in der Sowjetunion, gegen das wir jetzt auch ganz und gar sind. Es bedeutet einfach, daß man von oben alles regulieren kann. In Moskau kann man bestimmen, wieviel Geld eine Republik, ein Bezirk, ein Kreis hat. Wir meinen, daß unser Budgetsystem völlig anders aufgebaut sein muß: von unten nach oben. Das ist einer der Punkte, die auf Ihre Frage Antwort geben, was Perestroika von unten bedeutet.

Wir sehen heute ganz deutlich: das Budgetsystem muß von unter her aufgebaut sein. Das gilt auch für die Republik. Heute besteht zwischen Moskau und dem Allunionsbudget ein einkanaliges Zahlungssystem. Bisher wurde aus allen Republiken über verschiedene Kanäle bezahlt. Alle Betriebe haben direkt bezahlt. Wenn es so läuft, wissen wir z.B. überhaupt nicht, wie die Zahlungsbilanz der Republik ist, weil soviel Kapital zentralisiert wird, ohne daß wir darüber Angaben haben, wieviel Kapital aus Estland hinausfließt. Wie es zurückkommt, wissen wir im Allgemeinen. Diese Resultate sehen wir. Das sind die Objekte, die soziale Infrastruktur usw. Aber wieviel Geld vom Territorium der Republik durch Zentralisierung abgezogen wird, das wissen wir nicht. Wir wissen einfach nicht, wieviel Steuern, Abgaben usw. die Fabrik xyz bezahlt. Wir können diese Angaben von einzelnen Betrieben bekommen, aber die estländische Statistik hat keine allgemeinen Angaben, was nach Moskau fließt. Rückmeldungen darüber haben wir überhaupt nicht. Jetzt wird sich die Situation ein wenig bessern, weil das einkanalige System eingeführt wird. Estland wird seinen Anteil gesammelt an das Allunionsbudget bezahlen. Allerdings haben wir hier Allunionsbetriebe, die sowieso in ihren jeweiligen ministeriellen Zentralfonds bezahlen. Wieviel Geld diesen Weg geht, wissen wir ohnehin nicht, aber im Allgemeinen können wir jetzt sagen, daß wir ab nächstem Jahr wissen, wieviel Geld von Estland nach Moskau fließt. Das ist ein Teil dieser Zahlungsbilanzreform.

Wir wollen auch in Estland dieses Budgetsystem von Grund auf verändern. Auch in der Republik war es so, daß der Republiksowjet bestimmt hat, wieviel Geld dieser Bezirk, jener Dorfsowjet im nächsten Jahr hat. Im Allgemeinen soll das Budgetsystem jetzt auch in der Republik von oben nach unten gehen. Im nächsten Jahr werden Steuern ins Budget des örtlichen Sowjets gehen und ein Teil geht direkt ins Budget der Republik.

Ja, über die Proportionen wird man diskutieren müssen. Wir sind es natürlich bisher gewohnt, daß das ganze Geld zentralisiert wird. Andererseits hat es auch bei dem bisherigen System auf unterster Ebene immer einige Gelder gegeben, die direkt bei dem Dorfsowjet geblieben sind. Das waren allerdings bisher sehr kleine Beträge. Sehr klein! Sogar diese Verkehrssteuern waren nicht sehr hoch. Das war eher ein moralisches, als ein materielles Problem. Aber auch diesen Kampf haben wir nicht gewonnen! (lacht)

Stärkung der Dorsowjets

Jetzt ist beabsichtigt, daß die Dorfsowjets das Recht bekommen, umfangreichere Steuerquellen abzuschöpfen. Ein paar Zahlen machen das vielleicht klarer: Bisher beträgt das durchschnittliche Budget eines örtlichen Sowjets etwa 10.000 - 15.000 Rubel. Das reicht gerade für den Lohn der dort tätigen zwei, drei Mitarbeiter und ein bißchen Wäschepulver oder so. Für die soziale Infrastruktur reicht das überhaupt nicht. Diese Summen für die lokale Infrastruktur sind aus dem republikanischen oder sogar aus dem Allunionsbudget gekommen. Unsere Rechnungen sehen vor, daß die Dorfsowjets in Zukunft 800.000 bis eine Million oder größere Dorfsowjets sogar 1,5 Millionen Rubel im Budget haben. Das ist ca. 1000 Mal größer als bisher. Und dann sind sie völlig selbstverantwortlich für die Fragen der sozialen Infrastruktur usw. und sie können auch selbst sagen, was sie machen wollen. Bisher war es so, daß zum Beispiel das Ministerium für Bildung seine Zentralfonds hatte. Das Ministerium bestimmt dann, dort wird eine Schule gebaut und dort wird eine Schule

gebaut. Im Ministerium für Gesundheit wurde gesagt, dort wird eine Poliklinik gebraucht, dort wird ein Krankenhaus gebaut. Jetzt macht das alles die örtliche Selbstverwaltung. In diesem Jahr wird die Schule gebaut, im nächsten Jahr wird z.B. das Krankenhaus gebaut, nicht zentralisiert, sondern von der örtlichen Selbstverwaltung selber entschieden. So ist es in unserem Gesetz zu den "Grundlagen der örtlichen Selbstverwaltung" vorgesehen, das vor einigen Tagen, am 11. November, beschlossen wurde.

Wir wollen von den in der ganzen Sowjetunion geltenden Strukturen von Rayon und Dorfsowjet zurückgehen auf die Namen, wie sie früher in der estnischen Republik galten, also Gemeinden und Kreise und dann kommt die Republik. Im Allgemeinen sollen all die Fragen, die auf unterster Ebene gelöst werden können, dort auch tatsächlich gelöst werden, ganz im Gegensatz zu der bisherigen Praxis, daß alle örtlichen Fragen in Tallin oder sogar in Moskau entschieden werden. In Moskau wurde gesagt, daß in diesem Rayon oder in diesem Bezirk z.B. ein Zaun gebaut werden soll. Er wurde dann zehn Jahre gebaut und gebaut und gebaut. Es dauerte so lange, wenn er überhaupt gebaut wurde, weil das Ministerium seine Investitionen für die ganze Sowjetunion vorzunehmen hatte.

Durch die neue Regelung soll die Republik als Ganze von der zentralen Wirtschaftsführung der Sowjetunion unabhängig sein. In Moskau versteht man das nicht, bzw. man versteht das schon, aber man ist eben prinzipiell dagegen. Man sagt, wir wollten keine wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Estland und den anderen Sowjetrepubliken. Die Moskauer Behörden interpretieren das so und sehr viele Wissenschaftler stellen das auch so dar. Das ist unmöglich! Es ist sehr naiv, sich vorzustellen, daß wir ohne wirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken weiterleben können. An eine völlige wirtschaftliche Abkoppelung ist überhaupt nicht gedacht. Wir wollen nur, daß wir in Estland selbst bestimmen können, welche Wirtschaftszweige und in welchem Umfang wir entwickeln wollen und nicht, daß das in Moskau und von den Moskauer Interessen bestimmt wird, wie es bisher war. Dadurch ist unsere wirtschaftliche Struktur völlig unnormal. Da ist eine grundlegende Reform vonnöten. Wir wollen, daß wir in Estland selbst entscheiden können, wie unsere wirtschaftliche Entwicklung weitergehen muß.

Wir wollen selbstverständlich noch engere Beziehungen mit anderen Republiken. Bisher kann man ja im Gegenteil von Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Republiken gar nicht reden! Man sagt bei uns, in der Sowjetunion gebe es einen territorialen Wirtschaftskomplex. So etwas gibt es ganz und gar nicht! Wir müssen sogar sagen, daß man diesen Staat nicht die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, sondern die Union der sowjetischen sozialistischen Ministerien nennen muß! Deswegen haben wir keinen wirtschaftlichen Komplex der Republiken. Wir haben nur einen Komplex der Interessen der verschiedenen Ministerien, der von Moskau ausgeht, und das auch noch mit völlig verschiedenen Richtungen. Das eine Ministerium verfolgt dieses, das andere evtl. das entgegengesetzte Interesse. Bisher war die Regulation unserer Wirtschaft so, daß in Moskau eine Dame oder ein Herr im Planausschuß sitzt, der sagt, daß eine Tonne Erdöl von Tiumen nach Estland, eine Tonne Fleisch von Estland in die Ukraine, eine Tonne Zement von der Ukraine nach Zentralasien usw. usf. verfrachtet werden soll. Das nennen wir dann "wirtschaftliche Beziehungen". Wenn wir jetzt selbst entscheiden wollen, dann sagt man in Moskau, das seien keine wirtschaftlichen Beziehungen.

Gorbatschow sträubt sich

Es stimmt, daß auch Gorbatschow der wirtschaftlichen Rechnungsführung zentrale Bedeutung für sein Programm der Perestroika eingeräumt hat. Aber es gibt heute verschiedene Konzeptionen zur wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Sowjetunion. Als unsere Vorstellungen vor zwei Jahren veröffentlicht wurden, waren fast alle in Moskau dagegen. Jetzt sagen Gorbatschow und auch alle anderen: es gibt keine andere Alternative der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Aber ihr Modell sieht völlig anders aus als unser Modell. Dieses sog. Maslukow-Projekt wurde im März in den zentralen Zeitungen, in "Prawda" und "Iswestia", publiziert. Maslukow ist der Vorsitzende von GOSPLAN, des zentralen Planausschusses. Jetzt spricht man darüber sehr wenig, weil sehr viele dagegen waren. Dieses Projekt war das sog. neue Modell der Zentralisierung. Sie haben gesagt, es sei eine radikale Reform für die regionale wirtschaftliche Rechnungsführung. Das war es ganz und gar nicht. Jetzt wird in Moskau ein neues Projekt vorbereitet. Es wurde in der "ökonomitschiska gazietta", Nr. 43 in diesem Jahr veröffentlicht und heute und morgen wird in Moskau darüber diskutiert.

Das neue Projekt stützt sich in vielem bereits auf das, was wir entwickelt haben. Vieles ist anders als im sog. Maslukow-Projekt. Man könnte vielleicht sagen, das ist jetzt ein Maslukov-Abalkin-Projekt. Abalkin ist stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats in Moskau und Direktor des Wirtschaftsinstituts der Akademie

der Wissenschaften in Moskau. Obwohl dieses Projekt schon progressiver ist als das im März, sind wir trotzdem dagegen. Zu viele Sachen sind wie immer überzentralisiert. Wir haben unser Gesetz, das wir am 18. Mai beschlossen haben und wir wollen unsere wirtschaftliche Rechnungsführung nur auf der Basis dieses Gesetzes.

Andererseits ist in dem Entwurf einiges vorgesehen, was wir durchaus begrüßen. Z. B. wird die Vielfältigkeit der Eigentumsformen gefordert. Das ist auch ein Hauptprinzip unserer Konzeption. Wir haben in unserer Konzeption vier Hauptprinzipien: Das ist die Vielfältigkeit der Eigentumsformen, dann die Dezentralisierung in der Republik, dann die Öffentlichkeit der wirtschaftlichen Beziehungen in der Sowjetunion und mit dem Ausland, und schließlich viertens die Freiheit der Unternehmung. D.h., daß Betriebe bei uns im allgemeinen den Ministerien nicht mehr unterstellt werden. Sie werden fast frei arbeiten. Alle diese Prinzipien sind damit verbunden, daß wir auf die Marktwirtschaft übergehen wollen. Ja, das schließt auch die Einführung eines Arbeitsmarktes ein, auf dem sich Kapital als Käufer und Arbeitskraft als Verkäufer gegenüberstehen, wie es ihn in der Sowjetunion nicht gegeben hat. Das, was es da bisher gab, kann man nicht Arbeitsmarkt nennen.

Hier gibt es einen Unterschied zwischen dem Moskauer Projekt und unserer Konzeption. Sie sprechen von Vielfältigkeit der Eigentumsformen, aber nicht von Privateigentum. In Estland sehen wir vor, daß wir Privateigentum haben. Wir nennen es in unserer Konzeption bisher das Kleinprivateigentum. Wir wissen aber nicht, wo die Grenze liegt (lacht), wo das kleine Eigentum aufhört und das große anfängt. Besonders in der Landwirtschaft wird es Privateigentum geben, so daß Bauern 5 bis 10 Mitarbeiter in ihrem Betrieb haben werden. Wir sehen auch vor, daß wir einen Arbeitsmarkt, vielleicht schon vom nächsten Jahr an, haben werden.

Nein, Grenzen haben wir bisher nicht definiert, außer der des Kleineigentums. Im übrigen ist vorgesehen, daß in Estland die soziale Gerechtigkeit gewahrt werden soll. Aber das ist auch sehr problematisch. Wie können wir die soziale Gerechtigkeit garantieren, wenn ein Privatbetrieb fünf oder zehn Mitarbeiter hat? Sehr problematisch! Das verstehe ich.

In den Kreisen von Gorbatschow sträubt man sich bisher gegen diese Entwicklung. Allerdings konnte man in Moskau vor einem Jahr überhaupt nicht über Privateigentum sprechen. Dann wurde man aus der Tür gewiesen. Jetzt ist ja auch in dem Moskauer Projekt eigentlich schon von Privateigentum die Rede. Es heißt nur: "Wir sehen bäuerliches Eigentum an Grund und Boden vor". Mit anderem Namen ist es schon gesagt. Es dauert vielleicht noch einige Monate, vielleicht dauert es noch ein Jahr und wir sprechen in der Sowjetunion über Privateigentum.

In Estland sind die Leute psychologisch vorbereitet. Aber in Rußland ist es anders. Bis 1940 hatten wir eine andere Gesellschaft. Das wissen Sie ja. Darüber wurde kürzlich in der "Sowjetskaja Estonia" geschrieben. Sie berichtet über die Arbeitsergebnisse einer Kommission beim obersten Sowjet in Estland, die zu diesem Thema gearbeitet hat.

Markt...

Ja, die Schaffung des Marktes ist einer der Kerne unseres Konzepts. Wie sollen wir z.B. ohne Privateigentum und ohne Hilfe von Privateigentümern weiterkommen, wenn wir ausländisches Kapital nach Estland hereinbekommen wollen? Selbstverständlich geht es auch um das Wecken von Initiative. Andererseits muß gesagt werden, Gorbatschows Versprechen, Arbeit müsse sich wieder lohnen und der Arbeiter solle Herr im eigenen Haus sein, ist leider nur eine Losung. Wenn man die gegebenen Eigentumsformen nicht radikal verändern will, kann kein Arbeiter Herr im eigenen Haus sein und keiner will besser arbeiten. Nur mit Forderungen nach anderen Eigentumsformen etwas zu ändern, ist nach meiner Meinung unmöglich. Solange die Organisation der Betriebe bleibt, wie sie ist, haben alle Losungen, daß ein Arbeiter mehr bekommt, wenn er mehr arbeitet, keine Bedeutung. Wir in Estland sehen vor, daß im Allgemeinen staatliche Betriebe liquidiert werden. Wir wollen in Zukunft sehr wenig staatliches Eigentum haben. Nur die Bodenschätze, das Meer u.ä. bleibt in staatlichem Besitz, obwohl es auch hier Diskussionen gibt. Bisher waren Boden und Bodenschätze Allunionseigentum. Am 16. November des vorigen Jahres, in der sog. Souveränitätsdeklaration Estlands, wurde zum erstenmal erklärt, daß Boden und Bodenschätze Eigentum der Republik sind. Am Anfang waren in Moskau alle dagegen. Jetzt gibt es neue Projekte, daß Bodenschätze allunionisch-republikanisches Eigentum sein sollen. Keiner weiß, was das bedeutet! Wenn man bedenkt, daß es in der Sowjetunion 15 Republiken als

souveräne Staaten gibt, und 20 autonome Republiken selbständige Staaten nach der Verfassung sind und dann noch die Sowjetunion dazukommt, dann bedeutet das, daß jeder Liter Erdöl und jedes Kilogramm Phosphorit, das wir in Estland haben, sechsunddreißig Herren hat!

Um es klar zu beantworten: Unser Konzept beinhaltet die Widereinführung kapitalistischer Grundprinzipien, jedenfalls teilweise. Das ist meine Meinung. Sehr viele meinen, das sei nicht damit verbunden. Es ist ja auch nicht mehr der Kapitalismus, den Marx kritisiert hat. Wir müssen sehen, daß sich auch der Kapitalismus weiterentwickelt hat. Wenn man sich die Prinzipien anschaut, die heute in Schweden oder auch in der Bundesrepublik gelten, dann kann ich sagen, daß wir diese Prinzipien teilweise auch in Estland einführen müssen. Wenn man uns aber fragt, in letzter Zeit immer wieder gefragt hat, welches Modell wir benutzt haben, als wir das Konzept ausarbeiteten, können wir darauf nicht antworten. Es gibt ja bei uns sehr verschiedene Staaten. Wir haben das ungarische Modell, Schweden, Finnland, die Bundesrepublik Deutschland und verschiedene solche Staaten als Beispiel. Aber wir müssen damit rechnen, daß Finnland seine Besonderheiten hat. Es kann niemals so sein, daß z.B. nur das schwedische oder nur das ungarische Modell übernommen wird. Wir wollten das Positive von diesen Staaten übernehmen. Ob das gelungen ist oder nicht, ist auch eine Frage. Deswegen sind das in unserem Modell teilweise kapitalistische Prinzipien, wie z.B. der Arbeitsmarkt und einiges anderes.

Bis vor zwei Jahren war es unmöglich, in der Sowjetunion über die Marktwirtschaft zu sprechen. Jetzt spricht man von sozialistischer Marktwirtschaft. Was bedeutet "sozialistische Marktwirtschaft"? Man sagt, das sei eine planmäßig regulierbare Wirtschaft oder so. Aber was ist das? Das ist wieder eine zentrale Leitung für die Marktwirtschaft. Das geht auch nicht. Eigentlich ist es ein großes Problem, wie wir überhaupt so weitergehen können, daß wir einerseits das zentrale Planungssystem behalten, andererseits Marktwirthaft bekommen. Diese beiden Seiten sind widersprüchlich. Selbstverständlich auch im Kapitalismus. Wenn man noch dazu nimmt, daß Estland ein Teil der Sowjetunion ist und dann ein Teil des zentralen Planungssystems erhalten bleiben soll, wie kann denn das funktionieren!

Ja, Sie haben recht, daß die Entwicklung der letzten zwei Jahre die sozialen Unterschiede bei uns und auch in der Union vergrößert hat. Das hat Nina Anrejewa (1) in ihren Fernsehreden durchaus richtig gesagt. Das ist zunächst verbunden mit den Kooperativen und den Kleinbetrieben. Wir haben ja in der Sowjetunion mehrere Zahlweisen. Das wissen Sie vielleicht nicht: Wenn ein Betrieb den anderen bezahlt, dann geschieht das nicht über Bargeld, sondern über Bankausgleich. Die Kooperativen und Kleinbetriebe dagegen können sich Mittel, die sie von Betrieben bekommen, als Bargeld von der Bank auszahlen lassen. Das ist ein großer Inflationsprozeß. Diese Kooperativen können die Werte, die bisher kein Bargeld waren, in Bargeld verwandeln. Das ist ein Grund, warum wir jetzt so viel Geld auf dem Markt haben. Es kommt auch vor, daß einer aus dem Ausland kommt, wo er z.B. einen Personalcomputer gekauft hat. Der kostet dort nicht sehr viel. Hier wird er einem staatlichen Betrieb verkauft, aber vermittels einer Kooperative. Anders geht es nicht. Dieser Betrieb zahlt ihm dann dreißig-, vierzig-fünfzigtausend Rubel. Die Kooperative nimmt 10, zwanzig Prozent für sich. Das ist nur für die Vermittlung. Sie hat keine materielle Produktion gemacht. Das sind 10-, zwanzigtausend Rubel für die Vermittlerfunktion zwischen Käufer und Verkäufer.

Soziale Ungerechtigtkeit?

Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß die soziale Differenzierung der gegenwärtigen Entwicklung zu größerer sozialer Ungerechtigkeit führt. Andererseits möchte ich noch einmal betonen, daß wir soziale Gerechtigkeit wollen. Das ist ein Prinzip in unserem Konzept. Andere Teile unseres Konzeptes sprechen natürlich dagegen, wenn wir wirklich weitergehen. Ich weiß allerdings auch nicht, ob es soziale Gerechtigkeit oder ob es soziale Ungerechtigkeit ist, wenn wir dem Arbeiter das wirklich bezahlen, was er tatsächlich geleistet hat. Gegenwärtig ist es ja so, daß die Arbeiter, die nicht arbeiten wollen, 100 bis 150 Rubel bekommen, die, die sich wirklich anstrengen bringen es mal eben auf 200 oder 300. In unserem Institut bekommen z.B. alle 300 Rubel z.B. Das ist vom Dienstgrad abhängig, aber unabhängig von den Resultaten. Die können wir bisher nur sehr wenig materiell stimulieren. Wenn wir also in Zukunft ein solches System haben: daß, wer gut arbeitet, z.B. 2000 Rubel, wer dagegen nicht arbeitet, 100 Rubel bekommt, dann ist das zwar einerseits eine soziale Ungerechtigkeit, andererseits aber auch soziale Gerechtigkeit. Die Höhe der Löhne soll bei uns auch in Zukunft staatlich reguliert werden. Aber wie das funktionieren wird, ist offen. Es gibt da ziemliche Widersprüche.

Es gibt selbstverständlich auch politische Widersprüche zu unserem Konzept in Estland selbst, sehr große sogar. Das haben Sie vielleicht gelesen. Obwohl man sagen muß, wenn Sie die zentralen Zeitungen wie "Prawda" oder "Istwestja" lesen, dann bekommen Sie kein Bild davon, was wirklich in Estland los ist, weil diese Zeitungen sehr einseitig über die Prozesse hier berichtet haben.

"Volksfront", "Interfront" u.a.

Die politische Situation hier ist so: Es wurde die "Volksfront" gegründet. Es wurde die "Interfront" (2) gegründet. In der "Interfront" sind im Wesentlichen die Arbeiter der Allunionsbetriebe. Sie haben Angst, daß sie die Privilegien verlieren, die sie bisher hatten. Im August hatten wir hier sogar Streiks gegen ein Gesetz über die Wahlen zu den örtlichen Sowjets. Während des Streiks zeigte unser TV, einen an eine Tür eines Allunionsbetriebes geklebten Zettel, auf dem zu lesen war, daß die Arbeiter dieses Betriebes keinen Grund zur Angst hätten. Sie bekämen noch viele Kühlschränke, einige Autos und verschiedene andere der z. Zt. defizitären Güter aus Moskauer Ministerien zusätzlich zu denen, die der Betrieb schon bekomme. Der Betrieb wurde vom Ministerium für den Streik prämiert. Das ist unglaublich. Das Ministerium unterstützt die Streikenden! Das richtet sich unmittelbar gegen unsere politische Entwicklung hier im Land. In Donbaz, Donez, Workuta usw. treten sie gegen die Streikenden auf. Die sozialistischen Zeitungen hier dagegen standen auf der Seite der Streikenden. Auch materiell wurden sie noch unterstützt.

Die "interfront" ist im wesentlichen eine bürokratisch organisierte Bewegung. Darin gleicht sie der "Front der Arbeiter" in der russischen Republik. Die Organisatoren sind bei uns die Leiter der Allunionsbetriebe. Sie wissen, wenn wir hier im Estland einen neuen Wirtschaftsmechanismus haben, dann werden sie sehr viel verlieren. Bisher haben sie nichts zu befürchten. Der Markt ist leer. Sie können produzieren, was sie wollen, alles geht; in der Sowjetunion auch, und alles mit sehr schlechter Qualität. Wir hoffen dagegen, daß auch unsere Qualität sich langsam dem Weltmarktniveau nähern wird, wenn wir jetzt im Estland einen neuen Wirtschaftsmechanismus aufbauen.

Es wird nicht leicht, unser Konzept politisch durchzusetzen. Das haben wir z.B. am Sonntag in unserem obersten Sowjet gesehen, als über die Ereignisse vor 50 Jahren diskutiert wurde. Es war eine Beschlußvorlage vorbereitet. Von 350 Deputierten, die hauptsächlich aus diesen Betrieben kommen, sind dann 45 vor dem Beschluß ausmarschiert. Normalerweise werden die Sitzungen bei Meinungsverschiedenheiten nur unterbrochen. Diesmal haben aber alle anderen Deputierten gesagt, wir müssen entscheiden und haben das Konzept mit Mehrheit beschlossen. (3)

Ein besonderes Problem ist natürlich die Kommunistische Partei. Dort haben die Esten keine Mehrheit. Etwa 46% der Mitglieder sind Esten, 54% sind andere, obwohl in der Bevölkerung 60% Esten sind. Die Kommunistische Partei ist zersplittert. Die Unterschiede sind so groß: das ist keine gemeinsame politische Organisation mehr. Wir sind fast sicher, daß es schon vom nächsten Jahr an bei uns mehrere Parteien geben wird. Bisher haben ja auch wir offiziell das Einparteiensystem.

Eine Opposition ist offiziell nicht registriert. Es gibt eine sozialdemokratische Gruppe. In der letzten Zeit wird von vielen geschrieben, daß sie eigentlich schon wie eine Partei fungiert. Ich bin sicher, daß diese Gruppe in der näheren Zukunft bereits eine offizielle Anerkennung als Partei bekommt. Daneben gibt es eine Partei mit 300 Mitgliedern, auch nicht offiziell, das ist die "Partei der estnischen nationalen Unabhängigkeit". Sie stehen ziemlich am Rand. Im Programm dieser Partei heißt es, daß Estland ein selbständiger Staat außerhalb der Sowjetunion werden müsse. Die Entwürfe der "Volksfront" und unsere Konzeptionen dagegen sehen vor, daß Estland eine Republik, ein souveräner Staat innerhalb der Sowjetunion sein soll und nur einige Funktionen, Militär und die diplomatischen Auslandsbeziehungen, nach Moskau in die Zentralbehörden delegiert werden. Die Hauptkraft unter den neuen politischen Kräften ist die "Volksfront", denke ich. Sie ist die Hauptkonkurrenz zur Kommunistischen Partei. Die "Partei der estnischen nationalen Unabhängigkeit" ist keine Oppositionspartei.

Ab Februar schafft man in Estland sog. Nationale Komitees. Alle Bürger, die vor dem Kriege hier gelebt haben, einschließlich ihrer Familienmitglieder werden als estnische Staatsbürger registriert. Inzwischen sind 320.000 solche Bürger registriert. Das ist unabhängig von der Nationalität. In Estland gibt es anderthalb Millionen Einwohner. Jeder fünfte ist schon registriert. Das ist gegenwärtig eine starke Bewegung. Nach einigen

Monaten soll ein estnischer nationaler Kongreß zusammengerufen werden. Das ist eine Bewegung, vor der die Kommunistische Partei Angst hat. Sie kritisiert diese Bewegung.

Nein, kein Nationalismus ...

Nein, von einem Nationalismus kann man bei uns nicht sprechen. Sagen wir so: Während des Streiks haben westliche Zeitungen geschrieben, daß in Estland andere Nationen diskriminiert würden. Das ist eine völlig falsche Darstellung. Wie sollte das sein? Wir leben hier in einem Einheitsstaat. Obwohl über 60% der Bevölkerung Esten sind, sind sie in der Regierung, in den Ämtern usw. in der Minderheit, nicht die Russen. Auch die neue Sprachgesetzgebung kann man nicht als Diskriminierung bezeichnen. Es ist eigentlich so, daß wir gesehen haben, daß wir mit jedem Jahr weniger estnisch sprechen konnten. In der Sowjetunion sind während der 70 Jahre bereits 50 Nationen aus der Geschichte verschwunden. Das war das Resultat der stalinschen und Breschnew-Politik. Wir wollten das nicht. In Estland gibt es 900.000 Esten in einer Bevölkerung von 1,5 Millionen. In Zukunft sollen Estnisch und Russisch als gleichberechtigte Sprachen gelten, wobei Estnisch die Staatssprache sein soll. Ärzte, Verkäuferinnen und alle diese Leute, die im Dienstleistungsbereich tätig sind, sind verpflichtet, zwei Sprachen zu sprechen. Bisher war es so, daß die Esten russisch sprechen mußten und sie konnten es. Aber Russen konnten kein Estnisch. Z.B. geht ein sechs- oder achtjähriges Kind zum Arzt, aber der Arzt kann nicht mit ihm sprechen. Deswegen meinen wir, daß das Sprachgesetz keine Diskriminierung ist.

Es hat natürlich Auseinandersetzungen gegeben. Laut Sprachgesetz sollen Betriebsleitungen, Staatsbeamte und Leute, die im Dienstleistungsbereich tätig sind, im Lauf von vier Jahren im notwendigen Umfang Estnisch lernen müssen. Eine Verkäuferin muß vielleicht 500 Worte wissen, was Butter und Brot und dergleichen auf Estnisch heißt. Das ist alles. Das kann keine Diskriminierung sein.

Ja, leider wird es auch zukünftig Auseinandersetzungen geben. Die Ereignisse vor ein paar Tagen erwähnte ich schon. Gestern befürchteten wir schon, daß die Streiks wieder losgehen. Das wäre allerdings sehr unverständlich gewesen, denn es hätte bedeutet, daß sie gegen die geschichtliche Wahrheit gestreikt hätten. Der Beschluß enthält ja zum ersten Mal die Wahrheit über die Geschichte im Jahre 1940. Aber gestern und heute war es ruhig. Ich bin sicher, daß weitere Auseinandersetzungen kommen, obwohl sehr viele Allunionsbetriebe, besonders die Arbeiter uns unterstützen. Aber die Direktionen, die Administration lassen sehr häufig nicht arbeiten, sie erzwingen die Streiks.

Was hier in Estland durchgekämpft wird, hat natürlich Auswirkungen auf die ganze Union. In der Frage der örtlichen Selbstverwaltung ist in Moskau fast niemand dagegen. Die Dezentralisierung ist allgemeines Konzept. Sie haben ja sicher gesehen, daß auch in Leningrad zur Zeit Konzepte der Regionalisierung breit diskutiert werden.

Ja, aber von Privateigentum spricht man auch dort nicht. Es soll nur dezentralisiert werden.

Ich bin einverstanden mit diesen Projekten in den Städten. Es wird jetzt auch ein Allunionsgesetz über die örtliche Selbstverwaltung vorbereitet. Dort ist vorgesehen, daß diese Funktionen auch in der Sowjetunion dezentralisiert werden. In Moskau sind weder die Wissenschaftler, noch die Praktiker dagegen, daß wir bis auf die Rayonebene oder Dorfsowjetebene dezentralisieren. Mein Problem ist, daß sie nicht hören wollen, daß eine Republik eine Selbständigkeit hat. Sie wollen Dezentralisierung bis auf Rayonebene, aber die Republiken sollen bleiben wie wie sind. Und dies, obwohl sogar in der Grundverfassung der Sowjetunion gesagt wird, daß die Republiken souveräne Staaten sind.

Zu schnell für Moskau?

Die Konflikte mit Moskau können gefährlich werden. Wenn man andererseits bedenkt, daß wir einen Rechtsstaat aufbauen wollen, darf das nicht so laufen. Wir kämpfen für den Rechtsstaat und für die Demokratie. Vielleicht geht das viel zu schnell für die Sowjetunion, aber wir haben ja bereits gesehen, daß sehr viele Dinge, die in anderen Republiken vor zwei Jahren nicht verständlich waren, jetzt völlig verstanden werden. Das betrifft sogar die Frage, die mit dem Eigentum verbunden sind, mit den Bodenschätzen und dem Boden. Jetzt sagen auch Kasachstan, Aserbeidschan und andere, daß der Boden und die Bodenschätze Nationaleigentum der Republik sind. Das gilt auch für viele andere Dinge. Nehmen wir die regionale wirtschaftliche Rechnungsführung. Vor anderthalb Jahren konnten wir fast keinen finden, der positiv auf diese

Fragen orientiert war. Jetzt findet man niemanden mehr, der dagegen ist. Die Moskauer Ministerien sind dagegen, aber das ist selbstverständlich. Sie werden ihre Privilegien verlieren. Aber alle Republiken unterstützen uns.

Es kann schon sein, daß es auch zu größeren Konfrontationen mit den Konservativen in Moskau kommt. Anfang Dezember beginnt die 2. Runde des Allunionskongresses. Unsere Prognosen sind, daß es nicht so leicht gehen wird wie im Sommer, obwohl es auch im Sommer harte Diskussionen gab. Aber jetzt werden die Konflikte zwischen den Konservativen und den demokratischen Kräften noch stärker sein. Da bin ich fast hundertprozentig sicher. Die Kommunalwahlen werden dafür eine große Bedeutung haben. Bei uns werden sie am 10. Dezember stattfinden. Ein Teil der "Interfront" hat gesagt, daß er die Wahlen boykottieren wird. Wir wissen aber noch nicht, in welchem Umfang das geschehen wird. Aber es ist selbstverständlich, daß die Wahlen eine große Bedeutung haben, besonders für die örtliche Selbstverwaltung. Ihre Vertreter sollen ja neu gewählt werden. Bisher war es so: da war der Vorsitzende. Der hat gesagt, jetzt stimmen wir für diesen Beschluß. Dann haben sie alle die Hand dafür gehoben.

Auf Allunionsebene sind die Beziehungen der estnischen demokratischen Bewegung zu anderen demokratischen Organisationen ziemlich gut. Im Allunionskongreß wurde ja die sog. überregionale Gruppe gegründet. Dort sind 400 Deputierte zusammengeschlossen. Ein Teil ist aus Estland. Auch aus Moskau und aus Leningrad sind eine Menge progressiver Abgeordnete dabei. Es ist nur ein Teil der insgesamt 2500 Deputierten, aber ich glaube, daß diese Gruppe sehr wichtig ist. Die"Volksfront" ist nur teilweise dabei. Aber einige unserer Delegierten sind Mitglieder der "Volksfront" und so kommen diese Beziehungen zustande, obwohl sich die Ziele der "überregionalen Gruppe" und die der "Volksfront" keineswegs völlig decken, aber unsere Positionen werden dort unterstützt. Es gibt keine Konflikte zwischen unseren Zielen und dieser Moskauer Gruppe. Wenn Sie so wollen, könnte man die Rolle der estnischen, insgesamt der baltischen Delegierten als Avantgarde der gegenwärtigen Entwicklung bezeichnen.

Anmerkungen

(1) Nina Andrejewa ist die Autorin, die im Sommer 1988 in der "Sowjetskaja Rossija" mit einem pro-stalinistischen Artikel offiziell die offene Formierung der Restauration einleitete. Heute spricht sie für die sog. "Vereinigte Arbeiterfront", eine von rechten Parteikräften im Sommer '89 ins Leben gerufene Organisation, die die Restauration der Diktatur des Proletariats nach Vorbild Stalins in der Arbeiterschaft propagiert.

(2) "Interfront", Abkürzung für "zwischennationale Front", also eine Organisation, die sich in Konfrontation zu estnischen Autonomiebestrebungen als allsowjetisch, d.h. über den Nationen des Vielvölkerstaates UdSSR stehend, definiert. Faktisch ist es die politische Organisation der gegen die Autonomie kämpfenden Russen im Baltikum. Sie steht der "Vereinigten Arbeiterfront" nahe.

3) Inzwischen wurden entsprechende Beschlüsse auch vom Allunionskongreß gefaßt, der auf Vorlage einer von Jakowlew geleiteten Sonderkommission zum Stalinismus die Existenz des geheimen Zusatzprotokolls zum sog. Hitler-Stalin- Ribbentrob/Molow-Pakt anerkannte.

21. Die Verleugnung der Revolution ist kein Weg, die Fehler der Revolution zu überwinden

Rede von Fidel Castro im Dezember 1989

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:14

Fidel Castro, der anläßlich der Beisetzung in Angola gefallener Internationalisten am 7.12.89 n Cacahual sprach, äußerte sich in seiner Rede (die wir auszugsweise dokumentieren) auch umfassender über die derzeitige Entwicklung in den realsozialistischen Ländern, deren Anfälligkeit für die Vereinnahmungsversuche durch den Imperialismus und die denkwürdige Begeisterung gerade des Weltpolizisten Nr. 1, der USA, für die Reformpolitik im Realsozialismus. - Fidel at his best!

(...) Die Heimat, die sie (die Kubaner, die militärische oder zivile internationalistische Missionen erfüllt haben - Anm. d. Red.) bei ihrer Heimkehr vorfinden, befindet sich in einem gigantischen Kampf um ihre Entwicklung und begegnet gleichzeitig weiterhin mit beispielhafter Würde der kriminellen Blockade seitens des Imperialismus, zu der sich jetzt noch die Krise, die in den sozialistischen Ländern entstanden ist und von der wir nur negative Auswirkungen auf die Wirtschaft unseres Landes erwarten können, hinzugesellt.

Es sind nicht gerade der antiimperialistische Kampf und die Prinzipien des Internationalismus, über die man heute in den meisten dieser Länder spricht. Man erwähnt diese Worte nicht einmal in ihrer Presse. Solche Vorstellungen sind dort stillschweigend aus dem politischen Vokabular entfernt worden. Im Austausch dafür gewinnen die Werte des Kapitalismus in diesen Gesellschaften außerordentlich an Kraft.

Kapitalismus bedeutet ungleichen Tausch mit den Ländern der Dritten Welt, Anreizung des individuellen Egoismus und des nationalen Chauvinismus, die Herrschaft der Irrationalität und der Anarchie der Investitionen und in der Produktion, unbarmherzige Opfer der Völker für blinde ökonomische Gesetze, die Herrschaft des Stärksten, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das "Rette sich, wer kann". Der Kapitalismus bringt im sozialen Bereich noch viele andere Dinge mit sich: Prostitution, Rauschgift, Glücksspiele, Bettelei, Arbeitslosigkeit, abgrundtiefe Ungleichheit zwischen den Bürgern, Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, Vergiftung der Atmosphäre, der Meere, der Flüsse, der Wälder, und in besonderem Maße die Ausplünderung der unterentwickelten Nationen durch die kapitalistischen Industrieländer. In der Vergangenheit bedeutete dies Kolonialismus und in der Gegenwart Neokolonialismus von Milliarden von Menschen durch ausgeklügeltere aber auch billigere, effektivere und unbarmherzige wirtschaftliche und politische Methoden.

Der Kapitalismus, seine Marktwirtschaft, seine Werte, seine Kategorien und seine Methoden können niemals die Instrumente sein, die dazu dienen können, dem Sozialismus aus seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszuhelfen und die Fehler, die gegangen worden sein mögen, zu berichtigen. Ein Großteil dieser Schwierigkeiten resultiert nicht nur aus Irrtümern, sondern auch aus der harten Blockade und der Isolierung, denen die sozialistischen Länder seitens des Imperialismus und der kapitalistischen Großmächte ausgesetzt waren, die im Ergebnis der Ausplünderung der Kolonien, der Ausbeutung ihrer Arbeiterklasse und des massiven Raubs von geistigen Kapazitäten aus Ländern, die dabei waren, sich zu entwickeln, fast alle Reichtümer und die fortgeschrittensten Technologien der Welt monopolisiert haben.

Verheerende Kriege, die Millionen Menschenleben kosteten und durch die die überwältigende Mehrheit der akkumulierten Produktionsmittel zerstört wurde, wurden gegen den ersten sozialistischen Staat geführt. Wie der Vogel Phönix mußte er sich mehrere Male aus der Asche erheben, und er leistete der Menschheit so wichtige Dienste, wie die Zerstörung des Faschismus und die entschiedene Förderung der Befreiungsbewegungen in den noch kolonialisierten Völkern. Alles das will man heute vergessen.

Es ist verabscheuungswürdig, wie sich viel Menschen heute, darunter auch in der Sowjetunion selbst, der Verleugnung und der Zerstörung der historischen Heldentaten und der außerordentlichen Verdienste dieses heroischen Volkes widmen. Das ist kein Weg, um die zweifellos begangenen Fehler einer Revolution, die in einem riesigen, rückständigen und armen Land im Inneren des autoritären zaristischen Staates entstand, zu berichtigen und zu überwinden. Es ist unmöglich, zu versuchen, Lenin jetzt den Preis dafür zahlen zu lassen, daß er die größte Revolution der Geschichte im alten Rußland der Zaren durchgeführt hat.

Deshalb haben wir nicht gezögert, die Verbreitung bestimmter sowjetischer Publikationen, die von Gift gegen die UdSSR und gegen den Sozialismus strotzen, zu verbieten. Es ist zu vermuten, daß dahinter die Hand des Imperialismus, der Reaktion und der Konterrevolution steckt. Einige dieser Publikationen haben damit begonnen, das Ende der gleichberechtigten und gerechten Handelsbeziehungen, die zwischen der UdSSR und Kuba im Verlauf des revolutionären kubanischen Prozesses aufgebaut worden sind, zu fordern. Sie fordern mit anderen Worten, daß die UdSSR beginnen solle, mit Kuba ungleichen Tausch einzugehen, ihre Produkte immer teuerer zu verkaufen und unsere Agrarprodukte und Rohstoffe immer billiger zu kaufen, genauso wie es die Vereinigten Staaten mit den Ländern der Dritten Welt machen, d.h. daß sich die UdSSR der US-Blockade gegen Kuba anschließen soll.

Die systematische Zerstörung der Werte des Sozialismus und die Untergrabung, die durch den Imperialismus betrieben wird, haben im Verein mit den begangenen Fehlern den Prozeß der Destabilisierung der sozialistischen Länder Osteuropas beschleunigt. Die differenzierte Politik gegenüber den einzelnen Ländern und die Unterminierung des Sozialismus von innen heraus, war eine Strategie, die von langer Hand durch die Vereinigten Staaten vorbereitet und angewandt wurde.

Euphorie des Imperialismus

Der Imperialismus und die kapitalistischen Mächte können ihre Euphorie angesichts der Ereignisse nicht verbergen. Sie sind überzeugt, und das nicht ohne Grund, daß zu dieser Stunde das sozialistische Lager eigentlich nicht mehr besteht. In einigen Ländern Osteuropas befinden sich gegenwärtig ganze Mannschaften von Nordamerikanern, einschließlich Beratern des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die die kapitalistische Entwicklung planen. Erst jüngst brachte ein Telex die Nachricht, daß sie von dieser aufregenden Erfahrung fasziniert seien. Einer von ihnen, natürlich ein Funktionär der nordamerikanischen Regierung, erwies sich als Anhänger der Idee, in Polen einen dem "New Deal" ähnlichen Plan, mit dem Roosevelt seinerzeit die große Krise des Kapitalismus zu lindern suchte, einzuführen, um den 600.000 polnischen Arbeitern, die 1990 ohne Arbeit sein werden, und der Hälfte der 17,8 Millionen Werktätigen des Landes, die sich in Konsequenz der Entwicklung einer Marktwirtschaft umqualifizieren und eine neue Arbeit suchen müssen, zu helfen.

Der Imperialismus und die kapitalistischen Mächte der NATO sind überzeugt, und das nicht ohne Grund, daß auch der Warschauer Pakt zu dieser Stunde nicht mehr besteht und daß er nicht mehr als eine Fiktion ist; daß innerlich verrottete und unterminierte Gesellschaften nicht in der Lage sein werden, Widerstand zu leisten.

Man hat erklärt, daß der Sozialismus perfektioniert werden müßte. Niemand kann sich diesem Prinzip, daß jedem Werk der Menschheit inhärent ist und ständig angewandt wird, entgegen stellen. Aber kann man etwa den Sozialismus vervollkommnen, indem man die elementarsten Prinzipien des Marxismus-Leninismus aufgibt? Warum müssen die sogenannten Reformen unbedingt in kapitalistische Richtung gehen? Wenn diese Ideen, wie einige vorgeben, einen revolutionären Charakter hätten, warum erhalten sie dann die einstimmige und überschwengliche Unterstützung der führenden Köpfe des Imperialismus?

Der Präsident der Vereinigten Staaten nannte sich selbst in einer ungewöhnlichen Erklärung den Verteidiger Nummer Eins der Doktrinen, die gegenwärtig in vielen Ländern des sozialistischen Lagers Anwendung finden.

Noch nie in der Geschichte ist eine wirklich revolutionäre Idee so enthusiastisch vom Staatsoberhaupt des mächtigsten, aggressivsten und unersättlichsten Imperiums, das die Menschheit je gekannt hat, unterstützt worden.

Beim Besuch des Genossen Gorbatschow in Kuba, im April dieses Jahres, aus dessen Anlaß wir erschöpfend und offen unsere Ansichten austauschten, haben wir in aller Öffentlichkeit vor der Nationalversammlung unserer Ansicht Ausdruck verliehen, daß der Wunsch eines jeden sozialistischen Landes, das den Kapitalismus aufbauen möchte, respektiert werden müsse; ebenso verlangen wir aber auch absoluten Respekt gegenüber der Entscheidung eines kapitalistischen Landes, den Sozialismus aufzubauen.

Wir sind der Ansicht, daß man die Revolution weder importieren noch exportieren kann; ein sozialistischer Staat kann nicht durch künstliche Befruchtung oder Einpflanzung von Embryonen gegründet werden. Eine Revolution braucht dafür die geeigneten Bedingungen im Schoße ihrer eigenen Gesellschaft, und nur das jeweilige Volk selbst kann diese schaffen. Diese Ideen sprechen nicht gegen die Solidarität, die sich Revolutionäre untereinander leisten können und sollen. Ebenso ist die Revolution ein Prozeß, in dem man

vorankommen oder zurückgeworfen werden kann, und er kann sogar scheitern. Aber ein Kommunist muß vor allem mutig und revolutionär sein. Es ist die Pflicht eines jeden Kommunisten unter allen Umständen, wie widrig sie auch seien mögen, zu kämpfen. Die Anhänger der Pariser Kommune wußten für die Verteidigung ihrer Ideale zu kämpfen und zu sterben. Die Fahnen der Revolution und des Sozialismus werden nicht kampflos übergeben. Aufzugeben ist Sache von Feiglingen und demoralisierten Elementen, nicht aber von Kommunisten und Revolutionären.

Ausplünderung der "Dritten Welt"

Der Imperialismus lädt heutzutage die sozialistischen Länder Europas ein, Empfänger seines überschüssigen Kapitals zu werden, den Kapitalismus weiterzuentwickeln und an der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt teilzunehmen.

Es ist bekannt, daß ein großer Teil der Reichtümer der kapitalistischen Welt aus dem ungleichen Austausch mit diesen Ländern stammt. Jahrhundertelang wurden sie als Kolonien einfach ausgeplündert, Hunderte von Millionen ihrer Söhne und Töchter wurden versklavt, und in vielen Fällen wurden die Ressourcen an Gold, Silber und anderen Mineralien völlig erschöpft, man beutete sie erbarmungslos aus und zwang ihnen die Unterentwicklung auf. Das war die direkteste und offensichtlichste Folge des Kolonialismus. Heute werden sie durch die Zinsen für eine unendlich hohe und unbezahlbare Verschuldung weiter ausgesaugt; man nötigt ihnen ihre Hauptprodukte zu miserablen Preisen ab, sie exportieren ihre Industrieprodukte zu immer höheren Preisen, man entzieht ihnen beständig ihre finanziellen und menschlichen Ressourcen durch die Flucht von Kapital und geistigen Kapazitäten, man blockiert ihren Außenhandel durch Dumping, Zölle, Importquoten, synthetische Ersatzprodukte, die Ergebnis der entwickelten kapitalistischen Technologie sind, und subventioniert sogar die Preise der eigenen Produkte, wenn diese nicht konkurrenzfähig sind.

Nun möchte der Imperialismus, daß sich die sozialistischen Länder Europas dieser kolossalen Ausplünderung anschließen, und es scheint, daß dies den kapitalistischen Reformtheoretikern nicht im geringsten mißfällt. Daher spricht in vielen dieser Länder niemand von der Tragödie der Dritten Welt, und die unzufriedenen Massen werden auf den Kapitalismus und den Antikommunismus hin orientiert; in einem dieser Länder sogar auf den Pan-Germanismus. Diese Entwicklung der Ereignisse kann durchaus zu faschistischen Tendenzen führen. Der Preis, den der Imperialismus ihnen verspricht, ist ein Anteil an der Ausplünderung unserer Völker - der einzige Weg, um eine kapitalistische Konsumgesellschaft zu errichten.

Jetzt ist den Vereinigten Staaten und den kapitalistischen Mächten sehr viel mehr daran gelegen, in Osteuropa einzugreifen als in irgendeiner anderen Gegend des Planeten. Welche Hilfe kann die Dritte Welt, in der Milliarden von Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben, von einer solchen Entwicklung der Ereignisse erwarten?

Man spricht von Frieden. Aber, um was für einen Frieden handelt es sich? Um den Frieden zwischen den Großmächten, während sich der Imperialismus das Recht vorbehält, offen einzugreifen und die Länder der Dritten Welt anzugreifen? Beispiele gibt es mehr als genug.

Die imperialistische Regierung der Vereinigten Staaten verlangt, daß niemand den salvadorianischen Revolutionären hilft, und sie versucht, die UdSSR zu erpressen, indem sie nichts geringeres verlangt, als die Einstellung aller wirtschaftlichen und militärischen Hilfeleistungen gegenüber Nicaragua und Kuba, weil wir mit den salvadorianischen Revolutionären solidarisch sind, obwohl wir unsere Verpflichtungen bezüglich der Waffen, die die UdSSR uns liefert, in Übereinstimmung mit den unterzeichneten Abkommen zwischen unseren souveränen Nationen strikt einhalten. Auf der anderen Seite hilft eben diese imperialistische Regierung, die die Einstellung aller Solidarität mit den salvadorianischen Revolutionären fordert, der völkermörderischen Regierung und schickt Spezialkampfeinheiten nach El Salvador, unterstützt die Konterrevolution in Nicaragua, organisiert Staatsstreiche in Panama und die Ermordung von führenden Persönlichkeiten dieses Landes, leistet trotz der erfolgreichen Friedensabkommen in Südwestafrika der UNITA in Angola militärische Hilfe und schickt den Aufständischen in Afghanistan weiterhin große Waffenlieferungen, ohne im geringsten den Rückzug der sowjetischen Truppen und die Genfer Abkommen zu beachten.

Vor ein paar Tagen erst mischten sich Kampfflugzeuge der Vereinigten Staaten unverschämterweise in den internen Konflikt auf den Philippinen ein. Unabhängig von den gerechtfertigten oder ungerechtfertigten Motiven

der Aufständischen, deren Beurteilung nicht uns zukommt, erlangt die Einmischung der Vereinigten Staaten ein außerordentliches Gewicht und sie ist eine getreue Widerspiegelung der gegenwärtigen Weltlage.

Dies ist die Rolle des Weltgendarmen, die sich die Vereinigten Staaten nicht nur mehr allein für Lateinamerika, das sie schon immer als ihren Hinterhof betrachteten, sondern auch für jedes beliebige andere Land der Dritten Welt herausnehmen.

Die Absegnung des Prinzips der weltweiten Einmischung einer Großmacht ist das Ende der Unabhängigkeit und der Souveränität auf der Welt. Welcher Frieden und welche Sicherheit erwartet unsere Völker, wenn es nicht der Frieden und die Sicherheit sind, die wir mit unserem Heroismus selbst aufzubauen in der Lage sind?

Es ist wunderbar, wenn die Nuklearwaffen verschwinden. Wenn dies nicht nur eine Utopie wäre und das eines Tages erreicht werden würde, wäre das von unumstrittenen Nutzen und würde die Sicherheit erhöhen, aber nur für einen Teil der Menschheit. Den Ländern der Dritten Welt würde das weder Frieden, noch Sicherheit, noch Hoffnung bringen.

Der Imperialismus braucht keine Nuklearwaffen, um unsere Völker anzugreifen. Seine großen Flottenverbände, die in der ganzen Welt verteilt sind, seine allgegenwärtigen Militärstützpunkte und die konventionellen Waffen, die von Mal zu Mal ausgeklügelter und todbringender werden, sind ausreichend, um seine Rolle als Herr und Gendarm der Welt durchzusetzen.

Außerdem sterben in unser Welt täglich 40.000 Kinder, die gerettet werden könnten, die aufgrund der Unterentwicklung und der Armut jedoch nicht gerettet werden. Wie wir schon bei anderen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht haben - und es ist nicht überflüssig, es heute zu wiederholen -, bedeutet das das gleiche, als wenn alle drei Tage eine Bombe, ähnlich der von Hiroshima und Nagasaki, auf die armen Kinder der Welt fallen würde.

Wenn die Ereignisse sich in der gegenwärtigen Richtung weiterentwickeln, wenn man die Vereinigten Staaten nicht auffordert, von diesen Konzeptionen abzulassen, von welchem neuen Gedankengut kann man dann sprechen? Auf diesem Wege verwandelt sich die zweipolige Welt, die wir aus der Nachkriegszeit kennen, unweigerlich in eine einpolige Welt unter der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten. (...)

Der Text wurde entnommen der 1989 vom Verlag José Martí, Havanna, herausgegebenen Broschüre: Fidel Castro, Sozialismus oder Tod. (Kürzung und Zwischenüberschriften von der AK-Redaktion)

22. FAZ und SPIEGEL: Mit Schönhuber gegen die Alliierten

Rubrik: Deutsche Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:23

Die besondere Aggressivität doitscher Redakteure findet immer mehr zu den aus der Geschichte bekannten Denkmustern zurück: In Schönhuber-Terminologie wird nun nicht mehr nur gegen die "Roten" gehetzt, sondern auch gegen den Westen. Vom Redaktionstisch aus wird der schwarz-rot-goldene Mob in Leipzig und anderswo zum Straßenterror aufgestachelt.

Times: Angst vor neuem Faschismus

Diese schrillen Töne haben ihren Hintergrund: In der Tat wird nämlich im westlichen Ausland, das ja auch zu den Opfern des Nazi-Faschismus gehörte, mit mindestens gemischten Gefühlen an die deutsche Einheit gedacht. Was auf diplomatischer Ebene nur verhalten formuliert wird und sich in Bremsversuchen gegenüber dem Einigungsprozeß äußert, wird in der Presse offen ausgesprochen: Angst vor Großdeutschland. Aus der Fülle von Stellungnahmen bis weit in das konservativ-bürgerliche Lager hinein ragen zwei aufgrund ihrer Schärfe heraus:

Da ist zum einen ein Aufsatz in der renommierten britischen "Times" von Connor Cruise O'Brien, einem ehemaligen ranghohen UN-Beamten: "Wir sind auf dem Weg ins Vierte Reich: ein gesamtdeutsches Gebilde, das auf die Staatstreue der deutschen Nationalisten baut und einen Brennpunkt für Nationalstolz schafft. (...) Bevor das Vierte Reich formell proklamiert wird, muß das Bild des Dritten Reiches aufpoliert werden. Nationalistische Intellektuelle werden sich dieser Aufgabe mit Energie widmen. Gefordert ist die Rehabilitierung des Nationalsozialismus und Adolf Hitlers, aus deutsch-nationalistischer Sicht: Deutsche sind zu lange wegen all dieser Dinge vor Ausländern auf den Knien gekrochen; jetzt wird Deutschland aufstehen. (...) Die Hauptfront beim Gegenangriff wird die Rassentheorie sein. (...) Nationalistische Intellektuelle werden erklären, daß wahre Deutsche keine Schuld empfinden sollen, sondern Stolz auf den Holocaust als großen, mutigen und begrüßenswerten Akt. Das selbstgefällte ‚Nicht schuldig`-Urteil wird von einem großen Teil der deutschen Öffentlichkeit begrüßt werden. (...) Was mag sonst noch kommen? Ich weiß es nicht. Aber ich fürchte, daß das Vierte Reich, wenn es kommt, einen natürlichen Drang haben wird, es seinem Vorgänger gleichzutun."

Kennedy: Parallelen zu 1914 und 1939

Während in dieser Stellungnahme - übrigens noch vor dem Fall der Mauer und den darauf folgenden schwarz-braunen Orgien geschrieben - deutlicher als andernorts vor der Gefahr eines neuen Faschismus gewarnt wird, hat der nächste Aufsatz ein anderes Privileg: Er verweist darauf, daß die zu beobachtende Entwicklung nicht nur eine gewaltige ökonomische Expansion für das BRD-Kapital bedeutet, sondern auch zu kriegerischen Zuspitzungen führen könnte - eine Konsequenz, die ansonsten nur in der Erklärung der KB-Leitung (s. ak 313) zu finden war. Der Autor ist Paul Kennedy. Unter der Überschrift "Wiederholt sich die Geschichte?" schreibt Kennedy: "Es ist sicherlich eine der größten Ironien der modernen Geschichte, daß wir in die letzte Dekade des 20. Jahrhunderts genauso eintreten wie in die erste. (...) Ob wir es mögen oder nicht - vor den Erinnerungen an 1914, oder, in geringerem Maße, an 1939 können wir nicht entfliehen. Aus zwei Gründen wurde Osteuropa zu Beginn des Jahrhunderts als Pulverfaß gesehen. Der erste war, daß eine der traditionellen Großmächte der Region - das multinationale österreichisch-ungarische Reich - sichtbare Zeichen interner Risse und eines bevorstehenden Zusammenbruchs aufwies." Der zweite Grund: "Es existierte ein ganzes Bündel von lokalen und territorialen Rivalitäten, die nur teilweise von den Habsburgern unterdrückt worden waren und nach deren Abtreten wieder ausbrechen würden." Nach dem Hinweis auf ein "Machtvakuum", das dadurch entstanden war und in das damals u.a. "das imperialistische Deutschland" hineinstoßen wollte, kommt Kennedy auf die aktuelle Lage. "Es sind exakt dieselben Fragen, mit denen wir uns heute beschäftigen müssen. Diesmal ist es die multinationale Sowjetunion, die durch interne Unruhen und Auflösung bedroht zu sein scheint. (...) Darüber hinaus drohen, ganz wie zu Beginn des Jahrhunderts, uralte Sprachen- und ethnische Konflikte zur Oberfläche durchzubrechen. (...) Als wäre dieses alles nicht genug, zeichnet sich als ein zusätzlich komplizierender Faktor die Wiederbelebung der ‚deutschen Frage' ab - will sagen: die Möglichkeit, daß ein Großteil dieser Region unter den wachsenden Einfluß von Europas

wirtschaftlichem ‚Kraftwerk` Deutschland gelangen könnte, wie das in den 30er Jahren der Fall war." Nachdem Kennedy "offene territoriale Auseinandersetzungen" in Osteuropa prognostiziert, wirft er das Problem auf, ob Deutschland nicht als "natürlicher ‚Magnet' für die meisten der verzweifelten Menschen und Regierungen Osteuropas" wirken könnte.

Franz Augstein, Rudolf Schönhuber

Augstein reagiert auf die Besorgnis des Auslandes, indem er Hohn und Spott auskübelt: "Es ist nicht wahr(...), daß die Nachbarn der Deutschen Garantien gegen ein Wiederaufleben des aggressiven deutschen Nationalismus begehren. Vielmehr, sie fürchten den deutschen Wirtschaftsdrive, von dem sie doch gleichzeitig profitieren wollen." Unter "Wirtschaftsdrive" versteht er an anderer Stelle, den "östlichen Landesteil" Deutschlands "zu kolonisieren" und dann "mit geballter Kraft" den Ländern Osteuropas "zu helfen". Damit das "helfen" niemand mißinterpretiert, fügt Augstein gleich hinzu: "Wirtschaftsmacht bedeutet immer auch politische Macht."

Analog zu Schönhuber, der den "Fahrkartenschalter nach Canossa" für geschlossen erklärte, lehnt Augstein "ostentative Underdog-Behandlung 45 Jahre nach dem Ende des Krieges" ab. Aber die Parallelen gehen noch weiter, etwa wenn der "Spiegel"-Chef die "Deutschland zuerst"-Parole der Rechtsradikalen aufgreift und einen Vorrang der deutschen vor der europäischen Vereinigung fordert: "Der neue deutsche Staat kann solide gebaut werden, das ‚europäische Haus' noch lange nicht. Wer also der europäischen Einigung um jeden Preis den Vorrang zuweist, wie das heute üblich ist, schädigt und verzögert beides." Augstein scheut nicht einmal davor zurück, die REP-Rezepte auch explizit zu unterstützen: "Schon wollen die ‚Republikaner' ein blockfreies Deutschland und finden damit Zustimmung. Warum auch nicht, wenn dieser Staat weder angreifen noch angegriffen werden kann." Hier wird - ebenfalls ein immer wiederkehrendes Motiv in Augsteins Aufsätzen - auf den angeblich friedlichen Charakter eines Großdeutschland, ja selbst eines REP-Großdeutschland insistiert - obwohl der "Spiegel" nur eine Woche zuvor selbst geschrieben hatte, daß Schönhuber sich für ein neutrales Deutschland "aber mit eigenen Atomwaffen" ausgesprochen hatte!

FAZ: Aufforderung zum Straßenterror

In Leipzig hatte sich schon im November bei den traditionellen Montagsdemonstrationen ein deutlicher Mehrheitsblock unter nationalistischen Parolen formiert. Bei den ersten beiden Demonstrationen im Dezember heizte sich die Stimmung weiter auf, der Minderheit von SED- und DDR-Sympathisanten schlug offene Aggressivität entgegen. In dieser zugespitzten Situation veröffentlichte die FAZ am 14.12. - also wenige Tage vor der dritten Demo im Dezember - einen Redaktionskommentar auf der Titelseite. Dort wurde beklagt, daß es starke Kräfte gegen die Wiedervereinigung gebe, wozu die FAZ vor allem die Allierten rechnete, "die sich Schritten zur deutschen Einheit entweder offen widersetzten, wie die Sowjetunion, oder mit verdeckten Karten spielen, wie die drei Westmächte". Selbst Kohl wird von der FAZ kritisiert, weil er seinen Mehrstufenplan "nur noch verhalten" und ohne konkrete Datierung erwähne. Der Kommentar schließt mit einem Appell an die schwarz-braune Strömung in der DDR: "Unter diesen Umständen (...) halten tatsächlich die Menschen in Leipzig, Dresden und Ost-Berlin das künftige Schicksal der Nation in ihren Händen. Nur wenn wenigstens ein Teil der Gegenkräfte davon überzeugt werden kann, daß die Stimmung der geschundenen Halbnation in der DDR explosiv werden könnte, falls die Einigung weiterhin so rigoros blockiert wird, besteht Hoffnung auf Einsicht und vielleicht auch Umkehr."

Es wäre eine Untersuchung wert, inwieweit ähnliche Appelle, für "explosive Stimmung" bei den Demos zu sorgen, nicht auch über die "Bild" oder die Privatsender lanciert worden sind. Daß es am folgenden Montag (18.12.) in Leipzig dennoch relativ ruhig blieb, ist vor allem einer klugen Übereinkunft zwischen SED und Oppositionsgruppen zu danken, die erstmals und kurzerhand lediglich zu einem Schweigemarsch (mit Kerzen und ohne Transparente) aufriefen.

Elemente einer Gegenstrategie

Dankenswerterweise liefert die FAZ auch zwei wichtige Hinweise für eine Strategie gegen das Projekt Großdeutschland:

- Zum einen sorgt sie sich um das um sich greifende Schlagwort vom "Vierten Reich": "Die Redeweise von einem ‚Vierten Reich' erinnert (...) an die nationalsozialistische Herrschaft und zieht von dort eine Linie zu

einem künftigen deutschen Staat." Die Tauglichkeit dieser Formel als Fokus für ganz unterschiedliche Kritikpunkte bringt die Zeitung an anderer Stelle auf den Punkt: "Die Reichs-Formel läßt verschiedene, auch widersprüchliche Erklärungen zu. Eindeutig ist sie nur in einer Hinsicht: Sie bündelt Ängste und schürt Abneigungen."

- Zum anderen beklagt sie das Entstehen einer "unheiligen Allianz in- und ausländischer Kräfte", die sich zum Ziel gesetzt hat, "jeden Schritt" in Richtung Wiedervereinigung zu verhindert. Diese Allianz ruht lt. FAZ auf drei Pfeilern: der Führungsschicht der DDR "quer durch alle Parteien und Gruppen", den Allierten in Ost und West und der westdeutschen Linken.

Nun erscheint diese Allianz in der FAZ leider furchterregender, als sie in Wirklichkeit ist. Tatsächlich sind die genannten Allianzpartner sowohl in sich wenig standfest, als auch untereinander keineswegs verbunden. Trotzdem wird hier ein m.E. zukunftsweisendes Bündnismodell skizziert, das seitens des KB schon einmal Ende der 70er Jahre mit dem "Russell-Tribunal gegen das Modell Deutschland" versucht worden ist: Alle "Ängste und Abneigungen", die heute in Europa gegen "Deutschland" zu finden sind, zu einer Kampagne zusammenzufassen. Hierbei müßten unbedingt auch bürgerliche, ja sogar konservative Gegner des "Vierten Reiches" erfaßt werden, das Profil der Kampagne wäre demzufolge eher anti- deutsch als anti-imperialistisch (immer in dem Bewußtsein, daß das für uns als westdeutsche Linke eh keinen Unterschied macht und zudem die Frage noch im Raum steht, ob der rest-deutsche Imperialismus nicht nach wie vor ein besonders aggressiver Imperialismus ist). Auch der jüdische/israelische Widerstand und die AusländerInnen, die in der BRD selbst unter der nationalistischen Orgie zu leiden haben, müßten für eine solche anti-deutsche Politik zu gewinnen sein.

Fülberth schlägt in der neuen Ausgabe von "konkret" den Aufbau eines "Europäischen Kuratoriums gegen die Wiedervereinigung" vor. Das wäre tatsächlich der richtige Startschuß für eine solche Kampagne.

Jürgen/KB-Stuttgart

Quellen:

Connor Cruise O'Brien, Auf dem Weg ins Vierte Reich, Times vom 31.10. 89

Paul Kennedy, Wiederholt sich die Geschichte?, The Sunday Correspondence vom 12.11.1989 (beide Aufsätze übersetzt in "Blätter für deutsche und internationale Politik", Dezember 1989)

Rudolf Augstein, Kommentare und Artikel in "Spiegel" 46, 47, 48 und 49/1989

FAZ-Redaktionskommentare vom 14.12. und 16.12.1989

23. betr. LG-Erklärung zur "Deutschen Frage"

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:45

Für die im letzten AK abgedruckte Erklärung der KB-Leitung zur "deutschen Frage" gab es, so war dort zu lesen, "18 Zustimmungen, drei ablehnende Voten und zwei Enthaltungen". Meiner Erinnerung nach ist es für den KB eine Premiere, daß eine LG-Erklärung "zur Lage" nicht einmütig getragen oder wenigstens präsentiert wurde.

"Mehrheit" und "Minderheit" also, öffentlich festgestellter Dissens im LG? Ach, wenn es wenigstens so wäre! Aber eine Abgrenzung von Standpunkten, "Positionen" und "Linien" hat noch kaum begonnen; die notierten Stimmenzahlen sagen über Differenzierungen und Mehrheitsverhältnisse im LG so gut wie nichts aus; weder die 18 ZustimmerInnen noch die fünf Nicht-ZustimmerInnen bilden auch nur ansatzweise einen Meinungsblock. Kurz gesagt: Erklärungstext und Abstimmungsergebnis klären gar nichts, sondern tragen eher zur Verwirrung bei.

Ich hatte im LG grundsätzlich dagegen plädiert, zum jetzigen Zeitpunkt eine kollektive, einheitliche Stellungnahme zur "deutschen Frage" abzufassen. Mir schien nämlich dieser Versuch unglaubwürdig und unangemessen angesichts des Umfangs und der extremen Schärfe der Widersprüche, die gerade an diesem Thema in LG und KB ungeklärt - und bisher weitgehend unveröffentlicht - vor sich hin gären. Die Mehrheit des LG hielt es jedoch angesichts der Brisanz der Ereignisse für wichtig, nach außen Konsens und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren; außer mir stimmte nur noch ein Genosse gegen die Ausarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme.

Es gibt im LG die Ansicht, daß in den beiden deutschen Staaten angesichts einer total verblödeten Bevölkerung mit linker und antifaschistischer Politik nichts mehr zu bestellen sei. Nur noch eine "Vollbremsung der Alliierten", der vier "Siegermächte" des Zweiten Weltkriegs, könne den Durchbruch des deutschen Imperialismus zu einem Vierten Reich und militärischen Abenteuern verhindern. Bei der Diskussion des LG, die sich mit den Grundlinien der zu erarbeitenden Stellungnahme beschäftigte, wurde von einem Genossen ernsthaft vorgeschlagen: Die "Alliierten" sollten aufgefordert werden, ihre Truppen in den beiden deutschen Staaten zu verstärken. Zusätzlich sollten wir an die RAF einen Aufruf richten, gegenüber den "Alliierten" eine Art Waffenstillstand einzuhalten, sofern sich diese einer deutschen Vereinigung widersetzen.

Der Genosse blieb mit seiner Idee isoliert. Bedenklich scheint mir dennoch, daß offenbar die überwiegende Mehrheit des LGs diese Sichtweise für einen (freilich sehr extravaganten) Teil des pluralistischen Meinungsspektrums hält, das es in einer linken Organisation nun einmal geben muß.

Der Hilferuf nach ausländischer Militärmacht ist aber für eine kommunistische Organisation die Bankrotterklärung und erinnert an Prag 1968. Die Ansicht, daß die "eigene" Bevölkerung unrettbar verblödet sei, führt die Existenz einer linken Organisation ad absurdum, denn sie hätte dann keine politische Aufgabe und Perspektive mehr. Ich sehe nicht, wie dieser Dissens in einer kommunistischen Organisation "aushaltbar" gemacht werden könnte.

Wir haben uns in der Vergangenheit leider nie damit beschäftigt, welche Antworten wir auf die Fragen geben würden, die jetzt durch den Zusammenbruch des sowjetischen Bündnissystems aufgeworfen werfen. Dabei hätte man sich schon seit langem denken können, daß die Perestroika irgendwann auch Mitteleuropa erreichen würde und daß dann die Wirkungen ungefähr die sein könnten, die wir jetzt erleben. Stattdessen haben wir uns darauf verlassen, daß alles ewig so bleibt, wie es ist. Das ist so ziemlich das Dümmste, was Revolutionäre machen können.

Und nun sollen die Aufgaben, vor die wir uns so unerwartet und plötzlich gestellt sehen, gleich an die "Siegermächte" von 1945 weiterdelegiert werden. Ignoriert wird, daß die "Anti-Hitler-Koalition" schon in der zweiten Hälfte der 40er Jahre zerbrochen ist und längst nicht mehr zur Verfügung steht. Welches Bündnis soll denn heute möglich sein zwischen einer UdSSR, die ihren Großmachtstatus mehr und mehr verliert, und imperialistischen Staaten, deren Konflikt mit dem BRD-Imperialismus im Wesen doch nur der zwischen Räubern ist, die um die "gerechte" Aufteilung der fetten Beute streiten? So ist denn die Hoffnung, die "Alliierten" würden zu einer gemeinsamen militärischen Strafexpedition gegen das verblödete "deutsche Volk"

antreten, um den Zusammenschluß von BRD und DDR zu verhindern, nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch irreal.

Erheblicher Verbreitung und Beliebtheit erfreut sich derzeit im KB die Theorie von der "beschränkten Souveränität" der beiden deutschen Staaten. Demnach sollen wir der Bevölkerung der beiden Staaten BRD und DDR ein Selbstbestimmungsrecht "absprechen", wie es in der LG-Erklärung heißt. Mit anderen Worten: was aus den beiden deutschen Staaten wird, soll sonstwer entscheiden, aber keinesfalls die Bevölkerung dieser beiden Staaten. Damit entfällt jeder Grund und jede Motivation, in der Bevölkerung noch politische Überzeugungsarbeit zu unternehmen. Wenn praktisch sowieso egal ist, was die Leute denken, können wir uns in der Tat darauf beschränken, sie als "Spießerschrott" anzublöken und ihnen verbal "die Fresse zu polieren", wie es vor einigen Monaten in einem AK-Kommentar zur Fluchtwelle aus der DDR hieß.

Die Theorie der "beschränkten Souveränität" steht meiner Ansicht nach in einem totalen Gegensatz zu den Aufgaben, die sich uns als deutschen Linken und Antiimperialisten heute stellen, insbesondere zur Verteidigung der Souveränität der DDR. Wir können diese Souveränität nicht verteidigen, wenn wir sie im gleichen Atemzug auch schon wieder relativieren und der DDR-Bevölkerung sagen: es kommt sowieso nicht darauf an, wie ihr euch entscheidet!

Im Gegenteil. Unsere politischen Prinzipien ebenso wie die praktischen Realitäten verweisen uns darauf, daß über die Frage, wieweit der BRD-Imperialismus bei der Durchdringung und Übernahme der DDR vorankommt, an allererster Stelle in der DDR selbst entschieden werden wird - und daß dies eine politische, nicht eine militärische Entscheidung sein sollte. Unsere Aufgabe und unser Eigeninteresse ist es, solidarisch mit allen Menschen und Gruppen in der DDR zu sein, die ihrem Staat und seinen antifaschistischen und antiimperialistischen Traditionen so weit wie möglich eigene Identität und Spielraum erhalten wollen. Das schließt aus meiner Sicht selbstverständlich und keineswegs nur unter "ferner liefen" die SED mit ein, die heute einen Vorsitzenden hat, der für integeren Antifaschismus und eindeutige Absage an Deutschtümelei steht.

Umgekehrt wundert mich nicht, daß den Genossen, die sowieso von der "beschränkten Souveränität" der DDR ausgehen, der entscheidende Meinungs- und Machtkampf, der dort buchstäblich tobt, relativ gleichgültig ist. Es ist wohl kein Zufall, daß in der Erklärung des LG kein Satz, kein einziges Wort auf diesen Aspekt und auf unsere Solidarität mit jenen Kräften in der DDR, die eigentlich unser wichtigster Bündnispartner gegen die Ambitionen des BRD-Imperialismus sein müßten, eingeht. Ja, mit den in der BRD lebenden "Türken, Iranern, Pakistanern, Polen, Chilenen, Senegalesen, Jugoslawen, Franzosen, Italienern" zusammen wollen wir laut LG-Erklärung für die Anerkennung der DDR streiten. Dabei wird man doch ehrlicherweise zugeben müssen, daß die meisten von ihnen wirklich andere Sorgen und Interessen haben als die Anerkennung der DDR, und daß es übrigens in der Praxis auch nahezu gar keine Anstrengungen des KB gibt, mit irgendeiner dieser ausländischen Minderheiten in Kontakt zu kommen. Eine Phrase, mehr nicht! Andererseits gibt es ja einige praktische Ansätze des KB, eine Zusammenarbeit mit Menschen und Gruppen in der DDR zu entwickeln. Dies hätte in der LG-Erklärung nicht nur erwähnt werden müssen, sondern einen Schwerpunkt bilden sollen.

Kein Zufall scheint mir auch, daß in der LG-Erklärung die materielle, vor allem ökonomische Komponente des BRD-Imperialismus nur mit einem halben Satz kurz gestreift wird, aber nicht analytisch und ihrer realen Bedeutung entsprechend vorkommt. Dies entspricht einer im KB seit längerem verbreiteten und derzeit vielleicht sogar mehrheitsfähigen Sichtweise, den BRD-Imperialismus vornehmlich "ideologisch" wahrzunehmen und ihm folglich auch fast ausschließlich auf dieser Ebene entgegentreten zu wollen. Aus dieser Optik wird die Gefährlichkeit und Aggressivität des deutschen Imperialismus fast nur in Gestalt schwarz-rot-goldener Fahnen und ähnlicher nationalistischer Symbolik deutlich und anstößig. "Bitburg", "Kohl in Israel", "Kohl in Polen" sind aus dieser Sicht die wesentlichen Stationen der Entwicklung, nicht aber das, was täglich auf den Wirtschaftsseiten der FAZ über das reale Vorankommen des BRD-Imperialismus zu lesen ist. Nicht das Singen der Hymne im Bundestag bringt die Nachkriegsordnung zum Einsturz, sondern der Siegeszug bundesdeutschen Kapitals und der damit verbundene politische Machtzuwachs. Real ist die BRD bereits äußerst erfolgreich auf dem Weg, eine hegemoniale Rolle in Mittel- und Osteuropa zu gewinnen. So betrachtet ist die Lage in Wirklichkeit viel bedrohlicher und vorangeschrittener, als es in der LG-Erklärung zum Ausdruck kommt. Eine ausschließlich oder primär ideologische "Kampagne gegen deutschen Nationalismus" ist daher so sinnvoll und erfolgversprechend wie ein Aufruf "Nieder mit dem Fieber!" zur Bekämpfung der Grippe.

Überhaupt der Nationalismus! Vom deutschen kommt die LG-Erklärung bruchlos zu dem diverser kleinerer Nationen Mittel- und Osteuropas: "Die Partikularismen und Nationalismen, die im Gefolge der RgW-Krise im Osten, Nordosten und Südosten aufflackern (Aserbeidschan, Armenien, Moldawien, baltische Staaten, Polen, Serbien) werden vom deutschen Nationalismus beantwortet und weiter angeblasen."

Einen Gefallen hat uns die LG-Mehrheit mit dieser Aussage wahrlich nicht getan. Meiner Erinnerung nach haben wir im LG seit Einleitung der Perestroika noch kein einziges Mal über die Nationalprobleme in der UdSSR und im zerfallenden RgW diskutiert. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage: es ist insgesamt noch nicht einmal zehn Minuten darüber gesprochen worden. Also wäre es, abgesehen vom speziellen Inhalt des eben zitierten Satzes und seines Kontextes, vernünftig gewesen, sich dazu nicht plötzlich unter Zeitdruck irgendwelche Formulierungen für eine "gemeinsame Erklärung" abnötigen zu lassen.

Die Sichtweise der LG-Erklärung auf die östlichen "Nationalismen" ist leider völlig undifferenziert. Alles wird in einen großen Topf geworfen, obwohl jeder der genannten Konflikte sehr eigene Charakteristika hat und eine separate Wertung verlangen würde. Im Übrigen ist die Sichtweise rein negativ, indem sie als einzige Aussage die behauptete Instrumentalisierung bzw. Anheizung durch den BRD-Imperialismus präsentiert. Am konkreten Beispiel nachgewiesen wird dies aber nicht. Für die Mehrzahl der genannten Beispiele trifft es ja auch gar nicht zu. Im Konflikt Armenien-Aserbeidschan beispielsweise ist die Behauptung eines spürbaren Anheizens durch die BRD einfach lächerlich, ebenso in Moldawien. Es gibt für eine bundesdeutsche Einflußnahme nicht das geringste Indiz, es gab auch nie eine entsprechende Anschuldigung in der sowjetischen Presse. Dies gilt erst recht für die nicht direkt genannten, aber zweifellos mitgemeinten Konflikte in den asiatischen Sowjetrepubliken. Etwas anders verhält es sich mit den drei baltischen Republiken, aber selbst dort ist nicht das Hineinwirken der BRD (und anderer westlicher Staaten) entscheidend für die Eskalation der Konflikte, sondern die inneren Faktoren. - Serbien schließlich kann überhaupt nur aus schierer Unwissenheit in diese Aufzählung geraten sein, denn der serbische Nationalismus ist eher antiwestlich und "konservativ", d.h. relativ zögerlich bei der Einführung pro-kapitalistischer Reformen. Folglich kommt er in der BRD-Presse ganz schlecht weg und wird überhaupt nicht ermutigt. Vielleicht hätte es statt Serbien Slowenien heißen sollen? Und keine(r) von den 18 hat etwas bemerkt?

Es würde sich sicher lohnen, sich einmal untersuchend mit den einzelnen mittel- und osteuropäischen "Nationalismen" bzw. Nationalbewegungen und ihrer Stellung zum BRD-Imperialismus zu beschäftigen. Ich vermute, daß wir dann auf die Erkenntnis stoßen würden, daß diese keineswegs einfach und bruchlos durch den BRD-Imperialismus benutzbar sind, sondern ihm im Einzelfall wohl auch entgegenstehen. Es sei hier nur an den polnischen Nationalismus und die provokatorische Haltung der Bundesregierung zur polnischen Westgrenze erinnert. Überhaupt wird es wohl so sein, daß das ökonomische und politische Vordringen des BRD-Imperialismus in Mittel- und Osteuropa die jeweiligen "Nationalismen" langfristig mehr als Gegner denn als Verbündete finden wird. Umgekehrt scheue ich mich nicht zu sagen, daß unter Umständen und mit Einschränkungen beispielsweise der polnische Nationalismus unser Verbündeter im Kampf gegen die Hegemonialambitionen des BRD-Imperialismus sein könnte und auch sein sollte.

Dies mag von mir ein Irrtum oder gar eine "Fehlströmung" sein. Aber jedenfalls sollten wir darüber erst einmal offen und sachlich diskutieren, bevor schlecht durchdachtes und teilweise leider sogar törichtes Zeug in eine LG-Erklärung hineingeschrieben wird.

Schlecht durchdacht und peinlich oberflächlich ist übrigens auch der Satz: "Man weiß ja, daß Hitler bis 1939 u.a. deshalb so erfolgreich war, weil die Deutschen glaubten, ihre Vorherrschaft würde sich ohne Krieg verwirklichen lassen." - Dumm, aber auch bezeichnend, daß in einer Erklärung, die sich gegen den Nationalismus wenden soll, "den" Deutschen als scheinbar undifferenziertes Kollektiv einheitliche Ziele und Ansichten unterstellt werden. Nicht nur, daß in der Wirklichkeit die Ansichten "der" Deutschen über Hitler und seine Außenpolitik durchaus unterschiedlich waren. Selbst im deutschen Generalstab und in der NSDAP-Führung waren die Meinungen, welche imperialistischen Ziele mit welchen Mitteln und welchen Risiken zu realisieren wären, immer wieder kontrovers.

Keine Ehre macht uns auch die Zustimmung von 18 LG-Genossen und -Genossinnen zu dem Satz: "Inzwischen muß man die Gegner der nationalen Verblödung schon mit der Lupe suchen." - Anscheinend sind wir etwas ganz und gar einzigartiges in deutschen Landen, sozusagen der einsam aufragende antifaschistische Leuchtturm im Sumpf allumfassender Verblödung. Wen wollen wir mit solchen

Publikumsbeschimpfungen eigentlich beeindrucken? Der zitierte Satz verrät einen herben Mangel an Bereitschaft und Fähigkeit, in unserer Umwelt Differenzierungen wahrzunehmen und Bündnismöglichkeiten zu erkennen.

Kt.

24. Querelen um die "Deutsche Frage"

Rubrik: Deutsche Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:21

Die Umwälzungen in Osteuropa, speziell aber in der DDR, haben "sie" wieder auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt: die "Deutsche Frage". Die für den westdeutschen Imperialismus mit den Händen zu ergreifende Chance der "Wiedervereinigung" löste die Alarmsirenen in Ost und in West aus. Und mit der "Deutschen Frage" waren und sind hektische diplomatische Aktivitäten verbunden, wie dem Problem wohl am besten beizukommen wäre.

Noch routinemäßig bekannte sich der Nato-Gipfel in Brüssel (29./30.05.89) zu einem europäischen Frieden, "in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Ebenso feierlich ging es beim Besuch Gorbatschows in Bon im Juni vergangenen Jahres ab. Beide Regierungen wollten zur "Überwindung der Teilung Europas" beitragen; die Völker und Staaten hätten ein Recht, "ihr Schicksal frei zu bestimmen". Gorbatschow würdigte die BRD als Großmacht, die "eine wesentliche Rolle in den Weltangelegenheiten" spiele. Dann US-Präsident Bush in Bonn: Die BRD sei "Partner in der Führung", trage eine "Schlüsselrolle im Ost- West-Verhältnis". Worüber sich die Franzosen pikiert zeigten.

Dann die Fluchtbewegung aus der DDR über Ungarn und die CSSR. Ministerpräsident Nemeth und Außenminister Horn (Ungarn) in Bonn. Genscher in Budapest. Ungarns Grenzen offen, dafür ein 300 Millionen-Kredit der BRD. Ziemlich unbürokratisch. Kredit und Öffnung der Grenzen hätten gar nichts, aber auch wirklich nichts miteinander zu tun, versicherten die Gesprächspartner. Im September erste Planspiele in der EG-Bürokratie: sollte der DDR ein Sonderstatus in der EG eingeräumt werden?

Es folgte der sogenannte Europa-Plan des westdeutschen Außenministers. Die EG sollte sich alsbald für Österreich und Ungarn öffnen; die Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollten dann eben aus der EG aus- und in die WEU hineinverlagert werden. Für den Genscher-Plan gab es Beifall von den SPD-Politikern Egon Bahr, Karsten Voigt und Günther Gaus.

Nicht jedoch von den anderen EG-Regierungen. Bei einem EG-Außenministertreffen auf dem Schlößchen Esclimont in Frankreich wurde Genscher zurückgepfiffen. Schließlich sei er es doch gewesen, der in der 1987 in Kraft getretenen "Einheitlichen Europäischen Akte" der Erweiterung der Römischen Verträge, das Ziel einer politischen Union einschließlich einer gemeinsamen EG-Verteidigungspolitik gegen Dänemark, Großbritannien und Griechenland nach harten Verhandlungen durchsetzte. Der französische Außenminister Dumas argwöhnte, Genscher wolle die Einheit seines Vaterlandes gegen die weitere Einheit der EG eintauschen.

Auf der anschließenden Pressekonferenz erteilte Genscher seinen eigenen Plänen eine deutliche Absage. Die EG komme vor der Einheit der beiden deutschen Staaten. Im Oktober unternahm der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, einen weiteren Vorstoß: Es bestehe das Risiko einer Ostorientierung der BRD. Daher müsse die EG sehr "schnell den Platz Westdeutschlands in einem Europa bestimmen, der ihm zusagt". Konkret: die BRD, vor allem deren überbordende Ökonomie, müßte im Rahmen einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) eingebunden werden, die Deutsche Bundesbank ihre Autonomie aufgeben.

Anfang November besuchte Präsident Mitterand den Bundeskanzler. Vor der Wiedervereinigung habe er "keine Angst", behauptete der französische Staatspräsident, sie werde ohnehin sehr schnell kommen. Eine Woche später öffnete die DDR ihre Grenzen. Im Bundestag sangen Abgeordnete aller Parteien "das Lied der Deutschen" (Kohl). Vordergründig applaudierten auch die Nato-Staaten der Reisefreiheit, während die Leitartikler von "Le Monde" bis "New York Times" vor einem "Vierten Reich" und einer europäischen Destabilisierung warnten. Am 18.11.89 trommelte Mitterand den ersten Sondergipfel seit Bestehen der EG in Paris zusammen. Schließlich sollte es auf dem ordentlichen Gipfel um die WWU und die Sozialcharta gehen und nicht um die "Deutsche Frage". Kanzler Kohl beschwichtigte die Sorgen um eine rasche Wiedervereinigung, bekräftigte, daß die BRD in allererster Linie zur Stärkung und zum Ausbau der EG beitragen wolle. Kohl erklärte zudem, daß die EG eine gemeinsame Osteuropapolitik betreiben sollte, was deutsche "Sonderwege" ausschließe. Nebenbei sagte der Gipfel den osteuropäischen Staaten Hilfen zu, wenn die Voraussetzung von "irreversiblen Reformen" erfüllt seien. Mitterand regte die inzwischen gegründete "Europäische Entwicklungsbank" für Osteuropa an.

Am 28.11.89 kündigte Kohl im Bundestag seinen 10-Punkte-Plan "zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas" an. Erst Vertragsgemeinschaft, dann Konföderation, dann Föderation und am Ende die staatliche "Wiedervereinigung". Der Urheber dieses Plans weilt nicht mehr unter den Lebenden: Alfred Herrhausen.

Mit Ausnahme der Grünen stimmten alle übrigen Parteien diesem Plan zu, während aus dem Ausland nervöse Reaktionen folgten. Dabei hatte Kohl durchaus im westeuropäischen und Nato-Konsens geredet. "Den Prozeß der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir immer auch als europäisches Anliegen. Er muß deshalb auch im Zusammenhang mit der europäischen Integration gesehen werden. Ich will es ganz einfach so formulieren: Die EG darf nicht an der Elbe enden, sondern muß die Offenheit auch nach Osten wahren." (Punkt 7, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 29.11.89)

Weniger daß Kohl seinen Plan verkündete, sondern wie, nämlich selbstbewußt und ohne Konsultationen, erregte Widerspruch. Und daß die Anerkennung der polnischen Westgrenze gänzlich fehlte. Während die jugoslawische Regierung, die ihren Dinar an den DM-Block binden möchte, den Kohl-Plan begrüßte, sprach der sowjetische Außenminister von einem "Diktat" gegenüber der DDR. Die DDR-Regierung wiederum fand in den 10 Punkten neben Kritisierenswertem auch positive und realistische Positionen, was den Ausbau der beiderseitigen Beziehungen im Rahmen einer "Vertragsgemeinschaft" betrifft.

Die US-Regierung erklärte zum Kohl- Plan, sie habe nichts gegen eine Wiedervereinigung, wenn die DDR gleichfalls in die EG und Nato begrüßt werden könnte. Im Klartext: Der Vereinigung stehe vorerst nicht an.

Anfang Dezember das Treffen zwischen Gorbatschow und Bush in Malta. Die dramatische wirtschaftliche Krise in der Sowjetunion gefährde Glasnost und Perestroika, beschwor Gorbatschow. Bush erklärte, die USA wollten angesichts dieser Entwicklung ihre Zurückhaltung aufgeben und ihre wirtschaftlichen Hilfen erhöhen, um die Lage in der Sowjetunion zu stabilisieren. In der Tat folgten 25 Joint Ventures mit einem Volumen von etwa 10 Mrd. Dollar im Zeitraum von 5 bis 10 Jahren.

Gorbatschow verwies darauf, daß die DDR ein "strategischer Verbündeter" der Sowjetunion sei und auch bleiben werde. Eine Destabiliserung der DDR und eine rasche Wiedervereinigung kämen daher nicht in Frage und könnten nicht hingenommen werden. Die "Deutsche Frage" müsse in den KSZE-Prozeß eingebunden sein. Gorbatschow schlug eine KSZE-Konferenz bereits für dieses Jahr vor.

Auf dem anschließenden Nato-Gipfel wurde bekannt, daß die Sowjetunion die Meistbegünstigungsklausel für ihre Exporte in die USA erhält. Die "Deutsche Frage" sei gegenwärtig "nicht aktuell" (Bush) und müsse im Kontext bestehender Abkommen und Verträge gesehen werden. Alle Nato-Partner der BRD erkannten zwar in Worten das Selbstbestimmungsrecht "der Deutschen" an, verwiesen aber auf den KSZE-Prozeß. Einzig und allein Maggie Thatcher setzte neue Akzente: wenn überhaupt, dann sollten Grenzänderungen in Europa erst nach 10 oder 15 Jahren "echter Demokratie" in Osteuropa erfolgen.

Auf dem EG-Gipfel am 08./09.12.89 in Straßbourg ging es dann - entgegen den Absprachen - doch um die "Deutsche Frage". Nach Mitterand bestand sogar das "Risiko einer Krise". Dabei hatten Kohl und Genscher "nur" die Formulierung der Nato-Gipfel-Erklärung vom 30.05.89 in das Kommunique schieben wollen:"Wir streben eine Stärkung des Zustandes des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk seine Einheit durch freie Selbstbestimmung wiedererlangt.". Die Belgier, Franzosen, Dänen und Briten zierten sich. Offen wurde Kohl bedeutet, daß die früheren Erklärungen zur deutschen Einheit nur "Leerformeln" gewesen seien. Erst auf Vermittlung Spaniens ging der Passus durch, wurde aber durch folgende Punkte relativiert: "Dieser Prozeß muß sich auf demokratische und friedliche Weise, unter Wahrung der Abkommen und Verträge, auf der Grundlage sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Grundsätze im Kontext des Dialogs und der Ost-West-Zusammenarbeit vollziehen. Er muß in die Perspektive der gemeinschaftlichen Integration eingebettet sein" (nach FAZ, 11.12.89).

Mitterand drohte gar, wenn die deutsche Einheit noch vor dem Binnenmarkt-Projekt vollzogen würde, dann habe das "verheerende Folgen" für Europa. Das Gespenst, das umgeht in Europa und "Deutsche Frage" heißt, wurde zunächst wieder in den Schrank befördert: ohne Zustimmung der vier Siegermächte des 2. Weltkriegs und der 35 KSZE-Staaten ist die Wiedervereinigung nicht zu haben - so lautet die Botschaft des angehängten Satzes der EG-Gipfelerklärung. Doch die eigentliche politische Brisanz ergab sich erst aus der Verknüpfung der "Deutschen Frage" mit der WWU. Frankreich wollte eine diesbezügliche Regierungskonferenz bereits im

ersten Halbjahr dieses Jahres durchführen, gewissermaßen als Testfall für die Ernsthaftigkeit der EG-Politik der BRD. Politisch geht es bei der WWU darum, daß die BRD ihre dominante Stellung in der Geld- und Währungs- sowie der Zinspolitik (über die Bundesbank) zur Disposition stellen soll. Die BRD lehnte auch auf diesem EG-Gipfel die versuchte Einbindung ab. Letztlich stimmte sie einer Regierungskonferenz Ende dieses Jahres zu und machte noch einige Vorbehalte geltend.

Anders ausgedrückt: erstmals wurden Fragen der weiteren EG-Integration direkt mit der "Deutschen Frage" gekoppelt. Die BRD kann zukünftig weitere Fortschritte oder politische Zugeständnisse bei der Ausgestaltung des Binnenmarktes mit politischen Zugeständnissen ihrer EG-Konkurrenten zur "Deutschen Frage" verknüpfen. Umgekehrt wäre es aber auch Frankreich möglich, die "deutsche Karte" zu spielen, um die BRD im Rahmen der EG-Integration zumindest zu kontrollieren. Im Klartext: Die Wiedervereinigung könnte die BRD vollziehen, aber sie wird dafür im Gegenzug einen Preis an die EG zu entrichten haben.

Drei Tage später das nächste Außenministertreffen der Nato. Die EG-Formel zur Frage der deutschen Einheit wird vollständig übernommen. Am gleichen Tage findet auf Initiative der Sowjetunion - erstmals seit 18 Jahren - wieder ein Botschaftertreffen der vier Alliierten in Westberlin statt. Wie verlautete, meldeten alle vier ihre Vorbehaltsrechte für "Deutschland als Ganzes" an.

Die Sowjetunion warnte indessen vor einer "unkontrollierten Entwicklung" in der DDR, die das "Ende der Stabilität" in Europa bedeuten würde. Die DDR sei nur der erste Stein im Drang nach Osten, den die BRD beseitigen wolle. US-Außenminister Baker hat es gleichfalls nicht eilig mit der Wiedervereinigung. Erst müßte es in der DDR freie Wahlen gegen, dann die Marktwirtschaft, um wiederum in EG und Nato aufgenommen zu werden. Die vier Bedingungen der USA lauten: Recht auf Selbstbestimmung, ohne das Ergebnis der Wiedervereinigung zu präjudizieren; beide deutsche Staaten gehören in EG und Nato; die deutsche Einheit sei nur als friedlicher, gradueller und schrittweiser Prozeß möglich, und dies nur auf Basis des KSZE-Prozesses.

Schließlich besuchte Mitterand kurz vor Weihnachten und wenige Tage nach Kohl als erster Staatspräsident einer der drei westlichen Siegermächte die DDR. Er warnte vor einer Veränderung des "europäischen Gleichgewichts" und forderte ein Mitspracherecht der Alliierten als Garantiemächte für beide deutsche Staaten.

Einheit? Ja aber ...

Es gibt unter fortschrittlichen Menschen, bis weit in die Linke hinein, vor dem Hintergrund der eigenen politischen Schwäche und Ohnmachtsgefühlen gegenüber den rasanten Zusammenbrüchen in Osteuropa eine Haltung, die "Deutsche Frage" an EG oder die vier Alliierten zu delegieren. Sie würden schon, so das Kalkül, aus macht- und interessenmäßigen Erwägungen der Vereinigung der beiden deutschen Staaten einen Riegel vorschieben.

Diese Sichtweisen sind letztendlich selbstmörderisch und gefährlich; sie sind nationalistisch und berufen sich im positiven Sinne auf die alliierten Vorbehaltsrechte, während die "Republikaner" gerade umgekehrt und demagogisch die "Befreiung" von diesen Vorbehaltsrechen fordern. Von "links" wie von rechts wird dabei die Schwäche des BRD-Imperialismus unterstellt. Sie verkennen obendrein die imperialistischen Widerspruchs- und Interessenlagen. Es gibt überhaupt keinen rationalen Grund, die "Deutsche Frage" in die Hände dieser Mächte legen zu wollen, mal ganz abgesehen von der Aussichtslosigkeit solcher Hoffnungen. Es dürfte deutlich geworden sein, daß alle imperialistischen Mächte, einschließlich der EG-Länder, auch eine staatliche Einheit der BRD und der DDR hinnehmen würden. Die Preise dafür sind genannt: der Prozeß müsse schrittweise kontrolliert, unter Berücksichtigung der Verträge und des KSZE-Prozesses geschehen. Und die BRD soll ihre ökonomische Dominanzposition im Rahmen der EG einbinden lassen. Die USA können ihre Statistenrolle kaum noch verbergen. Bakers außenpolitische Rede in Westberlin gipfelte in der Beschwörung eines neuen "Atlantizismus", dem Versuch, ein stärkeres Bein in die EG und die Prozesse in Osteuropa zu bekommen. Mitterand winkte bereits dankend ab. Osteuropa sei nun einmal Sache der Europäer.

Allein die Sowjetunion bindet das Schicksal der DDR an ihr eigenes, zumindest was die Perestroika Gorbatschows betrifft. Sie, und nicht die DDR oder die "Deutsche Frage" ist es, auf die noch Rücksicht genommen wird, genommen werden muß. Warum das so ist, beschrieb die "Financial Times" in ihrem Kommentar anläßlich des 50. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen wie folgt: "Gegenwärtig bleibt es sehr schwer vorstellbar, , daß die heutigen Deutschen sich nach 40 Jahren Frieden und Prosperität ... wieder aufs Säbelrasseln verlegen, um die verlorengegangenen Territorien zurückzuerhalten. ... So lange überhaupt

irgendeine Gefahr besteht, auf sowjetischen Widerstand zu stoßen oder eine nukleare Konfrontation auszulösen (und das muß sicherlich eine Weile noch so sein), scheint es unvorstellbar, daß sie irgendein neues militärisches Abenteuer in Osteuropa beginnen könnten." Die Deutschen können nicht, selbst wenn sie wollten, und die Nato will nicht, selbst wenn sie es könnte.

Wozu auch? Schließlich besteht eine Interessensidentität zwischen den sich neu herausbildenden herrschenden Klassen (politisch wie ökonomisch) Osteuropas und den imperialistischen Staaten hinsichtlich des Ziels der Weltmarktintegration, speziell gegenüber der EG. Kein Land außer der DDR könnte diesen Prozeß schneller bewältigen - mit massiver Unterstützung der BRD.

D./Westberlin

25. Betrifft: LG-Erklärung (AK 313) Warum ich die Erklärung nicht mittrage

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:16

1. Der Zusammenbruch der DDR hat bestehende Differenzen in ak-Redaktion und LG aktualisiert. Eine gemeinsame Einschätzung der Entwicklung ist über die Tatsache hinaus, daß wir alle gegen eine "Wiedervereinigung" und für die Aufrechterhaltung der DDR als souveränen Staat sind, z.Zt. nicht vorhanden. Sich gegen "Wiedervereinigung" und für Anerkennung der DDR im ak auszusprechen, halte ich für richtig und notwendig. Eine darüber hinausgehende gemeinsame Erklärung aber kann Differenzen nur verwischen, statt sie einer Klärung zuzuführen. Ich habe daher gegen ein solches Konsenspapier und für die Organisierung der offenen Auseinandersetzung votiert. Mit diesem Votum wurde ich überstimmt.

2. Ich teile die in dem Papier gegebene Beschreibung der Grundsituation nicht, in der von einer "gezielten Destabilisierung" seitens des BRD-Imperialismus gesprochen wird, die die Kriegsgefahr wieder auf die TO setze.

Ich will keineswegs bezweifeln, daß die Nachkriegsordnung gegenwärtig destabilisiert wird und damit auch neue Gefahren für den Weltfrieden entstehen. Die Destabilisierung geht aber z.Zt. nicht von den imperialistischen Staaten, auch nicht von der BRD aus, sondern vom Zusammenbruch des realsozialistischen Machtbereichs, der den imperialistischen Staaten ungeheure (ökonomische) Spielräume verschafft - wenn der Zusammenbruch kontrolliert verläuft. Eine kriegerische Zuspitzung kann z.Zt. nicht im Interesse der imperialistischen Staaten liegen, sondern würde lediglich die Katastrophe des Realsozialismus zu ihrer eigenen machen. Das Interesse der imperialistischen Staaten gilt einer kontrollierten Liquidation des realsozialistischen Blocks zu ihrem ökonomischen und politischen Nutzen, keineswegs der Beschleunigung eines unkontrollierten Kollapses.

3. Zweifellos gehen vom Zusammenbruch der DDR besondere Emotionen aus. Schließlich fällt mit der Mauer als Ausdruck des kalten Krieges ein Symbol der Nachkriegsordnung. Ich bezweifle aber die in dem Papier unterstellte "besondere Gefahr", "wenn der mit der sowjetischen Perestroika begonnene Prozeß die DDR erreichen würde." Der Zusammenbruch der DDR und deren bevorstehende ökonomische Durchdringung seitens der BRD ist nicht der letzte und auch nicht der wichtigste Stein im zusammenfallenden Domino des realsozialistischen Machtbereichs. Die größte Gefahr für den Weltfrieden ist der zu befürchtende Zusammenbruch der realsozialistischen Hauptmacht UdSSR selbst. Die "deutsche Frage" ist ein Problem, nicht das Problem des heutigen Umbruchs. Sie zu der Frage hochzustilisieren, an der jetzt Krieg und Frieden entschieden wird, bedeutet selbst ein Stück weit auf das Gerede von der zentralen Bedeutung der "deutschen Frage" hereinzufallen.

4. Der patriotische Propagandaschaum, der gegenwärtig allenthalben produziert wird, ist widerwärtig. Keine Frage. Ob aber die Deutschtümelei eine Rechtsentwicklung wieder in Gang setzt, die einem "sanften Kapitalismus, der mit ökologischem Anstrich, einem bißchen Feminisierung und Liberalität den Konsens sucht" ein Ende bereitet, wie es aus der Erklärung hervorgeht, muß wohl an mehr als ein paar aktuellen Propagandafloskeln gemessen werden.

Zum einen bedeutet der Fall der Mauer jenseits des ersten Geschäums auch, daß der Überdruck aus der "nationalen Frage" herausgelassen und damit der bisherigen Demagogie des kalten Kriegs der Boden entzogen wird. Auch die Rechte muß sich in dieser Frage neu orientieren. Zum zweiten lassen bereits die ersten Wochen nach der Öffnung der Grenzen erkennen, daß der BRD neue ökonomische Potentiale zuwachsen, die die Basis für die angestrebte Modernisierungspolitik erheblich erweitern und damit auch die Spielräume zur Befriedung der inneren Widersprüche vergrößern - immer vorausgesetzt, es gelingt, die Liquidierung der DDR kontrolliert, d.h. im Sprachgebrauch westdeutscher Politiker und Medien auch "gewaltlos" zu halten.

5. Die Gleichsetzung von DDR und BRD unter dem Vergleichspunkt "nicht kolonisierte Länder" und die daraus abgeleitete Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes für Einwohner und Einwohnerinnen der DDR und der BRD gleichermaßen bis hin zu der Feststellung, ein Recht auf Imperialismus lasse sich nicht begründen, scheint mir doch eine allzu schlichte Gleichung zwischen Imperialismus und Volk aufzumachen, ganz zu

schweigen von der stillschweigenden Gleichsetzung der Bevölkerung der DDR und der BRD. So einfach ist das vielleicht doch nicht? Wer, wenn nicht die Bevölkerung, und zwar, um das klarzustellen, die Bevölkerung der DDR soll entscheiden, in welcher Art von Staat sie leben wollen, nachdem ihre 40jährige Staatsordnung zusammengebrochen ist?

6. Umwerfend romantisch, wenn nicht gefährlich naiv, ist schließlich das Argument, wir seien deswegen gegen die Wiedervereinigung, weil wir als InternationalistInnen "lieber" mit Türken, Iranern usw. zusammenleben und mit ihnen "Deutschland bekämpfen" wollten. Lieber als mit wem? Gemeint sind natürlich die Deutschen und die Deutschsprachigen. Die tauchen nämlich in dieser Aufzählung nicht auf.

Natürlich lebe ich lieber bunt gemischt. Aber hier wird Internationalismus offenbar mit Folklorismus verwechselt. Was sagt die bloße Tatsache, daß jemand Ausländer oder Ausländerin ist, über seinen oder ihren Internationalismus? Seit wann verwechseln wir Hautfarbe mit Politik? Das muß wohl schon genauer definiert werden? Ich möchte z.B. keineswegs mit iranischen, türkischen, französischen oder sonstwelchen Nationalisten gegen "Deutschland" kämpfen. Ich möchte gemeinsam mit Angehörigen unterdrückter Minderheiten für das Selbstbestimmungsrecht jeglicher Minderheit eintreten, d.h. auch einer DDR als selbständigem Staat in einem sich herausbildenden multinationalen und multistaatlichen Europa - vorausgesetzt, die Bevölkerung der DDR will das so.

Kai, 9.12.89

Nachtrag

Diese Erklärung lag, trotz anfänglichem Votum einer Mehrheit der Redaktion für Verschiebung auf den folgenden ak, druckfertig für ak 313 vor. Sie wurde dann mit der Begründung doch nicht abgedruckt, ich hätte mich auf Grund letzter Nachkorrekturen der LG-Erklärung, die mir nicht mehr zugänglich gemacht werden konnten, nicht auf deren Endfassung beziehen können. Eine redaktionelle Anmerkung unter dem Text, die das erklärt hätte, hätten den Lesern nur als Kuddl- Muddl erscheinen können. Da die Kritik genausogut im nächsten ak veröffentlicht werden könne, habe man die Vorlage verschoben.

Daran ist richtig, daß ich mich in meiner Kritik an zwei Punkten auf Formulierungen beziehe, die in der Endfassung gestrichen sind, ohne daß ich das noch einmal korrigieren konnte.

Das ist zum einen (unter Punkt 4 meiner Kritik) der kursiv gesetzte Teil des Satzes: "Ob aber die Deutschtümelei eine Rechtsentwicklung wieder in Gang setzt, die einen sanften Kapitalismus, der mit ökologischem Anstrich, einem bißchen Feminisierung und Liberalität den Konsens sucht, wie es aus der Erklärung hervorgeht, muß wohl an mehr als ein paar aktuellen Propagandafloskeln gemessen werden." Jede aufmerksame Leserin und jeder aufmerksame Leser kann ohne Schwierigkeiten feststellen, daß die Streichung dieses Halbsatzes zum "sanften Kapitalismus" an der Aussage der LG-Erklärung nichts ändert, außer daß sie sich ins Allgemeinere der "Rechtsentwicklung" zurückzieht.

Das ist zum zweiten (unter Punkt 6 meiner Kritik) das Wörtchen "lieber": In der Endfassung wurde durch Streichung aus "lieber leben mit Türken..." die schlichte Feststellung, daß wir mit ihnen leben. Den Lesern des ak wäre sicher aufgefallen, daß auch diese Kosmetik den Grundtenor der LG-Erklärung nicht verändert. Nach wie vor fehlen die DDR-Deutschen in der Aufzählung der Ausländer. Nach wie vor wird Internationalismus auf Folklorismus reduziert.

Unterstützt durch eine kleine redaktionelle Anmerkung hätte man den Leserinnen und Lesern wohl ohne Weiteres zumuten dürfen, den Sachverhalt in beiden Punkten selbst zu beurteilen.

Kai, 3.1.90

26. Für ein entmilitarisiertes Großdeutschland?

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:51

Für ein entmilitarisiertes Großdeutschland?

27. Statt gesamtdeutscher Entmilitarisierungskampagne: BRD ohne Armee

Statt gesamtdeutscher Entmilitarisierungskampagen

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:47

Seit Mitte des Jahres 1989 gibt es Überlegungen, analog zur Volksabstimmungs-Initiative "Schweiz ohne Armee" eine Kampagne "BRD ohne Armee" auf den Weg zu bringen. Schon die Schweizer Initiative wurde von Gruppen aus der Friedensbewegung und den Grünen unterstützt. Beflügelt durch den Erfolg der Schweizer Initiative (35 Prozent der Eidgenossen halten ihr Militär für überflüssig) beschlossen eine AG "BOA" und der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) (1), auf eine solche Kampagne hinzuarbeiten.

Am 21.12.89 reagierte dann mit einem Mal der Grüne BuVo mit einem "Vorschlag für eine Kampagne zur Entmilitarisierung beider deutscher Staaten". Am 13.1.1990 soll im Hochhaus Tulpenfeld (Bundeshaus, Raum HT 12) ein Beratungs-Treffen stattfinden. Zu Recht verblüffte bzw. verärgerte das BuVo-Vorgehen die an der BoA-Kampagne arbeitenden Gruppen: Schließlich wurde hier die bisherige Linie verlassen, wie sie mit der Unterstützung "Schweiz ohne Armee" auch von den Grünen verfolgt wurde. Doch nicht nur das Vorgehen, sondern v.a. der Inhalt des Vorschlags ist "bemerkenswert". Die Hauptkritikpunkte zum Vorgehen und zum Inhalt sind:

1. der "gesamtdeutsche Tenor", den der Vorschlag für die "Entmilitarisierungs"kampagne prägt,

2. der schleichende Wegfall der Einseitigkeit bei der Abrüstung, den bislang noch die Grüne Programmatik ausmachte,

3. die Tatsache, daß sich die BoA-Kampagne mit ihrer einseitig-eindeutigen Kampagne vor das Problem gestellt sieht, entweder ausgegrenzt oder - verwässert - integriert zu werden; daran ändert im übrigen auch die Beteuerung nichts, kein "Konkurrenzprojekt" zu BoA sein zu wollen (2).

Folgendes ist zu den beiden ersten Punkten anzumerken:

1. Der "Vorschlag ..." zeichnet sich dadurch aus, daß die Hauptgefahr für den Frieden in Europa, die drohende Wiedervereinigung mit keinem Wort erwähnt wird noch eine sich dagegen richtende Forderung nach eindeutiger Festschreibung der Zweistaatlichkeit enthält. Und dies gerade, wenn sich jemand wie ein Vaclav Havel in so widerwärtiger Weise wie bei seinem Besuch in der DDR mit Blick auf die Regierungsvertreter des westdeutschen Kapitals zum Kronzeugen für die Bedenkenlosigkeit gegenüber der Wiedervereinigung macht. Scheinbar verstellt eine Märchenbuch-Karriere vom verfolgten Schriftsteller zum Staatspräsidenten den Blick für politische Realitäten. Für kurzfristig erhoffte Segnungen des westdeutschen Kapitals nennt sich Havel einen "Berliner" und geriert sich dabei als Gesamtdeutscher. Seine Sudetendeutschen werden sich durch solcherart geschürte Deutschtümelei aber kaum hinter ihm, sondern schon eher hinter den Originalen Kohl und Schönhuber versammeln. Daß von einer Vereinigung "West- und Mitteldeutschlands" (Czaja) keine Gefahr für weitere Nachbarn ausgeht, glauben vielleicht außer Havel noch die TraumtänzerInnen quer durch Parteien und Bevölkerung der BRD. Doch es geht ja nicht darum, ob Europa es mit einem Deutschen Staat mit 80 Millionen Menschen zu tun kriegt, sondern darum, ob eine wiedervereinigte Reichswehr an der Oder/Neiße-Grenze steht und wie grenznah dann die NATO-Alliierten postiert werden.

Angesichts der Tatsache, daß die "Entmilitarisierungskampagne" die Deutsche Welle nutzen will und andererseits den virulenten Nationalismus nicht erwähnt, ist es nicht nur komisch, nein: Es läuft einem eine Gänsehaut über den Rücken, wenn im Einladungsschreiben die Absicht formuliert wird, 1990 "eine große, überparteiliche Entmilitarisierungskampagne loszutreten" (3).

Natürlich ist es sinnvoll, die immer offensichtlicher werdende Absurdität einer bis an die Zähne bewaffneten BRD in der NATO friedenspolitisch zu nutzen und sich in Fragen der Friedenspolitik mit entsprechenden Gruppen in der DDR auszutauschen. Doch was verspricht sich der Grüne BuVo von einer Zusammenarbeit mit den DDR-Gruppen für die Abrüstung der Bundeswehr? Das wird, wenn nicht ein Gesamtdeutschland als Akteur gemeint sein soll, nach wie vor Aufgabe einer innenpolitischen Opposition mit einer Kampagne "BRD

ohne Armee" bleiben, genauso wie die Nationale Volksarmee nur von den Menschen in der DDR abgeschafft werden kann.

Die besondere Friedensgefahr durch eine Wiedervereinigung liegt nicht allein in der Verschiebung von Grenzen und in der Anwesenheit von Militär. Auch ein völlig entmilitarisiertes, aber kapitalistisch wiedervereinigtes Deutschland ist eine Kriegserklärung - gerade für die "Dritte Welt". Denn die Hauptwaffe des Kapitalismus gegenüber dem Großteil der Menschheit ist das Kapital, das Abhängigkeit, Unterdrückung und Hunger produziert. Der Vorschlag zu einer "Entmilitarisierungskampagne" suggeriert dagegen Friedlichkeit durch Entmilitarisierung auch im Falle einer Wiedervereinigung.

Auch ohne die Entwicklungen des letzten Jahres in Osteuropa ist die Zeit schon längst reif wäre für eine Bundesrepublik ohne Armee. Warum rufen diejenigen, die sonst in einem friedlich vereinten Europa das Heil erblicken - so wird auch, allerdings nur "flankierend", "eine gesamteuropäische Friedenskonferenz (unter Einschluß der USA)" gefordert) - nicht zu einer gesamteuropäischen Entmilitarisierungskampagne auf? Der vorliegende Rahmen einer solchen Kampagne ist gesamtdeutsch, und so ist auch die politische Signalwirkung. Der Versuch, sich an die Spitze der Deutschen Welle zu setzen, ist nicht kühn, sondern politisch gefährlich, weil die Hauptkriegsgefahr verniedlicht wird.

2. Entgegen den ersten Entwürfen ist in der offiziellen Einladung der Halbsatz angefügt, "ohne die Entmilitarisierung der BRD an das Abrüstungstempo der DDR zu binden." Damit soll wohl dem hier gemachten Einwand, daß die ganze Anlage der "Entmilitarisierungskampagne" der Absicht einseitiger Abrüstung widerspricht, vorgebeugt werden. Doch erstens sagt ein Alibisatz nichts über den Eindruck, den der Text im Ganzen macht und der in der Öffentlichkeit prägend sein wird. Denn die Autoren setzen ja gerade eine Beförderung ihres Anliegens durch die gesamtdeutsche Dynamik einerseits und des Zurückstellens "unpopulärer" einseitiger Forderungen wie "BoA" oder nach (mit BoA unweigerlich verbundenem) Herauslösen der BRD aus der NATO andererseits. Und zweitens steht der Halbsatz in immanentem Widerspruch zur Aussage: "In das Jahr 2000 gehen DDR und BRD auf jeden Fall ohne Armee." Was, wenn es z.B. dann noch DDR-Soldaten geben sollte? Wäre es dann mit BoA "Essig"?

Im Aufruf des BuVo finden sich weitere merkwürdige immanente Widersprüchlichkeiten und Unklarheiten: So wird unter dem Motto "Wasch mich, aber mach mich nicht naß" einerseits scheinradikal die völlige Entmilitarisierung gefordert, andererseits soll der Rüstungshaushalt nur "angetastet" werden. Echt blind: Sich an den Rüstungsetat zu "tasten" und gleichzeitig mit Hochgeschwindigkeit an die Spitze gesamtdeutscher Besoffenheit zu stolpern. Des weiteren: Wenn nicht näher erklärt wird, was mit der geforderten Umverteilung von Kapital und ziviler Technologie zugunsten Osteuropas und der "Dritten Welt" gemeint sein soll, dann kann nur festgestellt werden: Das passiert nach herrschender Meinung sowieso schon. Schließlich wird behauptet, der Vorschlag sei unpolitisch. Das soll wohl heißen: mehrheitsfähig. Wer aber nicht benannt wird, sind die Gegner: Gerade ein vereinigtes kapitalistisches Deutschland, gerade ein vereinigtes kapitalistisches Europa wird auf Militär, auf Schnelle Eingreiftruppen für außenpolitische "Notfälle" nicht verzichten wollen. Daß wir angesichts der durch Gorbatschow enteigneten Bedrohungslüge mit einer offenen Flanke der westlichen Propaganda arbeiten können, sagt doch noch gar nichts über die realpolitische Umsetzbarkeit. Wer das verschweigt, führt eine Entmilitarisierungs-Bewegung in dieselbe illusionäre Situation, die einen großen Teil der 83er Friedensbewegung prägte und ihren rasanten Abstieg nach 1983 vorprogrammierte.

Von der "Großen Koalition" (4) können die InitiatorInnen der "Entmilitarisierungskampagne" mit den SozialdemokratInnen schon eher rechnen als z.B. mit den Gruppen, die nach wie vor mehr auf einseitige Abrüstung der BRD setzen. Hier droht sowohl die Ausgrenzung von Aktionen als auch von Inhalten. Die ersten Hüpfer über die Hürden, die Karsten Voigt den Grünen gestellt hat, wären getan. Jaja, aber wenn Grünen erstmal Vertragspartner der konföderativen Vertragsgemeinschaft (5) der genannten "Großen Koalition" sind ... dann wird die "Totalabrüstung" genauso sicher durchgesetzt wie die Verhinderung der Stromtrasse, Ausländer-Abschiebung und erstmalige (!) Abschiebung von Totalverweigerern aus Westberlin - das paßt zum Thema - oder der Hochhausbau in Frankfurt. (Jaja, das glauben wir alle, ganz feste.)

Wenn am 13.1. über friedenspolitische Konsequenzen in dieser bewegten Zeit geredet werden soll, dann muß über die genannten Punkte ernsthaft diskutiert werden. Ob die Kampagnen "BRD ohne Armee" und ggf. "DDR ohne Armee" dann unter einer gemeinsamen Überschrift "Entmilitarisierung" laufen, wird dann zweitrangig, wenn der bisherige Vorschlag entlang der ausgeführten Kritiken verändert wird.

H.-P., Bonn

Anmerkungen:

1) Inzwischen ist diese Initiative noch von einigen regionalen Initiativen aufgegriffen worden; es ist im Gespräch, den Ostermarsch Rheinland unter diesem Motto mit einer Kundgebung an der Hardthöhe zu beenden; auch bei der BAG Frieden der Grünen hat sich eine AG BOA gebildet.

2) So Jürgen Maier vom BuVo in seiner Einladung zum Beratungstreffen zur Entmilitarisierungs-Kampagne am 13.1.90 in Bonn (Hochhaus Tulpenfeld).

3) ebda.

4) Genannt werden: Grüne, Sozialdemokraten, Friedensinitiativen, Umweltverbände, Kirchengruppen und Gewerkschaftsleute.

5) "Ein Abkommen über die gemeinsame Entmilitarisierung beider deutscher Staaten" soll im Sinne Modrowscher "Vertragsgemeinschaft" - und, wie hinzuzufügen wäre, Kohlscher Konföderation - regierungsamtlich verankert werden. Einen so direkten Versuch des Umlenkens oppositioneller Kräfte in regierungsamtliches Vorgehen, durch den die laufende Kolonialisationsstrategie gegenüber der DDR legitimiert statt kritisiert wird, hat die Friedensbewegung zuletzt 1987 auf der Hofgartendemo durch den Kundgebungsredner Hans-Jochen Vogel erlebt.

28. Die DDR und der AK zum Dritten - oder: Wider den linken Demokratismus

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:48

"Das Schwierigste ist Glaubwürdigkeit" - so der Titel eines Buches des sozialdemokratischen Politpfaffen Erhard Eppler; und auch in der Linken hat "Glaubwürdigkeit" direkt proportional zum Fall der Profitrate Anfang der 80er einen - bis heute anhaltenden - Boom erlebt. "Glaubwürdigkeit" heißt ungefähr: Das tägliche Verhalten des Einzelnen dürfe den selbsterklärten politischen Zielen nicht widersprechen, und überhaupt müsse politisches Handeln Ausdruck der eigenen "Identität" sein, jeder müsse "voll dahinterstehen", "sich einbringen" und "sich wiederfinden" können. In genau dieser Form hat die Formel von der "Glaubwürdigkeit" politischen Handelns nicht nur mit dazu beigetragen, linke Politik auf den faden Humanismus des "Bei-sich-selber-Anfangens" und wahnsinnig authentische Zurschaustellung von Betroffenheit herunterzubringen. Die Linken haben damit gleichzeitig ihr Einverständnis mit Konventinalformen der bürgerlichen Politik erklärt, denn die Anstrengung, die Vollstreckung staatlicher Zwangsmaßnahmen bauernfängerisch als Ausdruck "ehrlichen inneren Ringens" zu verkaufen, ist den Trägern bürgerlicher Politik wesentlich. Wer unbedingt auf "Glaubwürdigkeit" bei "den" Menschen versessen ist, stellt sich nicht gegen den Staat und die ihn tragenden Parteien, sondern wetteifert mit denselben, als "Alternative" im Zwangsgefüge eines totalitären Pluralismus um die bessere Führung des demokratischen Menschenmaterials.

Bemerkenswert also, daß der revolutionäre Kommunist dsm seine in AK 313 abgedruckte Kritik meines "Epitaphs für Karl-Eduard" (AK 312) ausgerechnet daran hochzieht, daß der Artikel "in dieser Zeit erhebliche Zweifel an unserer Glaubwürdigkeit als revolutionäre Kommunisten provozieren" müsse und damit als Haupturteilskriterium eine Formel aus dem Schatzkästlein neu-linker Innerlichkeit heranzieht. Ob ein Artikel unsere Glaubwürdigkeit, die wir vermutlich eh nie besessen haben, zu erschüttern vermag, weiß ich nicht und in der Tat geht es mir zuallerletzt darum, unsere "Glaubwürdigkeit" zu befördern; umso eher darum, um Erkenntnis von bzw. Wahrheit über gesellschaftliche Phänomene mich zu bemühen. Diese schien mir im Falle v. Schnitzlers darin zu bestehen, "den Widerspruch zwischen Kadavergehorsam gegenüber dem eigenen System und rhetorisch glänzender, analytisch treffender Attacke gegen den Klassenfeind" (W. Droste/M. Stein, "titanic" 1/90) kenntlich zu machen, den v. Schnitzler verkörperte. Man kann nun über die Richtigkeit dieses Gedankens selbstverständlich geteilter Meinung sein; Voraussetzung von Kritik wäre es allerdings, die zu kritisierende Position erstmal zur Kenntnis zu nehmen und zu verstehen. dsm jedoch hat den Inhalt des "Epitaphs" offensichtlich weder zur Kenntnis genommen noch verstanden. Seine als Vorwurf gemeinten Behauptungen, der Artikel enthielte eine "Solidaritätsbekundung" mit bzw. ein "Lob" für v. Schnitzler, muß ihm auf unergründlichen Wegen der Weltgeist zugeflüstert haben.

Dasselbe gilt für dsm`s Bemerkung: "cl. suggeriert (der Mann scheint von seinem Lieblingsmoderator gelernt zu haben ...), die Opposition habe Schnitzlers Ablösung verlangt, weil ihr dessen kritische Berichterstattung über revanchistische und neofaschistische Tendenzen in der BRD nicht gefiel". Daß im "Epitaph" Kritik geübt wurde an der Art und Weise, wie ein trotz alledem ernstzunehmender politischer Mensch wie v. Schnitzler von der Opposition und einer der Volkstümlichkeit verpflichteten SED-Führung behandelt wurde, nämlich ausgelacht und kaltgestellt - das ist in AK 312 unschwer nachzulesen. Eingestandenermaßen hat mich dsm mit seiner Unterstellung aber auch auf ein Versäumnis hingewiesen: Die Behauptung, daß Teile der Opposition v. Schnitzlers Abgang auch wegen dessen BRD-Revanchismus-kritischer Berichterstattung verlangt haben, hole ich hiermit nach und verweise auf die lauter werdenden Rufe nach dem "einig Vaterland" und einen Artikel in der "Frankfurter Rundschau" vom 23.12.89: "Im Vogtland denkt man erstmal deutsch".

In diesem Zusammenhang kann auch dsm`s Frage beantwortet werden, woran es denn liege, daß ihn "Taten wie (...) Abgang der ehemaligen DDR-Führung (...) an Skandale um die Neue Heimat und den Coop-Konzern erinner(te)n". An der alten SED-Führungsriege tobt sich, ähnlich wie einst bei den Gewerkschaftsunternehmen in der BRD, antikorruptionistische Moral aus, d. h.: Es geht nicht um die Kritik an und die Beseitigung von systemisch bedingten Mißständen, sondern um die Säuberung des Partei- und Volkskörpers von bereicherungssüchtigen Bonzen, verderbten "Politbürokraten", Schmarotzern, auf daß - gewollt oder ungewollt, aber der "freie Westen" wird`s schon richten - "saubere Daimler-Benz-Aktionäre an (deren) Stelle (...) treten" (M. Schilling, "konkret" 1/90).

Was dsm - zu Recht - so am Herzen liegt: Eine Diskussion unter revolutionären Kommunisten in der BRD über die Verantwortung des "realen Sozialismus" dafür, daß es jetzt so kommt, wie es wahrscheinlich kommen wird, wird nur gewiß nicht dadurch vorangetrieben, daß man, wie er es tut, dem "realen Sozialismus" ausgerechnet vorwirft, er habe "vor allem das Problem der politischen Demokratie nicht lösen können (und ab einem gewissen Stadium auch nicht mehr lösen wollen)". Das hieße, zum 1527. Mal den alten Käse aufzuwärmen, wonach Sozialismus die "wahre Verwirklichung" der nur "formellen" bürgerlichen Demokratie sei, und "demokratischer Sozialismus" oder wahlweise "sozialistische Demokratie" als "Alternative" zum "realen Sozialismus" auszugeben. Was demgegenüber - jetzt erst recht - nottäte, wäre u.a. das unbeirrbare Festhalten an und Vorantreiben der Kritik bürgerlicher Demokratie als staatlicher Organisationsform des Gewaltverhältnisses Kapital. Gerade mit solcher, derzeit ganz gewiß unpopulären Negation des Falschen wäre einem Zustand gedient, der nichts mehr mit bürgerlich-demokratischer Herrschaft und sozialistischem Etatismus zu tun hätte und den man, antizipierend, mit Marx deshalb lieber als "Verein freier Menschen" bezeichnen sollte.

Um nur ja nicht als das zu gelten, was in der bürgerlichen und linksalternativen Öffentlichkeit "Stalinist" heißt, d.h. aus lauter Sorge um "Glaubwürdigkeit", sich als besseren Demokraten zu verkaufen - das wäre die falsche Konsequenz aus der richtigen Einsicht, daß keiner sich um eine Auseinandersetzung mit dem Stalinismus drücken darf, der heutzutage sich Kommunist nennt.

cl., Westberlin

29. Grundgesetzinitiative gegen Wiedervereinigung

Rubrik: Wiedervereinigung; Grüne (und Vorläufer); DDR-Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:37

Die im letzten ak vorgestellte "Parlamentsinitiative gegen Wiedervereinigung" ist in meinen Augen parlamentaristischer Firlefanz. Sie erinnert mich an selige Aktivitäten der DKP, die in früheren Zeiten ihrer 0,X-Prozent-Existenz dadurch ihre parlamentarische Ohnmacht zu überspielen versuchte, indem sie alle möglichen Gesetzentwürfe formulierte, so ganz in staatsmännischer Pose, als sei das Formulieren solcher Texte schon ein erster Schritt zu ihrer Durchsetzung. Diesem Wahn - vermutlich aus den gleichen Gründen - scheinen jetzt einige linke Grüne verfallen zu sein: Da zur Zeit keiner weiß, was der großdeutschen Begeisterung entgegenzusetzen wäre, aber schließlich irgendwas gemacht werden muß, macht man halt 'ne Grundgesetzänderung - bzw. man spielt "Gesetze ändern", indem man schon mal einen Vorschlag formuliert.

Was ist der Sinn? Man wird doch nicht im Ernst davon ausgehen, daß ausgerechnet jetzt, zu einem Zeitpunkt, an dem sich ein nationaler Konsens in dieser offenen Frage neu entwickelt, irgendein parlamentarischer Hund hinter dem gemütlichen Ofen, an dem nun wirklich alle - außer vielleicht S. Frieß und T. Eich - sitzen, hervorgelockt werden kann? Jetzt, so kurz vor der Verwirklichung seiner schönsten Träume, soll das BRD-Imperium auf alles verzichten, und das auch noch freiwillig? Gucke ich mir die Argumente der Initiatoren an, komme ich aus dem Staunen nicht mehr heraus: "Der Gesetzentwurf ist ein Schritt, diesen Großmachtgelüsten ein Ende zu setzen"(S. Frieß). Donnerwetter, wie das? Sie erklärt das so: "Die GG-Änderung ist eine begrenzte, aber notwendige Maßnahme. Sie beendet jegliche Gebiets- und Alleinvertretungsansprüche..." - sie muß nur noch eben mal verabschiedet werden. Und zwar von denselben Leuten, die eben diese Ansprüche permanent herausposaunen. Fülberth beschränkt sich zum Glück auf semantische Tricks und attestiert dem Bundestag innere Widersprüchlichkeit - ein intellektuelles Vergnügen, das sich mit der geplanten GG-Änderung sicherlich noch erheblich steigern ließe. W. Wolf (SOZ, VSP) sagt im zitierten Satz überhaupt nichts zum Thema, sein Zitat hat mit der vorgestellten Initiative offensichtlich gar nichts zu tun. Und T. Eich ist ganz geschickt: Die grüne Initiative bedeute "die Selbstanerkennung der Bundesrepublik Deutschland als Staat."Daran mangelt's zur Zeit wirklich.

Wer soll hier eigentlich übers Ohr gehauen werden? Die alt-etablierten Parteien, die gerade über die modernste Formulierung der Alleinvertretungsansprüche streiten? Die neu-etablierten Grünen, die gerade den genauen Text des Deutschlandliedes lernen? Oder etwa die Linke, der irgendwelche radikalen Parlamentsaktivitäten vorgespielt werden sollen? Oder ist das alles schiere Naivität?

Als im ak die Initiative "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" propagiert wurde, ging es um etwas vollkommen anderes: Es handelte sich um eine Frage, die aus ganz spezifischen historischen Gründen verbal von allen parlamentarischen Strömungen gleich beantwortet wurde: selbstverständlich wolle die BRD keine Atomwaffen! Die Ablehnung einer gesetzlichen Verankerung dieser Position mußte also besonders begründet werden, und die dabei auftretenden Verrenkungen - besonders der SPD - waren von hohem Entlarvungswert.

Mit dieser - ganz speziellen - Konstellation hat die nun vorgestellte Idee nichts, aber auch gar nichts zu tun. Wie soll hier ein Spannungsfeld entstehen, wenn alle unumwunden erklären, ganz entschieden für die Wiedervereinigung zu sein? Im Allgemeinen haben gesetzgeberische Aktivitäten im Rahmen linker Politik dann einen Sinn, wenn sie Bewegungen mit Massencharakter einen konkreten Ausdruck, ein praktisches Ziel verleihen. Als Ersatz für gesellschaftlichen Druck wirken sie lächerlich oder schüren sogar reformistische Illusionen (in diesem Fall ist sie aber nicht einmal dazu geeignet: wessen Illusionen könnten hier wohl geschürt werden?).

Von keinem der Initiatoren, an keiner Stelle der juristischen und politischen Begründung für diese Initiative (siehe konkret 1/90) wird klar gesagt, daß man deren Verwirklichung für ausgeschlossen hält. Fröhlich wird zwar festgestellt: "Es versteht sich von selbst, daß unsere Vorschläge diametral gegen die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts stehen." Ebenso locker ein paar Zeilen weiter: "Einer eindeutigen Verfassungsänderung (...) könnte sich aber selbst das BVG nicht widersetzen." Warum schlägt man dann nicht gleich eine Verfassung vor, die die sofortige Einführung des Rätesystems und die Liquidierung der Deutschen Bank beinhaltet? Was soll denn das BVG dann machen? Wenn schon, denn schon.

Micha, Nürnberg

30. Nach dem Tod einer Antifaschistin: Gegenwartsbewältigung

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; SPD; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:13

Fast eineinhalb Monate sind vergangen, seitdem Conny, eine engagierte Antifaschistin, nach einer längeren Jagd durch die Göttinger Innenstadt von den Bullen in den Tod getrieben worden ist. Die geheuchelten Worte des "Bedauerns" der verantwortlichen Politiker, in den ersten Tagen nach Connys Tod, sind schon lange verklungen. Heute wird knallhart das Geschäft der Gegenwartsbewältigung durchgezogen. Das Repertoire dafür ist einfach, aber wirksam: Im niedersächsischen Landtag wird die demokratische parlamentarische Kontrolle über Polizeieinsätze ausgeschaltet, parlamentarische Gremien und die Öffentlichkeit werden bewußt falsch unterrichtet, die wenigen sozialdemokratischen KritikerInnen werden gnadenlos von einer durchweg deutsch-nationalen SPD politisch fertiggemacht, einen sogenannten "Runden Tisch" haben die Verantwortlichen für die Polizeikritiker aus dem gemäßigten bürgerlichen Lager bereitgestellt, um sie bei völlig unergiebigen Deeskalationsgesprächen über selbigen ziehen zu können.

Das Ergebnis: Polizei und Nazis können völlig unbekümmert in ihrem Kampf gegen die Linke fortfahren.

Innenminister Stock brauchte Geheimhaltung

Nach der Großdemonstration vom 25.11.89 in Göttingen war es am Ende der Abschlußkundgebung zu Polizeiausschreitungen gekommen. Eine auswärtige Hundertschaft, die einer Funkstreifenbesatzung zu Hilfe kommen sollte, hatte angeblich den falschen Weg genommen, und war mit gezogenem Knüppel in die sich auflösende Abschlußkundgebung hineingestürmt. Trotz dieses "grausamen Mißverständnisses" - so Innenminister Stock - sei der gesamte Polizeieinsatz auf "Deeskalation angelegt" gewesen. Stock hatte im Innenausschuß des Landtags die "Vorwürfe zurückgewiesen, die Polizei habe bei ihrem Einsatz am vorigen Wochenende in Göttingen Eskalation gesucht." (GT, 30.11.89) Staatssekretär Dr. Stefan Diekwisch (FDP) sprach in diesem Zusammenhang sogar von einem "Konzept der Zurückhaltung der Polizei" (GT, 7.12.89). Er fügte hinzu, daß alle Verantwortlichen am 25.11. "der Friedlichkeit eine Chance" geben wollten" (Freizeit-Magazin, 7.12.89).

Innenminister Stock war aber vorsichtig genug, im Innenausschuß des Landtags die Einsatzbefehle und die Einsatzkritik zur Geheimsache zu erklären und damit eine Kontrolle des Parlaments unmöglich zu machen. Stock wollte weder "heute und auch nicht zukünftig" Einzelheiten darüber offenbaren. (GT, 30.11.89)

Keine Frage, der Innenminister wußte, warum er dies tat. Denn Polizeifunkmitschnitte des 25.11., die dem Landtagsabgeordneten der Grünen, Jürgen Trittin, zugespielt worden sind, belegen, daß die Polizei die Großdemonstration gewaltsam auflösen wollte. Der Angriff mit Hilfe von Wasserwerfern auf die Demonstration scheiterte nur, weil sich die Polizeieinheiten mit den Funknummern "ASTA 30" und "ASTA 50" gegenseitig im Wege standen und eine in aller Eile aufgebaute Polizeisperre dem Druck der Demonstrationsspitze weichen mußte.

Polizeifunk überführt Innenminister der Lüge

In seiner Rede vor dem niedersächsischen Landtag am 15.12.89 führte Trittin aus, "daß der Landtag über die Vorfälle in Göttingen kraß falsch informiert wurde. Was als Deeskalation ausgegeben wird, war in Wirklichkeit der ständige Versuch zu eskalieren." Jürgen Trittin wies nach, daß im Innenausschuß, trotz mehrmaliger Nachfrage wahrheitswidrig bestritten wurde, daß am Göttinger Polizeirevier die Spitze der Demonstration durch eine Sperre am Friedländer Weg festgehalten werden sollte. Der Polizeifunk belegt nun die Existenz dieser Sperre. Phoenix 94 (der Hubschrauber) an ASTA 1 (Polizeichef und Einsatzleiter Will): "Die Zugspitze wird also in wenigen Minuten den Friedländer Weg erreichen."

ASTA 1 an ASTA 30 (ein Abteilungsführer): "30, sehen Sie eine Chance, den Friedländer Weg zuzumachen?"

Dann etwas später ASTA 30 an ASTA 40 " ... dichtmachen in Richtung Steinsgraben." Antwort: "Verstanden." Und ASTA 40 machte dicht.

Die Sperre am Friedländer Weg war für die Polizei aus taktischen Gründen sehr wichtig. Mit dieser Sperre hätte man die Demonstration stoppen können. Die so gewonnene Zeit wäre ausreichend gewesen, den "Schwarzen Block" an der Spitze der Demonstration aufzumischen.

Jürgen Trittin weiter in seiner Rede vor dem Landtag: "Die Landesregierung hat im Innenausschuß behauptet, am Steinsgraben sei wegen der Verhältnismäßigkeit der Mittel auf den Einsatz von Gewalt verzichtet worden, weil es friedliche Demonstranten getroffen hätte. Auch dies ist falsch. Richtig ist, daß der Teil der Demonstration, der sich zwischen Münchhausenstraße/Steinsgraben und dem von ‚ASTA 40` blockierten Friedländer Weg befand, unter Zuhilfenahme von Wasserwerfern abgeräumt werden sollte. Richtig ist ferner, daß die nur deswegen unterblieb, weil die Einheit von ‚ASTA 30` den Leuten von ‚ASTA 50` im Wege stand."

Polizeifunk: "Ja, 50, räumen Sie bitte bis über den Friedländer Weg hinweg."

"Ja, verstanden." ...

"ASTA 1 von ASTA 50." "1 (Will)". "Hier ASTA 50 - Frage: Sollen wir Wasser einsetzen - kommen." "Wenn Sie es für erforderlich halten - Wassereinsatz - aber androhen." ...

"Äh, ASTA 30 von ASTA 50." "Hier ASTA 50, Sie räumen Steinsgraben. In westlicher Richtung bis Friedländer Weg." "Äh, ASTA 30 von ASTA 50: unsere Kräfte befinden sich hinter Ihren Kräften."

"Die Wasserwerfer befinden sich bei Ihren Kräften. Ist es nicht tunlichst besser, wenn - äh - unsere Kräfte umschalten auf Ihren Kanal und Wassereinsatz muß von Ihnen befohlen werden, weil Ihre Kräfte vorne sind - kommen." "Ja, das ist soweit richtig. Aber die Sicherungskräfte müssen durch ASTA 50 gestellt werden." "Ja, bloß die kommen ja durch Ihre Kräfte nicht durch im Moment." "Ja, das ist klar." "Ja, ich würde ja auch gerne Wasser einsetzen, aber unsere Kräfte sagen mir, sie können das nicht genau sehen, weil Ihre Kräfte davor stehen." (Alle Zitate aus: Pressemitteilung vom 15.12.89 der Grünen im Landtag)

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Spitze der Demonstration die Sperre am Friedländer Weg schon passiert und befand sich bereits in der Geismarlandstraße. Also nicht Güterabwägung, sondern Stümperhaftigkeit hatte einen massiven Polizeieinsatz verhindert.

In seiner Rede ging Jürgen Trittin anschließend darauf ein, daß die Abschlußkundgebung von der Polizei umzingelt und angegriffen werden sollte: "Und dann wurde dem Innenausschuß von Herrn Stock, Herrn Diekwisch und Herrn Schulze erzählt, die Abschlußkundgebung wäre nicht so umzingelt worden, daß sie vor das Juzi verlegt werden mußte. Auch die ist die Unwahrheit. Die Einsatzleitung wurde über Funk korrekt unterrichtet, daß auf dem 82er Platz eine Kundgebung stattfindet. Dennoch wurde überlegt, die Polizeikräfte an diese näher vorzuziehen und nach einer Rechtsgrundlage für einen Angriff auf den Lautsprecherwagen gesucht. In dieser Situation versuchte die Göttinger Sozialdezernentin Dr. Schlappheit-Beck auf die Polizei einzuwirken und bat um Zurückhaltung. Die Antwort aus der Einsatzzentrale ist schallendes Gelächter."

"Hier spricht ASTA 50, bitte unterbrechen, ASTA 1, bitte kommen.` ‚1` ‚Hier war eben eine Frau, die teilte mit, daß eine, die Kulturdezernentin, wie heißt die ... Sozialdezernentin Schlappheit-Beck, mit Ihnen Verbindung aufnehmen will, telefonisch, denn es haben sich hier vermischt die Friedlichen mit den Autonomen und sie wollen keine Eskalation. Und sie bitte darum, daß auch wir uns zurückhalten, und sie ist sicher, daß das friedlich über die Bühne geht.` (Der Funk gibt das Gelächter in der Einsatzzentrale wieder.) ‚Ja, also hier bricht Lachen aus, denn das bisher ja schon immer unfriedlich gewesen. Die ist also am Telefon schon. Ich höre daß schon. Meinen Sie nicht, daß es sinnvoll ist, da jetzt vorzuziehen? Es häufen sich die Meldungen, daß da Steine ausgegraben werden. Kommen.` ‚Wir können hier vorziehen, wir würden die dann auseinanderjagen." (ebenda)

Das "Auseinanderjagen" scheiterte daran, daß die Demoleitung schneller war, die Abschlußkundgebung abbrach, und vor das Juzi verlegte, wo sich dann das besagte "grausame Mißverständnis" der ortsfremden Braunschweiger Hundertschaft ereignete.

Deutsch-nationale SPD demontiert eigene Landtagsfraktion

Trotz dieser Enthüllungen bleibt die völlig deutsch-national eingestimmte SPD, die zudem von der "Gewerkschaft der Polizei" (GdP) landesweit auf die Innenminister- und Polizeiversion eingeschworen wird, bei ihrer einmal eingeschlagenen Linie, die da heißt: "Polizei verfolgte Deeskalationskonzept". Innenminister Stock

behauptete - wie eh und je - nach der Rede von Jürgen Trittin: "Das disziplinierte Verhalten der Polizei habe eine Eskalation verhindert." (GT, 16.12.89) Dabei wurde er von dem SPD-Abgeordneten Gerhard Glogowski unterstützt, denn der "verteidigte den Polizeieinsatz" ebenfalls weiterhin (GT, 16.12.89). Glogowki in Anbetracht einer toten Antifaschistin und zig verletzter DemonstrantInnen: "Die Göttinger Beamten hätten sich gut bewährt".

Auf diesem, von der Landes-SPD vorgegebenen Kurs, bewegen sich auch die Göttinger Sozialdemokraten. In einer Erklärung des Unterbezirks-, wie des Stadtverbandsvorstands heißt es, "daß der Polizeieinsatz an diesem Tage auf Deeskalation und Gewaltbegrenzung gerichtet war." (GT, 7.12.89) Der SPD-Vorstand rückte damit ausdrücklich von Äußerungen der eigenen Landtagskandidatin Hulle Hartwig ab, die öffentlich das erklärte, was sie am 25.11. gesehen hatte, nämlich daß die Polizei am Steinsgraben eindeutig provozierend und unverhältnismäßig vorgegangen ist" (GT, 18.12.89) und den "politischen Willen zu Straßenkrawallen" offenbarte. (taz, 27.11.89)

Daß Hulle Hartwig an dieser Wahrnehmung und Meinung weiterhin festhält, wird ihr in der Göttinger SPD besonders krumm genommen. Der Unterbezirksvorsitzende Thomas Oppermann sagte gegenüber der Presse: "Sie spricht nicht für die SPD"! (FR, 27.12.89) Und trotz der Veröffentlichung des Polizeifunks, der Hulle Hartwig auf ganzer Linie bestätigt, fordert der SPD-Ortsverein "Westliche Dörfer" ihren Rücktritt.

Für die SPD geht es hier überhaupt nicht um die Fakten, oder um die Wahrheitsfindung. Die Wahlkampfstrategen haben in dieser Partei durchgesetzt, daß nur eine äußerst rechte SPD den anstehenden Landtagskampf gewinnen kann. So gesehen ist es dann auch kein Wunder, daß in Göttingen die SPD gemeinsam mit der CDU eine Erklärung verabschiedete, die unter der Federführung des lokalen GdP- Chefs Elsner (SPD) entstand, in der der Polizei "für ihren auf Deeskalation ausgerichteten Einsatz gedankt" wird.

Den Vogel auf dem Weg zu einem stramm rechts betonten "law and order"-Profil der SPD schoß jedoch Helmut Door ab, seines Zeichens Chef der Schutzpolizei im Regierungsbezirk Braunschweig, GdP-Mitglied und enger politischer Vertrauter von SPD-MdL Glogowski. Der Sozialdemokrat Door attackierte den Pressesprecher des CDU-Innenministeriums, Volker Benke, heftig, denn dieser hatte den Einsatzbefehl "Plattmachen", durch den Conny in den Tod getrieben wurde, sowie das brutale Auseinanderknüppeln der Mahnwache durch die Polizei, kritisiert. Door "verlangte von Stock, sich und die Polizei von diesem Pressesprecher zu ‚befreien'" (FR, 27.12.89). Dabei wollte Benke die Polizei gar nicht ernsthaft kritisieren, sondern nur beruhigend, somit demobilisierend auf die Großdemonstration vom 25.11. einwirken. Aber selbst so eine "Kritik" scheint den Sozialdemokraten heute schon zuviel zu sein.

Über den "Runden Tisch" gezogen?

Die Zahl derjenigen, die in Göttingen die Absetzung des Polizeichefs Will, die Auflösung des Zivilen Streifenkommandos usw. fordern, ist trotz der Hetzkampagne nach der Großdemonstration beträchtlich groß geblieben. Grund genug also für die Verantwortlichen zu Deeskalationsgesprächen an den "Runden Tisch" zu bitten. Die Aufgabe übernahmen Oberbürgermeister Levi (SPD) und Oberstadtdirektor Schierwater (SPD). Eingeladen wurden die Vorsitzenden der Ratsparteien, Vertreter der Kirchen, aus dem Unibereich, und natürlich die Polizei. Bewußt verzichtet hatte man auf die Einladung von Polizeikritikern.

Die Ergebnisse des "Runden Tisches", der am 20.12.89 tagte, waren dann auch eher spärlich. Die Debatte soll "mit unterschiedlichsten Gruppen weitergeführt werden" (GT, 22.12.89). Vorgesehen dafür sind die Kirchen. Ein Universitätsprofessor hat die Aufgabe übernommen, "die unmittelbar Betroffenen, etwa aus dem Juzi-Umfeld, sowie die Polizei an einen Tisch zu bringen."

Ein Auftrag, den der Herr Professor sicher nicht ausführen kann, denn das "Autonome Antifa-Plenum" des Juzis hat eine Erklärung vorgelegt, die von Gruppen bis hin zu den Grünen, den Falken, der Naturfreundejugend unterstützt wird, in der zum Boykott dieser Gespräche aufgerufen wird. Begründet wurde dies u.a. damit, daß mensch es ablehnt, sich "mit den Verantwortlichen an Connys Tod" an einen Tisch zu setzen, und daß diese Gespräche ohnehin nur "eine Farce" sind, weil bei dieser Besetzung davon ausgegangen werden muß, daß nicht "mit den geringsten Veränderungen" bei der Polizei zu rechnen ist.

In der Tat ist es absurd, sich mit einem Polizeiführer an einen Tisch zu setzen, dessen Ablösung man fordert. Da diese Forderung weiterhin von vielen Menschen aufrechterhalten wird, ist die gesamte Vorstellung schon

heute als Flop zu bezeichnen. Zur Zeit ist es noch so, daß viele Menschen, von den Grünen hin bis zu der "Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten" die Erklärungen der Verantwortlichen nicht akzeptieren wollen und als Lügen zurückweisen. Über Gespräche wird man schwerlich Ruhe in Göttingen wieder herstellen können. Dies um so weniger, weil die Bullen und die Nazis im alten Stil weitermachen.

Antifa-Kommission, KB Göttingen

31. Die faschistische Terrorwelle hält an

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:15

Seit dem 25.11. diskutieren die bürgerlichen Parteien von SPD bis CDU die "Gewalt" der Autonomen und fordern einstimmig die Schließung des Jugendzentrums Innenstadt (JUZI), das in ihren Augen der Hort dieser "Gewalt" ist. Demgegenüber können Faschisten unbehelligt von Polizei und Öffentlichkeit gegen Linke vorgehen. Es scheint, AntifaschistInnen, Autonome und alle Besucher des JUZI sind in diesem Klima zum Freiwild geworden:

9.12.:

FAPler und Skinheads versammeln sich in Göttingen, um gegen das Jugendzentrum zu demonstrieren. Seit den Mittagsstunden sammelten sich rund 60 Skinheads, zu denen noch eine Gruppe von über 40 FAPlern aus dem gesamten norddeutschen Raum kommen. Ab 15 Uhr marschiert man hinter Reichkriegsflagge und dem Motto: "Deutsche macht euch frei - schlagt das Juzi zu Brei" (so der Text eines Transparentes) durch die Innenstadt zum Juzi, um diese Losung in die Tat umzusetzen. Trotz anwesender Polizei wird das Jugendzentrum mit Steinen, Flaschen und Leuchtspurmunition angegriffen. Erst der Versuch von AntifaschistInnen, diesen Angriff abzuwehren, veranlaßt die Polizei zum Eingreifen. Angeblich sei die Ordnungsmacht, obwohl während der gesamten Ereignisse präsent, von diesem Angriff überrascht worden. Man beschränkt sich also darauf, die Faschisten aus dem Ort zu geleiten, nimmt die Grüße von Karl Polacek zum Abschied entgegen, stellt Personalien fest, beschlagnahmt Abschußbecher für Leuchtkörper und läßt sie ziehen.

12.12.:

Amtsgericht Göttingen: Prozeß gegen einen Antifaschisten, der das Auto eines Skinhead demoliert haben soll. Zahlreiche BesucherInnen wollen den Prozeß verfolgen, erstmals ist es möglich dies gleichsam von Stehplätzen aus dem Vorraum des Gerichtssaales zu machen. In diesen dringt eine Gruppe von Skins ein, darunter zwei der prozeßrelevanten Belastungszeugen. Sie werden von den Anwesenden aufgefordert zu gehen, worauf die Skins Leuchtspurmunition abschießen und Gas versprühen. Daß es hierbei außer zu Hornhautreizungen zu keinen ernsthafteren Verletzungen gekommen ist, ist reiner Zufall. Unbehelligt von Polizei und Gerichtsordner können die Skins entkommen und der Prozeß wurde wegen fehlender Zeugen verschoben. Die Staatsanwaltschaft hatte bereits vor dem Prozeß das Gericht vor möglichen Übergriffen der Faschisten gewarnt und leitete Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung ein. Die Polizei will von dieser Warnung nichts gehört haben. Gegenüber der Presse war von einer "neuen Dimension der Gewalt", die der "Gasangriff im Gericht" darstelle (GöWo 22.12.), die Rede.

13./14.12.:

In dieser Nacht wird ein Brandanschlag auf das Haus des bekannten Skinhead Thorsten Heise verübt. Abgesehen davon, daß der Anschlag die Wohnung eines völlig Unbeteiligten trifft - zum Glück ohne größeren Schaden anzurichten - , hat die Göttinger Polizei den Täterkreis schon ausgemacht: die autonome Szene. Am 14.12. distanzierte sich das Juzi in einer Presseerklärung von diesem Anschlag: "Wir wehren uns gegen diese haltlose Verdächtigung. Ihr fehlt jede Grundlage. Solche menschenverachtenden Aktionen widersprechen unserem politischen Selbstverständnis und gehören nicht zu unseren Mitteln im Kampf gegen den Faschismus." Zwei Tage später erklärte denn auch die Staatsanwaltschaft, daß die Ermittlungen in eine ganz andere Richtung gingen und die Autonomen mit dem Anschlag nichts zu tun hätten.

17.12.:

Skins verüben einen Säureanschlag auf ein bekanntes, von Linken bewohntes Haus. Die BewohnerInnen konnten nur noch sehen, wie ein Skin in ein bereitstehendes Auto sprang und entfliehen konnte. In der selben Nacht jagen Skins mit einem Auto einen Radfahrer durch Göttingen. Nur mit Glück konnte er sich in einen Fußgängerweg flüchten.

22.12.:

Die Wirtin einer Kneipe forderte randalierende Skins auf, die Kneipe zu verlassen. Daraufhin schlägt ein Skin mit einem Axtstiel nach der Wirtin und verletzt sie. Gäste, die der Wirtin zu Hilfe kommen wollen, werden mit einem Gasrevolver beschossen, ein Skin wird bei der Schlägerei verletzt, die Polizei beschlagnahmt Schlagstöcke, einen Schreckschußrevolver und Abschußbecher.

Keine Jagdszenen aus Niederbayern, sondern Alltag in Göttingen.

32. PKK-Prozeß: Verbleib und Name des Erschossenen nicht bekannt

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:29

Seit nun zwei Monaten trägt die Verteidigung ihren Einstellungsantrag vor, vermutlich wird Mitte Januar die Ankla- ge verlesen. Generalbundesanwalt Rebmann hat in einer Presseerklärung vom 12.12.89 "Gründe" für den schleppenden Prozeßverlauf genannt: So lasse der bisherige Verlauf erkennen, daß "einige der dort tätigen Verteidiger verfahrensfremde Zwecke verfolgen" würden. Einige Verteidiger hätten in der Hauptverhandlung "unverhohlen" eingeräumt, daß sie mit allen Mitteln versuchen würden, "die Durchführung des Prozesses vor dem OLG Düsseldorf zu verhindern". Anlaß genug für den Generalbundesanwalt erneut rechtspolitische Forderungen zu stellen: "Um einen auf Verschleppung angelegten Gebrauch strafprozessualer Befugnisse durch Verteidiger zu unterbinden", sollte nach seiner Einschätzung "doch wieder die Einführung einer strafprozessualen Mißbrauchsklausel" erwogen werden. Umfang, Inhalt und Dauer des Einstellungsantrages bemißt sich an den Verfahrensverstößen durch Bundesanwaltschaft und Gericht während des Ermittlungsverfahrens und nun in der Hauptverhandlung. In welchem Umfang Verteidigungsrechte beschnitten wurden/werden, soll Thema dieses Prozeßberichtes sein.

Vor Prozeßbeginn lagen:

- die Erstellung eines Sonderbaus noch vor dem Eröffnungsbeschluß;

- die Einrichtung eines Strafsenats als speziellem PKK-Gericht;

- die Zusammenarbeit zwischen bundesrepublikanischen Strafverfolgungsbehörden und türkischen Sicherheitsbehörden: Ohne Anlaß hat die BAW personenbezogene Daten an die türkischen Sicherheitsbehörden weitergegeben und diese überdies um eigene Ermittlungen gebeten;

- Verweigerung der Akteneinsicht, weil die Übersetzung des wesentlichen Akteninhalts ins Türkische/Kurdische verweigert wurde;

- ein Aktenumfang von ca. 140 Ordnern; daneben zwei Ordner allein für die Anklageschrift;

- anstelle der Bestellung eines weiteren Pflichtverteidigers des Vertrauens benannte das Gericht Sicherungsverteidiger, bei denen das Gericht die "positive Gewißheit der absoluten Zuverlässigkeit" annahm;

- die Entscheidung des Vorsitzenden, daß im Verfahren Simultanübersetzungen erfolgen sollten;

- die Anklage wegen angeblicher Mitwirkung an angeblicher Erschießung von zwei Personen im angeblichen Guerilla-Camp der PKK in Barlias/Libanon "zu einem nicht bekannten Zeitpunkt im Januar/Februar 87". Wie sich aus der Anklage ergibt, sind der BAW weder der Verbleib der nach ihrer Behauptung Erschossenen noch in einem Fall auch nur der Name des Erschossenen bekannt." (Presseerklärung der Verteidiger)

Sondergerichtsgebäude

"(...) die Anordnung des Vorsitzenden zur Sitzordnung der Angeklagten und ihrer Verteidiger, zur Unterbringung der Angeklagten hinter einer Kunstglaswand und zur Plazierung von Vollzugsbeamten zwischen den Angeklagten" stellt sich für den Vorsitzenden Belker nicht als Beeinträchtigung von Verteidigungsrechten dar. "Angesichts der großen Anzahl der Angeklagten, Verteidiger und Dolmetscher, der Angrenzung von Zuhörerbänken unmittelbar an einen Teil der Anklagebank und einer fehlenden Trennung zwischen dem Zuhörerraum und dem übrigen Sitzungssaal können nur durch eine Abtrennung der Angeklagten durch eine Glastrennwand die Sicherheit und Ordnung im Gerichtssaal gewährleistet und unkontrollierte Kontaktaufnahme zwischen Prozeßbesuchern und Angeklagten sowie die Übergabe von Schriftstücken und anderen Gegenständen auch zwischen Verteidigern und Angeklagten vermieden werden." Auch eine Logik: mit dem so-sein des Verhandlungssaals wird die Anordnung zur Trennscheibe begründet. Für Herrn Völz, BAW, handelt es sich sogar nur um eine "gesondert gesicherte Anklagebank". Im übrigen, so Herr Völz, wäre in keinem Strafverfahren ein ständiger Kontakt zwischen Verteidigern und Angeklagten möglich, da sonst keine Verhandlung zustande käme.

Anders als die Vertreter der BAW und des Gerichts sieht die Verteidigung in der Trennscheibe/dem Käfig den schärfsten Angriff auf eine freie Verteidigung und eine Mißachtung der Menschenrechte der Angeklagten. Im Zusammenhang mit dem Teil des Einstellungsantrages, der sich mit den Prozeßbedingungen auseinandersetzt, haben die VerteidigerInnen erneut eine Protestaktion durchgeführt. Zusammen mit bundesdeutschen und ausländischen KollegInnen standen sie wieder an der Scheibe, nach einer kurzen Pause dann stehend an ihren Plätzen. Der Vorsitzende geriet sichtlich aus der Fassung und brach, obwohl alle Verfahrensbeteiligten anwesend waren, mit den Worten ab: "Unter diesen Voraussetzungen wird die Verhandlung nicht fortgesetzt, mich stört das, dann machen wir heute Schluß."

Rechtsanwältin S. Land aus den Niederlanden berichtete auf einer anschließenden Pressekonferenz, daß sie "in den Niederlanden niemals derartige Verhältnisse gegen eine Verteidigung von Angeklagten erlebt" habe und daß "dergleichen bei uns undenkbar" sei. RA Heydenreich wies später in seinem Teil des Einstellungsantrages darauf hin, daß die Sitzanordnung in diesem Saal allein der Bundesanwaltschaft freie Sicht auf alle Verfahrensbeteiligten ermögliche. Nach dem Faschismus seien im übrigen in zahlreichen Bundesländern, auch in Nordrhein-Westfalen, durch Rechtsvorschriften Kriterien zur Gleichbehandlung von Anklage und Angeklagtem im Verhandlungssaal gesetzt worden, "um einen Bruch in der Tradition der Herabwürdigung Angeklagter während des Nationalsozialismus zu vollziehen. Eines dieser Kriterien war das gleicher Sitzhöhe von Anklage und Verteidigung bzw. Angeklagtem".

Auch die Anwesenheit eines vom Bundeskriminalamt abgestellten Prozeßbeobachters ist nun offiziell. Den Hinweis des Vorsitzenden, nach seiner Kenntnis wären keine Beamte des Landeskriminalamtes im Saal anwesend, nahm RA Schoenian zum Anlaß, den Senat zu fragen, ob seine Informationen zutreffend seien, ein Beamter des Bundeskriminalamtes würde am Verfahren teilnehmen. Zudem wollte er wissen, ob dies in Absprache mit dem Senat geschehe und welchen dienstlichen Auftrag der Beamte habe. Ergänzend fügte er hinzu, daß der Beamte während der Prozeßpausen häufig mit Bundesanwalt Senge geredet habe. Für Herrn Senge war es eine Ungeheuerlichkeit, daß dem Senat solch "inquisitorische Fragen" gestellt wurden. Im übrigen, so der Bundesanwalt, arbeite er schon lange mit dem Beamten zusammen. Er wäre hier, um "zu lernen".

Wie so oft schon in diesem Verfahren: Der Senat wußte von nichts. Dem Antrag auf Personalienfeststellung und Einziehung des Notizbuches mochte er aber nicht nachkommen. Dafür präsentierte er am nächsten Tag seine Erkenntnisse aus einer telefonischen Anfrage beim Bundeskriminalamt. Dieses habe bestätigt, einen Prozeßbeobachter abgestellt zu haben. Zu dessen Aufgaben gehöre aber nicht die Bespitzelung der Besucher. Für einen Protokollierungsantrag der Äußerungen von Senge sah der Vorsitzende keinen Anlaß, da dessen Äußerungen "offensichtlich ironisch" gemeint gewesen seien. Zum zweiten Mal in diesem Verfahren werde, so RA Schoenian, durch Hinzufügung subjektiver Elemente der objektive Tatbestand durch den Senat verfälscht.

Haftbedingungen

Vergleichbar anderen §129a-Prozessen hat auch hier das Instrument der Postkontrolle seine besondere Bedeutung: So wurden Briefe, in denen der Hungerstreik der Gefangenen angekündigt wurde, nicht weitergeleitet, oder sie wurden von der Weiterleitung ausgeschlossen, "wenn sie aufgrund ihres Umfangs, ihres Inhalts und der Fassung in türkischer Sprache im Rahmen der richterlichen Postkontrolle nicht wirksam und nicht mit zumutbarem und vertretbarem Kosten- und Zeitaufwand auf verdeckte Nachrichten zu überprüfen sind". (Beschluß OLG Düss. i.S. Erdem vom 21.6.89)

Als Verteidigung und Angeklagte ankündigten, kurze Stellungnahmen zu den Haftbedingungen abgeben zu wollen, sah Herr Völz die Gelegenheit für präventiven Wortentzug wohl gekommen und forderte den Vorsitzenden auf, diesen das Wort zu entziehen. Seit Anfang der 70er, so Herr Völz, würde der Vorwurf von Mitgliedern terroristischer Organisationen, Anwälten, Angehörigen und ihnen Nahestehenden immer wieder erhoben. Im Fall der ersten RAF-Terroristen sei die Verteidigung bis vor den Europäischen Menschenrechtshof gegangen und habe sich dort eine Abfuhr geholt. Bisher hätten die Betroffenen weder körperlich noch geistig Schaden erlitten, die geistige Frische sei trotz angeblich zerstörerischer Bedingungen noch vorhanden. Zwar gab der Vorsitzende diesem Antrag nicht statt, machte aber deutlich, daß er von nun an genauer prüfen werde, ob die einzelnen Beiträge eine besondere Eilbedürftigkeit für sich in Anspruch nehmen könnten; sei dies nicht der Fall, werde er ggf. die Anklageverlesung vorziehen. Auch wenn der Vorsitzende später über den

Einstellungsantrag feststellt, die Verteidigung trage seit "Monaten was vor, was teilweise nicht stimmt", hat er diese Androhung bisher nicht umgesetzt.

Übersetzungen

Alle Dolmetscher der ersten "Generation" waren schon im Ermittlungsverfahren tätig, z.T. bereits bei der Durchsuchung des Kurdistan-Komitees in Köln dabei. Weder sie noch der Vorsitzende konnten darin allerdings einen Ablehnungsgrund sehen. Trotzdem konnte er einige der Dolmetscher nicht halten.

Als S. Celik seinen Beitrag zur deutsch-türkischen Zusammenarbeit auf kurdisch verlesen wollte, stellte sich heraus, daß kein qualifizierter Kurdisch-Dolmetscher vorhanden war. Herr Völz lehnte die Hinzuziehung eines weiteren Dolmetschers für die BAW grundsätzlich ab, da niemand einen Anspruch darauf habe, daß in seiner Heimatsprache, sondern nur in einer ihm verständlichen Sprache gesprochen werde. Der Senat fragte nach, da man doch aufgrund der Akten wisse, daß Celik türkisch verstehe. Celik machte klar, daß er festgenommen worden sei, weil er Kurde sei und in seiner Heimatsprache sprechen wolle. Dem Gericht war die politische Brisanz dieses Problems offensichtlich deutlich. Als die Verhandlung nach einer längeren Pause fortgesetzt wurde, leitete der Vorsitzende seine Entscheidung mit der Bemerkung ein: "Der Senat ist sich der Bedeutung der Entscheidung, die er jetzt treffen muß, bewußt." Bei der Entscheidung darüber, ob kurdisch gesprochen werden könne, ginge es aus Sicht des Senats vielmehr um die allen bekannten Dolmetscherprobleme und die Zeitverzögerung bei dreimaliger Übersetzung (kurdisch-deutsch- türkisch). Zwar konnte Celik dann kurdisch sprechen, doch kam es noch zu einem Eklat: Zwei Dolmetscher versuchten sich ergebnislos am Text, so daß sich der Vorsitzende zur Entbindung zweier Dolmetscher und Bestellung zweier neuer veranlaßt sah.

Daraufhin konnte der Beitrag von Celik durch die neuen Dolmetscher übersetzt werden, zwischenzeitlich zeichnen sich allerdings erneut Übersetzungsschwierigkeiten bei einem Beitrag von Güler ab.

Psychiatrisierung

Auch in diesem §129a-Prozeß wird versucht, politische Gefangene zu psychiatrisieren. Bei fünf Angeklagten erscheint es dem Senat erforderlich, "wegen der Schwere und Art der den Angeschuldigten (...) zur Last gelegten Straftaten (...) ein Gutachten darüber einzuholen, ob Anhaltspunkte vorliegen, an der vollen Schuldfähigkeit der Angeschuldigten zu zweifeln und eingehende Begutachtungen hierzu zu veranlassen."

Ohne jeden konkreten Anhaltspunkt also, rein "prophylaktisch" soll das Verhalten der Gefangenen im Käfig permanenter Beobachtung ausgesetzt werden. Dies hat Tradition: 1973 sollte U. Meinhof psychiatrisch auf ihre Zurechnungsfähigkeit hin untersucht werden; 1976 ordnete der 4. Strafsenat des OLG Düsseldorf gegen Dellwo, Taufer, Rössner und Krabbe ebenfalls psychiatrische Begutachtung an. In der Mehrzahl der §129a-Prozesse in Düsseldorf ist eine entsprechende Anordnung inzwischen die Regel. In diesem Zusammenhang ging RA Biskamp auch auf eine 1983 im Auftrag der türkischen Regierung erstellte "Studie über türkische Terroristen" ein.

Darin heißt es u.a.: "Der Terrorist fühlt sich unzufrieden in seiner Person und sieht hoffnungslos in die Zukunft, er denkt liberal, lehnt seine Umgebung ab, hat keinen Respekt vor seinen Eltern. Er hat depressive Züge mit neurotischen Tendenzen. Der Terrorist hat wenig Angst, ist hartnäckig, betrachtet persönliche Interessen als etwas Sekundäres, sein Urteilsvermögen und seine kritischen Fähigkeiten sind eingeschränkt. Er hat Angst, allein zu sein. Es gibt beachtenswerte Unterschiede zwischen den Anführern terroristischer Aktionen und den Gefolgsleuten in Persönlichkeit und Charakterstruktur. Führer sind eher introvertiert, intellektuell und kultiviert. Gefolgsleute sind aggressiv, affektlos, schwach und haben ein charakteristisches Persönlichkeitsprofil (introvertiert, nicht neurotisch), mit einem geminderten geistigen Leistungsvermögen und einem niedrigen IQ. Viele haben Erfahrungen mit abhängig machenden Drogen und wurden konditioniert."

Vielleicht weil die politische Funktion der BAW in den geschilderten Situationen und noch weiteren so offenkundig war, beteuert Herr Völz immer wieder: "Die Ermittlungen seien im wesentlichen nicht durch den Geheimdienst angeschoben worden, sondern durch die Straftaten 1988 und die Broschüre von der GAL." Und weiter meint er, daß die Gefangenen nicht angeklagt seien, weil sie sich als Politiker und Freiheitskämpfer verstünden, sondern weil gegen sie der dringende Tatverdacht bestehe, das Gastrecht verletzt zu haben.

Wohl am nachhaltigsten konnten bisher die Angeklagten Kaytan und Kidir die BAW aus ihrer Reserve locken: Kaytan führte aus, daß er wisse, daß in der BRD die Nichtkenntnis von Straftatbeständen nicht vor Strafe

schütze. Man möge ihn daher bitte aufklären, da er bisher davon ausgegangen sei, daß, wenn nicht Kurdistan, so doch Libanon und die Türkei souveräne Staaten wären, in denen bundesdeutsche Gesetze nicht gelten würden. Kidir spitzte die Kritik zu, als sie fragte, ob es in den Geltungsbereich deutscher Gesetze falle, "wegen eines in El Salvador zum Tode verurteilten und bestraften Agenten oder Provokateurs" die Guerilla abzuurteilen? Ob sich etwa die BRD das Recht zugestehen würde, die palästinensische Guerilla zur Rechenschaft zu ziehen, die Bestrafungsaktionen in Palästina oder dem Libanon gegen Agenten und Provokateure durchgeführt hätte? Und wie es mit der Befreiungsbewegung in Südafrika stünde?

Wenn auch die bisherigen Prozeßtage immer gut besucht waren, ist doch die geringe Anzahl bundesdeutscher ZuschauerInnen sehr auffällig. Dies verwundert um so mehr, als sich im Ausland eine kritische Öffentlichkeit für diesen Prozeß interessiert und zur Prozeßbeobachtung aufruft.

Katharina Kümpel

Bei der im Text erwähnten, vom Bundesanwalt genannten Broschüre der GAL handelt es sich um die am 25.7.87 erschienene, von der GAL Hamburg herausgegebene Broschüre "Politische Morde in Europa".

33. Der Staat nimmt Rache an RAF-Gefangenen für Herrhausenanschlag - Erklärung der Angehörigen

Presseerklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:36

Dokumentation

Der Staat nimmt an RAF-Gefangenen Rache für Herrhausen-Anschlag

Presseerklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Wir sind in großer Sorge um unsere Angehörigen, die politischen Gefangenen in der BRD.

Seit der Aktion gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, vom 30.11.89 ist materiell und propagandistisch ein von der Bundesanwaltschaft gesteuertes Projekt angelaufen, das darauf zielt, die Gefangenen für diese und künftige Aktionen der Guerilla verantwortlich zu machen.

So wurden wenige Stunden nach der Aktion bei 26 Gefangenen aus RAF und Widerstand auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft Zellenrazzien durchgeführt, die Gefangenen wurden sofort voneinander und von anderen Gefangenen isoliert, einige wurden in Bunkerzellen gebracht, geplante Besuche durften nicht stattfinden. Rolf Heissler wurde in den Hochsicherheitstrakt verlegt. Seine Rückverlegung wurde davon abhängig gemacht, daß er sich von der Aktion distanziert. Zur Begründung diente der Bundesanwaltschaft ein Brief von Helmut Pohl von Ende Oktober 1989, der eine Einschätzung zu den Haftbedingungen und deren Veränderungen nach dem letzten Hungerstreik der Gefangenen enthält und der auf dem ganz normalen Postweg aus der Anstalt gelangte, d. h. über die Anstaltszensur.

Auch in den Medien wurde sofort und einheitlich behauptet, daß die Gefangenen für die Aktion verantwortlich seien: schon eine Stunde nach der ersten Meldung dazu bringen sie Helmuts Brief damit in Zusammenhang; in dauernder Wiederholung zitieren Funk und Fernsehen aus dem Zusammenhang gerissene, sinnentstellte und verfälschte Passagen aus dem Brief; im Fernsehen wird dazu jeweils Helmuts Bild eingeblendet.

Schon am 16.11.1989 hatte die Tageszeitung "Die Welt" Helmuts Brief auf gleiche Weise benutzt, um zu suggerieren, daß die politischen Gefangenen und die Guerilla draußen gemeinsam auf eine Aktion hinarbeiten würden.

An dieser propagandistischen Linie hat sich im wesentlichen auch nichts dadurch geändert, daß Teile des Sicherheitsapparates und der Medien inzwischen Helmuts Brief nicht mehr als "Auslöser" oder "Anweisung" für die Aktion interpretieren konnten, nachdem bekanntgeworden war, daß die Vorbereitungen dazu lange vor der Veröffentlichung des Briefes begonnen hatten. Inzwischen wird Günter Sonnenberg mittels eines angeblichen Zellenfundes als weiterer Mitwisser und Verantwortlicher für die Aktion aufgebaut. Abgesehen davon, daß Günter schon immer den besonderen Haß der Bundesanwaltschaft auf sich gezogen hat, hat dies seinen Grund sicher auch darin, daß seit Monaten eine Kampagne zu seiner Freilassung läuft.

Daß der Staat als Reaktion auf die Aktion gegen Herrhausen sofort gegen die Gefangenen losgeschlagen hat, zeigt, daß er sie nach wie vor im Geiselstatus hält.

Diese Situation jetzt beunruhigt uns in hohem Maße. Denn wir wissen aus Erfahrung, daß das amtliche Konstrukt der "Zellensteuerung" und die in den Medien damit einhergehende Diffamierungskampagne gegen die Gefangenen in zugespitzten Situationen schon mehrfach dazu gedient haben, die Gefangenen massiv physisch anzugriefen bis hin zum Mord. Wir erinnern an den Mord an Ulrike Meinhof im Mai 76, dem eine jahrelange Hetzkampagne gegen sie vorausging. Und wir erinnern an den Mord an Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Ingrid Schubert und den Mordversuch an Irmgard Möller im Herbst 77, die vorbereitet wurden durch eine von der gesamten staatsloyalen Öffentlichkeit betriebene und getragene Kampagne, in der sie als Drahtzieher der damaligen Aktionen der RAF dargestellt und ihnen jedes Recht auf menschliche Existenz abgesprochen wurde.

Wenn heute der SPD-Vorsitzende Hans-Joachim Vogel, damals als Bundesjustizminister einer der Hauptverantwortlichen für diese Entwicklung, nach der Aktion gegen Herrhausen sagt, die Situation sei wie 1977, damals seien sie damit fertiggeworden und heute würden sie es auch, meint er genau diese "Lösung" - sich an den Gefangenen zu rächen.

Aber es wird entscheidend von uns abhängen, wie der Staat jetzt weiter mit den Gefangenen umgeht. Aus diesem Grunde halten wir es in der aktuellen Situation für besonders wichtig, die Entwicklung in den Gefängnissen genau zu verfolgen und den Kampf für die Zusammenlegung und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen verstärkt weiterzuführen. Denn nur so können wir den Gefangenen Schutz bieten und der Hetzkampagne entgegentreten.

Genau damit sind wir als Angehörigengruppe den Staatsapparaten ein Dorn im Auge. Besonders jetzt, nachdem der letzte Hungerstreik der Gefangenen eine Mobilisierung draußen erreicht hat, die es politisch inopportun gemacht hat, ihre Forderungen und die Unterstützung dafür zu kriminalisieren, und wir ein Forum für die Gefangenen, das Angehörigen-Info, schaffen konnten.

Darin veröffentlichen wir Berichte über die Haftbedingungen, Briefe, Informationen aus der Solidaritätsbewegung. Diese Entwicklung wollen die Sicherheitsapparate jetzt wieder zurückdrehen. Sie nehmen die Tatsache, daß wir den Brief von Helmut Pohl in unserem Info veröffentlicht haben, zum Anlaß, das Info zu kriminalisieren, indem wir als "Umfeld" oder "Unterstützer" der RAF hingestellt werden. So wollen sie uns die Möglichkeit nehmen, Gegenöffentlichkeit zur Situation der Gefangenen zu schaffen, um ihr Vernichtungsprojekt ungestört fortführen zu können.

Sie können uns aber nicht einschüchtern!

Wir werden das nicht zulassen!

Gemeinsam werden wir die Zusammenlegung und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen durchsetzen!

16.12.1989

Unsere Adresse:

Postlagerkarte 05 02 05

7500 Karlsruhe 1

34. Großwetterlage verschwindet im Ozonloch - Anmerkungen zur nicht real existierenden Antirepressionskampagne

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:44

Als im Frühjahr 1989 die erste Kontroverse über Sinn und Unsinn einer Repressionskampagne zwischen der Autonomen Lupus Gruppe und mir in der "clockwork 129a" ausgetragen wurde, konnten wir uns einiger Aufmerksamkeit gewiß sein. Der "129a" war Thema. Um die zweite Runde überhaupt einläuten zu können, mußte nicht zufällig erstmal ein neuer Austragungsort gefunden werden: Die auf eine breitere Öffentlichkeit zielende "clockwork 129a" wird zwar voraussichtlich noch ein weiteres Mal erscheinen, regelmäßig ist sie nicht mehr zu haben. Auch die mehr ins linksradikale Spektrum hinein orientierte "Nicht zu fassen" aus Köln hat ihr Erscheinen eingestellt. Andere Medien der Auseinandersetzung mit Repression, Staatsgewalt und linkem Widerstand dagegen, wie z.B. das Hungerstreik-Info, jetzt "Angehörigen-Info", existieren zwar noch - die Auflage ist freilich drastisch gesunken. Der noch zu Beginn letzten Jahres in Frankfurt erschienene "Kriminalisierungsrundbrief" scheint, ziemlich stillschweigend, der Kriminalisierung zum Opfer gefallen: außer seiner neuen Adresse in Amsterdam, die regelmäßig auf der taz-Wiese gepflanzt wird, habe ich seit Monaten nichts mehr von ihm zu lesen bekommen. Sicher: es gibt "Nachwuchs", es gibt ein Info über den Kurden-Prozeß in Düsseldorf, ein weiteres zum Frankfurter Börsen-Prozeß ist in Planung - der Unterschied ist aber evident: die Versuche, eine zusammenhängende Berichterstattung über 129a-Verfahren zu gewährleisten, sind weitgehend eingestellt oder auf Szene-Dimension reduziert worden, es bleiben die "Spezial"-Infos. Der Kahlschlag im Blätterwald hat ungehindert durch die Landschaft pfeifende frostige Winde zur Folge. Die vorläufigen und weniger vorläufigen Festnahmen nach dem Herrhausen-Anschlag dürften uns einen Vorgeschmack auf künftige Frostbeulen gegeben haben.(1) Es ist also derzeit genau die Situation eingetreten, die zu verhindern im Frühjahr und Sommer 1989 Überlegungen für eine Anti-Repressionskampagne entwickelt wurden - das zu konstatieren ist notwendig, allerdings, wohl wahr, aktuell erst mal wenig hilfreich, weil es die Ursachen für diese Situation und damit auch die eventuellen Auswege (das muß man wirklich vorsichtig formulieren) nicht benennt.

In der Anti-Repressions-Arbeit (2) haben sich im letzten Jahr drei Haupt-Linien herausgebildet: 1. vor allem im Startbahn-Prozeß in Zusammenhang mit der Aussageverweigerungs-Kampagne: eine Orientierung ins linksradikale, militante Spektrum hinein, die vor allem das Ziel hat, durch eigenes Verhalten den politischen Charakter der Prozesse nach außen deutlich zu machen und gleichzeitig die Ermittlungsergebnisse der Polizei zu minimieren; 2. vor allem im Vorfeld des Strobl-Prozesses und der Ermittlungen gegen Ulla Penselin, aber auch im Umfeld des PKK-Prozesses: eine inhaltliche Orientierung, die sich mit den Zielen der inkriminierten Taten (Widerstand gegen Gentech, Befreiungskampf in Kurdistan) beschäftigt und versucht, das öffentliche Interesse an einem Verfahren für die Propagierung der eigenen Inhalte zu nutzen; 3. vor allem während des Strobl-Prozesses: der "klassische" Anti-Repressions-Kampf, der vor allem versucht, die Anklage öffentlich auseinanderzunehmen, um dadurch den politischen Charakter des Prozesses nach außen hin deutlich werden zu lassen und in diesem Zusammenhang die Staatsgewalt ins Kreuzfeuer der Kritik zu rücken.

Auf allen drei Linien sind im letzten Jahr z.T. beachtliche Erfolge erzielt worden: die Aussageverweigerungskampagne hat im Startbahn-Prozeß zur Zurücknahme der allermeisten belastenden Aussagen geführt, in etlichen Fällen wurde das Zustandekommen der Aussagen selber Prozeßgegenstand - eine Entwicklung, die die Justiz in der Regel ziemlich schlecht aussehen ließ (3); Gentechnologie erlebte als Thema in 1988/89 erhebliche Konjunktur (4); im Verlauf des Strobl-Prozesses gelang es, wie schon lange nicht mehr, in einem 129a-Verfahren die Anklage und ihre zu Prozeßbeginn scheinbar stabile Indizienkonstruktion vor den Augen der Öffentlichkeit zum Einstürzen zu bringen - selbst die Berichterstatter bürgerlicher Medien wie z.B. der "FAZ" sahen kaum mehr einen überzeugenden Grund für eine Verurteilung.

Mit diesen Erfolgen war eine, im Vergleich zu politischen Prozessen der letzten Jahre, einzigartig günstige Ausgangslage erreicht: 129a-Prozesse spielten sich nicht mehr in einer gesellschaftlichen Tabu-Zone ab, die Anklageerhebung allein legitimierte nicht mehr die automatische Verurteilung (5). Während einerseits also Verfahren wie der Startbahn-Prozeß (oder das laufenden Verfahren gegen KurdInnen vor dem

OLG-Düsseldorf) zwar in der Kontinuität staatlicher Repression insgesamt stehen, andererseits aber durch ihr Ausmaß und die Dimension des Vorlaufs (6) durchaus eine "neue Qualität" signalisieren, schien sich gleichzeitig auch eine neue Qualität in der Anti-Repressionsarbeit abzuzeichnen. Die zweite Ebene neuer Qualität muß angesichts des Urteilspruchs gegen Ingrid Strobl, aber auch angesichts der fortgesetzten Inhaftierung von Andreas Semisch im Startbahn-Verfahren oder der weitgehend unkritisierten Zustände im Verfahren gegen die KurdInnen in Düsseldorf darin gesehen werden, daß die harte Linie trotz öffentlicher Aufmerksamkeit und Parteilichkeit für die Angeklagten durchgezogen wird. Die Kurzlebigkeit des öffentlichen Protestes z.B. nach dem Urteil gegen Ingrid Strobl wird den Staatsapparat in diesem Vorgehen bestärken: der Preis der harten Linie ist offensichtlich derzeit niedrig. Dazu kommt, was sich für uns im Augenblick massiv auswirkt, der bekannte Abstumpfungseffekt: nach einem Jahr Solidaritätsarbeit auf hohem Niveau bröckeln die eigenen Kräfte und auch das Interesse der ansprechbaren Öffentlichkeit erlahmt. Die Vielzahl der "Einzelfälle" und der jeweils damit verbundenen Solidaritätsaktionen führt schnell zu einem genervten: "Schon wieder 129a ...".

In dieser Situation über eine Anti-Repressionskampagne zu streiten scheint ein müßiges Unterfangen. Realistisch ist es sicherlich, sich darauf einzustellen, daß in den nächsten Monaten die Solidaritätsarbeit zu einzelnen Verfahren im wesentlichen vor Ort und von den eigenen Leuten getragen werden muß. Auf absehbare Zeit abfinden können und dürfen wir uns damit aber nicht: der Staatsapparat weiß schließlich um unsere Schwäche und wird sie, wie sich derzeit bereits abzeichnet, ausnutzen und weitertreiben. Es wird bei einem nächsten Anlauf darauf ankommen, den 129a in einer Art konzertierter Aktion zum Thema zu machen: d.h. eine Solidaritätsarbeit zu konzipieren, die sich nicht schwerpunktmäßig auf einen Prozeß beschränkt, sondern auf den Gesamtkomplex (Haftbedingungen, Prozeßführung etc.). Voraussetzung dafür wird allerdings sein, daß von vornherein eine Zusammenarbeit mit den Leuten aus dem linksliberalen, linkssozialdemokratischen Spektrum (7) zustande kommt, die sich nicht darauf beschränkt, diese zu Unterschriften zu motivieren.

Fassanbass

Anmerkungen:

1) Es kam dabei zwar nicht ganz schlimm, bis heute existiert aber keine "eigene" Öffentlichkeit zur Verhaftung der beiden angeblichen RAF-Mitglieder in Husum; es gab auch keinen über die Szenekreise hinausgehenden öffentlichen Protest gegen die Festnahmen und Durchsuchungen in Lasbek und Hamburg-Billstedt; die Umstände einer weiteren vorläufigen Festnahme bei dem Menschen, der unter offensichtlich sehr merkwürdigen Umständen aufgefordert worden ist, die Stromrechnung für das Lasbeker Haus zu zahlen und der das auch getan hat (wie verantwortungslos handeln eigentlich manche Illegalen?), sind ebenfalls bis heute undiskutiert.

2) Die ich künftig der Einfachheit und der objektiven Umstände halber allgemein so nenne, obwohl manche Gruppen ihre Arbeit zu Prozessen nicht als Anti-Repressions-Arbeit verstehen.

3) Etliche der Aussagen wurden durch massive körperliche Bedrohung oder Erpressung erzwungen (dazu ausführlicher: Autonome Lupus Gruppe über den Startbahn-Prozeß in "Diskus- Frankfurter Studentenzeitung 1/1990").

4) Wobei allerdings der Zusammenhang mit dem Prozeß in Frage gestellt werden kann: das "Thema" des RZ-Anschlages, dessentwegen Ingrid Strobl angeklagt war, war ja die "Freies Fluten"-Aktion der RZ zur Flüchtlingspolitik, der auch in den Monaten des Verfahrens trotz aktueller politischer Anlässe wie z.B. der Verschärfung des Ausländer- und Asylrechts keine bemerkenswerte Öffentlichkeit (auch nicht in der Linken) beschieden war.

5) Daß dieses Tabu gebrochen wurde, wurde nicht durch "Angstmachen" vor der Repression erreicht - wenngleich die von Lupus kritisierten Tendenzen sicher manche Anti-Rep-Veranstaltung geprägt haben. Wie sich Leute verhalten, die Angst haben, ist idealtypisch am Startbahn-Prozeß nachzuvollziehen: sie kooperieren mit den Bullen, machen Aussagen etc. Erst wenn sichtbar wird, daß es eine Gegenkraft gibt, kann Solidarisierung erreicht werden. Eine Anti-Repressions-Kampagne, wie immer sie im Detail aussehen mag, wird also niemals mit Angst zu mobilisieren versuchen - genauso unsinnig erscheint allerdings der andere, gerade aus dem autonomen Spektrum oftmals vorgeschlagene Weg: Die Repression als Zeichen unserer

Stärke zu interpretieren. Dagegen spricht vor allem die Empirie (der Startbahn-Bewegung wurde ja nicht ganz zufällig eben nicht zu ihren Hoch-Zeiten 1979-81 der Prozeß gemacht, sondern 1988/89, als sie auf dem Weg nach unten war).

6) Während im "Schwarzen Block"-Verfahren gezielt gegen das autonome Spektrum vorgegangen werden sollte, ist das Neue des Startbahn-Prozesses, daß dort flächendeckend und mit massiven strafrechtlichen Vorwürfen gegen sämtliche Strömungen der noch aktiven Bewegung vorgegangen wurde.

7) Wie z.B. dem Verein Demokratischer JuristInnen, der sich in die Solidaritätsarbeit zum Strobl- und dem Startbahn-Prozeß und auch bei weitergehenden Überlegungen für eine 129a-Kampagne nur durch Einzelpersonen eingemischt hat.

35. Repression ist kein Unwetter, sondern Großwetterlage - Dokumentation eines Textes der LUPUS-Gruppe

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:30

ausgehend von den zwölf thesen möchten wir auf einige zentrale argumente eingehen, die für eine anti-repressions-kampagne ins feld geführt werden. uns geht es dabei nicht darum, eine unnötige, letztlich eitle konkurrenz zu unterschiedlichen ansätzen innerhalb unseres militanten spektrums zu schüren. viel wichtiger und vor allem produktiver ist die gemeinsame anstrengung, unsere grundsätzlichen einschätzungen zur funktion, qualität und bedeutung von repression und kriminalisierung zu präzisieren.

an vielen ecken und enden dieser republik bekamen wir immer wieder zu hören, wir seien mit einer "neuen qualität" von repression konfrontiert. gerade auch als startbahnbewegung suchten wir nach erklärungen und einordnungen für die allgemeine verunsicherung, das chaos, die allgegenwärtige angst, die vor allem in den ersten wochen und monaten nach dem 2.11.87 durch die repressionswelle ausgelöst und durch immer neue hausdurchsuchungen, permanente straßenkontrollen, offene und verdeckte observationen und verhaftungen über monate hin gezielt wachgehalten wurden. es sind nun genug monate vergangen, um mit einiger gewißheit und erfahrung sagen zu können: es ist nicht die "neue qualität" des repressionsapparats, die uns in den ersten monaten fast kopf und kragen gekostet hätte, sondern schlicht die "uralte qualität" sozialer bewegungen, daß sie die erfahrungen als massenbewegung, die macht der basis-demokratischen einflußnahme und die erfolge von massenmilitanz eher in mythen verfestigen, als in strukturen von gegenmacht. soziale bewegungen, die gerade in der zerstörung ihres rechtstaatsglaubens ihre höhepunkte erleben, werden gerade dort immer wieder mit resignation, rückzug und spaltung konfrontiert, wo staatliche "übergriffe" ihre mobilisierende wirkung verlieren und als alltägliche normalität eine prinzipielle, widerständische haltung verlangen. staatliche gewaltorgien, wie der "blutige sonntag", der knüppeleinsatz von sek-stahlhelmtruppen, die verwendung von blendschockgranaten oder der prozeß gegen k. malorny und p. paschke wegen versuchten totschlages zuungunsten eines fag-dieners blieben letztendlich spektakuläre randmarkierungen innerhalb der startbahnbewegung. anfangs von der repression nur eskortiert, bemerkten wir gar nicht, daß sie in wachsendem grade maßstab unseres handlungsspielraumes wurde. so waren kleingruppenaktionen oft nicht ausdruck wachsender militanz, sondern ersatz für breiten, massenhaften widerstand, ersatz für fehlende verbreiterung und organisierung. in der breite der startbahnbewegung wurden die erfahrungen mit repression in der konsequenz eher als "übergriffe" verarbeitet, anstatt als alltägliche herausforderung an unser denken, handeln und vorgehen. und so ist es nur verständlich, wenn viele von uns, die der repression und kriminalisierung entwischten, es eher dem glück oder zufall zu verdanken hatten als unserem kollektiven, bewußten umgehen.

natürlich suchten auch wir gerade nach dem 2.11.87 nach indizien für eine "neue qualität" der repression - nach perfekten fahndungsmethoden, nach richtmikrofonen und wanzen, nach raffinierten verhörmethoden und technisch hochwertigen observationen. doch bei all dem, was wir heute wissen, bleibt uns nur eines zu sagen - mit erleichterung und verwunderung: nichts stützt die selbstentlastende legende vom allmächtigen überwachungsstaat, vor dem nichts zu verheimlichen war, der alles wußte, hätte nur ein minimum an militantem selbstverständnis und radikaler konsequenz bestand behabt, hätte sich die konstruktion des §129a selbst entlarvt. das lähmende und schockierende waren nicht die vermeintlichen "fahndungs- und ermittlungserkenntnisse" des staatsschutzes, sondern die tatsache, daß wir mit dem wissen und den erfahrungen einzelner und der inkonsequenz vieler zum bestandteil und baustein ihres fahndungserfolges wurden.

von unseren erfahrungen ausgehend hat das argument von der "neuen qualität" der repression mehr selbstentlastenden, entschuldigenden, als analytischen charakter. je überlegener wir unseren feind zeichnen, umso entschuldbarer und unabwendbarer erscheinen unsere niederlagen. so verhängnisvoll es ist, unser vorgehen am feind zu messen, so spiegelbildlich verkehrt bleibt der versuch, in der überhöhung des feindes unsere fehler und niederlagen zum verschwinden zu bringen. im argument von der "neuen qualität" der repression spiegelt sich weniger eine genaue analyse des staatlichen gewaltapparats wider als der stand

militanter bewegungen und organisierungen. während die repression eine lange geschichte hat, aus ihr lernt, neues wissen und erfahrungen anhäuft, verfeinert und perfektioniert, besteht die "tradition" militanter politik zu oft darin, alle fünf jahre - mehr oder weniger - von vorn anzufangen, fehler beharrlich zu wiederholen, aus erfahrungen nicht zu lernen, sondern immer erst selbst machen zu müssen, die geschichte militanter, autonomer politik eher mit arroganz und abgrenzungen zu besetzen, anstatt sie als lebendigen bestandteil in unsere eigenen erfahrungen einzubinden. ein gegenläufiger alterungsprozeß: während wir mit jeder repressionswelle jünger werden, erfahrungen und wissen entweder eingekerkert werden oder verloren gehen, wächst auf staatsschutzseite kontinuierlich technisches und personelles wissen, das sich umso massiver gegen die verbliebenen restbewegungen richtet. in dem maße, wie wir uns an den verlust lebendiger geschichte und erfahrungen gewöhnt haben, in dem maße wird jede repressionswelle immer von neuem als einzigartig und qualitativ neu erlebt.

wenn wir also - wider autonomes kurzzeitgedächtnis - die heutige repression nicht als einschnitt, sondern als kontinuität staatlicher repression begreifen, dann vor allem, um unsere militante geschichte, unsere und die erfahrung anderer ernst zu nehmen. denn die repressionswelle gegen den "schwarzen block" 1980/81 in frankfurt oder die berufsverbotswelle mitte der 70er jahre, der "deutsche herbst" oder die kommunistenverfolgung in den 50er jahren waren nicht weniger spektakulär und einschneidend als das, womit wir heute konfrontiert sind.

keine frage, das instrumentarium staatlicher repression hat sich verwandelt: genügte es früher, zehntausenden von linken, studentenbewegten beamtenanwärterinnen mit der vernichtung ihrer beruflichen karriere zu drohen, so bedrohen sie heute nicht mehr unsere berufswünsche - dazu genügen schlicht marktgesetze - sondern unser leben selbst. und nicht weniger einschneidend ist die veränderung des politisch-ideologischen klimas, in die staatliche repression eingebettet ist. war in den 70er jahren noch eine staatlich inszenierte und geschürte pogromstimmung notwendig - mit bürgerbeteiligung und aktivierung des "gesunden volksempfindens" - um den auf- und ausbau des staatsschutzapparats, die diktatur des krisenstabs, die nachträgliche verrechtlichung des allgegenwärtigen "übergesetzlichen notstandes" politisch und öffentlich (vor allem gegenüber dem ausland) zu legitimieren, so wird heute, unter weitgehendem ausschluß der öffentlichkeit, in geradezu belangloser stille, staatliche verfolgung und kriminalisierung organisiert - so als wäre nichts. kaum groß angelegte, spektakuläre razzien mit begleitender, geifernder hetzpresse, bundesweit ausgestrahltes zur-schau- stellen von fahndungserfolgen - vielmehr die lautlose einkreisung militanter zusammenhänge, der ständig aufrechterhaltene druck und zwang, uns nur noch mit uns selbst und der repression zu beschäftigen, uns einzuigeln und abzuschotten, uns politisch und sozial selbst trocken zu legen - wie ein gehetzter hase auf offenem feld die strategie des low-intensity-war - den frieden zur waffe des krieges zu machen.

aber auch das ist für uns keine "neue qualität" der repression, eher dessen systematische normalisierung. denn was für viele von uns neu sein mag, ist für alle bewaffneten gruppen seit jahren alltäglicher ausnahmezustand. neu ist nur, daß wir uns keine illusionen mehr zu machen brauchen, daß uns das nicht betrifft. die wirklich neue qualität und dimension des hungerstreiks, drinnen, wie auch die präzisierungen und das umsetzen eigener autonomer positionen draußen, wird noch viel zu wenig in diesen veränderungen begriffen und verstanden.

nun spräche vielleicht für eine anti-repressions-kampagne nicht die "neue qualität" der repression, sondern gerade deren normalisierung. wir möchten dagegenhalten: anti-repressions-kampagnen haben in der geschichte immer die tendenz gehabt, mit der angst vor repression, mit der angst, daß es jede/n von uns erwischen könnte, zu mobilisieren. damit geraten wir immer wieder in die gefahr, eine staatliche willkür zu beschwören - sozusagen als linkes drohpotential gegenüber allen, die sich - noch - nicht von der repression betroffen fühlen. so wurde u.a. damit argumentiert, daß der erweiterte §129a auch gewerkschaftliche streiks, blockaden oder besetzungen als terroristische vereinigung verfolgen könnte, während uns die herrschende wirklichkeit lügen strafte, als die straßen und brücken während der streiks in rheinhausen - mit sozialdemokratischer und polizeilicher rückendeckung - perfekt besetzt und blockiert wurden. wenn wir unsere eigene analyse vom atomaren überwachungsstaat ernst nehmen, dann steht die beschwörung eines blindwütigen staatlichen repressionsapparats im krassen gegensatz zu seiner tatsächlichen gefährlichkeit und drohung. die wirkliche qualität staatlicher repression besteht nicht darin, wahllos unbeteiligte und "unbescholtene" bürgerinnen zu terrorisieren, sondern gezielt menschen zu verfolgen, die sich außerhalb des

herrschenden konsenses stellen und all denen friedlichen konsum zu garantieren, die damit nichts zu tun haben wollen. ein staat, der uns bereits beim wort nimmt, vielleicht, weil zu wenige taten zu verfolgen und "aufzuklären" sind.

wirkliche mobilisierung erreichen wir nicht mit der angst vor repression - im gegenteil: wir transportieren mit unseren eigenen mitteln unfreiwillig staatliche abschreckung. wirkliche mobilisierung erreichen wir nur dadurch, daß wir durch unsere art zu leben und zu kämpfen uns selbst verändern und andere menschen begeistern und mitreißen - nicht als hilflose, unschuldige opfer, sondern als täterinnen unserer lebensvorstellungen und utopien. dann wird auch repression nicht mehr als verlust von rechtstaatlichkeit angeklagt, sondern als permanenten angriff auf unser leben zum alltäglichen bestandteil unseres widerstandes, zum bestandteil von sozialen und politischen strukturen von gegenmacht. eine anti-repressions-kampagne kann kein "trockenes terrain" erkämpfen, freikämpfen, freischaufeln. oder, um im bild zu bleiben: eine anti-repressions-kampagne kann kein regenschirm sein, unter den wir uns schützend stellen können - auch nicht mit liberalem und humanistischem überdach.

eine anti-repressions-kampagne kann kein regenschirm sein, den wir aufspannen, wenn uns der strömende regen wieder einmal überrascht hat. repression ist kein unwetter, sondern großwetterlage in dieser republik, mit der wir nicht ausnahmsweise, sondern alltäglich umgehen lernen müssen.

wir werden in dieser republik, mit seiner kläglichen anti-faschistischen und demokratischen tradition immer mit den füßen im wasser stehen. wir werden also lernen müssen, uns darin zu bewegen, mit nassen füßen vielleicht, aber ohne permanent von erkältungen gebeutelt zu werden. damit meinen wir keinen männlichen abhärtungswahn, sondern der gesunde verlust einer illusion, "trockenes terrain" zu erreichen, ohne unseren kampf um eine herrschaftsfreie gesellschaft aufzugeben.

autonome lupus-gruppe r/m

36. Der neonazistische Einzeltäter von Maria Hempel und Andres Garcia

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:01

Ralf Tegethoff ist 26 Jahre alt und leitet seit Jahren die "Wiking-Jugend" (WJ), die größte und bestorganisierte neofaschistische Jugendorganisation in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis (siehe auch AK 295). Seit 1984 ist er zudem Mitglied in der militanten "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), in der er mittlerweile die Funktion des "Gauführers Mittelrhein" ausübt. Im November mußte er sich zum dritten Mal vor Gericht verantworten.

Diesmal wurden drei Vorfälle verhandelt, bei denen Tegethoff eine leitende Funktion vorgeworfen wurde. Am 7.6.87 gab es einen nächtlichen Aufmarsch der Neonazis auf dem Bonner Friedensplatz, bei dem das "Horst-Wessel-Lied" (Parteihymne der NSDAP) gesungen und Hetzparolen wie "Juda verrecke" und "Wenn das Judenblut vom Messer springt, das deutsche Herz im Leibe singt" skandiert wurden.

Nur neun Tage später, am 16.6.87, traten die Neofaschisten bei einer Veranstaltung der "Jungen Union" vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn auf. Sie stürmten im Laufschritt mit gestreckten rechten Armen in die Menge und brüllten "Deutschland erwache - Rotfront verrecke".

Am 14.11.87 marschierte eine uniformierte Gruppe von Neonazis mit Trommel und Runenfahne durch Königswinter-Ittenbach und legte an der Kriegsgräberstätte einen Kranz der FAP nieder. Auf dem Rückweg wurde wieder das "Horst-Wessel-Lied" gesungen.

Tegethoff bestritt seine Teilnahme am 16.6. und 14.11.87 nicht, fuhr aber eine Reihe von Zeugen auf, die ihm ein Alibi für den 7.6.87 liefern sollten. Tegethoff will an diesem Tag beim bundesweiten Pfingstlager der WJ in Hetendorf teilgenommen haben. Die Aufzählung dieser Alibi-Zeugen liest sich wie ein kleines "Who is who" der bundesrepublikanischen Neonaziszene und ist ein weiterer Beleg für die Funktion von Ralf Tegethoff und seine bundesweiten Verstrickungen.

So sagte Jürgen Mosler (34) aus Duisburg vor Gericht aus, sein Ansprechpartner für den Bereich Mittelrhein sei Tegethoff, den er seit 1984 kenne. Die "Kameradschaft" um Jürgen Mosler ist Teil eines bundesweit organisierten Neonazi-Netzes, das in zwei miteinander kooperierende Flügel gespalten ist: einen mit Michael Kühnen - der andere eben mit Mosler an der Spitze. Dieser sich auch "die Bewegung" nennende Aktivistenkreis setzt sich zu großen Teilen aus ehemaligen Mitgliedern der 1982 verbotenen "Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit" (VSBD/PdA) und der 1983 verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) zusammen.

Tegethoff und seine WJ/FAP-Kameraden in Bonn und Umgebung gehören zum Mosler-Flügel und sind an die in NRW aktive Hintergrundorganisation "Komitee Adolf Hitler" (KAH) angegliedert. Im Jahre 1984 ging ein Befehl des "Bereichsleiters West" (Mosler) an die nach dem Verbot sich "Neue Front-Lesekreise" nennenden Untergliederungen der ANS/NA zur Gründung von FAP-Ortsgruppen (1). Im Zuge der engen Zusammenarbeit zwischen ANS/NA und WJ wurde im selben Jahr die erste Ortsgruppe von Mitgliedern der WJ-St. Augustin (Stefan Niemann, Ulrich Henn etc.) gegründet. 1984 war auch das Jahr, in dem sich der Straßenterror der Neonazis in Bonn und Umgebung öffentlich manifestierte. Der brutale Überfall am Kaiserplatz im September 1984 (siehe AK 273) war vorläufiger Höhepunkt des "Kampfes um die Straße". Die Staatsanwaltschaft verzeichnet seit 1985 einen starken Anstieg an Ermittlungsverfahren gegen Neonazis. Auf einer Pressekonferenz des Polizeipräsidenten im Juni 1989 gibt es nach langen Jahren des Schweigens und Dementierens ein überraschendes Zugeständnis: im Jahr 1988 seien vom 14. Kommissariat 136 Straftaten im rechtsextremistischen Bereich bearbeitet worden (Bonn und Umgebung), davon wurden 45 aufgeklärt. Das wären auf das Jahr umgerechnet jeden dritten Tag eine Straftat.

In dubio pro reo

Aus Hannover reisten Sabine und Volker Heidel an, beide WJ- und FAP-Mitglieder. Vor Gericht sagte Sabine Heidel aus, Tegethoff bei dem Schlesiertreffen 1985 in Hannover kennengelernt zu haben. Ihr Ehemann Volker ist Schriftleiter der neofaschistischen "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörigen" (HNG) und immer in der ersten Reihe bei Schlägereien.

Weitere - z.T. erheblich vorbestrafte - Neonazis der WJ und FAP, die vor Gericht erschiedenen (2): Siegfried Borchard (35) aus Dortmund (stellvertretender FAP-Landesvorsitzender NRW), der in Bonn wegen des Überfalls auf dem Kaiserplatz zu Zuchthaus verurteilt wurde; Christian Malcocci (26) aus Greven- broich (WJ/FAP); Ralf Panek (22) aus Duisburg (WJ/FAP); Ingmar Rabandt (22) aus Westberlin (WJ/FAP); Ingo (27) und Dietrich Böhme (23) aus Passau bzw. Neuss (beide WJ). Als Zuschauer erschienen u.a. Volker Jaschke (WJ/FAP-Oberhausen) und Erhard Kemper (ehem. stellvertretender Landesvorsitzender der FAP aus Münster, HNG).

Andere Zeugen - insgesamt fünf - wollen Tegethoff doch am 7.6.87 in Bonn gesehen haben. So auch Stefan Niederhöfer (21), Ex-Aktivist der FAP und zuletzt Kandidat der "Republikaner" für die Kommunalwahlen in Bonn. Niederhöfer war im vergangenen Jahr als Beteiligter am Aufmarsch vom 7.6.87 verurteilt worden.

Im Zweifel für den Angeklagten - Tegethoff wurde in diesem Punkt freigesprochen.

Schuldig wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sprach das Gericht Tegethoff in den Punkten Ständige Vertretung der DDR und Königswinter-Ittenbach. Die leitende Rolle Tegethoffs wurde unterstrichen.

Der Aufmarsch in Ittenbach wurde laut mehrerer Zeugenaussagen mitorganisiert von Hans-Peter Krieger (FAP-Chef in Bonn). Mitmarschiert ist damals auch Dietmar Mayer (FAP-Troisdorf), der, wie Niederhöfer in Bonn, für die "Republikaner" in Troisdorf kandidierte (dort, wo Wahlunterschriften gefälscht wurden) und bei der Schönhuber-Veranstaltung in der Godesberger Stadthalle als Schläger auftrat.

Das Strafmaß gegen Tegethoff belief sich auf 90 Tagessätze á 50 DM, also 4.500 DM Geldstrafe. Dem Industriekaufmann aus einer Unternehmerfamilie wird diese Strafe bestimmt nicht wehtun. Auf jeden Fall wird sie ihn nicht davon abhalten, weiter neonazistisch aktiv zu sein. Nach wie vor scheint er der Drahtzieher zahlreicher neofaschistischer Aktivitäten in Bonn und Umgebung zu sein. So war es im letzten halben Jahr in Bonn merklich ruhig - besonders in den zwei Monaten des Prozesses gegen ihn. Seit dem Ende des Prozesses geht der Straßenterror der Neonazis munter weiter. Am 17.11.89 wurde eine Fete im "Kaffe Neon" in Röttgen von ca. 20 Neofaschisten heimgesucht. Ein Jugendlicher wurde krankenhausreif geschlagen. Tegethoff wurde von mehreren Zeugen erkannt. Tags darauf wurde dieselbe Bande in Aachen gesichtet, wo sie eine Kneipe stürmte und demolierte. Ein Passant wurde lebensgefährlich verletzt.

Laut Polizeiangaben gab es bisher 30 Anzeigen gegen Tegethoff. 15 Ermittlungsverfahren gegen ihn waren bei der Staatsanwaltschaft Bonn anhängig. Nur vier führten bisher zu einer gerichtlichen Verhandlung.

Maria Hempel und Andres Garcia

Anmerkungen:

1) Stefan Jacoby "FAP in Duisburg", Dokumentation (DISS-Texte Nr. 6). Herausgegeben vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung e.V., September 1988.

2) Zeugen: Ingmar Rabandt, Volkard Wulf (FAP-Troisdorf), Hans-Peter Krieger (Bonn), Sabine Heidel, Ingo Böhme, Siegfried Borchard, Manfred Willi Köster (48) aus Duisburg (WJ), Ralf Panek, Mathias Ries (WJ/FAP Duisburg), Fabian Quiske (FAP-Bonn), Frank Kahmann (FAP-Siegburg), Christian Malcocci, Dietrich Böhme, Stefan Niederhöfer, Johannes Schwarz (FAP-Umfeld Bonn), Vaclav Zach (FAP-Umfeld Niederkassel), Stefan Giering (WJ/FAP Sankt Augustin), Klaus Rahmann (FAP-Bonn), Andreas Labisch (FAP-Umfeld Bonn), Jürgen Mosler.

Beobachter: Stefan Niemann (WJ/FAP-Sankt Augustin), Tina Vogt (FAP-Umfeld Sankt Augustin), Bernhard Palotta (FAP-Bonn), Volker Heidel, Volker Jaschke, Erhard Kemper und Stefan Schmitz (WJ/FAP).

Rechtsanwälte: Lucke (offenbar Nationalrevolutionär) und Müller III.

37. Aus den Fängen der Bestie - Dokumentation eines Textes der Jura-Gruppe, Uni Hamburg

Dokumentation eines Textes der Juragruppe, Uni Hamburg

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:31

"...daß eine gute karriere, oben studiert im gerichtshaus, zu der die mutter sie angehalten, ihr mit schwerer, verkaufter arbeit den weg geebnet hatte, sie mitten ins herrschende unrechtsverhältnis führen würde, in die eigentumsstützende machthabung gegen den freien aufstand der menschen..." christian geissler, kamalatta, 1988, S. 182.

Dieser Text gilt der Antirepressionsarbeit und der Kampagne gegen den § 129a im besonderen. In Fortsetzung der bisherigen Diskussion hat der § 129a für uns zusätzlich folgende politische Funktion:

(1) Er dient der Zerschlagung von Organisationen und Kollektivität als Grundlagen linker politischer Arbeit, indem er Gruppenbildung und Zusammenhänge unter Strafe stellt. Ohne Kollektivität entwickelt sich keine subjektive Identität und Dynamik gegen die uns als objektiv aufgezwungene herrschende Ordnung. Dazu gehört auch die Zerstörung von Kommunikation durch Anwendung des §129 a als Zensurparagraph und die Kriminalisierung von Linken, insbesondere deren Gesinnung, sobald sie zur Organisierung beiträgt (z.B. die publizistische Arbeit von Ingrid Strobl und Fritz Storim).

(2) Da jede/r durch Beobachtung, Ermittlung und Verfolgung aufgrund des §129a betroffen sein kann, blicken viele wie gebannt auf dieses Damoklesschwert. Uns kommt das Kotzen, wenn wir sehen, wieviel Zeit und Energie wir auf Antirepressionsarbeit verwenden. Unsere Kräfte werden zersplittert, Ort, Zeit und Form der Auseinandersetzung bestimmt die Gegenseite. Diese Konflikte mögen Einblicke in das Überbauphänomen Staat geben, die zugrundeliegenden Verwertungszwänge und Produktionsverhältnisse enthüllen sie nicht. Das Wie und Wohin einer Umwälzung lassen sich nur schwerlich daraus ableiten (dazu später).

(3) Die Verlagerung politischer Auseinandersetzungen vor die Gerichte lösen die Konflikte aus einem möglicherweise allgemeinen, rationalen und vernünftigen Diskurs und heben ihn auf eine qualitativ andere Ebene funktional organisierter, staatlicher Repression und Herrschaft. Als Instrument der effektiven Durchsetzung der herrschenden Interessen, das immer die mögliche Vernichtung des Anderen beinhaltet, ist insbesondere das Strafrecht eine zivile Form des Krieges. "Gerade durch den § 129a integriert es den Ausnahme- in den Normalzustand" (nach Lupus, clockwork Nr. 2).

(4) Strafrecht im allgemeinen hat primär zwei Funktionen: Zum einen werden positiv gesellschaftliche Werte gesetzt (z.B. das Privateigentum durch die Verbote der Sachbeschädigung und des Diebstahls) bzw. Gegensätzliches ausgegrenzt (z.B. durch den nebulösen, reflexionsverhindernden Gebrauch des Wörtchens "terroristisch"). Abschreckungsfunktion besitzen diese Normen nur für eine Minderheit. Zum anderen dient es der Disziplinierung der gesellschaftlichen Randbereiche durch Integration und Zerstörung. Die gesellschaftliche Mehrheit wird über Arbeitsbedingungen, Familienverhältnisse, Patriarchat, Altenheime, Drogen, Konsum und anderes in die herrschenden Verhältnisse eingebunden. Diese Zwänge sind Ausdruck einer kapitalistischen Verwertungslogik, die tendenziell die Vernichtung von Menschen zur Folge hat und macht. Legitimiert wird das Strafrecht teilweise dadurch, daß es Menschen aus der Hilflosigkeit, in der sie gehalten werden, als Schutz beanspruchen.

Was würde sich ändern, wenn die Kampagne gegen den § 129a Erfolg hätte? Säßen z. B. Ingrid Strobl und Fritz Storim noch im Knast? Der Rattenschwanz der Sondervorschriften zum § 129a (Verteidigungseinschränkung, U-Haft, Isolation etc.) würde zum Teil wegfallen. Die Strafbarkeit der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 inklusive der Einschränkung von Persönlichkeitsrechten (z.B. Post- und Fernmeldeüberwachung) bei der Strafverfolgung bestehen weiter. Kollektivstrafrecht existiert z.B. auch in den Landfriedensbruchstraftatbeständen oder in den Partei-, Vereinigungs- und Propagandaverboten. Gesinnungsstrafrecht gibt es explizit in mehreren Straftatbeständen, so in der Verfassungsfeindlichen Sabotage oder Einwirkung auf Sicherheitsorgane. Ingrid Strobl ist nicht nur wegen der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, sondern auch wegen Beihilfe zu einem Sprengstoffanschlag verurteilt worden. Vorstellbar ist auch, daß Fritz Storim der Aufforderung zu Straftaten hätte bezichtigt werden können. Wir halten

deshalb, aufgrund einer kaum veränderten materiell-rechtlichen Lage und der Möglichkeit, andere Straftatbestände extensiver zu nutzen und auszulegen, die Auswirkungen einer Aufhebung des § 129a für gering. Die Auseinandersetzung um die mögliche Wiedereinführung des § 130b (Befürwortung von Straftaten) im Rahmen der neuen Sicherheitsgesetze (Vermummung etc.) zeigt außerdem, wie schwer es uns fällt, in "sicherheitspolitischen Diskussionen" nicht Ablenkungsmanövern und trojanischen Pferden zu erliegen.

Antirepressionsarbeit oder Strafrechtskritik ist nur dann in einem Höchstmaß politisch, wenn ihr eine gesamtgesellschaftliche Analyse zugrundeliegt, und sich in ihr, hier und jetzt, das Wie und Wohin der konkreten Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft entwickelt. Im Bereich des Strafrechts, als staatlich organisierte Repression (s.o.), erscheint uns dies sehr schwer. Allgemeine Strafjustizkritik kann nur auf deren Negation hinauslaufen und keine Gegenbilder entwickeln. Wie zuletzt die Entwicklung der Knäste in Plötzensee und Weiterstadt (s. Konkret 11/88) zeigt, werden Bemühungen um ein humaneres Strafrecht funktionalisiert. Sie führen zu einer sublimeren Vernichtung der Gefangenen, indem diese durch eine ausgeklügelte Zwangstherapie umgedreht werden.

Konkrete Einzelfallverteidigung einer Betroffenen wirken erst einmal systemstabilisierend, indem sie sich auf juristische Verfahren einlassen und diese dadurch bestätigen. Um das zu durchbrechen, gilt es in den Verfahren, die politische Identität der Verfolgten zu schützen, sie möglichst aus den Fängen des Apparats herauszuhalten, die Inhalte ihrer bisherigen Politik, die unterdrückt werden sollen, zu verbreiten, diese spezifische Form gesellschaftlicher Repression zu verdeutlichen und durch praktische Lernprozesse zu einem "durchdachten taktischen Verhältnis zum Apparat zu kommen" (Tolmein, clockwork Nr. 3). Das taktische Verhältnis klärt zumindest einen Teil des "Wie" (der Organisationsfrage). Der andere Teil muß sich über das gesellschaftspolitische Ziel und diesem zugrundeliegenden Erfahrungen und Analysen der Klassenzusammensetzungen und Produktionsverhältnisse bestimmen. Wenn sich also durch solche Antirepressionsarbeit Freiräume ergeben, müssen diese auch als Grundlage für den Aufbau von Gegenmacht verwendet werden.

So wichtig solche Freiräume sind, sie bleiben systemimmanent bestimmt. Dies wird auch an der Kampagne gegen den §129a deutlich, in der auf eine Analyse der gesellschaftlichen Funktion dieses Paragraphen verzichtet wird, um eine breite Beteiligung zu erreichen. Wir schätzen die Chancen gering ein, daß die Kampagne zur Streichung des §129a führt. Deshalb ist es doppelt fraglich, ob sich solch eine reformerische Selbstbeschneidung zu Ungunsten eines systemkritischen Ansatzes letztendlich lohnt. Diese Frage wird umso dringlicher, je mehr direkte staatliche Repression mit den sozialen Widersprüchen zunimmt.

Juragruppe, Uni Hamburg

38. "Sie haben alles versucht, um uns zu vernichten, aber wir sind immer noch hier"

Eine Familie im nordirischen Bürgerkrieg

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:17

Von Dietrich Schulze-Marmeling

"Crossmaglen ist wohl der schlimmste Teil des Landes", schrieb 1852 der stellvertretende Generalinspekteur der Kolonialpolizei, Major Henry Browning, über die heimliche Hauptstadt South Armaghs. Brownings Nachfolger sehen dies kaum anders und haben sich entsprechend gewappnet: Am Marktplatz der 1.500-Seelen-Gemeinde steht heute ein gegen Mörserattacken geschützter Beobachtungsturm. Dahinter erstreckt sich ein gigantisches Armeefort, in dessen Mitte ein ca. 70 Meter hoher Kameraturm steht, der Einblick in alle zum Marktplatz führenden Straßen gewährt. Schräg gegenüber dem Beobachtungsturm zeigen IRA-Poster im Schaufenster an, daß sich hier das örtliche Büro Sinn Feins befindet. Der Marktplatz selbst, auf dem allein seit Anfang der 70er Jahre 17 britische Soldaten ums Leben kamen, wird von einem Denkmal dominiert, das den gefallenen IRA-Aktivisten der Gegend gewidmet ist. Die Fußpatrouillen der Armee, die das Gewehr im Anschlag und mit geschwärzten Gesichtern von Haustür zu Haustür huschen, wagen nicht es anzurühren, aus Angst es könnte eine Bombenfalle sein. Der Putz der umliegenden Häuser ist durch zahllose Einschüsse beschädigt.

South Armagh bildet ein 30 mal 15 km großes Rechteck, an der Grenze zur Republik Irland gelegen. Für die britische Regierung und ihren militärischen Arm ist diese Region absolutes Feindesland. Selbst die Wähler der moderateren Partei der Katholiken/Nationalisten, der Social Democratic and Labour Party (SDLP), sind hier taktische Unterstützer der militanten IRA. Da die Straßen South Armaghs längst zu unsicher geworden sind, hat sich die britische Armee in die Lüfte und Berge begeben. Die ansonsten das nordirische Straßenbild prägenden Landrovers und Panzerwagen sind hier nicht zu sehen. Statt dessen bewegen sich Polizei und Armee in zivil getarnten PKW, vor allem aber mit Hilfe von Hubschraubern, die, aufgrund der Gefahr von Landminen, zu ihrem hauptsächlichen Transportmittel geworden sind. Bessbrook, ca. 20 km von Crossmaglen entfernt, beherbergt heute die geschäftigste Hubschrauberbasis Westeuropas. Über 32.000 Hubschrauberbewegungen werden jährlich in South Armagh verzeichnet. Hubschrauber setzen Fußpatrouillen ab, führen Beobachtungsflüge durch und versorgen die 20 Beobachtungsposten auf den Bergen und Hügeln sowie die vier Armeeforts.

In South Armagh tobt kein Bürgerkrieg zwischen nordirischen Protestanten und Katholiken, in dem die britische Armee die Rolle einer neutralen Friedenstruppe für sich beanspruchen könnte."Crossmaglen hatte niemals ein sektiererisches Problem", versichert Jim McAllister, der populäre lokale Sinn Fein-Parlamentarier. Kein Zweifel: In South Armagh stehen sich einheimische Bevölkerung und fremde Besatzungsmacht gegenüber. Die Region ist eines der letzten Beispiele für klassischen Kolonialismus. South Armagh ist eine nahezu ausschließlich katholische Gegend, deren Bürger aus ihrer irisch- nationalistischen und republikanischen Gesinnung keinen Hehl machen. Während hier die irische Trikolore, das Symbol einer säkularen, unabhängigen irischen Republik, in jeder Dorfmitte weht, kann der Union Jack nur im Schutze der Armeeforts aufgezogen werden. Die pro-britischen und monarchistischen Protestanten wohnen im Norden der Grafschaft Armagh, wo das Farmland besser ist. Die Bürger South Armaghs hingegen haben sich noch nie mit dem protestantischen Apartheid- und Separatstaat von britischen Gnaden anfreunden können, der ihnen außer Repression und Diskriminierung nichts zu bieten hat. Ob EG-Hilfen, über deren Verwendung indessen die britische Regierung allein entscheidet, oder Gelder aus dem International Fund for Ireland: South Armagh kommt stets zu kurz, während die protestantischen Regionen großzügig bedacht werden. Die dünnbesiedelte Region, die nur wenig Erwerbsmöglichkeiten bietet, leidet unter einem chronischen Emigrationsproblem. Erst jüngst ergab eine Umfrage der Lokalzeitung "Slieve Gullyon View", daß 90% der Schulabgänger in der Region erwägen, ihre Heimat zu verlassen.

Eine Familie im Bürgerkrieg

Am nördlichen Rand South Armaghs liegt Belleeks, wo die Familie Quinn lebt. Die Quinns sind hier eine bekannte, angesehene Familie, wenngleich - für nordirische Verhältnisse - keine außergewöhnliche. Der Quinns gibt es zahlreiche in der Provinz.

Rosaleen und Laurence Quinn, beide Ende 20, bewohnen einen großzügigen Bungalow, der von gewissem Wohlstand zeugt. Laurence ist in der Baubranche tätig, eines der wenigen Gewerbe, die im strukturschwachen South Armagh existieren und in Nordirland Katholiken die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg bieten. Rosaleen betreibt in Newry, der nächsten größeren Stadt, zwei ganztätig geöffnete Kinderhäuser. Newry ist ein dankbares Pflaster für Rosaleens Engagement: Die zu 85% katholische Stadt plagt eine Männerarbeitslosigkeit von über 30%; und wer Arbeit hat, verdient zumeist zuwenig, um eine Familie ernähren zu können. So wird die Frauenerwerbstätigkeit zur materiellen Notwendigkeit, aber wohin mit den Kindern in einem Staate, der nicht einen Pence für Kindertagestätten hergibt? In einem Land, das eine der höchsten Quoten erwerbstätiger Frauen in der EG aufweist, sind Rosaleens Kinderhäuser ein längst überfälliges Dienstleistungsangebot, das zudem auch noch Arbeitsplätze schafft. Im vergangenen Jahr wurde ihr Projekt im nordirischen Fernsehen vorgestellt und mit einem Preis ausgezeichnet.

Wenn Rosaleen nach Newry zur Arbeit fährt, wird sie immer wieder von den "Sicherheitskräften" gestoppt und verhört. Laurence wurde bei einer Straßenkontrolle bedeutet, daß die Familie sehr abgeschieden leben würde, weshalb im Falle seiner Erschießung mit Zeugen kaum zu rechnen sei. Der Grund für derartige Schikanen und Einschüchterungen ist stets der gleiche: Schwager bzw. Bruder "Paddy". Patrick Joseph ("Paddy") Quinn, ein 37jähriger Bauarbeiter, wohnt, gemeinsam mit Mutter Catherine, im Nachbarhaus. Paddy war 17, als die "troubles" - wie der blutige Konflikt vom Volksmund lapidar bezeichnet wird - ausbrachen. South Armagh war zunächst noch ein relativ ruhiges Pflaster. Die ersten Auseinandersetzungen konzentrierten sich in den Städten, insbesondere Derry und Belfast. Doch von den Bergen South Armaghs konnte man die Rauchschwaden über Belfast sehen, und Paddy erfuhr, daß dort die Katholiken ausgebrannt wurden. Aufgeschreckt von einer Bürgerrechtsbewegung, die ein Ende der anti-katholischen Diskriminierung verlangte, begannen protestantische Faschisten die katholischen Ghettos zu attackieren. Die Royal Ulster Constabulary (RUC), eine paramilitärische und nahezu ausnahmslos protestantische Polizeitruppe, sah tatenlos zu und assistierte gar den Angreifern.

South Armagh erreichten die "troubles" erst am 8. August 1971, nachdem die britische Armee, die zwei Jahre zuvor interveniert hatte, um der bedrängten RUC zur Hilfe zu eilen, in Belfast den LKW-Fahrer Harry Thornton erschoß. Thornton war ein Katholik und kam aus Silverbridge, nur wenige Meilen von Crossmaglen entfernt, und war vielen in South Armagh persönlich bekannt. Einen Tag später wurde die Internierung eingeführt, die sich einseitig gegen die katholische Bevölkerung und deren Selbstbewaffnung richtete. Drei Wochen später führte die IRA in South Armagh ihre erster größere Operation durch, bei der ein britischer Soldat erschossen wurde.

Paddy Quinn schloß sich zunächst der Official IRA an, die sich seinerzeit als marxistische Weiterentwicklung der traditionellen Republikanischen Bewegung gebärdete. Doch während die katholischen Gegenden von britischen Soldaten saturiert wurden, bestand das Angebot der "Officials" lediglich in theoretischen Debatten und dem Verkauf ihrer Zeitung. Die Philosophie der konkurrierenden Provisional IRA war erheblich schlichter, indessen der Zeit und ihren Herausforderungen angemessener: Das Apartheidsystem würde mit Gewalt aufrecht erhalten und von London gedeckt. Folglich müsse es mit Gewalt bekämpft und die "british connection" gebrochen werden.

Wie viele ehemalige "Officials" konvertierte auch Paddy zu den "Provos", die schon bald das Rennen um die Gunst der katholischen/nationalistischen Unterschichten für sich entschieden. Das Schulungsprogramm der "Provos" war eher rein handwerklicher Natur: "In unserer Gegend lebte ein älterer Republikaner, der junge Aktivisten für die ‚Provos' rekrutierte. Er zeigte uns, wie man eine Bombe bastelt und zur Explosion bringt. Das war alles." Paddy leugnet nicht, daß allein schon die Möglichkeit, Zugang zu Waffen und Sprengstoff zu erhalten, auf junge Leute wie ihn eine große Anziehungskraft ausübte. "Wir hatten damals keine Zeit, uns mit unserem Tun politisch auseinanderzusetzen. Instinktiv lagen wir richtig, ohne daß wir das Wesen der britischen Herrschaft genau verstanden." Den meisten der jungen Aktivisten bot erstmals das Gefängnis die Möglichkeit, sich politisch zu bilden und eine dezidierte Analyse der Verhältnisse zu entwickeln.

Außer Paddy waren noch zwei weitere Brüder, Seamus und John, in IRA-Aktivitäten involviert. Nichtsdestotrotz wurde die gesamte Familie terrorisiert. Die Soldaten beschädigten die Landmaschinen Mutter Quinns und zerschlugen bei einer der zahlreichen Hausdurchsuchun- gen mit Vorschlaghämmern die Decke des Hauses. Catherine Quinn zog mit ihren acht Kindern in eine Siedlung im benachbarten Camlough, wo sie sich sicherer fühlte. Für einige Zeit lebten die Quinns gar auf der anderen Seite der Grenze, in Carrickmacross, das seit Ausbruch der "troubles" schon anderen nordirischen Katholiken Zuflucht geboten hatte. Paddy und seine beiden ältesten Brüder wurden immer wieder verhaftet und verhört, ohne daß man ihnen etwas nachweisen konnte. Einmal führten die Soldaten Paddy aus seinem Elternhaus auf ein nahegelegenes Feld und suggerierten ihm, seine Erschießung stünde unmittelbar bevor. Exekutionen waren zu dieser Zeit in South Armagh nichts Ungewöhnliches. Die Armeeführung hatte die berüchtigten "Paras" in das "Banditenland" von South Armagh entsandt, deren Absicht es war, wie der Brigadier Peter Morton in seinen Erinnerungen freimütig schreibt, "so viele Terroristen wie möglich zu töten". Das erste Opfer der "Paras" wurde der 25jährige IRA-Aktivist Peter Cleary, der, wie Paddy, aus Belleeks stammte.

Gefängnis und Hungerstreik

Im Juni 1976 wurde Paddy schließlich auf frischer Tat ertappt, als er - gemeinsam mit drei weiteren IRA-Freiwilligen bei Belleeks einen Anschlag auf eine Armeepatrouille vorbereitete. 13 Jahre später, im Juli 1989, geistert dieses Ereignis nochmals durch die nordirischen Medien, als der Geschäftsmann John McAnulty in einem Straßengraben in South Armagh tot aufgefunden wird, erschossen von der IRA. McAnulty - so die IRA - sei ein langjähriger Informant der "Sicherheitskräfte" gewesen, dessen Tätigkeit u.a. zur Verhaftung von Paddy Quinn und dessen Kampfgefährten geführt habe. McAnultys "unbescholtener" Bruder ist ein Arbeitskollege von Paddy. Auch das ist Nordirland ...

Als Paddy ins Gefängnis wanderte, war er gerade 24 Jahre alt, aber hatte bereits fünf Jahre Guerillakriegserfahrung hinter sich. Vier Monate zuvor hatte die britische Regierung den politischen Status für republikanische und loyalistische Gefangene abgeschafft, um der internationalen Öffentlichkeit "Normalität" vorzutäuschen. Von nun an hieß es, das Problem Nordirland unterscheide sich kaum von dem der BRD oder Italiens, die sich ebenfalls mit der Herausforderung "Terrorismus" konfrontiert sehen würden.

Derweil näherte sich ein anderes britisches Propagandaunternehmen schon wieder seinem Ende: Im Sommer 1976 hatten die "Peace People" die Straßen Nordirlands erobert und forderten ein Ende der Gewalt. Doch die Bürger South Armaghs zeigten sich gegenüber der von London gesponserten Versuchung immun, was die Armeeführung zu einer komplizierten Aktion veranlaßte: am 14. August erschoß die britische Armee - nur wenige Meilen vom Haus der Quinns entfernt - die zwölfjährige Majella O'Hare. Die Armeeführung kolportierte die Behauptung, Majella sei in einem Kreuzfeuer mit der IRA durch eine IRA-Kugel gestorben, was sich jedoch schon bald als dreiste Lüge entpuppte. Majella war kaltblütig ermordet worden, um die "Peace People" nach South Armagh zu bringen. Als diese zu den nackten Tatsachen und der mißlungenen britischen Schützenhilfe schwiegen, wandte sich die katholische Bevölkerung von ihnen ab.

Außerhalb Nordirlands erwies sich die britische Normalisierungs- und Kriminalisierungspropaganda indessen als weitaus erfolgreicher. Das Phänomen der "Peace People" hatte die internationale Öffentlichkeit zumindest irritiert, und viele glaubten der britischen Behauptung, die IRA habe jeglichen Rückhalt in der Bevölkerung verloren und sei zu einer kleinen Gruppe "berufsmäßiger Krimineller" verkommen.

Dies änderte sich erst wieder mit dem "großen Hungerstreik" republikanischer Gefangener von 1981, der der Wiederherstellung eines Sonderstatus galt. Der Tod von Bobby Sands und anderen Hungerstreikern löste eine anti-britische Massenmobilisierung aus, wie sie die irische Insel seit dem Ausbruch der "troubles" noch nicht erlebt hatte. Bevor Sands starb, wurde der "IRA-Terrorist" noch in das britische Unterhaus gewählt. Am Tag seiner Beerdigung folgten über 100.000 Bürger im 1,5 Millionen-Staat seinem Sarg.

Die ungeheure Emotionalisierung, die der Hungerstreik innerhalb der katholischen/nationalistischen Bevölkerungsgruppe bewirkte, ist nur vor dem Hintergrund zu verstehen, daß bis dahin bereits Tausende zumeist sehr junger Katholiken durch die Gefängnisse gegangen waren und ein nicht unerheblicher Teil der katholischen Familien aus eigenen Erfahrungen wußte, was es hieß, einen Angehörigen im Gefängnis zu haben. Die Gefängnisse wurden weithin als Mikrokosmos der nordirischen Gesellschaft betrachtet, und auch

solche Katholiken, die die IRA explizit ablehnten, sahen in den Gefangenen eher Opfer als Täter, geschweige denn "berufsmäßige Kriminelle".

Auch Paddy Quinn beteiligte sich am Hungerstreik. Doch schon bald begann sich sein Gesundheitszustand dramatisch zu verschlechtern. Als Paddy sein Bewußtsein verlor, entschied Catherine Quinn, die in der Fortsetzung des scheinbar endlosen Sterbens keinen Sinn mehr erblickte, ihren Sohn aus dem Hungerstreik zu holen. Ihre Entscheidung leitete das Ende eines Hungerstreiks ein, der zehn republikanischen Gefangenen das Leben kostete. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Hungerstreiker allerdings bereits alles erreicht, was sie erreichen konnten, ohne daß ihnen dies völlig klar war. Die britische Regierung hatte erklärt, daß ein Abbruch der Aktion die Voraussetzung für eine Einwilligung in die Forderungen der Gefangenen sei. Doch die Gefangenen befürchteten, daß die Regierung sie erneut täuschen würde, wie dies beim ersten Hungerstreik von 1980 der Fall gewesen war. Aber dieses Mal hielt die Regierung ihr Wort. Offensichtlich hatte man in London kein Interesse daran, ein weiteres Mal moralisch diskreditiert zu werden.

Von noch größerer Bedeutung als die Erfüllung der Mehrzahl ihrer Forderungen war jedoch, was die Hungerstreiker außerhalb der Gefängnisse bewegten: Der Hungerstreik wurde zur Wasserscheide in der jüngeren Geschichte der Republikanischen Bewegung, die bis dahin eine primär militärische war, aber nun ihre eigene Dialektik vom politischen und bewaffneten Kampf entwickelte. Die militärische Kampagne der IRA wurde durch den Aufbau einer radikalen politischen Front ergänzt, die sich insbesondere im Bedeutungszuwachs der Sinn Fein- Partei manifestierte. Fortan wurde das politische Geschäft nicht mehr der SDLP und ihren Mittelklassepolitikern allein überlassen. Innerhalb der urbanen katholischen Unterklassen und der ärmeren katholischen Landbevölkerung ist Sinn Fein heute die führende politische Kraft. Ein gutes Drittel der katholischen Wahlberechtigten votiert seit dem Hungerstreik konstant für die Partei, deren Wahlergebnisse im Westen und Norden Belfasts, in einigen Ghettos in Derry, in Teilen der Grafschaften Fermanagh und Tyrone und in South Armagh sich durchaus als populäre Mandate für die dortigen IRA-Kampagnen interpretieren lassen.

Darüber hinaus bewirkte der Hungerstreik einen enormen Politisierungsschub in einer Generation, die den Ausbruch des Konflikts nicht bewußt miterlebt hatte und mit dem Anblick von schwerbewaffneten Soldaten vor ihren Haustüren aufgewachsen war. Viele der Jugendlichen, die sich während des Hungerstreiks spontane Straßenschlachten mit der Staatsmacht lieferten, sind heute IRA- oder Sinn Fein-Aktivisten.

Für die katholische Mittelklasse, die katholische Hierarchie und die SDLP wurde der Hungerstreik zum Alptraum, da die anti-britische Massenmobilisierung und die politische Polarisierung sie in die Defensive drängten. Über Monate hinweg existierte der Eindruck, als gäbe es die SDLP, bis dahin die Wahlpartei der katholischen Minderheit schlechthin, überhaupt nicht. Bis heute ist der Hungerstreik ein in Nordirland unvergessenes historisches Ereignis: Kaum jemand, ob Katholik oder Protestant, ob SDLP-Unterstützer oder Sympathisant der Republikanischen Bewegung, der nicht eine Episode aus dieser Zeit zu erzählen weiß.

Rückkehr nach South Armagh

Im Dezember 1985 wurde Paddy Quinn aus der Haft entlassen, wo er 9 1/2 Jahre verbracht hatte, und längst wohnen die Quinns wieder in Belleeks. Paddy benötigte einige Zeit, um die physischen und psychischen Folgen des Hungerstreiks zu überwinden. Seine Sehfähigkeit ist noch immer beeinträchtigt, die Balance bereitet ihm zuweilen ebenfalls Probleme. In psychischer Hinsicht bedrückte ihn der Tod seiner ehemaligen Kampfgefährten, insbesondere der Raymond McCreeshs. McCreesh war ebenfalls ein "boy" aus South Armagh und zusammen mit Paddy verhaftet worden. Zum Zeitpunkt seiner Festnahme war McCreesh 19 Jahre alt; mit 24 erlag er dem Hungertod. Paddy wußte zunächst nicht, ob er darüber froh sein sollte, daß er den Hungerstreik überlebt hatte.

Der Paddy Quinn von heute ist nicht mehr der der frühen 70er Jahre. Nicht, daß er vom radikalen und militanten Republikanismus Abschied genommen hätte, im Gegenteil: sein Republikanismus ist lediglich dezidierter und politischer geworden. Zur Feindschaft gegenüber der britischen Herrschaft gesellt sich heute noch eine zutiefst kritischen Haltung gegenüber der katholischen Mittelklasse, der katholischen Hierarchie und dem Dubliner Establishment. 20 Jahre des Krieges haben in jeder Hinsicht ihre Spuren hinterlassen.

Wie so viele ehemalige republikanische Gefangene wurde auch Paddy bald zum Parteiarbeiter und Wahlkampfkandidat Sinn Feins. Beruflich verdingt er sich in der Baufirma seines Bruder Laurence. Ansonsten

engagiert er sich im lokalen gälischen Fußballclub, in dem Laurence dem Ball nachjagt und Schwägerin Rosaleen die Kasse führt. Spätestens seitdem die britische Armee in Crossmaglen das dortige Fußballfeld requirierte, um ihr Fort zu errichten, ist Gaelic Football in South Armagh eine hochpolitische Angelegenheit.

Die Quinns sind nach wie vor Objekt staatlicher Einschüchterungen und Sippenhaft. Paddy selbst wurde Weihnachten 1988 das letzte Mal zum Verhör verschleppt. Die Polizisten teilten ihm mit, daß er eine Zusammenarbeit mit ihnen als eine "Lebensversicherung" betrachten sollte. Ein unmißverständlicher Hinweis auf die enge Kollaboration der offiziellen "Sicherheitskräfte" mit den loyalistischen/protestantischen Todesschwadronen. Beim Vorschlag, in eine belebtere Gegend zu ziehen, winkt Paddy dennoch müde ab: "Wenn sie dich kriegen wollen, kriegen sie dich. Du kannst es nicht verhindern, gerade weil die Polizei und Armee mit den Todesschwadronen zusammenarbeiten." Ein halbes Jahr später ist Bruder Seamus an der Reihe, nachdem die IRA zum wiederholten Male die durch South Armagh führende Dublin- Belfast-Bahnlinie gesprengt hatte. Während der Hausdurchsuchung werden seine Frau und die Kinder stundenlang in einem Raum als Geiseln gehalten. Seamus selbst kommt erst nach einigen Tagen vom Verhör zurück.

Die Zukunft der Republikanischen Bewegung betrachtet Paddy mit gedämpftem Optimismus: "Sie haben alles versucht, um uns zu vernichten, aber wir sind noch immer hier. Sie haben die IRA nicht militärische besiegen können, und dem Medienbann, der Einschränkung des Wahlrechts und der Mordkampagne gegen Sinn Fein-Mitglieder zum Trotze ist die Partei noch immer eine relevante Kraft. Wir haben ihre Offensive überlebt, aber die Frage ist nun: Wie geht es weiter?"

Dietrich Schulze-Marmeling, Jahrgang 1956, ist Publizist und lebte die letzten 1 1/2 Jahre in Newry/Nordirland. Gemeinsam mit Ralf Sotscheck veröffentlichte er kürzlich das Buch "Der lange Krieg - Macht und Menschen in Nordirland" (Werkstatt-Verlag, Göttingen)

39. Panamá - US-Vasallenstaat auf ewig?

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Panama · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:24

Im folgenden einen Überblick über die Entstehung, die Geschichte, die Bedeutung und die ständige US-Präsenz in Panamá. Auf die aktuellen Ereignisse gehen wir in einem gesonderten Artikel ein.

Entstehung des Staates

Panamá war bis 1903 ein Teil Kolumbiens. Die USA konnte die Trennung der Region Panamá von Kolumbien mit politischem Druck nicht durchsetzen; das kolumbianische Parlament hatte die Konzession für den Bau des Kanals verweigert. Im Schatten von US-Kriegsschiffen trennte eine von der panamesischen Oligarchie geschaffenen Unabhängigkeitsbewegung die Region von Kolumbien ab und gründete den neuen Staat. Die USA nutzten die Phase der Unsicherheit und zwangen die panamesische Verhandlungsdelegation, den Hay-Buneo Varilla Vertag zu unterzeichnen. Darin verpflichtet sich die Republik Panamá gegenüber den USA "auf ewig den Gebrauch, die Okkupation und die Kontrolle einer Zone Land" und "den Schutz des besagten Kanals in einer Breite von 10 Meilen" (1) gestattete. Panamá gab einen Teil seiner Souveränität an die USA ab. Es gesteht ihnen "alle jene Rechte, Befugnisse und Amtsgewalt" zu, die sie "innehätten und ausübten, wenn sie Souverän des Territoriums wären". (2) Der neu entstandene Staat wurde somit in zwei Hälften geteilt. Im Gegenzug verpflichteten sich die USA, die Unabhängigkeit Panamás zu garantieren. Der Staat Panamá war von den USA im Rahmen der "big-stick"-Politik unter Th. Roosevelt zum Bau des 1914 in Betrieb genommenen Panamákanals geschaffen worden.

Die Abhängigkeit wächst

Der junge Staat wurde vollständig zum US-Vasallen degradiert. Die konservativen Lokalpolitiker lösten in Übereinstimmung mit der US-Regierung 1904 die panamesischen Streitkräfte auf, die US-Marines intervenierten 1906, um die Nationalpolizei zu entwaffnen, und Panamá wurde 1926 im Kellog-Alfaro Vertrag "als natürlicher Verbündeter der Vereinigten Staaten" bezeichnet. (3) Zu Beginn des aktiven Eintritts der USA in den 2. Weltkrieg, begann ein neuer Abschnitt der US-Politik in Panamá. Mit der Unterzeichnung des Abkommens über US-Militärstützpunkte am 19.5.1942 wurde die militärstrategische Rolle Panamás, die bis heute von erheblicher Bedeutung ist, festgelegt. Neben den schon bestehenden Basen entstanden neue - insgesamt 135. Den Kanal passierten während des 2. Weltkrieges insgesamt 24 Mio. t Rüstungsmaterial. Während des Koreakrieges kam ihm eine entscheidende Bedeutung zu. Während des Vietnamkrieges stieg die Passage von Militärtransporten sogar von durchschnittlich einem pro Woche auf vier pro Tag. (4) In dieser Zeit kam es in Panamá zu Protesten um höheren Lohn und eine größere politische und ökonomische Beteiligung des Volkes im Staat. Die USA bewaffneten 1943 - selber im 2. Weltkrieg gebunden - die ihnen inzwischen loyal ergebene Nationalpolizei zur Niederschlagung von Protesten. 1953 wurde diese in die Nationalgarde umgewandelt, die gleichzeitig Polizei- und Militärfunktionen wahrnehmen sollte und ideologisch strikt antikommunistisch ausgerichtet war. 1948 gründeten die Vereinigten Staaten das "Comando del Caribe" und legten damit den Grundstein für ihr später geschaffenes Militärzentrum. Der Kanal und die Kanalzone besaßen für den US-Imperialismus somit von Anfang an eine hohe geo- und militärstrategische Bedeutung.

Ökonomisch gesehen, war der Kanal während der Bauzeit und in den ersten Jahren der Benutzung besonders wichtig für die Verbilligung des Schiffstransportes zwischen der nordamerikanischen Ost- und Westküste - verband er doch den Pazifik mit dem Atlantik auf dem direkten und für die US-Schiffahrt kürzesten Weg. Der internationale Handel und der Transport von Erdöl steigerten die Wichtigkeit der Wasserstraße durch den Isthmus erneut. (5) Die wirtschaftliche Verknüpfung Panamás mit dem Kanal ließ nicht lange auf sich warten. Bis zum 2. Weltkrieg war mehr als die Hälfte des panamesischen Nationalproduktes eng mit dem Kanal und seinen wirtschaftlichen und militärischen Auswirkungen verbunden. (5) Nach dem Weltkrieg fand eine Verlagerung in der historisch auf Dienstleistungen und Handel beruhenden panamesischen Wirtschaft statt. Die traditionell dominierenden Sektoren orientierten sich auf die industrielle und landwirtschaftliche Produktion um. Unter der Regie des nordamerikanischen Handelsministeriums wurde ein zollfreier Umschlags- und Lagerplatz geschaffen. Die traditionelle Agrarstruktur wurde zerstört und Manufakturgüter in großen Mengen importiert. Durch diese Politik wurden die Kleinbauern ihres Landes beraubt und gezwungen, in der Stadt im Produktions-und Dienstleistungssektor ihr Überleben zu sichern. Das Wirtschaftswachstum stieg mit diesem hohen sozialen Preis zwischen 1952 und 1972 um ca. 10% jährlich. (6)

Der Putsch von 68

In den 60er Jahren wurde die Nationalgarde modernisiert und die Teilnahme von panamesischen Militärs an den Kursen in dem 1949 von US-Militärs gegründeten militärischen Ausbildungszentrums "School of the Americas" stieg erheblich. Ziel war die Aufstandsbekämpfung. Andererseits begann sich in Panamá Unruhe gegen die koloniale Besetzung durch die USA zu regen. Im Januar 1964 kam es in Panamá zu gewaltsamen Unruhen gegen die Besatzer. Die USA intervenierten zum wiederholten Male militärisch. 20 Panamesen und 4 US-Amerikaner wurden dabei getötet, 400 Menschen verletzt. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Panamá und den USA wurden vom 9.1. bis zum 3.4.64 unterbrochen. Kurz darauf stimmte US-Präsident Lyndon B. Johnson einer Neuverhandlung des alten Kanalvertrages zu.

Wirtschaftliche Engpässe und die immer deutlicher vorgetragenen Forderungen der Unterprivilegierten Klasse waren für die Jahre 67/68 kennzeichnend und erzwangen eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik. Daran entzündeten sich Hegemonialkämpfe innerhalb der nationalen Bourgeoisie, die 68 zum Bruch ihres Machtblockes führten. Am 11.10.68 putschte die Nationalgarde und und stürzte den gerade vereidigten rechtsextremen Präsidenten und Führer einer seit den dreißiger Jahren bestehenden populistischen Massenbewegung, Arnulfo Arias. (6) Als Hauptziel wurde der Abzug der USA aus der Kanalzone proklamiert. "Nicht für die Rechte - nicht für die Linke - für Panamá" war die Parole. (5) 1973 konnten sich die USA nur durch die Einlegung eines Vetos gegen eine bevorstehenden Verurteilung ihrer Politik durch die UNO erwehren. Die Offiziere, unter denen sich Omar Torrijos bald als führender Kopf an die Spitze setzte, lösten die Parteien auf und verstanden es, die wichtigsten politischen Kräfte - mit Ausnahme der Mittelschichten - in ihre Pläne einzubinden. Torrijos erweiterte die Anfang der 60er Jahre im Rahmen der "Allianz für den Fortschritt" begonnene Agrarreform und baute das Schul- und Gesundheitssystem aus, um die ärmeren Bevölkerungsteile zu integrieren. 1970 wurde ein Bankgesetz verabschiedet, das die Entstehung des internationalen Finanzzentrums in Panamá Stadt erlaubte. In einem Vergleich, den die Zeitschrift "The Banker" zwischen den internationalen Finanzzentren vorgenommen hatte, erschien Panamá in Bezug auf Steuerbestimmungen, Kosten für die Registrierung von Handelsgesellschaften und Mindestreserven für Bankkapital liberaler als die Bahamas oder Hongkong. (5) Desweiteren existiert der panamesische "Balboa" lediglich als Münze und ist an den US-Dollar gebunden, der auch die panamesische Währung ist. Die Zahl der Bankniederlassungen ist von 5 (1960), 15 (1970), 74 (1976) auf über 100 (1980) angewachsen. Die gesamten Einlagen in den Banken betrugen mit 11 Mrd. US-Dollar ca. 30 mal mehr als acht Jahre zuvor. Demgegenüber betrug das BIP des gleichen Jahres nur 2,2 Mrd. US-Dollar bei 2,7 Mio. Einwohnern. (7) Ein weiterer Schwerpunkt der Wirtschaftspolik war der Ausbau der Freihandelszone von Colón, der wichtigsten nach Hongkong, in der 700 meist multinationale Unternehmen registriert sind. Das Handelsvolumen ist nahezu doppelt so groß wie, das des gesamten Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes. (7) Ein weiteres Investitionsfeld ist die sogenannte "Billigflagge" Panamás, die 1978 noch vor den USA die siebtgrößte der Welt war. In diesem Sinne war Torrijos für die USA ein kalkulierbarer Ordnungsfaktor, dessen Forderungen nach panamesischer Souveränität jedoch erst ernstgenommen wurde, als er 75/76 unter den Druck einer studentischen und oppositionellen Bewegung gegen die Präsenz der USA geriet.

Der Torrijos-Carter Vertrag

So kam es dann nach jahrelangen Verhandlungen 1977 zur Formulierung eines neuen Vertragswerkes - den Torrijos-Carter Verträgen -, das aus zwei Teilverträgen besteht. Dem Panamákanalvertrag (gültig bis zum 31.12.1999) und dem "Vertrag bezüglich der ständigen Neutralität und der Betreibung des Panamákanals" (Neutralitätsvertag; unbegrenzt gültig). Die wichtigsten Bestimmungen:

- Die Verwaltung des Kanals liegt ab 1980 in der Hand einer gemeinsamen US-panamesischen Kommission.

- An einem möglicherweise in Zukunft zu bauenden Kanal auf Meeresniveau wird den USA maßgebliche Beteiligung zugesichert.

- Vom Jahr 2000 an erhält Panamá die vollen Hoheitsrechte über die Kanalzone.

- Der Kanal wird für dauerhaft neutral erklärt. Trotzdem werden US-amerikanischen und panamesischen Kriegsschiffen vorrangige Passagerechte eingeräumt.

- Die Kanalgebühren müssen dauerhaft "gerecht" und "vernünftig" sein.

- "Nach dem Auslaufen des Panamákanal-Vertrages wird nur die Republik Panamá den Kanal betreiben und auf ihrem nationalen Territorium Militärstreitkräfte, Verteidigungs- und Militäreinrichtungen unterhalten." (8)

- Die USA erhalten sich das Recht, auch über das Jahr 2000 hinaus diese "Neutralität" des Kanals zu "verteidigen".

Der damalige US-Außenminister Vance wies nachdrücklich darauf hin: "Unter dem Neutralitätsvertrag ... haben die Vereinigten Staaten das Recht, jede Maßnahme zu ergreifen, die wir für notwendig halten - einschließlich des Einsatzes von Truppen - um jeder Bedrohung oder Aggression gegen den Kanal oder die Durchfahrt eines Schiffes ... durch den Kanal zu begegnen." (9) Bestärkt wird dies durch das 1979 vom US-Kongreß verabschiedete Gesetz 96-70, in dem der Panamákanal zur "militärischen Stütze der Vereinigten Staaten" erklärt wird. (4) Mindestens seit 1988 empfehlen rechte US-Ideologen, die Militärbasen zu halten oder zwei Basen in der Kanalzone zu erhalten. (6)

Der Vertrag bedeutet für Panamá lediglich die formale Übernahme des Kanals und seiner Zone, die praktischen Entscheidungen trifft weiterhin die USA. Für diese hat er allerdings den Nachteil, daß sie ihre für Mittelamerika zentral gelegenen Militärstützpunkte auflösen müßten. Für Panamá hat er einige wirtschaftliche Vorteile geschaffen - so lange sie im Einvernehmen mit den USA standen. Die Bedeutung des Kanals selber ist auch heute noch sehr groß.

1977 gab es 11 997 Durchfahrten - den Lokalverkehr ausgenommen -, 1982 wurde mit 14.142 Durchfahrten ein Maximum erreicht, jedoch liegt die Nutzung mit 12 023 Durchfahrten 1984 immer noch etwas höher als 1977. Die wirtschaftliche Bedeutung für die USA ist gemessen an ihren gesamten Ex- und Importen relativ gering. Nur 8% passierten 1977 den Kanal. Jedoch kamen aus bzw. gingen in die Häfen der USA 1976 ca. 70% der durch den Kanal transportierten Güter. Ungefähr 25% der Kanalfracht bestehen aus US-Kohleexporten nach Japan und ein ähnlich hoher Anteil aus den Importen von Südfrüchten und anderer Agrarprodukte in die USA. (10) Durch die transisthmische Ölpipeline, durch die das in Alaska und Ecuador geförderte Erdöl an die Atlantikküste gepumpt wird, verliert der Kanal auf wirtschaftlicher Ebene leicht an Bedeutung. Großraumtanker können diesen jedoch schon seit längerem nicht mehr passieren. D.h. die wirtschaftliche Bedeutung des Kanals ist für die gegenwärtige US-Invasion in Panamá wohl nicht entscheidend, wenngleich sie auch weiterhin eine gewisse Bedeutung besitzt, wichtiger ist die militärstrategische Lage der US-Basen in der Kanalzone einzuschätzen. (siehe Kasten)

Die Sozialdemokratisierung des Landes

1978 initiierte Torrijos eine demokratische Öffnung, ließ politische Parteien wieder zu und gründete die regierungstreue Partei "Partido Revolucionario Democrática" (PRD). Dabei stützte sich der General vor allem auf die öffentlichen Angestellten, einen Flügel der Kommunistischen Partei, Arbeiter, die ländliche und städtische Mittelschicht und einige Teile der Bourgeoisie. Vorbild für die "Vielklassenpartei" war die mexikanische Partei der Institutionellen Revolution (PRI). Pate standen der costaricanische Sozialdemokrat und Ex-Präsident Daniel Obduber und die spanische PSOE. Die PRD erhielt zunächst Beobachterstatus bei der SI und wurde 1986 Vollmitglied. (11) 1978 ließ Torrijos seinen Vertauten Aristides Royo zum Präsidenten wählen. Im August 1981 starb Omar Torrijos bei einem bis heute nicht aufgeklärten Flugzeugunglück. Innerhalb Panamás besteht kaum ein Zweifel an der Verstrickung des CIA in den "Unfall". (7) Aristides Royo wurde am 30.7.82 von Rubén Dario Paredes, dem Chef der Nationalgarde, zum Rücktritt gezwungen. Neuer Präsident wurde der vorherige Vizepräsident und rechte Technokrat Ricardo de la Espriella. Die Nationalgarde wurde 1983 in Fuerzas de Defensa de Panamá (FDP) mit drei bewaffneten Körpern umgebildet: Heer, Nationalgarde und Polizei. Die ausgegebene Parole "Volk und Heer" änderte nichts daran, daß die FDP sich weiterhin darin spezialisierte, Demonstrationen zu unterdrücken. Im August 1983 trat der ehemalige Chef des militärischen Geheimdienstes (G-2), Manuel Antonio Noriega, die Nachfolge Paredes als Oberkommandierender der Streitkräfte an. Der antiimperialistisch gesinnte Jorge Illueca trat das Präsidentenamt an, das er bis zu den Wahlen 1984 inne hatte. Die PRD schloß sich zu den Wahlen mit einer Gruppe von Mitte-Rechts-Parteien zum Wahlbündnis UNADE (Unión Nacional Democrática) zusammen. Als Kandidat wählten sie den von den USA favorisierten ehemaligen Vizepräsidenten der Weltbank Nicolas Ardito Barletta. Die Opposition gruppierte sich um den 1968 gestürzten rechtsextremen Präsidenten Arnulfo Arias. Die Konrad-Adenauer-Stiftung baute die Christdemokratische Partei unter Ricardo Arias Calderón zur treibenden Kraft innerhalb des Oppositionsbündnisses auf. Der Regierungskandidat Barletta gewann im Mai

1984 in äußerst zweifelhaften Wahlen das Präsidentenamt. Die USA focht die Wahlen damals nicht an. (!) Noriega und Barletta galten als Garanten der US-amerikanischen Interessen in Panamá. (12)

Die Ende der 70er Jahre herrschende Wirtschaftskrise in ganz Lateinamerika zeigte sich auch in Panamá. In den produktiven Sektoren trat ab 1978 ein Nullwachstum ein. Das Produktivkapital wanderte in den Finanzsektor ab und führte zu steigender Arbeitslosigkeit. (6) Panamás Schulden stiegen zwischen 1975 und 1981 von 500 Mio. US-Dollar auf 2,3 Milliarden an. Bereits 1979 mußte es ein Austerity-Abkommen mit dem IWF abschließen. Es beinhaltete die bekannte Medizin, die der IWF den verschuldeten nationalen Wirtschaften zu verabreichen pflegt:

- Einfrieren der Löhne und Gehälter

- Freigabe der Preise für Grundnahrungsmittel und grundlegende Dienstleistungen (Nahverkehr, Gesundheitsversorgung, usw.)

- Revision der unter Torrijos eingeführten fortschrittlichen Arbeitsgesetzgebung

- Abbau der Sozialversicherungsleistungen (12)

Nachdem Barletta begonnen hatte die sozialen Errungenschaften restlos zu demontieren, kam es zu massiven Volksprotesten. Barletta wurde im September 1985 zum Rücktritt gezwungen. Seine Ablösung war für den Finanzsektor das Zeichen, daß die Streitkräfte nicht mehr als ihre wichtigsten Verbündeten fungierten.

Noriega gerät ins Schußfeld der USA

Noriega - sicherliche eine zweifelhafte Persönlichkeit - geriet im Dezember 85 in das Schußfeld der US-Politik, als er sich weigerte aus der Contadora-Gruppe auszuscheren. Er stand 13 Jahre lang an der Spitze des Geimdienstes G-2 und war angeblich an der Ermordung des Revolutionärs Floyd Britton und des Befreiungstheologen Héctor Gallegos beteiligt. Er war CIA Agent und half Kuba gleichzeitig das US-Wirtschaftsembargo zu umgehen. Die USA begannen im Februar 1986 eine beispiellose Kampagne gegen ihn: 1986 beklagte US-Botschafter Davis in Panamá öffentlich die Menschenrechtsverletzungen und klagte Noriega der Ermordung des ehemaligen panamesischen Gesundheitsministers und früheren sandinistischen Befreiungskämpfers (!) Spadafora an. Es folgten Anschuldigungen des Drogen- und Waffenhandels - früher wurde er wegen seiner engen Zusammenarbeit mit der US Drug Enforcement Agency (DEA) gelobt -, des Wahlbetruges (1984) und des Mordes an Torrijos (!). Eigentlich fehlte nur noch eine Anklage wegen Kindesschändung, schrieb die ZEIT am 18.9.87. Noriega hatte Libyens General Ghadafi als Hassobjekt Nr. 1 abgelöst. Die angeblich vorhandenen Beweise für ihre Anschuldigungen haben die USA aber bis heute nicht veröffentlicht. Im Geheimdokument "Santa Fe II", erstellt von einflußreichen republikanischen Kreisen in den USA, wird Panamá als "autoritäres und totalitäres Regime" bezeichnet und die Ansicht vertreten, daß "der Sturz Noriegas und die Abhaltung von Wahlen" nicht ausreichen werden, denn die USA wollen "an einigen Orten in Panamá präsent bleiben (es geht vor allem um den Flugplatz Howard und die Marinebasis Rodman), um in der westlichen Hemisphäre in angemessener Weise ihre Stärke zeigen zu können." (13) Korruption, Wahlbetrug, Drogenhandel, Menschenrechtsverletzungen sind jedoch bisher für keine US-Regierung Orientierung gegenüber einem anderen Staat, solange er als Erfüllungsgehilfe ihrer Politik dient. Hier tritt die eigentliche Ursache für die von nun an verstärkte Demontage Noriegas hervor: Hegemonie- und militärstrategische Interessen.

Im Juli 87 läuft der ehemalige Geheimdienstchef Panamás, Roberto Diaz Herrera, über und wiederholt die Anschuldigungen gegen Noriega. Am 24.11.87 wird die Wirtschafts- und Militärhilfe für Panamá suspendiert. Diese Maßnahme bewirkt zum einen, eine Solidarisierung mit der Regierung gegen den Yankee-Imperialismus, zum anderen aber setzt sie den Auftakt zum "nationalen Bürgerkreuzzug". Diesem Oppositionsbündnis steht der Präsident der Handelskammer, Alberto Barría, vor. Es wird von der traditionellen Finanz- und Handelsoligarchie, bürgerlichen Parteien, Privatuniversitäten, dem mehrheitlich konservativen katholischen Klerus, dem Rotari- und dem Lionsclub und anderen getragen. Die Führer der Opposition reisten nach Washington und setzten sich mit der Heritage Stiftung, dem Zentrum für Strategische Studien und der Stiftung für Demokratie in Kontakt. Danach begaben sie sich auf die Philippinen, um dort das "nordamerikanische Modell" der Demokratie für die "Dritte Welt" direkt zu studieren. (14) Die USA teilten ihrer Botschaft in Panamá ebenfalls drei Funktionäre mit Philippinen Erfahrung zu. Aber die Lage in Panamá ist

nicht mit der auf den Philippinen vergleichbar: Weder war Noriega so unbeliebt wie Marcos, noch gab es eine panamesische Corazón Aquino. Anfang Februar eröffneten Strafkammern in Miami und in Florida gegen Noriega in absentia ein Verfahren wegen Drogengeschäften und Geldwäscherei. Am 25.2.88 erklärte der zivile Präsident Eric Arturo Delvalle, nach einer Unterredung mit Elliot Abrams aus dem US-Außenministerium, den General für abgesetzt. Das Parlament setzte daraufhin Präsident Delvalle und seinen Vizepräsidenten ab und ernannte den Erziehungsminister Manuel Solís Palma zum neuen Staatsoberhaupt. Dieser wurde von den USA nicht anerkannt, vielmehr erklärten sie dem kleinen Staat den Wirtschaftskrieg.

Der US-Wirtschaftskrieg

Die USA fror die Guthaben der panamesischen Regierung in den USA in Höhe von 58 Mio. US-Dollar ein und überweist seitdem die Gebühren für den Kanal (monatl. ca. 7 Mio. US-Dollar) und für die Ölpipelines (ca. 70 Mio. US-Dollar im Jahr) auf ein Sperrkonto in New York. Die Banken waren in Panamá für 68 Tage geschlossen. Der Lohn wurde, da der Dollar Landeswährung ist, in Schecks ausgezahlt, die vorerst nirgendwo angenommen worden sind. ArbeiterInnen mit solchen Schecks wurden in die Arme des "Kreuzzuges" getrieben. Im April befahl Reagan den Regierungsinstitutionen, den nordamerikanischen Konzernen und den US-BürgerInnen in Panamá, die Sozialversicherungs-, die Steuer-, die Elektrizitäts-, die Wasser- und die Telefonzahlungen an die Regierung Panamás einzustellen. Die Importquote für Zucker und Krabben in die USA wurden ebenso gestrichen, wie weitere Abkommen. (6) Ein Politiker des "Kreuzzuges" beschrieb die Lage des Staates folgendermaßen: "Die Vereinigten Staaten müssen die Situation Panamás wie die Befreiung einiger Geisel betrachten. Es ist genauso wichtig, sie zu befreien, wie daß sie lebend bleibt. (15) Die Oligarchie und die Mittelklasse fürchteten um ihre Privilegien - und nicht zu unrecht. Das BIP fiel 1988 um 21%, 60.000 ArbeiterInnen wurden arbeitslos, die Arbeitslosenzahlen stiegen auf 150 000 und die Zahl der Armen in Panamá stieg auf eine Million - fast die Hälfte der Bevölkerung. (15) Medikamente und Schulmaterial waren keine mehr vorhanden. Das Bauwesen wurde nahezu paralysiert. 1987 wurden im ersten Halbjahr hierfür noch 100 Mio. US-Dollar ausgegeben, im gleichen Zeitraum 1988 nur noch 13,7 Millionen. Die Steuereinnahmen fielen um mehr als 50%. Das Internationale Finanzzentrum löste sich fast vollständig auf. Von 12 anwesenden japanischen Banken, verließen 10 das Land. (6) Die verhängten Wirtschaftssanktionen, die Busch am 7.4.89 verlängerte, ruinierten den lukrativen Finanzplatz.

Am 16.3.88 unternahm der Polizeichef Leónidas Marcías einen Putschversuch, der von der "urraca"-Einheit niedergeschlagen worden ist. Das Batallón 2000 und die von Noriega aufgestellten Volksmilizen, die "Batallone der Würde", sicherten während dessen die strategischen Punkte in der ganzen Stadt. Marcías und weitere 15 Putschisten wurden gefangengenommen, obwohl die Putschisten nach einer Meldung von Radio Latina (16.3.88) logistische Hilfe von der 82. US-Luftlandedivision aus der Kanalzone erhielten. In Panamá konzentrierte sich nun alles auf die Präsidentenwahlen am 7.7.89. Der größte Gewerkschaftsdachverband stellte sich fast vollständig hinter Noriega und gegen den "Kreuzzug" - trotz des Sozialabbaus und der schlechten Wirtschaftslage. Gegen oppositionelle Demonstrationen und Äußerungen ging die Regierung mit Gewalt vor. Aus dem "Nationalen Bürgerkreuzzug" formiert sich die "Zivile Allianz der demokratischen Opposition" (ADOC),die bei den Wahlen antrat. Sie konnte auch Teile des Kleinbürgertums unter der Führung von Endara vereinen. Hinter Endara stehen zwei Kandidaten als Vize bereit, die das eigentliche sagen haben: Guillermo Ford, Bankier und Versicherungsmanager, sowie Ricardo Arias Calderon, Leiter der Christdemokratischen Partei und US-Advokat. (16) Calderon besuchte sogleich seine Bruderparteien in Europa, um personelle und finanzielle Unterstützung zu erbitten. Als ersten Grund für die notwendige Abwahl Noriegas nannte er den Kursverlust der Bankaktien von 60% innerhalb des Jahres 88. US-Präsident Bush griff seiner Partei im Wahlkampf nicht nur propagandistisch, sondern auch finanziell unter die Arme. Im Februar 89 ließ er der ADOC 10 Mio. Dollar zukommen. Noriega setzte auf das Wahlbündnis der Regierungsparteien, der "Koalition für nationale Befreiung" (Colina). Seine Basis fand er vor allem bei den Campesinos und der städtischen Unterschicht. Bereits vor den Wahlen drohten die USA für den Fall des Wahlbetruges mit einer Invasion.

Verstärkte US-Provokationen

Die Wahlen selber endeten im Chaos. Am Wahlsonntag gab der den USA nahestehende Radiosender "Radio Impacto" in Costa Rica um 15 Uhr den Sieg der Opposition bekannt. (17) Er hat ein, für Lateinamerika zumindest, unwahrscheinlich schnelles Ergebnis des oft mehrere Tage dauernden Auszählungsvorgangs vollbracht. Drei Tage nach der Wahl gab der oberste Wahlausschuß ein vorläufiges Ergebnis bekannt, nach

dem der Regierungspräsident Duque 64,4%, der Oppositionskandidat nur 32,8% der Stimmen bekommen haben soll, während viele ausländische Beobachter 70% für die Opposition gezählt haben wollten. (18) Es kam zu blutigen Straßenschlachten, bei denen die Noriega Regierung erneut Polizei gegen die Demonstranten einsetzte. Bei den Wahlen beging Noriega einen entscheidenden Fehler. Sie waren nicht sauber, ebenso wenig wie die Wahlen von 1984. Doch diesmal hatte er Washington nicht zum Partner. Diesmal erkannten die USA und ihre Verbündeten die Wahlen nicht an. Sie lieferten den USA hingegen den willkommenen Vorwand für weitere Provokationen. Washington verstärkte nach den Wahlen die 12 000 in der Kanalzone stationierten US-Soldaten um eine weitere Division von knapp 2000 Soldaten. Seitdem provozieren US-Militärs wiederholt in Panamá. So drang z.B. am 8.8.89 ein Konvoi nordamerikanischer Truppen mit gepanzerten Fahrzeugen in panamesisches Territorium ein und durchsuchten trotz der Anwesenheit von einigen Verkehrspolizisten die anwesende Bevölkerung unter Androhung von Waffengewalt. Ergebnis: 29 festgenommene Panamenier und eine entwendete panamesische Flagge. (18) Am 1.9.89 wurde der ehemalige Landwirtschaftsminister Francisco Rodriguez vom panamesischen Staatsrat zum neuen Staatschef ernannt. Gleichzeitig wurden beide Kammern des Parlaments aufgelöst und "bei geeigneten Bedingungen" Neuwahlen binnen sechs Monaten angekündigt. (19) Die US-Regierung kündigte sofort nach Rodriguez Amtsübernahme an, sie werde alle diplomatischen Kontakte zu Noriegas neuem Marionettenregime abbrechen und die Sanktionen gegen das Land verschärfen. Costa Ricas Präsident Oscar Arias sprach von einem "traurigen und schwarzen Tag" für Lateinamerika und forderte alle Regierungen auf, ihre Botschafter aus Panamá abzuziehen. (20)

Am 3.10 putschte die "urraca"-Einheit, die den vorherigen Putsch niedergeschlagen hatte. Sie bemächtigte sich der Zentralkaserne der Streitkräfte und des Senders "Radio Nacional", über den sie in einem Kommunique Noriega und fünf weitere hohe Militärs für abgesetzt und in den Ruhestand geschickt erklärten. Die US-Truppen des Südkommandos wurden in höchste Alarmbereitschaft versetzt. A- 37 Kampfflugzeuge und US-Militärhubschrauber kreisten vormittags über der Stadt. Bald wurde auch bekannt, daß das nordamerikanische Heereskommando über die Pläne der Putschisten informiert war. Es stellte sich heraus, daß nordamerikanische Panzereinheiten auf Wunsch der Rebellen zwei Straßen zum Hauptquartier Noriegas blockiert hatten - nicht jedoch eine dritte, über die schließlich die Unterstützung in Form des Batallón 2000 anrollte. Nach sechsstündigen Gefechten gelang es, das Hauptquartier zurückzuerobern und den Großteil der Putschisten festzunehmen. Der Oberkommandierende des US-Südkommandos wurde außerdem ermächtigt, Noriega zu ergreifen, aus den Händen der Rebellen zu befreien und notfalls gegen deren Willen in Gewahrsam zu nehmen. (21) Weshalb die US-Armee nicht schon zu diesem Zeitpunkt militärisch intervenierte ist unbekannt. Sei es, daß sie von einem Sieg der Putschisten überzeugt waren, sei es, daß die aus einer Invasion entstehenden Folgen zum damaligen Zeitpunkt für sie unkalkulierbar waren. Am 19.12.89 starteten die USA mit einer Unzahl von Truppen und Kriegsgerät ihre Militärinvasion in dem mittelamerikanischen Land.

St., KB-Nürnberg

Anmerkungen:

1) Aus Artikel II der Verträge

2) Aus Artikel III der Verträge

3) Edgar Spence: "Panamá: Modelo para armar un enclave politico militar"; cuadernos de pensamiento propio, Nicaragua, Juli 1989

4) Erich Süßdorf in "Krisengebiet Mittelamerika, Hrsg.: Helmut Nuhn; Westermann Verlag Braunschweig, 1985

5) Marco Gandásegui in pensamiento propio, Nr. 58, Nicaragua, März 1989

6) Manfred Ernst in "Lateinamerika Analysen und Berichte 7"; Junius Verlag, 1983

7) Daten nach Süssdorf bzw. nach Ralf Leonhard in: "Lateinamerika Analysen und Berichte 12"; Junius Verlag, 1988

8) Artikel V des Neutralitätsvertrages ; zitiert nach Jochen Hippler: "Menschenrechte und ‚Politik der Stärke'", Trikont Duisburg 1984; alle weiteren Fakten aus Hippler und Süßdorf

9) Vance in : DoS BULLETIN, Vol. 78, Februar 1978, S. 57; zitiert nach Hippler

10) Daten aus Hippler, Süßdorf und Leonhard

11) Ralf Leonhard in: "Lateinamerika Analysen und Berichte 12", Junius Verlag, 1988

12) AK 293, 5.4.1988

13) "Geheimdokument Santa Fe II", erstellt vom Komitee von Santa Fe: L. Francis Bouchey, Roger Fontaine, David c. Jordan, Lt. General Gordon Sommer Jr.; dokumentiert in: Envio Nr 90, Nicaragua, Dezember 1988

14) Raul Marin in: pensamiento propio, Nr. 49, Nicaragua, März 1988 15) José Moya in : pensamiento propio, Nr. 64, Nicaragua, Oktober 1989

16) Blätter des iz3w, Nr. 158, Freiburg, Juli 1989

17) ANN, Wochenheft Nr. 159, 7.6.89

18) Ila info Nr. 128, Bonn, September 1989

19) SZ, 2./3.9.89

20) FR, 4.9.89

21) Vgl.: DIE ZEIT, Nr. 42, 13.10.89

40. Die Dialogpolitik der FMLN - Hintergründe, Geschichte und aktuelle Positionen - Teil 2 - Die Verhandlungen mit der ARENA-Regierung

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:25

Die salvadorianische Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" startete am 11. November 1989 die bedeutendste Offensive ihrer Geschichte. Diese Offensive, die nach wie vor anhält, war die Antwort auf die verschärfte Repression gegen die legale Volksbewegung und die Blockadepolitik, mit der die ultrarechte ARENA-Regierung die Verhandlungsrunden in México D.F. und San José/Costa Rica scheitern ließ. Erklärtes Ziel dieser Offensive ist, "die Regierung Cristiani zu einer politischen Verhandlungslösung zu bewegen." (28)

Wenngleich Gespräche zwischen dem Killerregime und der Befreiungsbewegung zur Zeit weiter denn je entfernt scheinen, so ist doch die Analyse der auch gegenüber der ultrarechten ARENA-Regierung entfalteten Dialog-Politik der FMLN entscheidend, will mensch deren Konzeption des Kampfes um Befreiung verstehen.

In AK 312 (Nov. 1989) wurde die Verhandlungspolitik der FMLN gegenüber dem christdemokratischen Präsidenten Napoleón Duarte nachgezeichnet. Es zeigte sich, daß die Dialogpolitik eine außerordentlich wichtige Rolle für den Wiederaufbau der städtischen Massenbewegung spielte und daß sie es der FMLN/ FDR erlaubte, Bündnisse bis ins bürgerliche Lager hinein zu knüpfen.

Diese Bündnis- und Massenpolitik war die Voraussetzung für die schrittweise politische Isolierung Duartes, was zusammen mit verstärkten militärischen Aktivitäten das Scheitern der christdemokratischen Variante der Aufstandsbekämpfung bewirkte.

Die FMLN-Strategie lautete also nicht: bewaffneter Kampf oder Verhandlungen, sondern: bewaffneter Kampf, Vorbereitung des Volksaufstandes, Stärkung der legalen Organisationen und Verhandlungen!

Im Folgenden gehen wir unter dem Blickwinkel der FMLN-Bündnispolitik auf den Übergang von der christdemokratischen Regierung Duarte zur ARENA- Regierung unter Cristiani ein und stellen anschließend die FMLN-ARENA-Treffen im September und Oktober 1989 dar.

Die FDR gründet Bündnisliste "Demokratische Konvergenz" (CD)

Der Sozialdemokrat Guillermo Ungo (MNR), der auch einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale (SI) ist, und der linkschristliche Rubén Zamora (MPSC) waren von 1980 bis November 1987 im Exil. Beide sind herausragende Mitglieder der mit der FMLN verbündeten "Demokratisch-Revolutionären Front" (FDR). Im Gefolge des Abkommens von Esquipulas II (August 1987) konnten sie, die auf dem internationalen Parkett jahrelang als politischer Arm der Befreiungsbewegung fungierten, in ihr Land zurückkehren. Weitere ExilpolitikerInnen folgten ihrem Schritt. Die FMLN begrüßte ihre Rückkehr nachdrücklich. (29) Die FDR-Führer bauten mit der relativ unbedeutenden sozialdemokratischen Minipartei PSD zusammen das Bündnis "Demokratische Konvergenz" (CD) auf. Am 7. November 1987 legte das neue Bündnis, nach vielen Jahren die erste legale Liste links von der Christdemokratie, ein Wahlprogramm vor, das vor allem die Verhandlungsvorschläge der FMLN zum Inhalt hatte. (30) Guillermo Ungo und Rubén Zamora bauten zwar die "Demokratische Konvergenz" (CD) mit links-reformistischem Profil auf, schworen aber gleichzeitig dem Bündnis mit der FMLN nicht ab, obwohl sie in dieser Hinsicht von vielerlei Seiten unter massiven Druck gesetzt wurden - auch von der bundesdeutschen SPD. (31)

Im August 1988, nachdem die ultrarechte ARENA bereits die Parlaments- und Kommunalwahlen gewonnen hatte, verkündete die "Demokratische Konvergenz" (CD) ihre Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen vom März 1989. Die FMLN hingegen lehnte diese Wahlen als Teil der US-amerikanischen Aufstandsbekämpfungsstrategie ab, da sie dazu dienten den Krieg zu legitimieren und die Volksbewegung politisch zu neutralisieren. Die Verbündeten nahmen also in einer konkreten Frage eine widersprüchliche Haltung ein. Die Spekulationen um eine mögliche Spaltung des Bündnisses FMLN-FDR begannen.

Das Ziel des neugegründeten Bündnisses CD war es, Teile der Mittelschichten in den Befreiungskampf politisch einzubeziehen, die sich zwar von der Christdemokratie abgewandt hatten, die aber den bewaffneten

Kampf der FMLN nicht direkt unterstützten. Das Wahlbündnis CD mußte sich um ein eigenständiges Profil bemühen, um gegenüber diesen Schichten überhaupt glaubwürdig auftreten zu können. Über notwendige Sicherheitserwägungen hinaus beinhaltete dies logischerweise eine Unterscheidung von der FMLN, was die Auswahl des Aktionsfeldes (Wahlkampf) und die Aktionsformen anbelangte. Dabei wurde aber weder von der FMLN noch von den FDR-Führern die Allianz zwischen beiden Kräften infragegestellt: "Diese strategische Allianz ist schon acht Jahre alt und ein Ausdruck der Reife und des Pluralismus. Ohne selbst am bewaffneten Kampf beteiligt zu sein, unterstützen die Companeros der FDR unseren bewaffneten Kampf. Was zählt ist nicht die Kampfform, sondern das gemeinsame Projekt", so die FMLN-Kommandantin Nidia Diaz Ende August 1988. (32)

Der Wahlvorschlag der FMLN (24. Januar 1989)

Die Spekulationen um eine mögliche Spaltung des Bündnisses von FMLN und FDR an der Wahlfrage hielten dennoch bis zum 24.1. 1989 an. An diesem Tag schlug die Generalkommandantur der FMLN vor, die für den 19. März geplanten Wahlen auf den 15. September zu verlegen. Weitere Bedingungen müßten erfüllt werden, um die "Wahlen zu einem Beitrag für den Frieden" umzuwandeln, u.a.:

- sofortige Einstellung der Repression gegen die Volksbewegung

- Kasernierung der Streitkräfte am Wahltag

- Einbeziehung der CD in den Wahlrat und Bildung eines unabhängigen Gremiums zur Wahlkontrolle

- Wahlrecht für alle Salvadorianer, die im Ausland leben

Unter diesen Voraussetzungen wollte die FMLN ihre Anhänger auffordern, für die "Demokratische Konvergenz" (CD) zu stimmen und verpflichtete sich auch, das Wahlergebnis zu respektieren. In dem Kommuniqué erklärte sich die Befreiungsbewegung bereit, ihren Beitrag zur politischen Lösung mit Regierung, Parlament, Streitkräften und allen politischen Parteien zu diskutieren. (33)

Dieses Angebot der FMLN unter bestimmten Bedingungen an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen, kam für alle Seiten völlig überraschend. Es wurde wochenlang zum wichtigsten Diskussionsgegenstand in El Salvador und stieß sowohl im Land selbst als auch international auf breite Zustimmung.

Die Regierung Duarte lehnte den Vorschlag zunächst ab, da er gegen die Verfassung verstoße. Präsident Duarte forderte die Aufständischen seinerseits zur Waffenniederlegung auf, dann sei er zu Gesprächen bereit. Die ultrarechte ARENA lehnte, den Wahlsieg vor Augen, die Initiative als "Falle" und "Destabilisierungsversuch" ebenso ab, wie die Armee. Am 4.2.1989 äußerte sich der US-Vizepräsident Quayle in San Salvador vorsichtig positiv und versprach eine "ernsthafte Prüfung" des Vorschlags. Nun begann auch die salvadorianische Christdemokratie einen Gegenvorschlag zu erarbeiten.

Die FMLN erweiterte ihr Angebot am 6. Februar 1989. Sie offerierte eine dreißigtägige Feuerpause jeweils vor und nach den Wahlen. Sie zeigte sich weiterhin bereit zu:

- Definitive Einstellung des bewaffneten Kampfes

- Eingliederung in das politische Leben des Landes

- Anerkennung einer einzigen Streitkraft, die auf die Truppenstärke von 1978 (12.000 Soldaten) reduziert ist.

Sie forderte:

- Die Realisierung ihres Vorschlags vom 24. Januar

- Die Bestrafung für Verantwortliche an Massakern und politischen Verbrechen (explizit genannt wurden: Morde an Erzbischof Romero, der FDR-Führung, den 4 US-Nonnen, Massaker von Rio Sumpul, El Mozote und Las Hojas)

- Die Auflösung der Sicherheitskräfte (Nationalpolizei, Nationalgarde und Finanzpolizei), um sie in eine einzige öffentliche Sicherheitskraft unter der Leitung des Innenministeriums zusammenzufassen. (34)

Die Jesuiten der "Mittelamerikanischen Universität" (UCA) bezeichneten die Vorschläge zurecht als "die offenste und kühnste politische Offerte, die die Aufständischen seit der Formulierung ihrer ersten Verhandlungsvorschläge unterbreitet haben." (35)

Die FMLN forderte damit die Christdemokratie, ARENA, Armee und USA auch auf dem Terrain heraus, das jene bereitet hatten, um den Krieg international weiter legitimieren zu können: das weitgehende Wahlangebot der FMLN reflektierte ihre Überzeugung, auch auf dieser Ebene im politischen Kräftemessen erfolgreich sein zu können. Die FMLN bot mit ihren Vorschlägen vom 24. Januar und 6. Februar ihre Umwandlung von einer Guerillabewegung zu einer legalen politischen Kraft an.

Im Unterschied zu früheren Vorschlägen verzichtete sie dabei auf die Beteiligung an einer Übergangsregierung, welche die Voraussetzung für die Abhaltung wirklich freier Wahlen schaffen sollte. Sie vertraute diese Aufgabe der aktuell existierenden Regierung an.

Sie verzichtete auch auf die Forderung nach der Verschmelzung beider Heere. Sie erklärte sich bereit, die offizielle Armee anzuerkennen, wenn diese gesäubert, zahlenmäßig erheblich reduziert und im Dienste von Demokratie, Nationaler Souveränität und Wahrung der Menschenrechte eingesetzt werde.

Die FMLN-Offerte sorgte für fieberhafte politische und diplomatische Aktivitäten, die hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden sollen. (36) Die Reaktionen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Alle Strömungen der legalen Volksbewegung forderten die Regierung zu Verhandlungen mit der Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" auf. Ebenso die politischen Parteien El Salvadors (Erklärung von Oaxtepec/México, 21.2.1989), die "Mittelamerikanische Universität" (UCA), das "Permanente Komitee der Nationalen Debatte" (CPDN) und Kirchen. Auch verschiedene lateinamerikanische Präsidenten, die Europäische Gemeinschaft und die CONTADORA-Staaten sprachen sich für Verhandlungen aus. Die FMLN reagierte jeweils schnell auf Kritiken, Nachfragen und Diskussionsangebote.

Die verschiedenen rechten Parteien versuchten sich einen Wahlvorteil zu verschaffen, indem sie den jeweils anderen die Verantwortung zuschoben, auf das Angebot der Aufständischen zu reagieren, will heißen Zugeständnisse zu machen. Die Streitkräfte kommentierten die Vorschläge nicht offen, verwiesen jedoch auf die Verfassung, welche für sie die Maßgabe sei. Damit lehnten sie indirekt Zugeständnisse ab. Die Parteien, mit Ausnahme der "Demokratischen Konvergenz" (CD), und auch die Armee zögerten ihre Reaktionen hinaus und unternahmen nichts, um den Wahltermin zu verschieben. Diese Haltung lief auf eine kalte Ablehnung der FMLN-Vorschläge hinaus. Die regimetreuen Kräfte versuchten, den politischen schwarzen Peter loszuwerden, den diejenigen hatten, die Verhandlungen ablehnten. Duarte bot schließlich einen jeweils einseitigen Waffenstillstand, die Verschiebung der Wahlen zum 30. April und sofortige Gespräche in Guatemala an. Die FMLN und die Demokratische Konvergenz verwarfen dieses Antwort als nicht weitgehend und konkret genug, während es von ARENA, die die Mehrheit im Parlament hatte, als verfassungswidrig abgelehnt wurde.

Damit war die FMLN-Initiative gescheitert, die "Wahlen zu einem Beitrag des Friedens umzuwandeln." Es gelang der Befreiungsbewegung jedoch zum ersten Mal, einen eigenen realisierbaren und in sich kohärenten Wahlvorschlag einzubringen und so diese wichtige politische Säule des Aufstandsbekämpfungsprogrammes zum Wanken zu bringen.

In den Vorschlägen vom 24. Januar und vom 6. Februar demonstrierte sie ihre außerordentliche Flexibilität und die Bereitschaft zur politischen Lösung des Konfliktes. In diesen Vorschlägen wurden die wichtigsten Verhandlungslinien fixiert, für die die FMLN bis heute eintritt. Die nachfolgenden Vorschläge und Verhandlungsrunden variieren bzw. konkretisieren die Punkte, die bereits im Wahlvorschlag der Befreiungsfront grundgelegt wurden. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß sie anbot unter bestimmten Bedingungen, über die sie zu verhandeln bereit ist, die Waffen niederzulegen und sich in das öffentliche Leben des Landes wieder einzugliedern und bei Wahlen um die Mehrheit zu kämpfen. Die FMLN bot dabei, wie schon bei früheren Vorschlägen, ein schrittweises Vorgehen an, was jeder Seite ermöglicht zu überprüfen, ob die jeweils andere Seite die Vereinbarungen auch einhält. Die Bereitschaft die Waffen niederzulegen und bei Wahlen um die Mehrheit zu kämpfen bringt die Überzeugung der FMLN-Führung zum Ausdruck, daß sie auch tatsächlich bei freien und sauberen Wahlen die Mehrheit hinter sich bringen kann. Joaqu'in Villalobos, einer der führenden FMLN-Kommandanten, nahm in einem ausführlichen Interview am 25. Februar 1989 dazu klipp und klar Stellung: "Unter den aktuellen Bedingungen des Elends, des Terrors, der Sehnsucht nach Frieden in

El Salvador bedeutet weder die Christdemokratie noch ARENA eine Alternative für das Volk. Wir zweifeln nicht daran, daß die Massen angesichts dieser kritischen Situation für einen Wechsel votieren werden, wenn saubere Wahlen durchgeführt werden. ... Ich sage Dir noch einmal, daß wir nach unserer Analyse der veränderten Kräfteverhältnisse vollkommen sicher sind, daß wir einen überwältigenden Wahlsieg erringen würden." (37)

Zwischen den Wahlen und der Amtsübernahme Cristianis

Die Wahlen selbst wurden an anderer Stelle ausführlich analysiert. (38) Die FMLN rief am 9. März die Bevölkerung zum Wahlboykott auf, während sich die "Demokratische Konvergenz", welche die FMLN-Wahlvorschläge voll unterstützt hatte, entschied, an den Wahlen teilzunehmen, um nicht im nachhinein als bloßes Sprachrohr der FMLN dazustehen. Die von beiden Seiten gewünschte Eigenständigkeit führte erneut dazu, daß sie in einer konkreten Frage konträre Positionen vertraten. Dies führte zu Verwirrung in den eigenen Reihen. Wichtig anzumerken: die legalen Massenorganisationen, vor allem der Gewerkschaftsdachverband UNTS, riefen nicht zur Wahl der "Demokratischen Konvergenz" (CD) auf, sondern zum Wahlboykott.

Die FMLN verhängte vom 16.-20. März eine Verkehrstillegung (Verbot für alle Fahrzeuge zu fahren) und intensivierte ihre Angriffe auf militärische Einrichtungen. Wenige Tage vor den Wahlen wurde der Präsidentenpalast angegriffen. Die Wahlen fanden in einem generellen Klima des Krieges statt. Am Wahltag ermordete die Armee drei Journalisten, unter ihnen den Holländer Cornel Lagrouw und den Reuter-Mitarbeiter Roberto Navas, die beide im Mordfall Jürg Weis recherchiert hatten.

Nach Angaben des offiziellen Wahlrates hatten 1,95 Mio. Salvadorianer Wahlausweise (die Wahlfähige Bevölkerung inclusive der Exilierten wird auf ca. 3 Mio. geschätzt), wovon 946.686 Personen gültige Stimmen abgaben. Die Wahlenthaltung war so groß wie nie zuvor. Der ARENA-Kandidat Cristiani gewann 510.126 = 53,8% der abgegebenen Stimmen, die Christdemokraten 340.644 = 36% und die "Demokratische Konvergenz" erhielt lediglich 35.794 = 3% der abgegebenen Stimmen. Der spektakuläre Wahlsieg ARENAs basierte nicht auf der Zunahme ihrer Anhängerschaft (1984 konnte ARENA im zweiten Wahlgang noch 651.741 Stimmen gewinnen), sondern auf der starken Abnahme der Wahlbeteiligung, die dazu führte, daß ARENA mit einer voll mobilisierten Anhängerschaft gegenüber der gespaltenen und politisch verausgabten Christdemokratie gewann. Die "Demokratische Konvergenz" verfügte weder über die nötigen finanziellen Mittel noch war sie nach dem Boykottaufruf der FMLN imstande, ihre potentielle Anhängerschaft zur Stimmabgabe zu bewegen. Die Militarisierung der Wahllokale und Wahlbetrug taten ein übriges, um die CD klein zu halten. (39)

Die Wahlen bedeuteten den endgültigen politischen Zusammenbruch der bis dato gültigen US-Strategie in El Salvador. Denn die Christdemokratie hatte mit Hilfe der USA die völlige Kontrolle über die Exekutive, die Mehrheit im Parlament und zwei Drittel aller Bürgermeisterämter erlangt. Sie versprach wirtschaftliche und soziale Reformen, das Ende der Repression und eine politische Lösung des Konfliktes. All diese Versprechungen wurden nicht eingehalten. Deshalb verlor sie die Wahlen. Das gemäßigte, reformerische und friedenswillige Image des Präsidenten Napoleón Duarte und der Christdemokratie war jedoch für die USA von grundlegender Bedeutung, um unter diesem Deckmantel die militärische Vernichtung der bewaffnet kämpfenden Befreiungsbewegung innenpolitisch rechtfertigen und vorantreiben zu können. Außerdem wurde die Christdemokratie El Salvadors als treuer angeblich demokratischer und reformwilliger Verbündeter gegen das sandinistische, angeblich menschenrechtsverletzende und totalitäre Nicaragua präsentiert. Auch für die politische und wirtschaftliche Einbeziehung der Christdemokratie und der internationalen Sozialdemokratie in das Aufstandsbekämpfungskonzept der USA war das Bild des zwischen zwei Feuern, der extremen Rechten und der extremen Linken, stehenden Präsidenten Duarte von grundlegender Bedeutung. Die Wahlen vom März 1989 besiegelten den endgültigen Zusammenbruch dieser Fassade. Sie besiegelten auch den tiefgreifenden Machtverlust der treuen US-Marionette Duarte und der Christdemokratie.

Mit ARENA gewann die alte Koalition zwischen Militär und Großgrundbesitzern wieder die politische Macht zurück. Diese offen anti-reformerische, repressive und auf eine kriegerische Lösung setzende Partei ist für die USA ein viel schwierigerer Verbündeter als die Christdemokratie, weil sie wirtschaftliche und politische Eigeninteressen verfolgt, die mit dem von den USA favorisierten Konzept des "Krieges niedriger Intensität" nicht vereinbar sind. ARENA hat enge Verbindungen mit den Todesschwadronen und allerorten wurde an ihrer demokratischen Reputation gezweifelt.

FMLN und Massenbewegung kämpfen nicht mehr in erster Linie gegen ihren politisch-ideologischen Feind Christdemokratie, sondern gegen ihren historischen Klassenfeind: die Oligarchie, die vom US-Imperialismus unterstützt wird. Da mit dem Wahlsieg ARENAs die Christdemokratie tendenziell in die Opposition getrieben wurde, entstand nach den Wahlen die Möglichkeit einer breiten Anti- ARENA-Front unter Führung der FMLN. Die Bündnismöglichkeiten für die Befreiungsbewegung haben sich nach der Wahlniederlage der Christdemokratie entscheidend verbessert. Damit wurde die vollständige politische Isolierung ARENAs möglich, notwendige Voraussetzung für die Ablösung dieser Regierung.

Wenige Tage nach den Wahlen begann innerhalb ARENAs und der Armee ein blutiger Streit um den einzuschlagenden Kurs. Es standen sich zwei Linien gegenüber: die einen, die eine erneuerte Variante der US-Strategie des Krieges niedriger Intensität vertraten, wie der Chef des Oberkommandos der Streitkräfte René Emilio Ponce und die Vertreter einer harten Linie um den Vize-Präsidenten des Parlaments, Sigifrido Ochoa Pérez, die auf Menschenrechte, Demokratie etc. weniger Rücksicht nehmen wollte. Diese Streitigkeiten führten zur Ermordung einiger führender Köpfe ARENAs, die zunächst der FMLN in die Schuhe geschoben werden sollte, was diese aber zurückwies. Die wirklichen Täter kamen mit großer Wahrscheinlichkeit aus den eigenen Reihen, aus dem Sympathisanten- und Freundeskreis des pathologischen Killers, Major D'Aubuisson. (40)

Die FMLN-Position zur ARENA-Regierung (Vorschlagvom 6. April 1989)

Schon am 7. April reiste Cristiani nach Washington, um sich dort im Weißen Haus mit Präsident Bush und Vize-Präsident Quayle zu treffen. Die neue Linie dort: man müsse Cristiani Gelegenheit geben, seine demokratische und friedenswillige Gesinnung zu beweisen. Die USA wechselten also die Pferde und setzten entschlossen auf Cristiani und ARENA. Auch die salvadorianischen Jesuiten der "Mittelamerikanischen Universität" (UCA) hatten angefangen ARENA gesundzubeten und unterstellten dem angeblich moderaten Cristiani den ehrlichen Willen ARENA zu mäßigen und zu demokratisieren. Die radikalen Kräfte innerhalb ARENAs verlören an Einfluß. (41)

Einen Tag vor der USA-Reise Cristianis hatte die FMLN ebenfalls in Washington ein neues Grundlagenpapier veröffentlicht. Darin wurde die "Position der Befreiungsfront gegenüber der Regierung ARENAs und ein Vorschlag, eine wirkliche Demokratie, eine neue Gesellschaft und den Frieden" zu erreichen, bekanntgegeben. In diesem Papier, das mit einer kurzen Situationsanalyse eingeleitet wurde, bezeichnet die FMLN die neue Regierung als "illegitim, weil die Wahlen vom 19. März nicht die Wünsche und den Willen der Mehrheit des salvadorianischen Volkes repräsentieren". Sie machte inhaltlich dieselben Vorschläge wie schon im Januar/Februar 1989, erweiterte sie aber dahingehend, daß sie Cristiani aufforderte sich als Übergangsregierung zu bezeichnen und neue Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auszurufen. Die FMLN will bei diesen geforderten Wahlen nicht mehr wie noch im Januar/Februar lediglich indirekt teilnehmen, indem sie die "Demokratische Konvergenz" unterstützt, sondern will selbst direkt antreten.

In drei Themenblocks, sog. "Grundkonsensen" (1. Für die Demokratisierung; 2. Für die Lösung der strukturellen Gründe des Krieges; 3. Für die Erlangung des Friedens), faßte die FMLN ihre Grundforderungen und mögliche Zugeständnisse zusammen. Dabei bot sie erneut explizit an, den bewaffneten Kampf aufzugeben, sich in das politische Leben einzugliedern und die Existenz nur eines Heeres anzuerkennen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. (42) Sie schlug außerdem vor, mit den Regierungsstreitkräften einen Waffenstillstand zu vereinbaren, der durch die jeweilige Zuweisung von kontrollierten Zonen und weiteren Mechanismen überprüfbar gemacht werden sollte. ARENA wies diesen Plan kategorisch zurück.

Parallel zu ihrem Friedensvorschlag verstärkte die Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" ihre militärischen Aktivitäten anfang April erheblich. Neben vielerlei Angriffen auf Stellung der Regierungsarmee stachen dabei besonders mehrere Angriffe auf verschiedene Fabriken und Banken hervor, wobei die angegriffenen Installationen großteils eingeäschert wurden. Vor der Regierungsübernahme Cristianis war das politische Klima im Land beispiellos polarisiert und die militärischen Aktivitäten der Befreiungsfront behielten ein sehr hohes Niveau bei.

Die Regierung Cristiani

In seiner Antrittsrede vom 1. Juni 1989 berücksichtigte Cristiani die gegenüber ARENA bestehenden Vorbehalte und hielt eine sehr moderate Rede zur Amtseinführung. Auch Kritiker ARENAs waren überrascht,

wie deutlich er sich für den Respekt vor verfassungsmäßigen Normen, rechtsstaatlichen Prinzipien und Menschenrechten aussprach. Er kündigte außerdem einen Wirtschaftsplan zur "Nationalen Rettung" und Gespräche mit den Aufständischen an. (43) Unter Verweis auf den moderaten Ton, den Cristiani anschlug, wurden in den USA und der BRD die weitere Militär- bzw. Wirtschaftshilfe an die ultrarechte Regierung gerechtfertigt, auch von den Christ- und Sozialdemokraten der BRD, die jahrelang auf Napole'on Duarte gesetzt hatten.

Die Taten unterschieden sich allerdings sehr deutlich von den Worten. Im Zuge des "Plan Red" ließ Cristiani die Hauptstadt San Salvador völlig militarisieren. Menschenrechtsverletzungen nahmen quantitativ und vor allem qualitativ erheblich zu. Am 31.7., nur zwei Monate nach seiner Amtsübernahme verkündete er die drastische Erhöhung der Preise von Grundbedarfsgütern, vor allem der Buspreise. Streiks wurden mit Militärgewalt niedergeschlagen. Kurz: bereits nach zwei Monaten Präsidentschaft hatte Cristiani das Land mehr denn je in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht polarisiert. (44)

Die legale Massenbewegung, die zunehmend verfolgt wurde, konstituierte eine Aktionseinheit, an der auch die christdemokratische UNOC teilnahm. Unter dem Motto "Alle gegen ARENA" schlossen sich alle Kräfte der Massenbewegung links von der ARENA mit dem Ziel zusammen, die Wirtschaftspolitik ARENAs zu bekämpfen, die Repression einzudämmen und Verhandlungen zwischen ARENA und der FMLN zu fordern. Das "Permanente Komitee der nationalen Debatte" (CPDN), das alle wichtigen Kräfte des Landes umfaßt, Kirchen, Christdemokratie, kleine und mittlere Unternehmer eingeschlossen, führte am 15. September mit einer ähnlichen Stoßrichtung eine Demonstration mit 100.000 Teilnehmenden durch. ARENA war zu diesem Zeitpunkt innenpolitisch bereits sehr weitgehend isoliert und die Anti-ARENA- Front wurde wesentlich von FMLN- freundlichen Kräften getragen.

Die FMLN verstärkte auch ihre militärischen Aktivitäten. Sie bestimmte das Geschehen auf dem Lande und begann eine heftige Sabotagewelle in der Hauptstadt. Der ARENA-Mann Cristiani war schon zwei Monate nach seiner Machtübernahme politisch und militärisch in der Defensive.

Die vierte Runde: México D.F. (September 1989)

Cristiani war gezwungen der FMLN Gespräche anzubieten, wollte er nicht national und international sein Gesicht völlig verlieren. Allerdings vermochte er es wochenlang nicht, eine akzeptable Verhandlungsdelegation auf die Beine zu stellen. Innerhalb des herrschenden Blocks gab es auch heftige Diskussionen darüber, welche Befugnisse die Delegation haben sollte. Der inhaltliche Streit wurde in Form einer Debatte um Begriffe ausgetragen. Die Hardliner wollten lediglich einen "Dialog", also unverbindliche Gespräche anbieten. Die FMLN hingegen forderte nicht nur unverbindliche Gespräche, sondern Verhandlungen im Rahmen einer festzulegenden Tagesordnung. Innerhalb des herrschenden Blocks wurde wochenlang darum gestritten, ob nun beim Treffen "Dialog" oder "Verhandlungen" stattfinden sollten. Die Regierung hatte ohnehin keine konkreten eigenen Vorstellungen, außer: Respektierung der Verfassung und Waffenniederlegung der Aufständischen.

Die FMLN legte am 11. September ein vielbeachtetes Papier vor, das im wesentlichen wieder auf den im Januar/Februar präsentierten Vorstellungen fußte. Die Generalkommandantur der Rebellen schlug ein Verfahren zur Konfliktlösung vor, das drei Schritte umfassen sollte, die jeweils an bestimmte Bedingungen geknüpft sind.

Der erste Schritt: Feuereinstellung geknüpft an die Gewährung demokratischer Freiheiten und Schluß mit Repression, Durchführung der Agrarreform und Bestrafung von Menschenrechtsverletzern. Nach der Verwirklichung dieser Maßnahmen bot die FMLN an, den zweiten Zug zu machen und erste Schritte zur Eingliederung in das politische Leben zu unternehmen. Danach sollte schließlich über die "definitive Einstellung der Kampfhandlungen und die vollständige Integration der FMLN in das politische Leben bis spätestens zum 31.1.1990" verhandelt werden. Als Bedingung dafür nannte die Befreiungsfront: Durchführung einer Verfassungsreform, Auflösung der verschiedenen Sicherheitskräfte und Neubildung unter ziviler Leitung und Verkleinerung der Armee auf den Stand von 1978. (45)

Vom 13.-15. September fand in México D.F. die vierte Verhandlungsrunde statt. Auf Regierungsseite nahmen weder der Präsident selbst, noch Vertreter der Armee teil, die Anwesenden galten als drittrangige Repräsentanten. Die Rebellen hatten eine besonders hochkarätig besetzte Delegation entsandt, die von

Joaqu'in Villalobos angeführt wurde. Die Befreiungsbewegung hielt einen 10-tägigen einseitigen Waffenstillstand ein, um das Klima für die Gespräche zu verbessern.

Dennoch scheiterte die Verhandlungsrunde, weil sich die Regierungsseite weigerte, auch nur über die Vorschläge der Rebellen zu debattieren. So blieb es bei einer bloß formalen Debatte (Tagesordnung; wann/wie/wo findet das nächste Treffen statt). Als einziges konkretes Ergebnis war zu bewerten, daß am 16./17. Oktober in San José/Costa Rica ein weiteres Treffen stattfinden sollte. (46)

Die fünfte Runde: San José/ Costa Rica (Oktober 1989)

Armee und Regierung verschärften ihr repressives Vorgehen gegen die legale Volksbewegung. In der Hauptstadt wurden Protestdemonstrationen unter Gewaltanwendung aufgelöst. Außerdem nutzte die Armee den von der Guerilla einseitig eingehaltenen Waffenstillstand, um gegen deren Stellungen vorzugehen. Joaquin Villalobos, Mitglied der Generalkommandantur der FMLN, warf der Regierung vor, "die Vereinbarungen von México zu brechen", betonte die Aufrechterhaltung der flexiblen Positionen der Rebellen, aber "ohne das militärische Element außer acht zu lassen". (47)

Im Vorfeld des Treffens in San José fand erneut ein Streit um Formalitäten statt, hinter dem sich die inhaltlichen Differenzen verbargen. Während die FMLN unabhängige salvadorianische Beobachter (v.a. kath. Kirche) und internationale Beobachter (UN, OAS, Vatikan) als Vermittler und Zeugen bei dem Treffen zugegen haben wollte, wies die Regierungsseite dies zurück. Die ARENA-Regierung wollte erneut lediglich ein unverbindliches Gespräch ohne Zeugen und ohne konkrete Ergebnisse. Sie wollte mit der bloßen Tatsache des Treffens mit der Rebellendelegation den Anschein erwecken, als sei sie an einer friedlichen Lösung des Konfliktes interessiert. Die FMLN hingegen brauchte unabhängige Zeugen, um vor der Weltöffentlichkeit die Verantwortung für das mögliche Scheitern einer friedlichen Lösung klar und eindeutig ARENA zuschreiben zu können. Die Art und Weise, wie die Regierung Cristiani ihre Verhandlungspolitik betrieb, unterschied sich inhaltlich nicht von dem, wie Duarte agiert hatte. Unverbindliche Gespräche mit viel Getöse in der Weltpresse, wobei die Tatsache unter den Teppich gekehrt wurde, daß die Regierung inhaltlich zu keinerlei Zugeständnissen bereit ist. Der einzige Unterschied: der ARENA-Präsident nahm nicht selbst teil, sondern schickte nachrangige Vertreter.

Am 16. und 17. Oktober fand die zweite Gesprächsrunde zwischen einer FMLN- Delegation, die erneut von Joaquin Villalobos angeführt wurde, und einer ARENA-Delegation statt. Die Aufständischen hatten schon im Vorfeld einen Erfolg erzielt, denn die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die Vereinten Nationen (UN) und der Vatikan konnten Beobachter entsenden.

Die Regierungsdelegation, wiederum ohne Cristiani und mit Militärs als stummen Beobachtern, hatte diesmal einen Vorschlag: sie forderte die FMLN zur Waffenniederlegung auf, dann könnte sie eine legale politische Partei gründen.

Dies war keine akzeptable Gesprächsgrundlage. Die KomandantInnen legten ein 6-Punkte-Papier vor, das im wesentlichen mit ihrem schon in México D.F. präsentierten Vorschlag übereinstimmte. Der neue Plan konkretisierte die Vorstellungen der FMLN weiter und schlug Schritte zu Demokratisierung, Waffenstillstand, Wirtschaftsmaßnahmen und die sog. "Selbstreinigung der Streitkräfte" vor. Es wurde die Absetzung der Offiziere verlangt, die der sog. Tandona angehören. Diese Offiziere gelten als besonders ARENA-verbunden und haben nahezu alle wichtigen Schlüsselpositionen in den Streitkräften inne. Die Absetzung und Verurteilung der Tandona-Offiziere zu fordern, heißt konkret die Armee ihrer gegenwärtigen Führung zu berauben und außerordentlich einflußreiche Militärs abzuurteilen. Dies ist ohne eine grundlegende Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb des Militärs nicht durchführbar. Deshalb reagierte die Regierungsseite darauf auch mit harscher Ablehnung.

So blieb es beim Austausch der Vorschläge und bei der Unterzeichnung eines Abkommens, in dem die Differenzen beider Delegationen festgehalten wurden. Als wichtigstes Ergebnis des Treffens, galt die Vereinbarung einer weiteren Runde, die am 20./21. November stattfinden sollte. (48)

Die FMLN sagte in einem Kommuniqué vom 2. November ihre Teilnahme an dieser Gesprächsrunde ab, nachdem Regierung und Armee den Terror gegen die legale Volksbewegung erheblich verschärft hatten. Anlaß waren die Sprengstoffüberfälle auf die Gewerkschaftsföderation FENASTRAS und die

Menschenrechtsgruppe COMADRES am 31.10.1989, bei denen es mehrere Tote und Dutzende Verletzte gab. Die FMLN machte Regierung und Armee verantwortlich. Sie hob die Berechtigung des bewaffneten Kampfes hervor. Weiter hieß es, die FMLN werde sich "sofort mit den Zeugen der Dialogverhandlungen und mit der Kirche als Vermittlerin in Verbindung setzen, um durch sie Garantien für die zivilen und gewerkschaftlichen Organisationen der Opposition zu fordern. Auch, um die gegenwärtigen Bedingungen für den Verhandlungs- und Dialogprozeß und seine Perspektiven zu überprüfen. Während dessen halten wir es für notwendig, unsere Beteiligung an dem Treffen in Caracas zu suspendieren." Damit waren die Verhandlungen erst einmal auf Eis gelegt.

Am 11. November begann die FMLN ihre bisher größte Offensive "Faschisten raus - Febe Elisabeth lebt", mit der sie die Regierung Cristiani zu einer "politischen Verhandlungslösung des Konfliktes bewegen" will. Die FMLN setzt also ihre Politik fort, einerseits eine politische Lösung des Krieges anzubieten und andererseits, wenn die Gegenseite nicht dazu bereit ist, die bewaffneten Aktivitäten gegen die Regierung zu verschärfen. Beide Elemente, sowohl die militärischen Aktivitäten, als auch die Verhandlungs- und Bündnispolitik der "Befreiungsfront Farabundo Marti" machen den Kern ihres Konzeptes des Befreiungskampfes aus. Das eine ist ohne das andere nicht durchführbar.

Al., KB-Nürnberg

Anmerkungen

28) Radio Venceremos (Hg.), Nationales militärisches Manöver der FMLN, Köln/Berlin 12. November 1989, S.2

29) Die FMLN verkündete anläßlich der Rückkehr der beiden FDR-Politiker sogar einen einseitigen Waffenstillstand. Siehe: Proceso Nr. 317, San Salvador Dezember 1987, S. 39

30) Programm der Convergencia Democratica, in: FMLN/FDR (Hg.), El Salvador Report Nr.25, Bonn Dez. 1989, S. 16-19

31) In einem Interview mit der taz vom 15.1.1988 sprach der SPD-Mittelamerika-Experte, Hans- Jürgen Wischnewski, Klartext. Auf die Frage, ob er die Trennung von FMLN- und FDR für wünschenswert halte, antwortete er: "Ich habe der FMLN in aller Deutlichkeit gesagt: es ist nicht beides möglich." Aber FMLN und FDR hielten offenbar an der strategischen Allianz fest. Wischnewski: "Das kann ich nicht sagen: diejenigen, die bisher zusammengearbeitet haben, müssen sich darüber klar werden. Nur: wenn man diesen Weg geht, muß man ihn konsequent gehen. Das heißt, Teilnahme am politischen Prozeß und am Prozeß der Demokratisierung in El Salvador."

32) Interview in der "tageszeitung", 29.8.1988

33) Der FMLN-Vorschlag vom 24. Januar 1989 ist dokumentiert in: ECA 483/484, San Salvador Januar/Februar 1989, S. 133f; ebenso in: FMLN/ FDR (Hg.), El Salvador-Report Nr. 27, Bonn Februar 1989, S. 4-7; Eine gute Zusammenfassung der FMLN-Friedenspolitik in den ersten Monaten des Jahres 1989 in: FMLN/FDR (Hg.), El Salvador-Report Nr.31, Bonn Juli 1989, S. 12-33

34) Der FMLN-Vorschlag vom 6. Februar ist dokumentiert in: ECA 483/484, a.a.O., S. 139f

35) Proceso Nr. 369, San Salvador Januar 1989, S.5

36) Siehe: Carlos Acevedo, La propuesta más viable del FMLN, in: ECA 483/484, a.a.O., S. 53- 78; "El Salvador: Kühne Strategie, brillante Taktik", in: AK 304 (März 89), S. 16

37) Lateinamerika Nachrichten Nr. 180, Berlin April 1989, S. 55f; das ganze Interview ist dokumentiert in: ECA 485, San Salvador März 1989, S. 211-218

38) Siehe: FMLN/FDR (Hg.), El Salvador-Report Nr. 29, Bonn April 1989, S. 2-25; El Salvador: Präsidentschaftswahlen polarisieren die Gesellschaft, in: AK 305 (April 1989), S. 21f

39) Angaben nach: ECA 485, San Salvador März 1989, S. 199ff

40) Siehe: ECA Nr. 486/487, San Salvador April/Mai 1989, S. 376ff

41) Siehe den Leitartikel in: ECA 486/487, a.a.O., S. 279-294

42) Der FMLN-Vorschlag vom 6. April ist dokumentiert in: ECA 486/487, a.a.O., S. 403f; siehe auch: FMLN/FDR (Hg.), El Salvador-Report

Nr. 31, a.a.O., S. 30-33

43) Siehe: Proceso Nr. 387, San Salvador 7. Juni 89, S.2

44) Siehe: ECA 489, San Salvador Juli 1989, S. 585-590; ebenso: Proceso 390, San Salvador 28. Juni 1989, S.2f

45) Vorschlag vom 11. September 1989 in: FMLN/FDR (Hg.), Venceremos Nr. 1, Bonn Oktober 1989, S.2

46) Die Vereinbarung von México D.F. in: Inforpress Centroamericana 856, Guatemala 21. September 1989, S.2

47) Inforpress Centroamericana 857, 5. Oktober 1989, S.4

48) Zur Verhandlungsrunde in San José/Costa Rica, siehe: Radio Venceremos (Hg.), Nachrichtenbulletin 116-118, Köln/Berlin 5.11.1989, S.2-6; Lateinamerika Nachrichten 186, Berlin November 1989, S.68/69

41. Farbe bekennen! Den Wahlkampf der Sandinisten unterstützen

Rubrik: Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/nica.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:nica

Den Wahlkampf der Sandinisten in Nicaragua unterstützen

Am 25. Februar 1990 werden in Nicaragua Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden. Die in der U.N.O. (Union Nacional Opositora) zusammengeschlossenen Rechtsparteien werden für diese Wahlen jede nur erdenkliche Unterstützung der finanzkräftigen "Demokraten" aus Washington, Miami und Bonn erhalten. Die FSLN braucht deshalb die Unterstützung und materielle Hilfe der internationalen Solidaritätsbewegung für ihren Wahlkampf gegen Rechts.

Das Ende der 40jährigen Diktatur Somozas war der Anfang eines revolutionären Prozesses in Nicaragua, den die Bevölkerung mit Tausenden von Toten in den letzten Jahren gegen die Contra verteidigt hat. Eine ruinierte Wirtschaft und internationaler Boykott sind der Preis für Nicaraguas Versuch, sich von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrükkung zu befreien und sich dem US- Einfluß zu entziehen.

Es ist der sandinistischen Revolution gelungen, eine Agrarreform und eine Alphabetisierungskampagne durchzuführen, ein Erziehungs- und Gesundheitswesen für die Armen aufzubauen, die Bevölkerung für ihre eigenen Interessen zu organisieren und Formen direkter Demokratie zu entwickeln.

Nachdem die US-Strategie, die sandinistische Revolution durch den Contra-Krieg zu zerstören, gescheitert ist, versucht die Regierung der Vereinigten Staaten nun, ihrem Ziel auf politischem Wege näher zu kommen.

Mit dem Aufbau des Parteienbündnisses U.N.O. ist es den USA gelungen, die Contra in ein nationales Oppositionsbündnis zu integrieren. Mit offenen und verdeckten Aktionen arbeitet die USA nun an der legalen Machtübernahme der Contra bei den Wahlen.

Am 29.6.89 ermächtigte der US-Kongreß den CIA, verdeckte Aktionen während des Wahlkampfes durchzuführen und verabschiedete 3,5 Mio. US-Dollar zur Unterstützung der rechten Oppositionsparteien. Das CIA-nahe National Endowment for Democracy kanalisiert diese Gelder, baut damit verdeckte und offene Parallelstrukturen zum Obersten Wahlrat auf und führt den Wahlkampf der Rechten.

Die Bundesregierung boykottiert die sandinistische Revolution seit langem. Bereits die sozial-liberale Koalition stellte 1982 die Entwicklungshilfe ein, die Wende-Regierung fror sie endgültig ein. Während sie in klarer Übereinstimmung mit den USA immer neue Beweise der "Demokratisierung" von den Sandinisten verlangt, folgt sie erneut der US-Strategie. Die parteinahen Stiftungen der Regierungskoalition sponsern über "entwicklungspolitische Vorhaben" mit Geldern der Bundesregierung das politische Umfeld des Rechtsbündnisses U.N.O. Die CDU-nahe Adenauer-Stiftung transferiert seit Jahren Gelder an die "Innere Front" der Contra, wie den Unternehmerverband COSEP und dessen Mitgliedsorganisationen, parteinahe Institute der Christdemokraten, die gelbe Gewerkschaft CTN, den Contra-Freund Obando y Bravo und dessen Infrastruktur sowie die Menschenrechtsorganisation der Opposition CPDH. Ein Großteil der Günstlinge der CDU gehört zum derzeitigen Unterstützernetz der U.N.O., über die die US-Regierung und ihr nahestehende Einrichtungen die verdeckte Wahlhilfe an den Rechtsblock kanalisieren.

Die Wahl zwischen der FSLN und dem Rechtsbündnis U.N.O. ist die Wahl zwischen Revolution und Konterrevolution. Wir rufen auf: SPENDET FÜR DIE FSLN!

Informationsbüro Nicaragua e.V. · Sonderkonto 962001 Stadtsparkasse Wuppertal · BLZ 33050000 (Spendenquittung nicht möglich) DIE GRÜNEN · Spendenkonto für Nicaragua · Postgiro Köln BLZ 37010050 · Konto 284532505

42. Fusion BWK-VSP überraschend geplatzt

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:12

Nach fast drei Jahren Verhandlungsdauer sind die Fusionsbemühungen BWK-VSP geplatzt, obwohl beide Organisationen bis vor kurzem als geradezu verbissen "einigungswütig" galten. Noch überraschender als der Bruch selber ist, daß sich die lange Zeit tödlich langweilige Debatte in den letzten Wochen auf interessante Fragen zugespitzt hat, die auch in der übrigen Linken dringend klärungsbedürftig sind.

Bis November 1989 waren die Einigungsbestrebungen eine "Kopfgeburt" ohne jede politisch-praktische Relevanz oder ideologische Ausstrahlung. In einem Resümee-Papier der VSP-Erneuerer" (1) heißt es kritisch: "Die ‚Vereinigung` beschränkt sich auf Gipfeltreffen, kleine Kommissionen und Papierflut. Der überwiegende Teil der Mitgliedschaft verfolgt das Abgestrampel der Beteiligten mit Achselzucken, das Umfeld der VSP (wie auch andere linke Kräfte) wenn überhaupt mit Befremden." Für die bis dahin formulierten Gemeinsamkeiten wurde oft "die formale Zustimmung der Beteiligten dadurch erreicht, daß sämtliche kontroversen Punkte in programmatisch-strategischen Fragen auf eine ‚spätere' Selbstverständnisdiskussion vertagt wurden." Der Opportunismus der beiden Organisationen schien grenzenlos: "Selbst im größten Streit mit dem BWK, selbst angesichts der nur noch Kopfschütteln provozierenden Stellungnahmen des BWK, sah und sieht die VSP ihre Pflicht darin, die angebliche vorhandene ‚Einheit` und den ‚Fortschritt` zur selbigen zu betonen", spottete die VSP-Minderheit. Doch wenige Wochen später wandte sich das Blatt völlig: Sowohl das Sekretariat des VSP-Politbüros als auch der BWK-Bundesvorstand zogen jeweils an unterschiedlichen Punkten die Notbremse. Die dabei von beiden Seiten entwickelten Argumentationsketten bieten tatsächlich Interessantes.

VSP-Knackpunkt: sozialistische Demokratie

Die Halbheiten und Formelkompromisse in den Verhandlungsergebnissen hätten in Zeiten politischer Windstille vielleicht überdauert - in den Wirbelstürmen des Jahres 1989 wurden sie zerfetzt. Dies betrifft vor allem die Einschätzung der Veränderungen und der Oppositionsbewegungen im "Realen Sozialismus". "Die gemeinsam formulierten programmatischen Grundpositionen wie zur ‚sozialistischen Demokratie` werden offenbar so verschieden interpretiert und problematisiert, daß sie sich als weniger tragfähig erwiesen haben, als die vorherigen Diskussionen erwarten ließen", urteilt die VSP-Leitung. (2)

Praktischer Hintergrund dieses Streits ist die wesentlich distanziertere Haltung des BWK z.B. zum "Pekinger Frühling", dessen blutige Niederschlagung durch das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in der BWK-Presse emotionslos dargestellt und von Kritik an der Oppositionsbewegung überlagert worden war. Eine Fusion mit einer solchen Organisation, da muß mensch der VSP schon recht geben, ist schwer vorstellbar.

Aber auch die VSP-Position hat ihre Tücken, etwa wo sie dem BWK einen Mangel an "Parteilichkeit im Kampf zwischen breiten Volksmassen auf der einen und dem Partei- und Staatsapparat auf der anderen Seite" vorwirft. Das ist doch ein allzu grober Leisten, über den hier die Spezifika der einzelnen Staaten geschlagen werden. Gorbatschow und Gisy sind mir allemal politisch sympathischer als Sacharow und Eppelmann, und gerade in der DDR zeigt sich doch mit jedem Tag mehr, daß ein Teil des "Partei- und Staatsapparates" zum fortschrittlichen Pol der Gesellschaft gehört, jedenfalls eher als ein Teil der "breiten Volksmassen"! Hier scheint eine alte Position der trotzkistischen GIM durch, der wir beispielsweise im Falle Polen immer vorgeworfen haben, zwei Dinge durcheinanderzuwerfen: das Eintreten für die freien Betätigungsmöglichkeiten der Solidarnosc auf der einen Seite (was auch vom KB gefordert wurde) und die politische Parteinahme für Solidarnosc auf der anderen (was wir ablehnten).

Flankiert werden diese unterschiedlichen Sichtweisen der Oppositionsbewegungen auch von einer anderen Gewichtung des Kampfes um Demokratie. Dieser sei - so der BWK (3) - als Ansatzpunkt für eine emanzipatorische Politik ungeeignet: "Politische Demokratie, wirtschaftliche Freiheit, privates Eigentum - es ist nicht möglich, sich aus diesem Begriffsgefüge die politische Demokratie herauszupicken, die Freiheit und das Eigentum aber nicht zu schlucken." Meines Erachtens zu Recht hält die VSP hier entgegen, die Gleichsetzung von "Demokratie und Freiheit" mit "Eigentum und Kapitalismus" sei der bürgerlichen Propaganda spiegelbildlich. Aufgabe revolutionärer SozialistInnen sei es vielmehr, "den Herrschenden gerade die demagogische Besetzung dieser Begriffe streitig zu machen".

Wie das passieren soll - dazu finden sich paradoxerweise in den VSP-Beiträgen keine Hinweise, eher schon in denen des BWK, etwa daß "Selbstbestimmung" des Menschen in der Demokratie ja nicht automatisch aufgehoben ist und ein kommunistisches Herangehen auch Vetorechte sozialer Gruppen oder Einzelner gegenüber Mehrheitsentscheidungen erfordere. "Wir sollten die Bestrebungen unterstützen, Normen zu setzen, die unter keinerlei noch so demokratischem Vorwand verletzt werden dürfen und deren Verletzung das Recht zum Widerstand gibt." Warum sollte mit einer solchen Interpretation nicht ein linker Kampf um die Definition von "Freiheit" möglich sein?

BWK-Knackpunkt: Wiedervereinigung

Auch hier hatten die weltpolitischen Ereignisse die Unterschiede kraß zutage treten lassen: Während der BWK sich an vielen Orten in Aktivitäten gegen die Wiedervereinigung gestürzt hat, setzt die VSP den Schwerpunkt eher in den Aufbau von "Solidaritätskomitees" mit der DDR-Opposition und in die Propagierung einer "sozialistischen Alternative". Anti-nationalistische Aktivitäten werden von der VSP zwar nicht abgelehnt, doch wird von ihrer Seite ganz offensichtlich die Möglichkeit einer Linksentwicklung aufgrund der Ereignisse völlig über- und die Gefahr einer dramatischen Rechtsverschiebung in BRD und DDR unterschätzt. Das lächerliche Schlagwort von der "deutschen Revolution", zuerst wohl von der früheren GIM-Schwester LCR in Frankreich ausgegeben, wurde auch von VSP-Genossen aufgegriffen.

Im Hintergrund stehen wiederum gravierende theoretische Differenzen. Nach dem Wunsch der VSP sollte es in einem gemeinsamen Programm ein ausdrückliches Offenhalten der deutschen Frage für den Fall geben, "wenn in Westdeutschland, Westberlin und der DDR die Arbeiter sich in demokratischer Selbstbestimmung für oder gegen eine Vereinigung entscheiden". Dem Alternativentwurf des BWK, daß "die ‚deutsche Frage' (...) hier und heute in der BRD nicht revolutionär aufgegriffen werden kann" (4), mochte sich die Mehrheit der VSP-VerhandlungspartnerInnen nicht anschließen! Der BWK bezeichnete diesen "linken" Nationalismus als "unüberwindliches Hindernis" für die Fusion und wies ihn in seltener Schärfe zurück: "Die Projektion der deutschen Einheit als denkbarer Wert der Zukunft kann (...) unter keinen Umständen fortschrittliches Denken stärken, sondern nützt nur den Rechten. Die Zwischenschaltung einer gedachten Revolution nützt da gar nichts, schließlich ist deutscher Chauvinismus auch in einer planwirtschaftlichen Welt denkbar. Solange zentralistische Arbeitsteilung besteht, bestehen auch Nationalinteressen und die Gefahr von Unterdrückung. (...) Wir müssen zu einem Programm kommen, das es uns zur Aufgabe macht, uns dem Erwachen deutschen Wesens mit aller Kraft entgegenzustemmen. Anders gibt es keine Vereinigung der Linken, sondern eine Vereinnahmung der Linken durch die Rechten."

Beginnt JETZT die Diskussion?

Die jetzt erfolgte Zuspitzung enthält gleich mehrere positive Momente:

- Ein falsches Konzept ist gescheitert. Es erwies sich in der Praxis, daß einer sozialistischen Sammlungspartei, die wichtige Fragen über Formelkompromisse und "Aussitzen" löst, keine Zukunft hat. Sowohl VSP, als auch BWK müßten jetzt eigentlich von sich aus erkennen, daß es Standpunkte gibt, die unvereinbar sind

- Eine falsche Harmonie ist zerstört worden. Der BWK hat nämlich durchaus recht, wenn er ein Zusammengehen mit einer Organisation verweigert, die die Schotten zu einem "linken" Nationalismus nicht dicht hält. Und die VSP hat ebenfalls recht, wenn sie den Slogan "Kein Sozialismus ohne Demokratie" zum Maßstab für die Glaubwürdigkeit emanzipatorischer Politik macht. Beide Organisationen haben Recht - und aufgrund ihrer Selektivität beide unrecht!

- Eine Diskussion ist eröffnet worden. Die angesprochenen Knackpunkte werden in nächster Zeit alle linken Organisationen und Sammlungsversuche beschäftigen. Hier wäre eine aufeinander bezogene Diskussion und - zumindest punktuell - eine gemeinsame Praxis möglich.

Man kann nur wünschen, daß sich auch BWK und VSP an dieser Diskussion beteiligen, und sich nicht aus dem Fusions-Frust in weitere Sackgassen flüchten: etwa in hoffnungslose Bundestagskandidaturen mit der DKP oder allgemeinplätzlerische "Antiimperialistische Kongresse" mit der MLPD. In der VSP wird sogar schon "die Möglichkeit eines Zusammenschlusses mit sozialistischen, sich auf einen undogmatischen Marxismus berufenden Kräften" beschworen, an der auch Strömungen, "die reformistische Konzepte verfechten", beteiligt

sein könnten. Werden hier schon wieder neue Vereinigungsprojekte, diesmal mit (ex-) DKP-"ErneuerInnen", gebastelt?

Jürgen/KB-Stuttgart

Anmerkungen:

(1) Auf der "Plattform für die Erneuerung der VSP" haben sich v.a. ehemalige GIM-GenossInnen zusammengefunden. Der zitierte Passus stammt aus dem Bilanz-Artikel von Thies Gleiss, in der 2. SOZ-Beilage zur VSP-ZDK (9.11.1989)

(2) Aus der Beschlußvorlage des Politbüro-Sekretariats der VSP für den Abbruch der Fusionsbemühungen, 3. SOZ-Beilage zur VSP-ZDK (21.12.89)

(3) Aus einem Beitrag von Martin Fochler auf der Herbst-DK des BWK, abgedruckt in 3. SOZ-Beilage (21.12.89)

(4) Die Verhandlungsprotokolle für das gemeinsame Programm VSP-BWK sind abgedruckt in der 1. SOZ-Beilage zur VSP-ZDK (28.9.89)

43. VVN: Krisengeschüttelt - aber am Leben! von Volkmar Wilk

Betrachtungen zur Lage der VVN

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:19

Seit den ersten Artikeln in der "taz" und in der "FR" vom 7.12. über die Krise der VVN-BdA ist die Gerüchteküche am Brodeln. "Deutsche Kommunisten treiben VVN in den Ruin" hieß es in der "taz"-Schlagzeile, Provinzzeitungen zogen mit der Meldung nach, die VVN befinde sich in der Auflösung. Schuld an dieser allgemeinen Konfusion, auch in der Mitgliedschaft der VVN-BdA, ist zumindest teilweise die - gelinde gesagt - unglückliche Informationspolitik des Bundesvorstandes der VVN. Daß ihre Organisation Gelder in erheblichem Umfang aus "sozialistischen Ländern" erhalten hatte, das erfuhren die Mitglieder über den Umweg "taz" und nicht von der eigenen Verbandsspitze. Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken, heißt es im Volksmund, und so ist auch die Krise der VVN wesentlich eine Krise ihrer Führung.

Gegen Gerüchte helfen nur Fakten, wenn überhaupt. Deshalb im folgenden der Versuch einer Chronologie. Spätestens seit der Entlassungswelle bei der DKP wurde auch innerhalb der VVN nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand darüber spekuliert, ob nicht auch die größte und älteste Organisation des Antifaschismus in der Bundesrepublik vom versiegenden Geldstrom aus der DDR betroffen sei. Die Forderung nach Offenlegung der Finanzen wurde unüberhörbar und gehörte auch zu den Forderungen einer ad-hoc-Arbeitsgruppe bei der letzten Bundesvorstandstagung in Springen. Damals gab es eine eindeutige (und wie sich schnell herausstellte: falsche) Entwarnung von der Führungsspitze: Die VVN werde in keiner Weise fremdfinanziert. Eine ähnliche Aussage gab es durch den Generalsekretär der VVN, Kurt Erlebach, wenige Wochen später bei einer Beratung der Landessekretäre. Wiederum nur wenig später, am 5. Dezember, waren die Lügen von gestern die Wahrheiten von heute.

Für den 5. Dezember war die Führungsspitze der VVN, ihr Sekretariat, zu einer Sitzung einberufen worden. Was dort mitgeteilt werden sollte, das hatte der hausinterne Buschfunk schon weitergetrommelt, und so fanden sich nicht nur die Sekretäre, sondern die gesamte Belegschaft zu dieser Sitzung ein. Die Sekretärsberatung wurde zur Belegschaftsversammlung umfunktioniert. Zwar hatte sich auch vorher jeder ausrechnen können, daß eine Organisation mit rund 14.000 Mitgliedern kaum aus eigenen Kräften in der Lage sein könnte, einen Apparat von ca. 30 Hauptamtlichen auf Bundesebene zu unterhalten, doch waren fast alle Anwesenden vom Ausmaß der Fremdfinanzierung überrascht. Die Zentrale der VVN-BdA in der Rossertstraße in Frankfurt kann nicht erhalten werden, die Beschäftigten müssen ausnahmslos entlassen werden. Finanzielle Unterstützung für die Landesverbände, die bisher in unterschiedlichem Ausmaß gezahlt wurden, sind in der Zukunft nicht mehr möglich. Zwar gibt es noch keinen vollständigen Überblick, doch werden einige Landesverbände in Zukunft ihre Arbeit wohl ausschließlich mit Ehrenamtlichen fortsetzen können. Dies gilt z.B. für die Landesverbände Bremen, Saarland und Hessen. Dies stellt natürlich eine erhebliche Erschwernis für deren Arbeit dar. Gesichert erscheint der Fortbestand der hauptamtlichen Tätigkeit in NRW, Bayern und Hamburg und Niedersachsen, wobei es natürlich auch in diesen Landesverbänden zu finanziellen Engpässen gekommen ist.

Wie weiter mit dem Antifaschismus?

Von einer Auflösung der VVN kann also keine Rede sein. Trotzdem erscheint die Zukunft der Organisation ungewiß. Für den 13. Januar ist eine mitgliederöffentliche Bundesvorstandstagung der VVN in Frankfurt angesetzt. Dort wird es wohl zur Generaldebatte kommen. Präsidium und Sekretariat haben bei ihrer letzten Sitzung im Dezember ihren geschlossenen Rücktritt bei dieser Sitzung angekündigt. Offene Landesvorstandssitzungen haben in den meisten Landesverbänden stattgefunden. Der Zorn in der Organisation war dabei unüberhörbar. So gab es Beschlüsse, die Zahlungen an den Bundesverband bis zur endgültigen Klärung der Situation einzustellen. Ebenfalls erhoben wurde die Forderung nach einem Ausschluß des Generalsekretärs. Es ist nur logisch, daß in einer solchen Krisensituation die unterschiedlichen inhaltlichen Konzeptionen für die Arbeit der VVN besonders hart aufeinanderprallen. So votierte bei der Landesdelegiertenkonferenz Bremen nur eine denkbar knappe Mehrheit für die Wiederwahl des bisherigen Landessekretärs Volker Homburg, einen der engagiertesten Verfechter einer "modernen

Antifaschismuskonzeption". Bisher kam es zu einer nur geringen Zahl an Austritten. Viele Mitglieder signalisieren jedoch, daß sie ihr weiteres Verbleiben in der Organisation vom Verlauf der Bundesvorstandstagung abhängig machen. Sollte auch dort wiederum nicht die notwendige Offenheit und Klarheit vorhanden sein, der Eiertanz um die Wahrheit herum, wie in den verschiedenen Pressemitteilungen des Dezember praktiziert, weitergehen, dann könnte der VVN ein ähnlicher Exodus wie der DKP bevorstehen. Dann wäre in der Tat fraglich, ob eine effektive Arbeit weiterhin möglich sein wird.

Es hängt also viel ab für die VVN von der bevorstehenden Bundesvorstandssitzung. Und es sind viele Fragen offen. Wie wird die interne Kommunikation nach der Einstellung der Mitgliederzeitschrift "antifaschistische Rundschau" und des "antifaschistischen informations- und pressedienstes" gewährleistet? Wie kann die weitere Arbeit der verschiedenen Kommissionen aussehen? Gibt es ein Zurück zu den früheren föderalistischen Strukturen mit einer weitgehenden Eigenständigkeit der Landesverbände? Am hitzigsten allerdings wird wohl die Debatte um den weiteren inhaltlichen Kurs der VVN-BdA werden. Der Streit zwischen den VertreterInnen einer "modernen Antifaschismuskonzeption" und denen des "traditionellen Antifaschismus", schon bisher roter Faden der vergangenen Bundesvorstandssitzungen, wird wahrscheinlich dramatisch an Schärfe zunehmen. Eine Auseinandersetzung, die zumindest in jüngster Zeit zu einem Stellvertreterkrieg zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der DKP verkommen zu sein scheint. Ein munteres Hauen und Stechen in der Führung paralysierte diese in den letzten zwei Jahren. So entstand die paradoxe Situation, daß die Führung nach der Satzungsänderung durch den letzten Bundeskongreß zwar erheblich erweiterte Machtbefugnisse hatte, diese aber weniger denn je wahrnehmen konnte. Eine Kampagne zur Stärkung der VVN war in weiten Teilen des Landes ein Mißerfolg. Bezeichnend für den geringen Widerhall in der Organisation ist die Tatsache, daß die Abteilung "Organisation" beim Bundesvorstand immer noch nicht in der Lage ist, ein endgültiges Ergebnis zu präsentieren, geschweige denn Folgerungen zu ziehen. Ein ähnliches Schicksal erfuhr den mit großen Aufwand verbreiteten "Thesen für eine antifaschistische Bundesrepublik". Für sie wurden zwar außerhalb der VVN bereits Unterstützungsunterschriften gesammelt, innerhalb der Organisation allerdings stießen sie auf weitgehendes Desinteresse. Besonders extreme Überlegungen gehen so weit, sich gänzlich vom Begriff Antifaschismus zu lösen, da er nicht in der Lage sei, die "positiven Zielvorstellungen" zum Ausdruck zu bringen.

Der Schwur von Buchenwald - Ade?

Anders als in der DKP ist die "Erneuererströmung" wesentlich auf den Funktionskörper beschränkt. Nach außen wird mit der Forderung nach einer notwendigen Demokratisierung der Organisation und nach Offenheit argumentiert. Intern allerdings wird das gleiche an der gegnerischen Fraktion kritisierte Intrigenspiel praktiziert, um den eigenen Einfluß zu vergrößern. Entscheidend allerdings ist, daß diese Gruppierung, deren bekanntester Repräsentant wohl Kurt Faller ist, versucht, die VVN von einer Organisation des linken Antifaschismus zu einem Kurs der "humanen Orientierung" (tatsächlich einem rein moralisierenden Antifaschismus) zu verändern.

Propagiert wird ein Kurs für ein breites antifaschistisches Bündnis "bis weit hinein in die Reihen des Konservatismus", Positionen wie die von Leggewie und Heitmeyer werden als höhere Wahrheiten gehandelt, auf die Entwicklung eigenständiger Analyse z.B. zum Neofaschismus soll verzichtet werden zugunsten der Umwandlung der VVN in ein "Informations- und Organisationszentrum der antifaschistischen Bewegung". Vom Schwur von Buchenwald mit seiner Forderung, nicht eher zu ruhen ehe der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet ist, bleibt nahezu nichts. Antikapitalismus soll innerhalb der VVN offensichtlich keinen bestimmenden Platz mehr haben. Dies wäre allerdings eine völlig neue Organisation. Unabhängig von den Ergebnissen der Bundesvorstandstagung wäre dies eine neue VVN. Die Frage, ob die VVN erhalten bleibt, von Interesse für die gesamte antifaschistische Bewegung wie kritisch sie der VVN-BdA auch immer gegenüberstehen mag, wäre dann praktisch ohne weitere Relevanz, da ein solcher Kurs nicht konsensfähig sein dürfte und das Ende der Bündnisorganisation VVN bedeuten würde. Es steht zu befürchten, daß auch die 2. Antifaschistische Konferenz in Frankfurt im Februar zu diesen Bemühungen genutzt werden soll.

Insofern widerspiegelt der Zustand der VVN den der gesamten Linken in der Bundesrepublik. Ging es noch vor Jahren darum, den Antikapitalismus in der Gesellschaft mehrheitsfähig zu machen, so sind wir inzwischen so weit in der Defensive, daß der antikapitalistische Grundkonsens innerhalb der antifaschistischen Bewegung in Gefahr ist. Ein rein humanistischer Antifaschismus allerdings wäre ein Schritt zurück. Ein weiterer.

Volkmar Wölk

44. Versuch, ein Standbein zu finden - In Distanz zu den Grünen - AK Ökosozialismus Tübingen

Radikale Linke in Tübingen - In Distanz zu den Grünen AK Ökosozialismus Tübingen

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:09

Radikale Linke in Tübingen - In Distanz zu den Grünen

AK Ökosozialismus Tübingen

"Karl Marx mit der Utopie auf einem Tanzmarathon": mit diesem Bild eröffnete der Tübinger Arbeitskreis Ökosozialismus vor rund vier Jahren seine "Vorstellungen über die BRD 1985, das Verhältnis von Natur und Technik, Profit und Bedürfnisbefriedigung, gesellschaftlicher Utopien und sozialer Widerstandsbewegungen sowie die klägliche Rolle der Realo-Grünen in diesem Geflecht. Als weitere theoretische Prämisse formulierten wir frei nach der dritten Feuerbach-These weiter: "Nur der Prozeß der Veränderung selbst verändert die Veränderer, so daß allein aus der veränderten Eigenaktivität jedes einzelnen Bewußtsein und bewußtes Sein als kulturrevolutionäres Ergebnis entstehen kann."

Nicht nostalgische Wehmut, die eine/n erfassen könnte, wenn man/frau unser Papier mit dem heute vorliegenden "Entwurf einer Grundlage für die Radikale Linke" vergleicht, verführt uns zu folgenden Ausführungen. Es ist vielmehr die Praxis die unserem Papier folgte, und jetzt der Versuch, einen Zusammenhang von radikalen Linken in Tübingen zu initiieren. Denn eins ist uns klar: Wenn es gelingt, örtliche und/oder regionale Entsprechungen für den auf Bundesebene angestoßenen Verständigungsprozeß aufzubauen, dann besitzt das Projekt Radikale Linke mittelfristig keine Überlebenschance, außer der eines Trugbildes intellektueller Vorturner in den linken Medien. Das kann nicht unser Ziel sein.

Zusammenarbeit ist möglich

Bereits zu Zeiten, als wir unsere Arbeit noch im Rahmen der grünen Partei als möglich betrachtet haben, war uns das wichtigste politische Element das (Mit-)Organisieren von außerparlamentarischem Widerstand. Wir wollen hier aber weniger über die verschiedenen Aktionsbündnisse linker Gruppierungen zu bestimmten gesellschaftlichen Ereignissen reden, sondern da beginnen, wo sich für uns etwas qualitativ Neues anbahnte. Beispielsweise waren die jüngst begangenen Jubiläen der bürgerlichen Gesellschaft (Französische Revolution, BRD-Gründung) für an Gegenveranstaltungen interessierte Gruppen Anlaß, intensiver als in den erwähnten Aktionsbündnissen zusammenzuarbeiten. Dazu kam für uns die Erfahrung in der Tübinger Hungerstreik-Initiative zur Zusammenlegung der Gefangenen aus dem Widerstand. Sie entstand 1989 aus dem Tübinger Zentral-Amerika-Komitee, dem AK Politische Justiz, dem Antifa-Komitee, Autonomen, Antiimperialisten und den ÖkosozialistInnen.

Unsere erste gemeinsame Aktion war die Veröffentlichung der Hafenstraßen-Anzeige in der hiesigen Lokalzeitung. Auch im weiteren Verlauf des Hungerstreiks und darüber hinaus blieb die Öffentlichkeitsarbeit zu den Haftbedingungen der politischen und sozialen Gefangenen ein Schwerpunkt. Dazu kommt jetzt die politische Auseinandersetzung der verschiedenen Gruppen innerhalb der Initiative über ihr Politikverständnis und ihre Vorstellungen revolutionärer Politik, die während des Hungerstreiks immer zu kurz kam.

Die Erfahrung mit dieser Initiative zeigt uns, daß die Zusammenarbeit verschiedener linker Gruppen auf einer qualitativ höheren Ebene als der der Aktionseinheit möglich und politisch wichtig ist, gerade wenn sie auch auf lokaler oder regionaler Ebene stattfindet. Es stellte sich für uns darum die Frage, ob nicht eine Erweiterung des entstandenen theoretisch-praktischen Zusammenhangs in Tübingen auch eine Perspektive für die uns möglich erscheinende Neuorganisation einer kooperierenden bundesdeutschen Linken ist. Dafür sprechen neben den negativen Entwicklungen in der grünen Partei und der DKP, den positiven Ansätzen in der VSP auch unsere eigenen Erfahrungen mit Teilen des autonomen Spektrums sowie den ersten beiden Treffen der "Radikalen Linken" auf Bundesebene.

Eine dürftige "Grundlage"

Schon in unseren "Vorstellungen" wollten wir uns nicht auf den grünen Parteirahmen festlegen. Vor einem guten halben Jahr manifestierte sich diese Ab- und Einsicht - trotz der Dominanz der ÖkosozialistInnen im Tübinger Kreisverband der Grünen - im Beschluß unseres Arbeitskreises, keinerlei Kräfte mehr in die Parteiarbeit zu investieren und sich stattdessen in den neuen Prozeß außerhalb der Partei einzuschalten. Begründet war dies mit einer weitgehenden Absorption unserer Kräfte für die Parteiarbeit bei einer gleichzeitigen Veränderung der grünen Parteistruktur. Die Grünen stellen für uns heute nicht mehr das heterogene Spektrum dar, innerhalb dessen systemoppositionelle Gruppen wie die Ökosozialisten eine (nicht unwesentliche) Rolle spielen. Realo-Positionen haben sich endgültig durchgesetzt, das heißt, die Systemfrage ist nicht mehr zugelassen und der ökologische Kapitalismus klebt als Projekt an fast allen grünen Papieren.

Für uns geht es jetzt darum, einen linksradikalen Zusammenhang aufzubauen, der eine Diskussion gegen den Trend der allgemeinen Anpassung kollektiv und kooperativ anzettelt, der in politische Diskussionen und Entwicklungen von einem sozialistischen Standpunkt aus öffentlich eingreift, der die Theorieentwicklung auf dem neuen gesellschaftlichen Niveau vorantreibt und darum die adäquate Opposition zum Modernisierungskonsens bildet.

Vergleichen wir diesen Anspruch mit dem "Entwurf einer Grundlage", so müssen wir diesem allerdings eine gewisse Dürftigkeit bescheinigen. Wir betrachten den vorliegenden Entwurf als Material zu Eigenproduktionen all derjenigen, denen das Interesse am Wachsen eines radikalen linken Zusammenhangs gemeinsam ist und eben nicht - wie bei einigen Diskussionen des Papiers immer wieder vorgebracht - als eine zu verabschiedende Programmatik oder als eine Programmatik, von der man sich gleich verabschieden kann. Weiterhelfen kann uns nur die Unterstellung, daß die menschen und Gruppen, die an den beiden bundesweiten Treffen teilgenommen haben, die Notwendigkeit einer auch überregional und nicht nur vor Ort zusammen diskutierenden und agierenden Radikalen Linken sehen.

Unterschiedliche Politikverständnisse

Trotzdem sollen die real existierenden Unterschiede nicht verwischt werden. Als gebrannte Kinder des Parlamentarismus teilen wir beispielsweise die ungeheure Sehnsucht der VSP nach einer parlamentarischen Kandidatur nicht. Es scheinen uns aus den grünen Erfahrungen heraus doch zunächst andere Fragen auf der Ebene der Organisationsstruktur einer Radikalen Linken zu klären zu sein, bevor wir uns wieder eine Riege von Parlamentariern leisten können. Woraus man/frau richtig schließt, daß wir eine auch parlamentarische (nicht parlamentaristische!) Vorgehensweise nicht rundweg ablehnen, wie Teile des autonomen und antiimperialistischen Spektrums.

Eines aber halten wir aus den bisherigen Erfahrungen der Diskussionen der Radikalen Linken für wichtig: Die Diskussion des "Entwurfs für eine Grundlage" wäre der bessere Weg gewesen, die unterschiedliche Politikverständnisse nicht nur zwischen Autonomen und dem "Rest", sondern eben auch zwischen ÖkosozialistInnen und KB oder VSP aufeinandertreffen zu lassen.

Dreimal trafen sich bislang in Tübingen verschiedene Gruppen unter dem Titel "Radikale Linke". Auf den ersten Treffen erweiterte sich der Teilnehmerkreis über die in der "Initiative für die Zusammenlegung" arbeitenden Gruppen hinaus. Neben KB, VSP und MG waren Leute aus dem linkschristlichen Spektrum und vom Frauen- und Gentechnologie-AK dabei. In einer konstruktiv geführten Diskussion um die Modernisierungsversuche des Kapitals und die TrägerInnen eines revolutionären Bewußtseins wurde die systemintegrative Wirkung kapitalistischer Modernisierung als Teil eines kapitalistischen Krisenmanagements infragegestellt. Auch die rot-grüne Variante der Systemintegration werde sich nicht langfristig als Lösungsstrategie der sozialen und ökologischen Krise "verkaufen" lassen.

Modernisierung ist widersprüchlich

In weiteren Diskussionen wurden die Thesen zur kapitalistischen Modernisierung im Entwurf zu einer Grundlage der Radikalen Linken als zu undifferenziert kritisiert, da hier Modernisierung allzu einseitig als Krisenmanagement des Kapitalismus begriffen wird, das keinerlei emanzipatorische Potenzen in sich trägt. Wir halten den begriff eines "modernen Kapitalismus" hingegen für einen Widerspruch in sich, denn mit "Modernisierung" soll gemeinhin doch der rationale Kern von Ausdifferenzierungsprozessen in den Gesellschaften der vergangenen 200 Jahre gefaßt werden. Wenn dann unter Modernisierung allein ein Schub technologischer Innovation verstanden wird, der in allen gesellschaftlichen Bereichen sachzwanghafte

Konsequenzen zeitigt, mag vielleicht das faktisch vorherrschende Moderne-Bewußtsein getroffen sein, der emanzipatorische Gehalt der Moderne geht aber vollständig verloren.

Die Rede von der "Modernisierung des Kapitalismus" als integrationswirk- sames Versprechen sollte also auch auf ihre immanenten Widersprüche hin zerlegt werden. Wir wollen diese These an zwei inhaltlichen Punkten belegen. Zum einen muß im Grundlagenpapier immer wieder die Sozialdemokratie als Träger der Modernisierung herhalten, von deren Anziehungskraft inzwischen sogar Grüne, die DKP und Teile der Frauenbewegung infiziert sind. Nirgendwo wird aber erklärt, warum die SPD so gut mit dem neuen Kapitalismus zusammenpaßt, warum und wie sie sich geändert hat und warum sie solche Ausstrahlungskraft besitzt.

Man könnte schließlich provokativ die These aufstellen, daß es nicht zu einer Sozialdemokratisierung der Linken, sondern zu einer Vergrünung der SPD gekommen ist. Was sind denn neue Umwelttechnologien, Karriereplätze für Frauen und friedenspolitische Initiativen? Das sind doch genau die Themen, die in den vergangenen Jahren Widerspruch herausgefordert haben und jetzt möglicherweise ihre systemimmanente Lösung gefunden haben. Da von Sozialdemokratisierung zu sprechen, verwischt eher die realen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Flexibilisierung als Chance?

Ein weiterer Ausfluß der undifferenzierten Modernisierungsanalyse ist die allein unter der Logik der Kapitalverwertung gesehene Veränderung im Produktionsbereich, die die Produktionslogik und die mit ihr verbundenen emanzipatorischen Möglichkeiten völlig vernachlässigt. Bedeutet beispielsweise eine vordergründig eindeutig im Kapitalverwertungsinteresse liegende Flexibilisierung der Arbeitszeit zwangsläufig, daß damit ein fortschrittliche Tendenzen in sich tragende selbstbestimmte Flexibilisierung ausgeschlossen ist? Dazu reicht es eben nicht hin, allein vom Produktionsparadigma auszugehen und festzustellen, eine Flexibilisierung der Arbeitszeit habe nur negative Folgen für die Organisation der Beschäftigten. Denkt man etwa an die sozialen Bewegungen, in denen sich emanzipatorische Elemente zeigen können, ist die Sache längst nicht ausgemacht. Hier müßten allerdings Entwicklungen im psychosozialen Bereich genauer untersucht werden.

Die Frage, welche neuen Einflußmöglichkeiten der Reproduktionsbereich schon unter dem Gesichtspunkt einer weiteren Arbeitszeitverkürzung bietet, muß unserer Ansicht nach zumindest ebenso ernsthaft geprüft werden wie auch, wieviel Fortschritt diese Verkleinerung des "Reichs der Notwendigkeit" bedeutet. Dies halten wir schon deshalb für notwendig, weil eine Linke heute nicht mehr allein und schon gar nicht pauschal an der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt ansetzen kann. Arbeiterklasse und soziale Bewegungen müssen auf ihre objektive gesellschaftliche Position hin untersucht werden. Wer gewinnt in einem revolutionären Prozeß und was, und welche sozialpsychologischen Grundlagen verhindern emanzipatorisches Verhalten?

Die Gewerkschaften dabei so unkritisch wie im Grundlagenentwurf anzugehen, kann ja wohl nicht angehen. Nirgendwo findet sich dort eine Kritik am DGB. Wozu also noch eine Radikale Linke, wenn es schon eine über alle Kritik erhabene Organisation gibt, über deren sinkende Mitgliederzahlen man sich sorgt? Eine Gewerkschaft, die den Klassenkampf stillegte, indem sie allein auf Tarifkampf umstellte und dadurch in erster Linie systemintegrative Funktionen erfüllt, ist doch wohl weder inhaltlich noch organisatorisch unser Partner oder gar Vorbild. Wichtig ist hier beispielsweise die Frage, ob die Gewerkschaften weiterhin die Interessen der Stammbelegschaften vertreten, oder - aber diese Alternative wird im Papier ja nicht ernsthaft erwogen - alle potentiell abhängig zu Beschäftigenden vertritt und damit zwangsläufig wieder zu einer politischen Kraft wird, die das kapitalistische System insgesamt in Frage stellt.

Der Kongreß

Der von der Radikalen Linken geplante bundesweite Kongreß im kommenden Mai war auch in Tübingen Anlaß für eine schwierige Debatte, die sich vor allem zwischen der Gruppe aus dem Tübinger Hungerstreik-Infobüro und den anderen Teilnehmern dieses Treffens entwickelte. In einem knappen Papier, dessen Funktion für die anstehende Diskussion nicht klar war, wurde der Reißbrettcharakter der bundesweiten Organisationsbemühungen kritisiert. Dem gegenübergestellt wurde ein Organisationsmodell, das von der Basis aus wächst und nicht von oben, das sich also aus einem Prozeß heraus entwickelt, aus den konkreten Erfahrungen, Lebensbedingungen, Bedürfnissen und Zielen der Menschen, die zusammen kämpfen wollen.

Versuchen wird den Kern der Auseinandersetzung rational zu fassen, so scheint uns darin der Widerspruch zwischen einer als notwendig abstrakt erachteten Gesellschaftsanalyse und der Forderung nach Konkretion verborgen zu sein.

Wiewohl wir die Ablehnung einer in der Abstraktion verbleibenden Theorie teilen, befindet sich unseres Erachtens die Vorstellung eines Kongresses der Radikalen Linken durchaus nicht im Widerspruch zur gemeinsamen lokalen Praxis, wie sie gefordert wird. Gerade die vorliegende Kongreß(vorbereitungs)konzeption trägt ja dem dezentralen Element in starkem Maße Rechnung. Umso unverständlicher erscheint uns eine Argumentation, die sich mit dem Hinweis auf die konkrete dezentrale Praxis aus dem Vorbereitungskonzept eines Delegiertentreffens aus den örtlichen und regionalen radikalen linken Zusammenhängen, wie es für den 20./21. Januar geplant ist, herausmanövriert.

Den Dissens austragen

Auch sehen wir den Mangel linker revolutionärer Politik eher in der fehlerhaften Analyse der derzeitigen Kampfbedingungen als in einem abstrakt-theoretischen Überhang. Hier gewinnt jedenfalls für uns ÖkosozialistInnen der geplante Kongreß seinen Stellenwert. Eine politisch zersplittert agierende Linke sollte die Chance nutzen, Voraussetzungen zu schaffen für ein kollektives und kooperatives Handeln. Richtig ist allerdings, daß den Kongreß niemand braucht (und der Kongreß niemanden), der sich schon im Besitz der absoluten Wahrheit wähnt. Voraussetzung für das Gelingen des Verständigungsprozesses der Radikalen Linken, in dem der Kongreß lediglich ein Startsignal sein kann, ist allerdings, daß die Widersprüche nicht im Abgrenzungsinteresse vorgetragen werden.

Nichts könnte einer Radikalen Linken schädlicher sein, als vorhandenen Dissens unter den Teppich zu kehren. Das würde bedeuten, eine gemeinsame Praxis auf der nicht tragfähigen Basis einer Illusion angehen zu wollen.

So fehlt beispielsweise im "Entwurf" eine Kritik an der Politik der bewaffneten Gruppen, und die Kritik am parlamentarischen Vorgehen ist dort völlig unzureichend reflektiert. Und daß "Aufs Maul hauen" angeblich eine antifaschistische Strategie wäre, liegt ganz in dieser falschen Tendenz. So wichtig die freimütige und offene Diskussion auch für den Verständigungs- und Organisierungsprozeß einer Radikalen Linken ist, so entscheidend ist auch der Wille zur Zusammenarbeit. Ohne diesen Willen wird der Kongreß nichts in Gang setzen können. Aber ohne diesen Prozeß innerhalb der Linken wird diese auch gesellschaftlich immer weniger in Gang setzen können.

Arbeitskreis Ökosozialismus Tübingen

45. Radikale Linke zum Dritten: Kongreßvorbereitung in Köln

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:59

Am 20./21.1.1990 findet das dritte Treffen der Radikalen Linken in Köln statt. Mit dem in der "konkret" dokumentierten Aufruf "Es gibt viel zu diskutieren ..." wird nun erstmals offen zu diesem Treffen eingeladen.

"Die Erfahrungen in gemeinsamen Diskussionen und Aktivitäten der letzten Monate zeigen, daß heute eine Auseinandersetzung zwischen Gruppen und Fraktionen der radikalen Linken möglich ist, die, allen Schwierigkeiten zum Trotz, nach vorne weisen kann. Wir wollen deswegen im Mai 1990 einen Kongreß abhalten, eine Generaldebatte über Erfahrungen und Perspektiven linker Politik und unsere Sicht auf die objektiven Verhältnisse, in denen wir uns bewegen müssen."

Als notwendiger Konsens wird die Einigkeit darüber benannt, "daß unser politischer Kampf, wie er auch geführt werden mag, sich gegen das Kapitalistische System richtet und sich nicht mit dessen Modernisierung arrangiert, daß dessen patriarchaler Charakter angegriffen wird und daß wir auch patriarchalische Strukturen in unseren eigenen Reihen bekämpfen müssen".

Schwerpunkte des Kölner Treffens sind Berichte aus den Orten sowie der für Mai 1990 geplante Kongreß. Am Samstag soll über die Arbeit der inzwischen an zahlreichen Orten ins Leben gerufenen Bündnisse zur Radikalen Linken informiert werden. Die dort geleisteten Analysen zur Situation der Linken in der BRD, Diskussionen des Grundlagentextes und anderer Publikationen zu den verschiedenen Themenkomplexen werden dargestellt werden.

Der Sonntag bleibt der Kongreßvorbereitung vorbehalten. Die geplanten Themenschwerpunkte des Kongresses werden in der Einladung nunmehr unter den Stichworten "Antifa, Produktions- und Reproduktionsbereich, Perspektiven sozialistischer Politik" benannt. Hier stellt sich die Frage, ob und wie die auf dem letzten Treffen geäußerten, höchst unterschiedlichen Vorstellungen zur inhaltlichen Ausrichtung des Kongresses nun vereinheitlicht wurden. Hierzu wird sicher die Kongreßvorbereitungsgruppe berichten können.

Ebenso soll über den Stand des Kongreßreaders, der zum Jahresende Redaktionsschluß hatte, informiert werden.

Zum aktuellen Problemkreis "Neuer Nationalismus" soll eine Beschlußvorlage zur Diskussion und Entscheidung eingebracht werden.

Das Treffen in Köln findet im Bürgerzentrum Köln-Ehrenfeld (Venloerstr. 429) statt und beginnt am Samstag um 13 Uhr und endet am Sonntag um 15 Uhr.

Informationen können über das Kongreßbüro Radikale Linke (Planckstr. 4 in 2000 Hamburg 50) bezogen werden.

46. Themen für die radikale Linke, von Georg Fülbert

Georg Fülberth

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:10

Verachtung für Anpassungsprozesse bei den "Grünen" ist noch lange kein Grund, eine "Radikale Linke" zu gründen. Dieses Thema hat im Entwurf eines Grundlagenpapiers noch ein zu großes Gewicht. Es ist Resultat einer frühen Fertigungsstufe.

Dabei sind die "Grünen" doch eine recht nette Parlaments-Partei, weit weniger ekelerregend als CDU/CSU/FDP/ SPD. Wer radikale Politik machen will, hat zu den Parlamenten keinen Zutritt und darf sich nicht wundern, wenn diejenigen, die drin sind, es eben an Radikalität fehlen lassen.

Kritik an den "Grünen" wird sich auch künftig nicht vermeiden lassen, denn sie gehören zu einer kritikbedürftigen gesellschaftlichen Realität. Aber das ist doch nur ein Punkt unter anderen, und zwar ein besonders winziger.

Die Radikale Linke muß sich an gesellschaftlichen Themen konstituieren, die in der herrschenden Praxis systemkonform kleingearbeitet werden. (Selten oder nie wird sie solche Themen selbst erfinden.) Diese können unter Umständen rasch wechseln. Wer die zwei bislang vorgelegten Versionen des Entwurfs zu einem Grundlagenpapier aufmerksam liest, wird merken, wie sich darin ein Stück Politikgeschichte des Jahres 1989 spiegelt: Gegenstände, die ursprünglich gar nicht drin waren, gewinnen plötzlich an Gewicht.

Versuchen wir, die Themen zu benennen, um die eine Radikale Linke nicht herumkommt - nicht etwa, weil sie völlig neu waren, sondern weil die bisherige Bearbeitung nicht ausreicht.

1. Im Sommer 1989 versuchten Joschka Fischer und Oskar Lafontaine den Schwerpunkt des nächsten Wahlkampfes zu markieren: den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Das Thema ist wichtig genug: der Kapitalismus bedroht seine eigenen materiellen Ressourcen (und die Menschen gleich mit), eine Sanierung ist notwendig. Fischer und Lafontaine gehen davon aus, daß dies nur mit kapitalistischen Mitteln möglich sei. Das erscheint insofern pragmatisch sinnvoll, als eine sozialistische oder gar kommunistische Wirtschaft nirgends zur Hand oder auch nur in der Nähe ist. Allerdings machen Fischer und Lafontaine aus der Not eine Tugend: Weil ausschließlich kapitalistische Instrumente zur Verfügung stehen, unterstellen sie, daß diese auch tatsächlich wirken. Eine Radikale Linke wird die notwendige Begrenztheit immanenter kapitalistischer Ökologiepolitik sichtbar machen müssen.

2. In der Diskussion des Sommers 1989 spielte die Frage nach den verteilungspolitischen Konsequenzen des ökologischen Umbaus eine große Rolle. Lafontaine arbeitete - Fritz W. Scharpf folgend - mit dem Axiom, daß das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, das sich seit Mitte der siebziger Jahre zugunsten des Kapitals verschoben hat, aktuell nicht geändert werden kann. Weder die Lohn- noch die Staatsquote könne erhöht werden. Jeder Versuch, die Profite zu beschneiden, führe zum Ausweichen des Kapitals auf die nichtinvestiven Finanzmärkte. Die radikale Linke wird zu fragen haben, wie dieses Kräfteverhältnis wieder zugunsten der lohnarbeitenden Menschen verändert werden kann. Diese Frage geht vor allem an die Gewerkschaftslinken. Gelingt die Verschiebung der Demarkationslinie nicht zugunsten der Arbeiterklasse, dann bleibt sie keineswegs unverändert. Sie wird weiter im Interesse des Kapitals verschoben. Dann wird die Zahl der "Modernisierungs-Verlierer" zunehmen. Wer organisiert sie?

3. Nehmen wir zur Abwechslung einmal an, Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und ökologischer Umbau seien tatsächlich gleichzeitig möglich, dann wird sich zugleich herausstellen, daß dies nur in den am meisten entwickelten kapitalistischen Ländern geht. Die in Unterentwicklung gehaltenen Länder sind davon abgekoppelt. Ihre Lage verschlechtert sich. Eine radikale Linke, die diesen Namen verdient, wird die Frage stellen, ob - und wenn ja: wie - ökologischer Umbau und soziale Wohlfahrt tatsächlich global verallgemeinert werden können. Dies ist nicht nur ein theoretisches, sondern zugleich ein Aktions-Problem. Wie verhält sich seine Losung zu den vorliegenden Vorschlägen für eine "Neue-Welt-Wirtschaftsordnung"?

4. Mit dieser Frage ist eine weitere verbunden: nämlich die nach der tatsächlichen Leistungsfähigkeit des Marktes. Meine Hypothese lautet: Der Markt ist ein weitgehend funktionierendes Regulations-Instrument in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern, wenn als Maßstab seiner Funktionstüchtigkeit

Gewinn-Maximierung, Versorgung mit Konsumgütern und relativ hohe Reallöhne genommen werden. Dieses positive Urteil erstreckt sich nicht auf die Vor- und Dienstleistungen, welche zur Erbringung dieser Resultate erforderlich sind. Der Markt wirkt selektiv: er funktioniert nur unter der Voraussetzung, daß er in Nicht-Markt-Verhältnisse eingebettet ist. Absolut funktionsuntüchtig - selbst dann, wenn man die Prüfung seiner Fähigkeiten auf Gewinnmaximierung, Konsum und Reallohnentwicklung beschränkt - ist er in den in Unterentwicklung gehaltenen Ländern sowie bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen diesen und den kapitalistischen Zentren. Jeremy Benthams These, die Marktwirtschaft verbürge das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl, ist zutreffend. Dies ist vereinbar mit der anderen Tatsache: daß eine solche Wirkung des Marktes entweder ursächlich verbunden ist oder parallel verläuft zu einer ebenso unbestreitbaren Tatsache: dem - gleichzeitigen! - größtmöglichen Unglück der größtmöglichen Zahl. Vergleichen wir die beiden Zahlen, dann ergibt sich, daß die aktuelle Zahl der Unglücklichen größer ist als die gegenwärtig erreichte Menge derer, die das "größtmögliche Glück" im Sinne Benthams genießen.

Spätestens hier müßte eine Diskussion der Radikalen Linken a) untereinander, b) mit dem Linken Forum bei den "Grünen", c) mit den Sozialistischen Studiengruppen, d) mit den ErneuerInnen in und aus der DKP einsetzen über Möglichkeiten und Grenzen eines auf die BRD bezogenen und eines internationalen Programm-Keynesianismus.

5. Das deutsche Kapital hat wesentliche Ziele, die es einst nur mit Hitler erreichen zu können meinte, jetzt verwirklichen können: mit Hilfe von CDU/CSU, FDP und SPD. Die "Republikaner" sind - nach Auffassung von Ebermann/Fülberth/Gremliza (konkret 12/1989) - nur der Komparativ dieser Parteien-Konstellation, kein Gegensatz zu ihr. Was bedeutet unter solchen Umständen Antifaschismus?

6. Die Zweite Welt - genannt: "Realer Sozialismus" - zerfällt. Ihre einzelnen Bestandteile werden entweder der Ersten oder der Dritten Welt zugeschlagen. Natürlich wollen alle in die Erste Welt. Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik und die asiatischen Republiken der UdSSR werden Dritte Welt. Die DDR wird Erste Klasse: sie kommt ins Boot, und zwar egal, ob gesamtdeutsch oder formal selbständig. Die Radikale Linke muß gegen die Wiedervereinigung kämpfen, weil diese Variante dem Deutschen Block des imperialistischen Westeuropa, welches den Osten beherrschen wird, besondere Macht und Gefährlichkeit verleihen wird. Aber auch eine formal selbständige DDR wird wahrscheinlich zum Deutschen Block (wie heute schon Österreich) und ganz gewiß zur EG gehören. Eine - dringend notwendige - Kampagne der Radikalen Linken wird sich von der Maxime Friedrich Engels' leiten lassen müssen, die Opposition müsse alles bekämpfen, was die Macht der Regierung (in diesem Fall der BRD-Regierung und des westdeutschen Kapitals) über das Volk verstärkt. Ich nenne das: Negativen Patriotismus, und das Land, auf welches wir uns negativ beziehen, ist die BRD. Unsere Parole muß lauten: "Wir wollen die DDR nicht haben" - auch wenn die Leute in der DDR gehabt werden wollen. Wir sollten prüfen, ob nicht - auch wenn uns der Urheber nicht schmeckt - Teile der Argumentation Lafontaines von uns übernommen werden können.

7. Die bürgerlichen Politologen, so höre ich, unterscheiden zwischen "harten" und "weichen" Themen im politischen "Diskurs". Weiche Themen seien: Selbstverwirklichung, Ökologie, Frieden, Feminismus. "Harte" Themen sind: Nationale Macht und Herrschaft.

Seit September sind die "weichen" Themen out. Soll die Radikale Linke sie weiterentwickeln, oder soll sie jetzt in erster Linie auf dem Feld der "harten Themen" gegen die Rechten kämpfen?

Ich meine, daß der Kongreß der Radikalen Linken diese sieben Themen in gesonderten Arbeitsgruppen behandeln sollte. Danach müssen spezifische Formen für ihre Traktierung gefunden werden: theoretisch, publizistisch, praktisch.

Publizistisch steht die radikale Linke ("radikale Linke" hier im weitesten Sinn verstanden) in der BRD im Vergleich zu anderen imperialistischen Ländern fast schon erträglich da. Blätter wie - in alphabetischer Reihenfolge - "Arbeiterkampf", "konkret", "Sozialistische Zeitung" - wird man woanders vergeblich suchen. Sinnvoll wäre eine theoretische Zeitschrift. Doch wir werden auf sie in absehbarer Zeit ebenso verzichten müssen wie auf ein wissenschaftliches Institut zur Erforschung der die "Radikale Linke" interessierenden Fragen. Auf theoretischem Gebiet werden wir allenfalls eine Linksradikale Flukturierende Akademie (LFA) hinkriegen, und selbst das wird mühsam. Dringend erforderlich aber ist eine baldige - spätestens auf dem Mai-Kongreß - erfolgende Verständigung über die nächsten praktischen Interventionen. (Ich tippe auf Thema

6: Wider die Vereinigung.) Wie schade, daß der Name "Büro für Außergewöhnliche Maßnahmen" schon für eine sinnvolle Institution in Westberlin vergeben ist. Die gesamte "Radikale Linke" sollte, so meine ich, ein "Büro für Außergewöhnliche Maßnahmen" werden.

P.S.: Ich habe diese Thesen für den Kongreßreader der "Radikalen Linken" und für die "Korrespondenz Erneuerung" geschrieben und bitte beide um Veröffentlichung. Vielleicht schadet es den ErneuerInnen nicht, wenn sie zur Kenntnis nehmen, was auf der Radikalen Linken gedacht wird. Auch eine Teilnahme an unserem nächsten Treffen, 20./21.1.1990, Köln-Ehrenfeld, Venloerstr. 429, würde nichts schaden. Aus Gründen der Eitelkeit sende ich die Thesen auch an "AK" und "SoZ".

47. Radikal oder marginal? - Linke Entkleidungen des Etatismus, von Rainer Werning

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:32

Hätten die in den letzten Jahren zahlenmäßig gewachsenen, von den Medien über Gebühr hofierten Kritiker des (realen) Sozialismus Recht, so starb dieses Projekt 1988/89 eines unzeremoniellen Todes. Über dem Grabstein palmwedele ein Kapitalismus, dessen modern(isiert)es Antlitz angesichts der materiellen Ruinen in und massenhaften Absetzbewegungen aus den "Reichen des Bösen" in gleich doppeltem Glanz erstrahle. Als zeitgeistige Verkörperung des Kapitalismus gelte der konsumfreudige Citoyen: Bananen statt Banales, Mercedes-Stern statt Mauerwerk also?

"Keiner schriebe Gedichte", spöttelte eines der Poet Eugenio Montale, "bestünde das Problem darin, sich verständlich zu machen". Das ließe sich auch auf politische Prosa anwenden. Zumal, wenn sie sich - dem rauhen Wind postmoderner Beliebig- und geschichtsträchtiger Unübersichtlichkeit ausgesetzt - den Titel "Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis Radikale Linke" gibt. Hat sich, nochmalig im Sinne der oben genannten Kritiker, nekrophiles Treiben der politischen Aufklärung bemächtigt?

40 Jahre bundesrepublikanische Geschichte haben parallel zur Begründung eines rekonstruierten Kapitalismus höchst unterschiedliche ideologische Strömungen genährt, die - grob skizziert - sich teilweise überlappten. Der Amnesie (dem schnellen Vergessen der "dunklen Nazizeit") und im Gefolge des Kalten Krieges dem militanten Antikommunismus, auf dessen Höhepunkt 1956 die KPD verboten wurde, folgte die kritische Distanz zu Eltern, Staat und dessen Politik. Nicht wenigen sahen in den Notstandsgesetzen hier und in den Massakern im Namen der Freiheit in Indochina einen strukturellen Zusammenhang. In Willy Brandts "Mehr Demokratie wagen" sollte sich alsbald ein (Staats)Sicherheitsdenken einschleichen, das selbst ehrenwerte Intellektuelle nicht davor feite, als "Sympathisanten des terroristischen Sumpfes" denunziert zu werden. Auf all das reagierte die zwischen Antiautoritarismus und der quasi-kultischen Wiederbelebung kominterner Revolutionsmodelle schwankende Linke mit dem ihr eigenen Hang zu Verbissenheit und Purismus.

Endeten, wie seinerzeit die ZEIT nicht ohne Spott kommentierte, die selbsterkorenen "marxistisch-leninistischen Avantgardeparteien des Proletariats" als "Irrlichter", so verfocht der harte revolutionäre Kern in Gestalt der RAF einen Voluntarismus, der (selbst)mörderisch versackgasste (allmählich verspiegelt der Autor in der Versprachung von Quasibedanken - Anm. d. Korr.). Nutznießer war ein schillerndes Spektrum von Linken, die fortan den vielgeschmähten Parlamentarismus proportional den vielgestaltigen außerparlamentarischen, von unten keimenden Protestpotentialen (wieder)entdeckten, in ihm aufgingen und teilweise der Faszination des Staatstragenden erlagen. Das hätte nicht so laufen müssen. Es lief aber so, weil die kominternen Abziehbilder marxistischer Theorie(entwürfe) den Ritualtanz um das je eigene Organisations- bzw. Parteitotem zur revolutionären Rechtschaffenheit schlechthin erhöhten. Kein Wunder, daß eine furchtbare theoretisch-praktische Versteppung einsetzte und die beschworenen Tugenden - solidarischer Umgang miteinander sowie Kritik und Selbstkritik - allenfalls in unverdächtigen in-groups gepflegt wurden. Denjenigen, die auf eine organisationsübergreifende Streitkultur im Interesse verfeinerter linker Theorien und Strategien setzten, drohte die allgegenwärtige Gefahr eines Scherbengerichts. Wer ließ sich schon gern vorwerfen, als unzuverlässiger Kantonist, gar als "Abweichler" oder "Renegat", zu gelten? Etliche vermochten diesem Dauerdruck nicht standzuhalten und durchlitten Traumata, die sie bis heute gegen alles "Linke" immunisierten.

Anstatt die unmöglichen Schwächen und möglichen Stärken der - mit Verlaub formuliert - staatskritischen und/ oder antiimperialistischen Linken der 60er Jahre ohne Häme aufzuarbeiten und daraus die Notwendigkeit eines realen solidarischen Disputs zu entwickeln, hat sich in den vergangenen Jahren eine Theorie auffällig mit einer zentralistischen Organisationsfeindlichkeit gepaart, was sich häufig in schnellebigem Aktionismus erschöpfte. Wiederum mit all seinen Stärken (Mobilisierungsfähigkeit) und Schwächen (Koalitionismus um jeden Preis).

Das schuf Probleme, die bis heute ungeklärt sind: Wie nämlich sind - begründet und nachvollziehbar - linke Strategien und gesellschaftliche Entwürfe als Kopplung dezentraler mit zentralen Aktionsformen zu

praktizieren? Wie ist es jenseits kapitalistischen und realsozialistischen Etatismus möglich, herrschaftsfreien, vergesellschafteten Lebensformen näher zu kommen? Diese Fragen haben nicht zuletzt durch die Aufbruchprozesse in Osteuropa an Aktualität gewonnen. Dort hat sich eine spezifische Variante des Etatismus überlebt, die vielleicht zutreffend als "deformierter Sozialismus" beschrieben worden ist. Womit Potentiale aufscheinen, die möglicherweise Chancen zur Verwirklichung eines Sozialismus transportieren, der die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zum Dreh- und Angelpunkt sozialen, politischen und wirtschaftlichen Handelns erhebt.

In einem Gespräch mit der Zürcher "Wochenzeitung" (17.11.89) sagte der Dramatiker Heiner Müller: "Wir erleben jetzt in der DDR eine bürgerliche Revolution. Auf jeden Fall ist es die erste Revolution in Deutschland. In der BRD wurde die Demokratie von den Amerikanern importiert. Demokratie ist da ein Importgut wie andere Konsumwaren, und ich glaube, sie ist auch nicht tiefer ins Bewußtsein gegangen. Wenn es in der BRD irgendwelche Krisen gibt, etwa wenn die Bevölkerung meint, daß die Türken überhand nähmen oder Terroristen zu böse würden, dann treten die alten Klischees ans Licht, die alles andere als demokratisch sind. Die Demokratie hat in der BRD keine Wurzeln. Was jetzt in der DDR passiert, ist eine Chance. Die Demütigung von großen Teilen der Bevölkerung war so stark, daß in der DDR jetzt ein wirkliches Bedürfnis nach Demokratie herrscht. Die andere Seite ist, daß die Diskrepanz zwischen der Phrase und der Realität einfach zu groß wurde. Jetzt fordert die Bevölkerung die Realität der Phrase ein. Man hat gesagt, wir sind eine Volksdemokratie. Jetzt will das Volk Demokratie! In Leipzig haben Sprechchöre gerufen: ‚Wir sind das Volk!` Es wäre undenkbar, daß in der BRD 500.000 Menschen rufen ‚wir sind das Volk`."

Um das denkbar zu machen, ist eingedenk der linken Schwäche und Zersplitterung ein Entwurf wie der der Radikalen Linken ein - gewiß kein exklusiver - Beginn. Zumindest drei entscheidende Defizite zeichnen ihn noch aus:

(1) Die Kritik der heutigen an der damaligen Linken steht vollumfänglich aus und hat nicht erst mit den Grünen, sondern eher noch mit den Formierungsprozessen der 68er Bewegung und ihren Ausfransungen einzusetzen.

(2) So eingängig das strapazierte Bild von der "rosa-grünen Besoffenheit" sein mag, so kurz schließt das Argument, die Grünen und ihren sozialdemokratischen Überväter - über einen Kamm scherend - als Um- und/oder Ausbauarchitekten des ideellen Gesamtkapitalismus abzukanzeln. Pauschalierungen und "entlarvende" Rundumschläge engen politische Eingriffe ein, anstatt sie zu erweitern, stoßen mögliche und lernfähige Verbündete ab, anstatt die Legitimität des eigenen Handelns zu erhöhen.

(3) Die kritische, weitgehend gelungene Darstellung der Modernisierungsschübe und Integrationsmechanismen des Kapitalismus in all seinen Facetten kann doch - ohne ins Provinzielle abzugleiten - wohl nicht allen Ernstes auf die gleichgewichtige antiimperialistische Perspektive verzichten. Daß die "Altlasten" und täglich neu produzierten peripheren Opfer im Trikont (dessen Bedeutung im internationalen Wirtschafts- und Handelsgeflecht in den letzten drei Dekaden markant geschrumpft ist) in dem "Entwurf" kaum zur Kenntnis genommen werden, ist ein Rückfall weit hinter 68er Positionen. Das mag mit den objektiven Rückschlägen, die nahezu alle Trikont-Länder bei der Gestaltung ihrer Nach-Unabhängigkeitsära erlebten, sowie mit geknickten subjektiven, idealisierten Projektionen der hiesigen Linken - siehe vor allem China, Kambodscha und Vietnam - zu tun haben. Allein das macht die Auseinandersetzung mit den subtiler gewordenen Destabilisierungs- und Interventionsmanövern des Imperialismus und in diesem Sinne mit den Positionen der BRD zwingender denn je. Andernfalls könnte man den Eindruck gewinnen, die alte Counterinsurgency im neuen Gewande des sogenannten low-intensity conflict erhielte unbeabsichtigt Flankenschutz von einem linken Choral stillschweigender Dulder. Bekanntlich lebt und profitiert die LIC-Strategie davon, imperiale Herrschaft und den Staatsterrrorismus der verbündeten Klientel systematisch zum Nicht-Ereignis bzw. zu rein internen Hinterhof-Konflikten herunterzuspielen. Nicht "Schafft ein, zwei, drei, schafft viele Vietnams" kann das Gebot der Stunde sein. Bescheiden wir uns damit, es zu schaffen, daß sich ein "Vietnam" nicht wiederholt.

48. Das Parteiarchiv einen Spalt breit geöffnet - Anmerkungen zu "KPD 1945 - 68 Dokumente"

Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/kpd.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:kpd

Im November letzten Jahres erschienen zwei von führenden Historikern der DKP herausgegebene Dokumentenbände zur Nachkriegsgeschichte der KPD. Diese Veröffentlichung war eine Reaktion insbesondere auf die im Rahmen der Auseinandersetzung mit den Erneuerern hochgewirbelten Fragen, wie dem Verhältnis der KPD zum Stalinismus sowie der Frage des Verhältnisses von SED und KPD/DKP. Schon zum Zeitpunkt als die Dokumentenbände erschienen, war klar: Die Herausgeber, Günter Judick, Josef Schleifstein und Kurt Steinhaus (als alte KPD-Funktionäre auch Zeitzeugen) hätten Interessanteres bringen können. Der alte DKP-Geist gepaart mit etwas neuer Offenheit prägt die beiden Bände. Jetzt, wo der verbliebene DKP-Parteivorstand von einer Existenzkrise der Partei spricht und selbst ein Herbert Mies erklärt, die SED habe sich gegenüber der DKP "eine Führungsrolle angemaßt" (10. PV-Tagung, 16.12.89), wird überdeutlich, daß die Herausgeber eine der wesentlichen Fragen offensichtlich ausgeklammert haben.

Nichtsdestotrotz dokumentieren die beiden Bände ein wichtiges Stück Zeitgeschichte. Eine aktuelle Bedeutung bekommt diese Veröffentlichung nicht zuletzt durch die "Spiegel"-Enthüllung über eine angebliche Militärorganisation der DKP und die damit ins Spiel gebrachte Rede vom Verbot der Partei. Schon einmal, im Jahre 1956, nutzten die Herrschenden die Verunsicherung, welche die Geheimrede Chrutschows zum Personenkult um Stalin ausgelöst hatte, um die (damals allerdings gesellschaftlich bedeutendere) KPD zu verbieten.

Schon zu Beginn der Stalinismusdebatte waren die Herausgeber der Dokumentenbände durch ihre zögerliche Haltung aufgefallen. Kennzeichnend für diese Haltung war die Reaktion von Günter Judick auf die von Linken außerhalb der DKP geforderte vollständige Rehabilitierung deutscher Kommunisten, die man in den Moskauer Prozessen abgeurteilt hatte. Der "Sprecher der Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP" erklärte im Mai 1988 diese Initiative schlicht für überflüssig. Seiner Meinung nach wurden die Betroffenen bereits auf dem 20. Parteitag der KPdSU rehabilitiert. Außerdem seien sie in verschiedenen Veröffentlichungen politisch gewürdigt worden.(1) Auf Judicks Behauptungen folgten - so die UZ - "zahlreiche kritische Leserbriefe".(2)

KPD 1945-1968 Dokumente

Herausgegeben und eingeleitet von G. Judick, J. Schleifstein und K. Steinhaus. Zwei Bände mit zusammen über 900 Seiten, Hardcover, 48 DM, Edition Marxistische Blätter

ber 1949 wurde eine Resolution verabschiedet, in der

66) Vgl. Weiße Flecken und Rehabilitierung von Genossinnen und Genossen. Zur Hamburger Parteigeschichte nach 1945. Erste Ergebnisse, Bericht des Arbeitskreises Geschichte an die Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP, 8.-10.12.89; Zum Stalinismus: Stalinismus-Aufarbeitung der SED, Titoismus-Kampagne in der KPD nach 1945, Hrsg. Kreisvorstand Mainz der DKP

Kern der DKP-Geschichtsdebatte ist die Frage des Verhältnisses von KPD und Stalinismus. Insbesondere in den Hochburgen der Erneuerer wird diese Debatte sehr intensiv geführt. Über die bisherigen Ergebnisse dieser Debatten und der damit verbundenen Recherchen informieren verschiedene Veröffentlichungen der letzten Monate.(66)

Ein Schwerpunkt der vorgelegten Analysen ist die "

strukturelle Seite" des Stalinismus. In einer Erklärung des ehemaligen (von den Erneuerern beherrschten) Bezirksvorstandes der DKP-Hamburg vom Dezember 1989 wird hervorgehoben, daß es darum gehe, vor allem die strukturelle Seite des Stalinismus "in allen theoretischen, politischen und organisatorischen Verzweigungen" zu "entdecken" und zu "überwinden". Es wird festgestellt, daß der Stalinismus auch in der DKP noch "nachwirke".

Eine gegenüber den Bewahrern in der Partei wesentlich schärfere Position wird in einem von einer überregionalen Arbeitsgruppe der Erneuerer auf dem Kongress Erneuerung vorgelegten Thesenpapier

formuliert. In diesem Papier wird eine "Führungs- und Vordenkerfunktion" bestimmter Parteifunktionäre und -ideologen abgelehnt. Gemeint sind diejenigen, "die in der Vergangenheit aktiv an der Verdrängung und Nichtbearbeitung unserer Geschichte beteiligt waren und die Bearbeitung des Stalinismus behinderten (...)."(67) Die GenossInnen fordern die Einbeziehung demokratischer, von der Partei unabhängiger WissenschaftlerInnen in den Prozeß der Geschichtsaufarbeitung.(68) Hintergrund dieser Forderung ist eine Einschätzung, die Uschi Nienhaus-Böhm (Erneuerer Köln) folgendermaßen formuliert:

"Erst jetzt, von ihrer verdrängten Geschichte bedrängt, erinnern sich die früheren Stalinisten an die, deren Erinnerungen ihnen lange keine Veröffentlichung wert waren, fordern sie auf zu sprechen, sich soweit zu erinnern, wie es ihrer Entlastung nützt." (69)

49. Gedanken, was im AK fehlt

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:26

Hilfloser Antikapitalismus

betr.: ak 312: "Sozialistische" Marktwirtschaft

Sehr spät, das Leben hatte es uns bisher - scheinbar - nie so recht abverlangt, beginnt der KB-Genosse fo. mit seiner "Polemik wider die sozialistische Marktwirtschaft" einen für den ak längst überfälligen Versuch, sich zu dem Komplex "Plan, Markt und Demokratie" eine linke radikalsozialistische Kritik zu erarbeiten, die aus der Scheinalternative "Staatliche Kommandowirtschaft oder Marktwirtschaft" herausführen will. Daß fo. den Klassencharakter der Kommandowirtschaft hervorhebt und als Voraussetzung einer wirklich kommunistischen Planung gerade die Zurücknahme der "Enteignung der Gesellschaft" durch die staatlichen Zwangsapparate unterstellt, finde ich richtig und kann meiner Meinung nach nicht deutlich genug gesagt werden. Ich teile fo's Auffassung, daß das Wesen eines jeden Staates immer die "Versöhnung" von Klassenwidersprüchen, nie aber deren Überwindung ausmacht. Wenn also gesellschaftliche Kräfte, die die Überwindung von Klassenspaltungen real (und nicht nur in der Propaganda) betreiben, mehr oder weniger Staatsmacht ausüben, so müssen sie immer auch das Kunststück fertig kriegen, bei Anerkennung des "humanistischen Gehalts" der staatlichen Vermittlung an sich antagonistischer Widersprüche Staatsfeinde zu bleiben. In dem Maße, wie die feindlichen Gegensätze dann tatsächlich aufgehoben werden können, und damit auch die Grundlagen des Staates - der kann ja nicht einfach wegge(t)räumt werden - wäre es auch tatsächlich Quatsch, von einer "Diktatur der Produzenten" zu sprechen. Darum wäre ich übrigens auch dafür, zukünftig den auch ohne den "real (bald nicht mehr) existierenden Deformationen" recht inhaltsleeren Begriff "Sozialismus" (eine zur Gesellschaftlichkeit führende Gesellschaft) durch "Radikalsozialismus" neu einzugrenzen, nämlich eindeutig auf die Absicht, die üblen Gegensätze mit ihren vielen Wurzeln, ihrer gesellschaftlichen Grundlagen zu berauben. (Wobei natürlich die Frage, was denn die (Haupt-)Übel sind und wo etwa ihre Wurzeln begraben liegen, nicht einfach per Akklamation der "wissenschaftlichen Weltanschauung" gesetzt werden kann, sondern selbst erst Gegenstand von Untersuchungen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sein kann.)

Allerdings werden bei der Wahrnehmung von "feindlichen Gegensätzen" meist mit brutaler Einäugigkeit entweder nur die "vertikalen" Gegensätze gesehen, oder es wird gar behauptet, es gäbe nur "horizontale". Das heißt: Entweder heißt es "Wir leben alle auf Kosten der Dritten Welt" (und es wird gern "vergessen", daß das Elend eines und einer Lohnabhängigen gerade darin liegt, daß er/sie inclusive eines entscheidenden Teils der Bedürfnis- und Interessenslage am betrieblichen, am nationalen oder überhaupt ans Kapital gekettet ist, und gut gemeinte "Konsumverzichtsforderungen" im Resultat zu nichts anderem als der Bereicherung und Machtausdehnung der herrschenden Kräfte im weltweiten Beziehungsgeflecht von Kapital und Arbeit führen, sprich sich die raubmörderische "ursprüngliche" Kapital-Akkumulation in den meisten Ländern der südlichen Kontinente eventuell gar verstärkt. Die Linke allerdings gefällt sich meist darin (nicht selten in geradezu abstoßend mackerhafter Manier), ausschließlich den "vertikalen" Gegensatz zu beklagen und reale Widersprüche innerhalb der hier oder dort abhängig Beschäftigten "weg"zuideologisieren. (Ein schönes Beispiel liefert die "Radikale Linke", die wg. gutem Stallgeruch kurz mal den Marx heraushängen läßt: Beim Konsum anzusetzen (!) könne nur bei hilflosen Appellen enden. Und nur Leute, die die Aufgabe haben, den Kapitalismus zu beschönigen, würden das machen, setzen die Autoren dem verbogenen Marx auch noch einen kleinen Stalin auf) (Kritische Konsumenten = Agenten der Bourgeoisie?) Der Mehrwert steht im Zentrum des Analyseinteresses und nicht die Wertproduktion überhaupt. Der in der kapitalistischen Gesellschaft angelegte Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der bürgerlichen Form der Aneignung, den die (radikal-)sozialistische Gesellschaft schließlich aufheben will, besteht aber nicht nur in der Form, in der der Mehrwert angeeignet wird, sondern die private Form der Produktion der Aneignung von "Wert" überhaupt. Eines der ganz zentralen "Kettenglieder" der bürgerlichen Ideologie ist ja gerade das falsche aber systematisch aus den bürgerlichen Produktionsverhältnissen so falsch hervorgehende "Bewußtsein", daß das, was man(n) oder frau da so auf dem Markt für sich erwirbt, das "gerechte" Ergebnis der eigenen Anstrengungen ist.

Es ist eben nicht so, wie fo. es beschreibt, daß die ProduzentInnen und die KonsumentInnen "sowieso" identisch sind (wenn erst alle produzieren). Beim Kommunismus kann es ja wohl nicht darum gehen, daß alle

das Gleiche arbeiten und konsumieren. Es geht stattdessen um die Aufhebung der Fremdheit zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen und darum, daß sie nicht "hinter dem Rücken" miteinander "in Beziehung treten", sondern bewußt und als Ergebnis von Auseinandersetzungen ("diskursiv"). Und folglich läßt sich der Grad an Kommunismus in einer Gesellschaft u.a. auch daran messen, inwieweit KonsumentInnen und ProduzentInnen sich gegenseitig nützend über die Produktionsmittel verfügen und damit wie bewußt sie ihre Angelegenheiten (kommunikativ) regeln (u.a. wie umweltbewußt, wie frauenbewußt, überhaupt wie "selbst"bewußt) und also nicht zuletzt wieviel anonymen Markt und repressiven Staat sie dazu benötigen.

Dies im Auge, kommen einem die eigenen Versuche, den Kapitalismus dadurch zu kritisieren, daß er "Autos auf Halde produziert" oder daß sehr viel mehr Menschen Auto fahren würden, wenn diese ganz billig wären oder verschenkt würden, mehr als hilflos vor. Auch die Erkenntnis, daß der Kapitalismus die Arbeitskraft "bewertet" und folglich gern entläßt, kann ja wohl nicht ernsthaft als Argument gegen den Markt als solchen gelten. Denn das ist ja grade ein entscheidender Stachel der Produktivkraftentwicklung und über die Verschiebung der "absoluten" zur "relativen" Mehrwertproduktion auch eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Hebung der "moralischen Größe", dem Lebens(genuß)standard (und dem "Anspruchsdenken") der für Lohn und Gehalt arbeitenden Schichten. Eine Produktionsweise, die auf einen Anreiz zur Einsparung notwendiger Arbeit verzichtet, ist zur Stagnation (zum berühmt-berüchtigten Nullwachstum) verdammt und weist auch im "Überbau" nicht ohne Zufall ein eher feudalistisches als wirklich kommunistisches Antlitz aus.

Die Frage müßte ja sein, wie Konkurrenzverhältnisse zum Wohl bzw. zur Beseitigung der (globalen) gesellschaftlichen Übel reguliert werden könnten, welche Formen direkter (Mit-)Bestimmungen von ProduzentInnen, aber auch KonsumentInnenassoziationen (gesellschaftlich relevante Gruppen?), über die Produktion denkbar sind. Es betrifft dies vor allem die Frage nach dem Unterschied einer bürgerlichen und einer wirklichen Befreiungsdemokratie, die wohl in Zukunft wesentlich präziser und unideologischer zu diskutieren ist. Wenn es denn beim Kommunismus um die Radikalisierung der Mitbestimmung gesellschaftlich emanzipativer Instanzen (soziale Bewegungen?) geht, dann heißt das selbstverständlich mehr und nicht weniger Demokratie als wie wir sie kennen. Aber erst, wenn wir erkennen, daß es unter dem Popelparlamentarismus westlicher Prägung immerhin eine Chance gibt, gegen den Verfall von ganzen Wohnungsvierteln vorzugehen und es kaum vorstellbar ist, daß Kreuzberger Bauarbeiter (oder HausbesetzerInnen) nach Frankfurt abkommandiert werden, um die Fassade der Deutschen Bank zu putzen, während es zu Hause durchregnet, so wie es sich die Leipziger in ähnlicher Weise haben gefallen lassen, sind wir in der Lage, über die bürgerliche (Popel-)Demokratie hinauszudenken. Alles andere ist Quark! Natürlich ist "sozialistische Warenproduktion" genau kein Garant für mehr Demokratie, weil die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse von an mehr Ausbeutung oder an mehr Lebensqualität "Interessierten" sich bei "freien Wahlen" gerade unter der Bedingung der Segmentierung und verstärkten Trennung, von der Konsum- und Produktionsinstanzen (in der verstärkten Trennung von Politik und Ökonomie) natürlich auch in den staatlichen Instanzen widerspiegeln und möglicherweise dazuführt, daß z.B. das sich Umsetzen und Neuqualifizieren glücklich freigesetzter MitarbeiterInnen nicht grad durch die Lohn- (und Warenkonsum)Abhängigen selbst geschieht. Von dem Problem, daß der Kapitalismus inclusive seiner bürgerlichen Demokratie, aufgeklärten Medien und umweltbewußten Bürgerinitiativen nicht grad geeignet scheint, z.B. das Ozonloch zu stopfen, zu schweigen. In jeder Sekunde, die beim Schreiben dieser Dinge hier vergangen sind, haben wir eine Fläche Regenwald, die der eines Fußballfeldes entspricht, verloren, die zu Holzkohle für die Eisenverhüttung, zu Aluminium für eine neue Flotte Bumsbomber, Eßstäbchen, Toilettensitze und Särge, Hamburger und Steaks verarbei- tet wird. (Aber was heißt "wir", auch hier sind ProduzentInnen und KonsumentInnen alles andere als identisch. Die Katastrophen sind schon lange im Gange. Es müssen sich wohl die zusammentun, die die weltmarktwirtschaftliche Entfesselung der Destruktivkräfte tatsächlich zu stoppen wissen. Ohne Autohandel wird das sicher nicht abgehen. Trotz "gesellschaftlichem Bedarf".) Die Sache ist nur die, daß die Angelegenheit damit auch eine eines globalen Klassen-Befreiungskampfes sein muß.

hhH, Westberliner Öko-Kommunist

Anzeige von "medico"

betr.: ak 312

In verschiedenen Zeitschriften, auch im ak 312, S. 15, erschien eine Anzeige von "medico international" mit der Aufforderung, für die palästinensischen Opfer der israelischen Besatzungspolitik zu spenden. Der Anzeigentext gibt jedoch Anlaß, zuvorderst über seinen Verfasser nachzudenken.

(Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß es sich dabei um den Altlinken Hans Brandscheid handelt. Dieser hatte jüngst den Kubanern in Angola den Einsatz von Giftgas gegen die Unita-Contras unterstellt. Im o.g. ak nimmt H.B. seine Vorwürfe zurück, um sie dann doch wieder zu nähren ... Eine Entgegnung darauf ist in derselben Zeitung abgedruckt.)

Kurz und "endgültig" meint "medico" das Verhältnis der "Machthabenden" u.a. Israelis zu den Palästinensern darstellen zu können. Diese würden die "Machtlosen" quasi als Nicht-Menschen sehen. Sie sprächen den Palästinensern "ihre menschliche Existenz gänzlich" ab, redeten von ihnen "wie von einem physikalischen Werkstoff", der zu "zerbrechen und zerreiben" usw. sei. Weiter heißt es: "Der scharfe Gewehrschuß, sagt die Armee, gilt ab sofort jedem Kind, dessen Haupt in das traditionelle Kopftuch eingebunden ist" und "den Palästinensern steht nicht ein einziges israelisches Hospital zur Verfügung, wohl aber andauernd der Tod".

Auf knappstem Raum wird versucht, die schon über die Politik Israels Empörten zu dem Schluß zu bringen: Wer seinem Gegner/Feind die menschliche Existenz abspricht, ist selbst ein Un(- ter)mensch. Kritisiert H.B. (?) nichtjüdische "Machthabende" in derselben Art? An Juden darf scheinbar Kritik in besonderer Qualität geführt werden. Notwendige, harte, konkrete Kritik reicht offenbar nicht. Wiedergegebene Verlautbarungen herrschender Politiker läßt man so zur israelischen Gesamtheit werden ...

Gar die Kollektivschuldthese - die in deutschen Landen ansonsten so sehr abgelehnt wird - wird für die Israelis neue Gültigkeit verschafft: "Ein Verbrechen entwickelt sich. Aber die Schuld trifft auch alle, die beiseite stehen und schweigen." (Nicht Schuld, auch Schuld oder Mitschuld - nein die Schuld. - Hervorhebung von mir.) Derartige "Kritiker" vermögen ohne Übertreibungen, Lügen u.ä. nicht auszukommen. Der Anzeige nach müßte eigentlich schon ein Großteil der palästinensischen Kinder erschossen worden sein ...

Das Weltbild des "medico"-Autoren müßte vor kurzem zersprungen sein. Da schlägt doch nun in einem Palästinenser das Herz eines, von palästinensischen Intifada-Aktivisten getöteten israelischen Soldaten.

"Wir", die wir von "medico" zu Spenden aufgerufen werden, erfahren in dem Text weder konkretes über Taten von Israelis noch von Leiden der Palästinenser.

Palästinasolidarität, die von deutscher Unbedenklichkeit bestimmt ist und die fragen läßt, ob die Grenze des Antisemitismus schon erreicht ist, sollte zum Überdenken Anlaß sein.

D., KB-Gruppe Frankfurt

Gedanken

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Der Tag, an dem die Kollekte für das nächste Jahr für den ak fällig ist, eignet sich stets zu einer kleinen Bestandsaufnahme über Gutes und Ungutes in dieser Zeitung. Ich möchte daher ein paar Gedanken dazu loswerden.

Was diese Zeitung und damit auch ein Stück die Organisation, die sie trägt, interessant macht, ist der Versuch, Streit und Verständigung unter Linken zu versuchen, die an einer radikalen Identität festhalten. Das hat die sicher richtige Konsequenz gehabt, daß der KB entgegen seiner Tradition irgend einmal den Bruch mit einer Politiktheorie vollzogen hat, die nur einen Weg für revolutionäre Veränderungen akzeptiert. Heute streiten hier marxistisch-leninistische Ansätze mit ökosozialistischen, radikalökologischen oder autonomen Vorstellungen linker Politik. Der ak ist immer dann interessant, wenn er sich offen auf neue politische Entwicklungen einläßt und darauf auch unterschiedliche Positionen zuläßt, statt jedes Neue mit der "immer gültigen, einen Wahrheit" zu übergießen. Beispiel: Perestroika in der UdSSR und danach in der DDR. Gerade das jüngste Waterloo einer irrtümlich für ewig gehaltenen Wahrheit dürfte uns darin bestätigen, daß die Linke ohne "sozialistischen Pluralismus" mit oder ohne Macht keine Zukunft haben dürfte. Auch halte ich eine Auseinandersetzung mit linken Projekten, ob UdSSR oder DDR, ob GRÜNE oder DKP nicht für fruchtbar, wenn einzelne Genossen ihren Frust von der Seele schreiben und Verrisse produzieren. Auch linke radikale Politik kommt nur voran, wenn sie nüchtern die Widersprüche herausschält, die Ansatzpunkte für unser Eingreifen ergeben. In diesem

Sinne hat mir z.B. der Artikel "Die DDR und der ak" gut gefallen. Wenig hilfreich ist z.B. ein Artikel wie der "Umbau, Umbau täteräh ...", der eine ganze Seite braucht, um zu enthüllen, daß weder SPD noch GRÜNE die kapitalistische Produktionsweise beseitigen wollen. Dafür, über welche Forderungen radikal linke Politik heute in diese Richtung vorankommen kann, und um nichts anderes kann es ja wohl zur Zeit gehen, gibt der Artikel so gut wie nichts her.

Abbestellen werde ich den ak, wenn hier ähnlicher "Verreißjournalismus" Platz ergreift, wie er aus vielen Artikeln in "konkret" fließt. Zur Behauptung eines eigenen Marktsegments mag das ja durchaus eine tüchtige Strategie sein, aber als politische Linie beim Zurechtzimmern von politischen Verbindungen der Massen ist soviel linke Eitelkeit wohl eher kontraproduktiv.

Was für meine Begriffe im "Arbeiterkampf" etwas zu kurz kommt, ist das bisher wohl nur von den DKP-Orthodoxen bestellte Feld der Politik der Kernschichten der Arbeiterklasse, die ja durchaus ihre Widersprüche zur Politik der Sozialdemokratie entwickeln. Denn klassenmäßig kann radikal linke Politik wohl auch in Zukunft nichts anderes zum Ziel haben, als die Zusammenführung dieser Interessen mit denen der fortschrittlichen lohnabhängigen Intelligenz. Aller Erfahrung nach erschließen sich nach wie vor nur hier die Druckmittel, die die "Modernisierungsopfer" unterstützen. Wobei wir gleich bei einem weiteren Thema wären, dem Projekt "Radikale Linke".

Nach dem Abschied der Grünen-Mehrheit von der Systemopposition steht die Linke erneut vor der Aufgabe, etwas zu schaffen, was für alle, die eine politische Alternative nach links suchen, einen Bezugspunkt darstellen kann, woran man/frau sich orientieren kann. Dieser Bezugspunkt ist keiner der beteiligten Gruppen und Organisationen, nicht jetzt und auch nicht in Zukunft. Insofern teile ich die Vorstellung, die der Genosse Jürgen in seinem Artikel "Rosa-grüne Träume ..." geäußert hat, daß die APO dafür eine Art "Prototyp" darstellen kann. In diese Richtung sollte man arbeiten. Was das Verständigungspapier betrifft, so sind hier eine ganze Reihe berechtigter Kritiken geäußert worden. Neigung zu "Eurozentrismus", "Unterschätzung des Neofaschismus", Wiederaufleben der "Randgruppentheorie" sind ebenso berechtigte Kritiken wie der Hinweis, hier entstehe so was wie ein linker "Nostradamusverein". Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dieses kleine Hoffnungspflänzchen zu pflegen. Leute, die ihre Kritiken mit der Bemerkung beenden, all dies möglichst schnell zu vergessen, um links davon von vorn zu beginnen, müssen eine umwerfende Alternative vorzuweisen haben. Die hat uns Ende der 70er Jahre ja nun tatsächlich umgeworfen.

Jochen, Antimilitaristische Werkstatt Augsburg

Feiern

Liebe Freunde!

Der ak wird 20. Ein Grund zum Feiern und zum Unterstützen - damit er älter als die Ceausescu-Ära wird. War der "Revisionismus" schon bei jeder positiven Sozialismus-Diskussion auf der Straße, in der Familie, an der Uni etc. ein Hindernis, so scheint sein fataler und in Rumänien brutaler Zusammenbruch jede Diskussion darüber im Keim zu ersticken. Die Springer-Presse hatte es natürlich schon immer gewußt: Kommunismus - das ist nix.

Vielleicht ist es ja sogar so?! Auf jeden Fall muß darüber auch und gerade vom sozialistischen/kommunistischen Standpunkt aus breit diskutiert werden, die Entwicklung in Osteuropa analysiert und beurteilt werden. Dazu kann der ak beitragen, aber nur, wenn er überlebt. Meinen Beitrag dazu lege ich in Form eines Scheinchens bei. Bitte, druckt den Betrag im nächsten ak ab, damit ich sehen kann, ob's angekommen ist.

Warm anziehen, Genossen!

Ein ak-Leser aus HH-Altona

"Wiedervereinigung contra Friedenspolitik"

betr.: ak 313

Unter der Überschrift: Alles vermeiden, was den Frieden in Europa stört - schreibt Karlheinz Koppe von Pax Christi: "Als sich im Sommer 1914 aufrechte Sozialdemokraten gegen die nationale Kriegsbegeisterung auflehnten und gegen die Kriegskredite stimmten, wurden sie als Verräter gebrandmarkt."

Das ist ein Schmarrn. Die sog. "aufrechten" Männern der reformistischen Sozialdemokratie waren schon in den letzten Julitagen 1914 bereit, der Kriegsregierung zu folgen. Während die Arbeiter noch Kundgebungen gegen den Krieg abhielten, schrieb der Chefredakteur des "Vorwärts" Friedrich Stampfer: "Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die vaterlandslosen Gesellen werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen."

Selbst in der Fraktionssitzung in Berlin am 3.8.1914 stimmte nur eine Minderheit von 14 Abgeordneten gegen die Bewilligung der Kriegskredite, 78 stimmten dafür. In der entscheidenden Sitzung des Reichstages am 4.8.1914 gab dann Hugo Haase im Auftrag der Fraktion eine Erklärung ab, aus der ich kurz zitiere: "Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich ... Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird (...) Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite."

Soweit war's halt mit der Auflehnung der SPD noch nie her, und nicht umsonst hat der Spruch: "Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" nach wie vor seine Gültigkeit. Wobei ich persönlich in diesem Zusammenhang auch die Grünen als potentielle Koalitionspartner nicht ausschließen möchte.

Eva, Cadolzburg

Das macht uns Haß

betr.: ak 313

"Obwohl die OrganisatorInnen sich darauf (die Demo anzumelden) nicht einließen, teilte die Polizei über Mittelsmänner mit, daß man gegen Vermummung nicht einschreiten werde und daß man - in Anbetracht des Anlasses der Demonstration und des zu erwartenden Spektrums an DemonstrantInnen - Glasbruch in gewisser Höhe in Kauf nehmen werde. Die Schmerzgrenze lag für die Polizei bei 200.000 DM Sachschaden."

"Wie geplant wurde sie zu einer Demo gegen den Neofaschismus und den Polizeistaat. Die Demo ging zurück in die Innenstadt, wo die Scheiben von Banken und großen Kaufhäusern zu Bruch gin- gen ..."

Das Szenario, incl. Tauschwert der Ritualhandlungen, war staatlicherseits geplant und geschrieben und die Szene spielt mit Dosenbier, Hasskappe und frisch geplündertem Sekt (von wegen nur große Kaufhäuser) ihre Rolle zum Tode von Cornelia Wissmann. Sicherlich trifft dies nicht den Gesamtcharakter der Demo, aber wie geplant (was für die organisierenden Göttinger GenossInnen wohl kaum leistbar war) verlief diese Demo für mich nicht. Da eine Scherbendemo mit politischem Widerstand verwechselt wird, sei hier an eine Argumentation Ulrike Meinhofs zur Warenhausbrandstiftung (konkret 14, 1968) erinnert:

"Das Prinzip, nach dem hierzulande produziert und konsumiert wird, das Prinzip des Profits und der Akkumulation von Kapital, wird durch einfache Warenvernichtung (hier: freihausende Entglasung) eher entsprochen, als daß es durchbrochen würde. Denn denen, die an der Produktion und dem Verkauf der in den Warenhäusern massenhaft angebotenen Güter verdienen, kann möglicherweise und gelegentlich kein größerer Gefallen getan werden als die kostenlose Vernichtung dieser Güter. Den Schaden - sprich Profit - zahlt die Versicherung."

Ralf/Siegen

50. Wege aus der Unterentwicklung? - Buchbesprechung

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak314/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:18

In diesem Buch wird vor der augenblicklichen Entwicklungspolitik gewarnt: Die Autoren sehen in ihre keine Möglichkeit für die Entwicklungsländer aus ihrer Unterentwicklung herauszukommen. Im Gegenteil: Die augenblickliche Entwicklungspolitik zementiere die marginale Lage der Dritte Welt Länder. Aktualität besitzt dieses Thema nicht nur wegen der gestiegenen Sensibilität für die Verschuldungsproblematik. Die Frage einer nationalen Entwicklungspolitik stellt sich aufgrund der Veränderungen der sowjetischen Außenpolitik in völlig neuen Dimensionen. Ob nun Namibia oder El Salvador, die Frage der Orientierung einer nationalen Entwicklung auf dem wirtschaftlichen Sektor dürfte eine der grundlegenden sein, aber auch für Länder ohne einen Befreiungskampf. Nicht zuletzt die bundesdeutsche Internationalismusbewegung muß diese Debatte führen, um die politische Ausrichtung der Solidaritätsarbeit jenseits von alternativer Entwicklungshilfe deutlich zu machen.

Die Autoren dieses Buches lehren an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik. Dabei haben sie sich in erster Linie mit Problemen der Entwicklungsländer beschäftigt. Schwerpunkte waren wirtschaftliche und kulturelle Fragen. Diese beiden Schwerpunkte finden sich auch in den Beiträgen dieses Buches wieder. In ökonomischer Hinsicht wird die Struktur des "Investierbaren Überschusses" untersucht, der grundlegend für jegliche wirtschaftliche Entwicklung ist. Andererseits wird die kulturelle Transformation untersucht, von der jegliche wirtschaftliche Maßnahmen, die auf eine längerfristige Veränderung abzielen, begleitet werden müssen, damit sie Erfolge über einen kurzen Zeitraum hinaus zeigen können.

Seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verändern sich die Rahmenbedingungen für die Industrialisierung der Dritte Welt Länder. Die in einigen dieser Länder erreichte Industrialisierung gerät ins Stocken, und verändert sich zum Teil soweit, daß von einer Deindustrialisierung gesprochen werden muß. Ursache ist u.a. die steigende Selbstversorgung der entwickelten Länder (OECD) und die Kostenkonkurrenz im internationalen Maßstab. Trotzdem schaffen es einige Länder, die weitere Industrialisierung durchzuhalten: die sogenannten Schwellenländer. Dieses Phänomen untersuchen die Autoren in ihren Beiträgen genauer. Sie stellen eine Wende in der Entwicklungspolitik für die ärmsten Länder dieser Welt fest. Und zwar seit Mitte der siebziger Jahre. Diese Wende findet nicht nur in der Politik multinationaler Institutionen oder in der Entwicklungshilfe der OECD Länder statt, sondern auch in der nationalen Entwicklungspolitik der Dritte Welt Länder selbst. Diese neue Richtung wird hierzulande durch Begriffe wie "Stabilisierung durch Anpassung, Hinwendung zur ländlichen Entwicklung, Bewahrung der kulturellen Identität" etc. charakterisiert. Diese angenehm klingenden Begriffe lassen sich in der Öffentlichkeit gut darstellen, assoziieren sie doch die Erhaltung traditioneller Lebensgrundlagen, was zu einer Zeit der Hungersnöte ja nur vernünftig sein kann. Diese neue Richtung der Entwicklungspolitik weist nach Meinung der Autoren aber keinen Weg aus der Unterentwicklung.

Kurz zu der inhaltlichen Argumentation: Der "Investierbare Überschuß" als ökonomische Grundlage einer Industrialisierung kommt nach traditioneller Wirtschaftstheorie aus der Landwirtschaft. Er wird hier abgeschöpft und schafft die materielle Grundlage für den Aufbau einer nationalen Industrie. Diese "merkantilistische" Wirtschaftspolitik hatte ihre Hochzeit in den fünfziger und sechziger Jahren. Diese Periode war durch anhaltend hohes wirtschaftliches Wachstum gekennzeichnet, und so erschien auch für die Entwicklungsländer die rasche industrielle Entwicklung möglich und damit die gesellschaftliche Modernisierung realisierbar. Diese Tendenz verkehrte sich Mitte der siebziger Jahre ins Gegenteil, wie oben bereits beschrieben. Die Wende in der Entwicklungspolitik trägt der "physiokratischen" Kritik Rechnung:

" ... der agrarische Überschuß wird zwar ebenfalls als die tragende Grundlage der ökonomischen Entwicklung bezeichnet, die Folgerungen, die hieraus für die Wirtschaftspolitik gezogen werden, sind jedoch entgegengesetzt: Eine forcierte Abschöpfung agrarischer Überschüsse im Interesse einer beschleunigten Industrialisierung wird zurückgewiesen; diese trägt nach physiokratischer Auffassung dazu bei, die Kapitalbildung in der Landwirtschaft zu unterbinden und deren Fähigkeit wie auch Bereitschaft zu untergraben, steigende Erträge für den Austausch zu produzieren." Eine ähnliche Auseinandersetzung um die Wirtschaftspolitik hatte es bereits im vorindustriellen Europa gegeben.

Eine ausführliche Abhandlung in diesem Buch beschäftigt sich mit der Struktur des "Investierbaren Überschusses". Anhand von zwei Länderbeispielen (Korea und Norwegen) stellen die Autoren dar, daß die Verfolgung der merkantilistischen Wirtschaftspolitik es diesen sogenannten Schwellenländern ermöglichte, eine Industrialisierung auch über die Mitte der siebziger Jahre hinaus durchzuhalten.

Ein weiterer Aufsatz untersucht die Wende in der Entwicklungspolitik auf dem kulturellen Gebiet. "Moderne Bildung", um die Voraussetzung z.B. für den Umgang mit Maschinen und allgemeines technisches Know how zu erlernen, verliert an Priorität in den Dritte Welt Ländern. Beeinflußt wird dieses natürlich durch das Förderverhalten der reichen Geberländer. Hierzu die Autoren: " ... eine Forderung nach Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Lebensformen (zeigt) keine realistische Perspektive aus der Krise; sie unterstellt die Möglichkeit der weitgehenden Wiederherstellung von traditioneller Gesellschaft und Subsistenzproduktion. Dies ist jedoch unter Bedingungen wachsender Bevölkerung und Verknappung des Bodens ... gar nicht mehr möglich ...".

In der abschließenden Wertung stellen die Autoren fest, daß die augenblickliche Entwicklungspolitik für die Dritte Welt Länder keine Möglichkeit zur Industrialisierung bietet. "Den Entwicklungsländer bleibt zur Modernisierung ihrer Gesellschafts- und Produktionsstrukturen nur die Alternative der Marginalisierung und Abhängigkeit von internationaler Fürsorge."

Dieses nicht gerade leicht lesbare Buch, (zumindest für Nichtfachmenschen) stellt einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Debatte um die Entwicklungspolitik und die Entwicklungshilfe dar.

U. Sredna

Isolde Demele u.a.:

Modernisierung oder Marginalisierung:

Überschuß und kulturelle Transformation

als Grundlagen der Entwicklung.

Brandes u. Apsel Verlag, Frankfurt 1989

ISBN 3-925798-44-7

51. Der Imperialismus und Osteuropa

CD-Datei: daten/aksuche/ak314/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:20

Jenseits des Triumphgeschreis, mit dem die imperialistischen Mächte die bürgerlich-demokratischen Revolutionen in Osteuropa begleiten, stehen die Fragen einer künftigen Neuordnung Europas, der Machtaufteilung, der Weltmarkthierarchie, der Unterstützung der Umwälzungen zwecks eines möglichst kontrollierten Ablaufs der dortigen Entwicklungen und die "Deutsche Frage".

Schon der Nato-Gipfel Ende Mai letzten Jahres bestätigte: "Wir wollen die schmerzliche Teilung Europas, die wir niemals hingenommen haben, überwinden". Und er versprach den Frieden auf Erden, "in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt".

Damals einigten sich die Nato-Länder auf eine differenzierte Ostpolitik. Die "reformbereiten" Länder Ungarn und Polen sollten Unterstützung erhalten, der Rest nicht. Inzwischen sind diese Aussagen Makulatur geworden, denn auf Ungarn und Polen folgten, wie die Dominosteine, die DDR, Bulgarien, die CSSR und - unter blutigem Verlauf und heftiger Gegenwehr der Ceaucescu-Despotie - Rumänien. Wahrscheinlich haben auch die imperialistischen Mächte nicht mit dem hohen Tempo des Zerfalls des osteuropäischen Glacis der Sowjetunion gerechnet. Dennoch treffen die Entwicklungen die imperialistischen Staaten nicht unvorbereitet. Es existiert bereits ein kompliziertes politisches Beziehungsgeflecht, und ein Netz von verschiedenen Institutionen, in denen nicht nur die innerimperialistischen Widersprüche ausgetragen und Interessensphären abgesteckt, sondern auch die Hilfs- und Anpassungsprogramme verabredet werden.

IWF, Weltbank und Pariser Club etwa spielen eine entscheidende Rolle gegenüber jenen osteuropäischen Ländern, die Mitglieder des IWF sind. Mit Ungarn und Polen wurden bereits einschneidende "Anpassungsprogramme" zur Sanierung der Ökonomien abgeschlossen. Rumänien droht ähnliches, während die CSSR, die DDR und Bulgarien die Chancen und Risiken des IWF-Beitritts noch sondieren.

Nur bei Erfüllung der sehr harten Auflagen seitens des IWF sind die imperialistischen Gläubigerländer bereit, Zins- und Tilgungszahlungen zu strecken und zusätzliche Kredite, natürlich streng auflagengebunden, zu vergeben. Im Pariser Club wird über die staatlich verbürgten Kredite mit den osteuropäischen Schuldnerländern verhandelt, ökonomische Radikalkuren werden zwischen IWF und "Club" abgestimmt.

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel der sieben größten imperialistischen Staaten (USA, BRD, Japan, Kanada, Frankreich, Großbritannien und Italien) im Juli vergangenen Jahres wurde eine sehr weitreichende Entscheidung gefällt. Der Brüsseler EG-Kommission obliegt es seither, die Hilfs- und Unterstützungspakete für die reformbereiten Länder Osteuropas zu schnüren und mit allen anderen beteiligten Staaten zu koordinieren. Neben den 12 EG-Staaten sind die sechs EFTA-Länder (Österreich, Schweiz, Island, Finnland, Norwegen und Schweden) ebenso beteiligt wie die USA, Kanada, die Türkei, Australien, Neuseeland und Japan. Diese "Gruppe der 24" hat bislang u.a. die Nahrungsmittelhilfen für Polen organisiert. Daß die EG-Kommission federführend in der "Gruppe der 24" ist, bedeutet, daß die übrigen imperialistischen Mächte (USA, Japan) die führende Rolle der EG-Staaten - und damit der BRD - akzeptieren. Diese Schlüsselposition ergibt sich nicht allein aus geographischen Gründen, - Entwicklung der osteuropäischen Staaten zum Hinterhof der EG-Staaten - sondern auch aus der wirtschaftlichen Vormachtstellung. Das gesamte Volumen des Ost-West-Handels betrug 1988 rund 97 Mrd. Dollar. Davon verbuchten die EG-Länder einen Anteil von knapp 64%. In der Rangordnung nimmt die BRD eine einsame Spitzenstellung ein: auf sie entfielen rund 30% des gesamten Ost-West-Handels, gefolgt von Italien (9,5%), Frankreich (8,4%), Japan (7,6%), Finnland (6,9%), den USA (6%), Österreich (5,3%) und Großbritannien (5,1%).

Die EG und der RgW

Die Beziehungen der EG mit dem RgW wurden erst im Juni vergangenen Jahres mit der Verabschiedung einer "gemeinsamen Erklärung" geregelt. Darin wird die Absicht bekundet, die wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit auszubauen. Ein Problem besteht darin, daß die EG als Institution Verträge nur bilateral mit den einzelnen RgW-Ländern abschließen will, und nicht mit dem RgW, der momentan ebenso zerfällt wie die realsozialistischen Regimes. Auf der anderen Seite sind im letzten Jahr eine Reihe dieser bilateralen Abkommen unterzeichnet worden, in denen es vor allem um den teilweisen oder vollständigen

Abbau von Einfuhrbeschränkungen ging. Angesichts des Reformtempos gelten für Polen und Ungarn seit dem 1.1.90 keinerlei Einfuhrbeschränkungen in die 12 EG-Staaten mehr.

Mit der DDR soll noch in diesem ersten Halbjahr ein umfassendes Kooperations-und Handelsabkommen unterzeichnet werden. Daß die DDR brennend daran interessiert ist, machte ein Memorandum der Regierung Modrow an den EG-Sondergipfel vom November letzten Jahres deutlich. Modrow betrachtete darin die EG als "Herausforderung und Chance zugleich", sicherte tiefgreifende Reformen in der DDR zu und betonte, daß die Überwindung der Teilung Europas nicht die Beseitigung "der unterschiedlichen sozialen Ordnungen" bedeute (FR, 21.11.89).

Mit der CSSR besteht bereits ein EG-Handelsabkommen, das angesichts der jüngsten Entwicklungen auf den ungarischen und polnischen Standard verbessert werden dürfte. Es ist zu erwarten, daß demnächst auch entsprechende Verträge mit Bulgarien und Rumänien abgeschlossen werden, so daß für die 6 osteuropäischen Staaten die freie Warenausfuhr in die EG-Länder möglich sein wird, um notwendige Devisen zu erwirtschaften. Lediglich die Sowjetunion muß sich in dem Abkommen mit der EG vom November letzten Jahres mit einer stufenweisen Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen bis 1992, in einer weiteren Stufe bis 1995, begnügen. Allen reformwilligen osteuropäischen Ländern steht darüber hinaus eine spezielle europäische Investitionsbank zur Verfügung, an der sich sowohl diese Länder als auch die USA, Japan usw. beteiligen können. Die mit rund 20 Mrd. DM ausgestattete Bank verbleibt dabei ausdrücklich im Mehrheitsbesitz der EG-Länder, die sich somit die Entscheidungsbefugnisse über die Modalitäten der Kreditvergaben vorbehalten.

Umgekehrt gelten jedoch nach wie vor Warenexportbeschränkungen gegenüber den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion, die aus der sogenannten CoCom-Liste (Coordination Comittee, Paris) resultieren. Noch immer blockieren vor allem die USA die westlichen Warenexporte aus angeblichen Sicherheitsinteressen. Nicht nur sensible Hochtechnologien, sondern z.B. auch chip-gesteuerte Toaster dürfen nicht ausgeführt werden, da sich der Toaster-Chip angeblich auch für die sowjetische Raketentechnologie verwenden ließe.

Zusätzliche Brisanz erhält CoCom gerade bezüglich der anstehenden Modernisierung der DDR-Ökonomie durch das westdeutsche Kapital. Demnach wäre beispielsweise ein deutsch-deutsches Joint- Venture auf dem Gebiet der Herstellung modernster, computergesteuerter Werkzeugmaschinen regelwidrig und könnte geahndet werden. In den jüngsten CoCom-Verhandlungen drängten die EG- Staaten die USA, die CoCom-Warenliste kräftig zu entschlacken, was die USA jedoch ablehnten. Über CoCom versuchten die USA bisher erfolgreich, den Ost- West-Handel der EG-Länder zu beschränken und zu kontrollieren. Wieweit ihnen das auch in naher Zukunft gelingen wird, ist sehr zweifelhaft.

Außer Frage steht indes, daß unter dem Stichwort Binnenmarkt '92 ein regionales imperialistisches Machtzentrum entsteht, dessen Zukunftsaussichten glänzend sind. Die gesamte EG profitiert nicht nur von den Umwälzungen in Osteuropa, sondern dehnt auch ihre Macht- und Einflußsphäre in Westeuropa noch einmal erheblich aus. Bereits jetzt gearten die sechs Staaten der EFTA-Freihandelszone (Österreich, Schweiz. Island, Norwegen, Schweden) in den Sog der Binnenmarktentwicklung, so daß die EFTA gezwungen ist, bestimmte Normen für Waren im Kapital- und Dienstleistungsverkehr zu übernehmen. Schon ist vom "EWR" die Rede, vom "Europäischen Wirtschaftsraum", der da zusammenwuchert. Die besonderen Beziehungen zwischen EG und EFTA sollen in diesem Jahr vertraglich fixiert werden. Danach muß sich die EFTA bereit finden, die EG-Binnenmarkt-Regeln zu übernehmen. Damit steht das "gemeinsame europäische Haus" in seinen Grundzügen: ein wirtschaftlicher Koloß, der 18 Staaten umfaßt. Mit einer politökonomischen Vormacht, namens BRD und den atomaren Mächten Frankreich und Großbritannien. Die osteuropäischen Staaten, einschließlich Jugoslawiens, sowie die Türkei brennen darauf, sich in irgend einer Form diesem imperialistischen Zentrum zu assoziieren. Voraussetzung dafür ist, daß sie die Spielregeln der EG akzeptieren und bestimmte Vorleistungen erbringen.

Imperialistische "Hilfen" für Polen und Ungarn: zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig

Einen Vorgeschmack auf das, was die Völker der CSSR, Bulgariens und Rumäniens demnächst zu erwarten haben, wenn sie sich bereitwillig dem Westen öffnen und sich zu normalen kapitalistischen Staaten transformieren wollen, bieten die bereits angelaufenen Sanierungsprogramme der EG, der "Gruppe der 24", der USA und von IWF/Weltbank.

In Polen hat sich die Schuldenkrise weiter zugespitzt. Die äußeren Schulden werden von derzeit 39,6 Mrd. Dollar bis zum Ende dieses Jahres auf 43,2 Mrd. Dollar ansteigen, da die ausstehenden Zahlungsverpflichtungen einfach dem Schuldenberg zugeschlagen oder "kapitalisiert" werden. Seit 1981 ist Polen Kapitalexporteur: den erhaltenen neuen Krediten von 10,6, Mrd. Dollar standen Kapitalabflüsse in Höhe von 19,1 Mrd. Dollar gegenüber. Seit 1988 ist Polen mit 4 Mrd. Dollar bei den staatlichen Gläubigern des Pariser Clubs im Zahlungsrückstand. Die polnische Regierung drängt angesichts dieser prekären Situation und der tiefen wirtschaftlichen Krise im Land auf ein faktisches Zahlungsmoratorium bis zum Jahr 2000, um etwas Luft zu bekommen. Aber nicht Polen, sondern die imperialistischen Gläubiger diktieren die Bedingungen. Und die sind knallhart. Während in öffentlichen Verlautbarungen viel von selbstloser Hilfe und Stabilisierung der polnischen Verhaltnisse die Rede ist, halten IWF und Pariser Club die polnische Regierung hin. Schritt für Schritt wird vorgegangen, langfristige Lösungen werden abgelehnt. Für einen IWF/Weltbank- Kredit von lumpigen 700 Mio. Dollar handelte sich die polnische Regierung die "Restitution des Kapitalismus" (Tribuna Ludu) ein. Die polnischen Reformpläne sehen für dieses Jahr Reallohnsenkungen von 20%, die Schließung unrentabler Betriebe, Arbeitslosigkeit, Maßnahmen zur Privatisierung der Wirtschaft und einer vollständigen Preisfreigabe vor. Die Preise für Kohle und Energie steigen um das Fünf- bis Siebenfache, die Inflationsrate wird voraussichtlich um mindestens 80% steigen. Die staatlichen Subventionen werden im Zuge der Preisreform drastisch abgebaut. Während selbst der IWF- Präsident Camdessus bei seinem Aufenthalt in Warschau bezweifelte, ob dieses knallharte Austerity-Programm ohne soziale Unruhen durchgeht, sprach Lech Walesa von einer "einmaligen Chance", um das "verknöcherte System" zu überwinden. Das gesamte Hilfspaket für Polen umfaßt außerdem:

- Eine Nahrungsmittelhilfe im Werte von 690 Mio. DM, wobei weitere 400 Mio. DM folgen sollen. Die aus den Nahrungsmittelhilfen erzielten Einnahmen muß die polnische Regierung projekt-und zweckgebunden für Investitionen, etwa im Bereich der Landwirtschaft, verwenden.

- Einen Stabilisierungsfond für die polnische Währung in Höhe von rund 2 Mrd. DM. Damit soll der Übergang zur freien Konvertibilität (Umtauschbarkeit) des Zloty flankiert werden; dies ist im übrigen an strikte Auflagen des IWF gekoppelt, die Polen zu erfüllen bereit ist. Die BRD will ein Viertel der Summe bereit stellen.

- Ein Kredit in Höhe von 3 Mrd. DM für drei Jahre seitens der BRD, verbunden mit projektgebundenen Auflagen über die Verwendung dieses Kredits, sowie Anerkennung der deutschen Minderheit in Polen und deren kulturelle Förderung, Verwendung der ehemaligen deutschen Städtenamen u.a.m..

- Ein Kredit von rund 850 Mio. DM mit dreijähriger Laufzeit aus den USA.

- Für Ausbildungs- und Umweltmaßnahmen erhält Polen aus dem EG-Haushalt 615 Mio. DM. Die gleiche Summe stellen die übrigen 12 Staaten der "Gruppe der 24" zur Verfügung; außerdem zahlen die einzelnen 12 EG-Staaten nochmals jeweils 205 Mio. DM. Dabei ist bislang nicht geklärt, ob es sich um Kredite oder Zuschüsse handelt.

- Von der "Gruppe der 24" erhält Polen einen Zuschuß von 1,8 Mrd. DM ohne Rückzahlungspflicht. Davon zahlt die BRD 250 Mio. DM.

- Rund 2,4 Mrd. DM Kredite mit einer dreijährigen Laufzeit stellt die Europäische Investitionsbank und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zur Verfügung.

- Die Weltbank lockt mit einem stand- by-Kredit in Höhe von 1,7 Mrd. Dollar, wenn die Gläubiger und Banken mitspielen und Polen die IWF-Auflagen erfüllt. Der Pariser Club hat einem Aufschub der Schuldenverpflichtungen Polens für 1990 bereits zugestimmt.

Dem Weltbank-Kredit stehen polnische Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 20 Mrd. Dollar in den nächsten drei Jahren gegenüber. Polen kann das Geld jedoch unmöglich aufbringen, weil allein 94% der Exporterlöse in den Schuldendienst gehen. Was die Kredite anbelangt, erhält die polnische Regierung diese nur bei Erfüllung der Auflagen eines Zwei- Phasen-Programms, das praktisch vom IWF diktiert wurde und die für die Länder der "Dritten Welt" bekannten Auflagen enthält: Inflationsbekämpfung, drastischer Abbau der Haushaltsschulden und Subventionen; hinzu kommen Umbauten des Preissystems, Währungskonvertibilität, die Schaffung eines Banken- und Kreditwesens nach kapitalistischem Muster. (vgl. ausführlicher: ak 311, "Polenmarkt und IWF").

Von "Stabilisierung" kann hier nicht die Rede sein, sondern von einer ökonomischen und gesellschaftlichen Radikalkur, die die Gläubiger dem polnischen Volk verordnet haben. Der ganze Zynismus ist an einem Beispiel zu verdeutlichen: In den hiesigen Medien wurde davor gewarnt, daß in Polen Menschen erfrieren könnten, wenn der Winter allzu kalt daherkommt. Die Energieversorgung würde dann nicht mehr ausreichen. Tatsächlich sank Polens Kohleförderung im letzten Jahr von 192 auf 177 Mio. Tonnen. Fakt ist aber auch: rund 30 Mio. Tonnen muß Polen an seine Gläubiger exportieren, davon rund 16 Mio. Tonnen in die BRD, die pro Tonnen polnischer Kohle nur 97 DM, für die einheimische Ruhrkohle etwa 250 DM zahlt. Es braucht wohl nicht mehr weiter erläutert zu werden, wie sich die Energieengpässe überwinden ließen, oder wer für die Not und die Erfrorenen verantwortlich sein wür- de ...

Ungarn soll einen Überbrückungskredit in Höhe von ca. 2 Mrd. DM erhalten; außerdem ebenso wie Polen Ausbildungsbeihilfen für Manager und Zuwendungen für den Bereich des Umweltschutzes. Die EG-Kommission erwägt, Ungarn eine 2 Mrd. DM-Anleihe bei Erfüllung der IWF- Auflagen zu gewähren. Derzeit verhandelt Ungarn mit dem IWF noch über die Auflagen, die laut IWF bisher nicht erfüllt wurden, was zu einem Kreditstopp führte.

Für den stellvertretenden ungarischen Ministerpräsidenten "eine Frage auf Leben und Tod". Ungarn benötigt in den nächsten drei Jahren jeweils drei MRD. Dollar jährlich, um überhaupt die Außenschulden in einer Gesamthöhe von 20 Mrd. Dollar bedienen zu können. Der IWF hat Ungarn für 1990 folgende Bedingungen gestellt: Abbau des Haushaltsdefizits um 21 auf 10 Mrd. Forint (1 DM entspricht etwa 30 Forint) und Minderung des Zahlungsbilanzdefizits für 1990 von 1,5 Mrd. auf 0,4 Mrd. Dollar. Ungarn war bisher nur bereit, das Etatdefizit auf 15 Mrd. Forint und die Zahlungsbilanz auf 0,8 Mio. Dollar zu verringern.

Bei seinem Ungarn-Besuch mahnte Kanzler Kohl vor dem ungarischen Parlament, die bittere IWF-Medizin brav zu schlucken; eine Alternative gäbe es nicht.

Ministerpräsident Nemeth trat Mitte Dezember aus dem Präsidium der aus der alten Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei abgespaltenen Ungarischen Sozialistischen Partei zurück und verknüpfte sein Amt mit der Annahme der Sparauflagen. Irgendwie hat man das doch schon gehört, daß der IWF Regierungen stürzen kann. Doch dem kam das ungarische Parlament mit der Annahme der schwerwiegenden Auflagen zuvor.

Die neuen Schwellenländer

Bei genauerer Betrachtung der groß angekündigten "Hilfsmaßnahmen" zur sogenannten "Stabilisierung" der Reformprozesse in Osteuropa handelt es sich um knallharte Destabilisierungs- und Austerity-Programme. Imperialismus pur. Die Völker Polens und Ungarns werden sich wohl demnächst nach den vergleichsweise rosigen ökonomischen Verhältnissen in den Zeiten des Realsozialismus zurücksehnen. Bei Polen und Ungarn, ebenso bei Bulgarien und Rumänien, handelt es sich ja um Staaten, die vor dem zweiten Weltkrieg noch halbfeudale Strukturen mit hohem agrarwirtschaftlichem Anteil aufwiesen. Je rückständiger, je geringer der Kapitalismus in diesen Ländern ausgeprägt war, desto drastischer, brutaler, schmerzhafter der Prozeß der Rekapitalisierung.

Polen und Ungarn stehen am Anfang dieser Rekapitalisierung und sind dabei, die politischen wie wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durchzusetzen. Der erhoffte Aufschwung und die Partizipation am "gemeinsamen europäischen Haus" sind für die nächsten Jahre ausgeschlossen, zumal die künftige Entwicklung auf Gedeih und Verderb von den imperialistischen Gläubigern abhängig ist. Die gesellschaftliche Akzeptanz der vom Imperialismus verordneten Radikalkuren, die die Länder in eine tiefere Krise stürzen werden, resultiert in erster Linie aus den negativen Erfahrungen 40-jähriger realsozialistischer Machtverhältnisse, für deren erhoffte Überwindung offenbar auch größere Opfer in Kauf genommen werden. Noch. Denn schon bald könnte Ernüchterung um sich greifen. Und die vielbeschworene Freiheit und Demokratie stößt unter einer vor sich hin ätzenden Ökonomie an jene Grenzen, wo autoritäre Regimes für notwendig gehalten werden könnten. Derweil weisen die imperialistischen Gläubiger ihren Schuldnern den bescheidenen Platz im "europäischen Haus" zu: halb- oder neokoloniale Schwellenländer, Hinterhöfe vor allem der BRD.

Es wird noch sehr ungemütlich werden in diesem Haus.

D./Westberlin

52. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak314/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:33

Gegen "Republikaner" und Nationalismus

Am 13. und 14. Januar findet in Rosenheim der Bundesparteitag der "Republikaner" statt. Die Delegierten werden über das überarbeitete Parteiprogramm abstimmen, das trotz kosmetischer Veränderungen deutlicher als bei anderen Parteien von Nationalismus und Rassismus geprägt ist. Die "Republikaner" wollen als die Wiedervereinigungspartei in den Bundestag einziehen. Mit dieser Ausrichtung stehen sie allerdings keinesfalls mehr allein. Die nationale Hysterie hat mittlerweile alle Parteien erfaßt. Die Demonstration gegen den Bundesparteitag steht entsprechend unter dem Motto "Gegen Nationalismus, Rassismus und Sexismus".

Ort und Zeit: 13.1.1990, 10.30 Uhr, Max-Josephs-Platz, Rosenheim.

Freiheit für EL Salvador

Seit 10 Jahren kämpft die FMLN für soziale Befreiung und nationale Unabhängigkeit. Der Unterstützung des Befreiungskampfes in El Salvador ist eine

Solidaritätsveranstaltung gewidmet, die am 13. Januar in Oberhausen stattfindet. Den Informations-und Diskussionsteil der Veranstaltung werden neben anderen Vertreter von Radio Venceremos, Friedensbrigaden, Mittelamerika Oberhausen und der Grünen im Bundestag bestreiten. Anschließend ist eine Soli-Disco geplant.

13.1.1990, 19.30 Uhr, "Druckluft", Am Förderturm 28, 4200 Oberhausen.

Kein "Viertes Reich"!

Unter dem Motto "Verhindern wir das ‚4. Reich'" steht eine Veranstaltung des KB-Stuttgart zur aktuellen Konjunktur der "Deutschen Frage". Das Podium ist bestückt mit

- Detlef zum Winkel (AK, Konkret)

- Jutta Oesterle-Schwerin (MdB, Die Grünen)

- VertreterIn der Vereinigten Linken, Berlin/DDR

Die Veranstaltung findet statt am 1. Februar um 20.00 Uhr im Theaterhaus in Stuttgart.

Radikal oder runderneuert?

In der Linken finden gegenwärtig Umgruppierungsprozesse statt: Ökosozialistinnen und -sozialisten, Radikalökologinnen und -ökologen treffen sich innerhalb des Kreises "Radikale Linke" mit Mitgliedern anderer linker Gruppen; im Zerfallsprozeß der DKP ist die "Initiative Kommunistische Politik" entstanden. Beide Richtungen haben gegenwärtig noch wenig Berührungspunkte; die Unterschiede scheinen noch zahlreicher als die Gemeinsamkeiten; Differenzen herrschen bezüglich der Frage nach den zentralen Themen und Aktionsschwerpunkten linker Politik in den kommenden Jahren. Diese Fragen sollen in einem Streitgespräch in Marburg erörtert werden, an dem Katja Barloschky und Steffen Lehndorff für den Kreis der ErneuerInnen aus dem Umfeld der DKP sowie Marianne von Ilten und Detlef zum Winkel für den Kreis der "Radikalen Linken" teilnehmen werden.

Organisiert wird das Ganze von DS, GAL-Sozialistische Fraktion, GBAL, Redaktion "Perspektiven" und Georg Fülberth.

Termin: 31.1.1990, 19 Uhr; Ort: Kulturladen "KFZ", Schulstraße 6, Marburg.

Radikale Linke (2)

Nachdem auf dem letzten Montagskreis die Positionen von K.H. Roth und G. Fülberth (siehe ak 307, 308) zur Radikalen Linken vorgestellt und andiskutiert wurden, soll diesmal hauptsächlich die überarbeitete Plattform der "Radikalen Linken" von (u.a.) Ebermann und Trampert (ak 311) und erste Kritiken daran Thema sein. Es soll auch wieder Bezug auf die anderen Texte genommen werden und über mögliche Aufgaben der Radikalen Linken gesprochen werden.

Ggf. können wir im Rahmen des Montagskreises diesmal statt dessen auch auf die aktuellen Ereignisse in Rumänien oder Panama eingehen.

Termin: Montag, 21. Januar, Ort: Pumpe, Mansarde (2. Stock), 20.00 Uhr; Kiel

53. SPENDEN-ERGEBNIS

CD-Datei: daten/aksuche/ak314/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:43

Seit dem ersten Spenden-Aufruf in AK 312 vom 13.11.89 sind folgende Spenden eingegangen:

Summe bis AK 313 13.745,-

U., Kirko., Hamburg 300,-

H.W., Freiburg 15,-

KB-Altona 1.650,-

Hj., Hamburg 1.500,-

Ch., Hamburg 200,-

U.K., Hamburg 200,-

W.M., Halstenbek 100,-

Metallgen., Verden 200,-

M.E., Wuppertal 50,-

H-J.G., Schwülper 100,-

H-P.M., Staufenberg 20,-

M.L., Köln 100,-

KB-Bremen 580,-

U.B., Bremen 200,-

H.+Y., Hamburg 200,-

E.P., Münster 150,-

P.Sch., Lübeck 50,-

U.W., Marburg 50,-

Werder-Neapel, HB 116,-

R.H., Celle 50,-

Interkomm., Hamburg 200,-

U.B., Hamburg 20,-

P.P., Hamburg 1.000,-

C.K., Westberlin 250,-

KB-Heidelberg 250,-

G.M., Bielefeld 50,-

Reg.gruppe Hamm 750,-

M.Sch., Westberlin 50,-

J.B., Hannover 500,-

R.B., Düsseldorf 100,-

H.K., Essen 350,-

A.H., Mannheim 100,-

J.S., Wallen 500,-

L.E., Bremen 300,-

J.R., Hamburg 300,-

P.B., Gilching 30,-

KB-Bremerhaven 1.000,-

H-G.T., Westberlin 500,-

KB-Frankfurt 150,-

AK-Leser, Altona 50,-

He., Hamburg 300,-

Ex-SSB-Zelle, Hamburg 100,-

KB-NRW 1.600,-

G.W., Trier 250,-

K.B., Westberlin 200,-

KB-Stuttgart 1.500,-

KB-Bonn 1.530,-

R.W., Oldenburg 50,-

M.Sch., Bielefeld 310,-

Hz., Hamburg 5.000,-

C.G., Hamburg 400,-

Wi., Barmbek 250,-

A.K., Eltville 100,-

M.K., Bremen 100,-

Antirep Hamburg 2.300,-

W.H.-G., Buchholz100,-

Be., Rosbach454,-

A.Sch., Bremen150,-

H.E.W., Königswinter50,-

Summe bis AK 314 40.361,-

54. Das "US-Südkommando" in der Kanalzone

CD-Datei: daten/aksuche/ak314/panama.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:314:panama

Die Kanalzone Panamás besitzt für den US-Imperialismus eine entscheidende militärische und geostrategische Funktion. Von den 1640 km2 der Kanalzone wurden nur ca. 4% von Einrichtungen zum Betrieb der Wasserstraße genutzt jedoch 3/4 des gesamten Gebietes für Militärische Zwecke. (1) Das 1948 von den USA gegründete "Comando del Caribe" in Panamá wurde 1963 durch das "Südkomando" ersetzt, das mit seinen über 10 000 Luft- und Bodentruppen der größte Militärstützpunkt der USA in Lateinamerika ist. 6 Militärbasen und 77 militärstrategische Installationen stehen zur Unterstützung der US-Aufstandsbekämpfungspolitik in Mittelamerika, der Karibik und anderen Ländern Südamerikas zur Verfügung. So ist Fort Clayton, in dem sich die bedeutende, im Dschungelkampf ausgebildete 193. Infanteriebrigade befindet, die logistische Zentrale der Luftwaffe der USA in Lateinamerika. In Fort Amador und den Inseln Naos, Perico und Flamenco sind bis heute die schnellen Eingreiftruppen stationiert. Von strategischer Bedeutung ist die Karibikinsel Galeta. Die Daten eines 24 Aufklärungssatelliten umfassenden Nachrichtensystems laufen dort ein, militärischer Funkverkehr und die Programme sämtlicher Radiostationen Lateinamerikas werden auf der Insel abgehört, simultan ins englische übersetzt und ausgewertet, so z.B. die Radarinformationen aus Honduras. (2) Ihr elektronisches Computersystem ist mit dem regionalen Telekommunikationszentrum Guatemalas verbunden. Desweiteren besitzen sie ein elektronisches Früherkennungssystem mit Schiffen, Phantom A4C, Awacs und RC-135 um Nicaragua herum, um dort die internen Kommunikationen aufzuzeichnen und zu unterbrechen.

Das "Südkomando" nimmt an verdeckten Aktionen teil, wie der Verminung der nicaraguanischen Häfen, dem Angriff auf Puerto Corinto und den Operationen der Seestreitkräfte. Die Informationen der in El Salvador zur Feststellung von Menschenansammlungen und Truppenkonzentrationen eingesetzen Mowaks wird über das "Südkomando" an das Pentagon weitergeleitet und von dort an die Streitkräfte El Salvadors in Ilopango. Bombardierungen der Zivilbevölkerung sind die Folge. Im Juli 1979 flüchteten rund 1500 Angehörige von Somozas Nationalgarde über eine Luftbrücke zwischen Managua und Panamá. Kaum hatten die Sandinisten die Macht ergriffen, wurden die ersten 500 Ex-Nationalgardisten, die später die Kerntruppe der Contras bildeten, in der Kanalzone trainiert. (3)

1963 wurde zur Ausbildung der lateinamerikanischen Streitkräften in der Aufstandsbekämpfung das militärische Ausbildungszentrum "School of the Americas" - im kleinen schon seit längerem als "School of the Caribbean" vorhanden - gegründet, in dem in den letzten Jahrzehnten 46 000 Lateinamerikaner ausgebildet worden sind. So hatte z.B. der Kurs Q-6 "Counterinsurgency Operations" das Ziel, nord-und lateinamerikanische Militärs in innerer Verteidigung, Guerillakriegsführung, den Techniken des Lufttransportes und der Fortbewegung im Urwald auszubilden. Seit 1950 wurden 5700 panamesische Militärs - in der Mehrzahl Offiziere - in US-amerikanischen Militärschulen ausgebildet. 1984 mußte die "School of the Americas" aufgrund der Torrijos-Carter Verträge aufgelöst werden. Vor kurzem schloß jedoch das Pentagon einen Vertrag mit der hondurenischen Regierung über den Aufbau einer "Schule" auf hondurenischen Territorium.

Auf Lateinamerika bezogen - insbesondere auf Mittelamerika - besitzt das "Südkomando" (SOUTHCOM) eine zentrale Rolle in der Low Intensity Warfare (LIW) Kriegsführung. Die militärische Bedeutung des Kanals selber hat in letzter Zeit abgenommen, da große Kriegsschiffe, insbesondere Flugzeugträger, den Kanal nicht passieren können. Als Nachschublinie ist er für die USA und die NATO aber weiterhin von erheblicher Bedeutung, wie der frühere Chef des "Südkomandos" bestätigte. Dies bleibt für Panamá nicht ohne Folgen.

Die Nationalgarde Panamás wurde von den USA ausgebildet und ausgerüstet. Sie lieferten Panzer, leichte Infanteriewaffen, kleine Waffen, Fahrzeuge, Kommunkationsausrüstung, Transportflugzeuge, Hubschrauber, Patrouillen- und Landungsboote mit einem Gesamtwert von 89 Mio. US Dollar zwischen 1950 - 84. Reagan bat sogar 1984, die Militärhilfe um 10 Mio. US $ auf 25 Mio. US $ zu erhöhen.

Bis zur Inkrafttretung der Torrijos-Carter Verträge 1979 gab es eine Reihe gemeinsamer Militärübungen, die auch nach 1979 fortgesetzt worden sind. So wurde von 79-86 jährlich das Manöver "Kindly Liberty" durchgeführt. Auf US-Seite nahmen z.B. die Schnellen Eingreiftruppen, das Atlantische Kommando (Norfolk, Virginia) und Flugzeuge aus Maryland und Michigan teil; auf panamesischer Seite das Batallón 2000. 1985

nahmen 4700 Militärs daran teil. Die Manöver "Furia Negra" hatten die Aufgabe, eine Guerilla in der Kanalzone zu liquidieren. 1981 nahmen 5000 US-Militärs an "Furia Negra IV" teil, unter ihnen ein Kontingent der Nationalgarde Puerto Ricos, 20 Phantom, 2 Zerstörer, 100 Hubschrauber, 400 Feldküchen und Truppen aus Texas, Fort Bragg und Arkansas. Am Manöver "Minuteman II", das mit "Kindly Liberty" und "Blazer Trail" gekoppelt war, nahmen 1985 10 000 US-Militärs der Nationalgarde Puerto Ricos, aus Louisiana, Missouri, Alabama, Florida, Texas und 5000 Soldaten verschiedener Bataillone der panamesischen Streitkräfte teil. Zum einen dienten diese Manöver der Aufstandsbekämpfung im gesamten lateinamerikanischen Raum, zum anderen erwarben sich die US-Militärs hierdurch genaue Kenntnisse über das Territorium Panamás. Das panamesische Volk war somit ständig mit zwei Streitkräften konfrontiert: Den panamesischen und den nordamerikanischen. Neben den schon angesprochenen Aufgaben hatten sie auch jegliche Gefahr von den US-amerikanischen Besitztümern und Einlagen im Finanzzentrum Panamá abzuwenden. Panamá wurde zu einer Schlüsselfigur innerhalb der US-"Doktrin der Nationalen Sicherheit".

St., KB-Nürnberg

Quellen:

nicht anders angegeben: Edgar Spence: "Panamá: Modelo para armar un enclave politico-militar"; cuadernos de pensamiento propio (CRIES), Nicaragua, Juli 1989

(1) Erich Süßdorf in: "Krisengebiet Mittelamerika", Hrsg.: Helmut Nuhn; Westermann Verlag, 1985

(2) Ralf Leonhard in: "Lateinamerika Analysen und Berichte 12", Junius Verlag, 1988

(3) Ebda.